B e s c h l u s s e m p f e h l u n g e n

zu den im Rahmen der **öffentlichen Auslegung** nach § 3 Abs. 2 BauGB und der **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu dem **Bebauungsplan Nr. 2 und der 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin** eingegangenen Stellungnahmen:

I. TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

1 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde – vom 00.00.2025

Aktenzeichen:

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

2 Kreis Plön – vom 00.00.2025

Aktenzeichen:

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

3 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3 – vom 10.07.2025

I-1092-25-BBP:

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

4 Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein - Obere Denkmalschutzbehörde - Abt. 3 – Planungskontrolle – vom 08.07.2025

Aktenzeichen:

Unsere Stellungnahme vom 02.02.2024 wurde teilweise in die Begründung der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes (s. Kap. 5.2 Archäologie) und in die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 2 (s. Kap. 5.2 Archäologie) der Gemeinde Grebin übernommen. Sie ist weiterhin gültig.

Die erforderlichen archäologischen Untersuchungen (gem. § 14 DSchG SH 2015) müssen vor dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 2 vertraglich fixiert werden.

Wir weisen erneut darauf hin, dass archäologische Untersuchungen zeitintensiv sein können und eine Genehmigung möglichst frühzeitig eingeholt werden sollte, damit keine Verzögerungen im sich daran anschließenden Planungs- oder Bauablauf entstehen.

Entsprechend hat der Planungsträger sich bereits mit dem Archäologischen Landesamt in Verbindung gesetzt, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Zuständig ist Herr Dr. Ingo Lütjens (Tel.: 04551 – 8948672; Email: ingo.luetjens@alsh.landsh.de).

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

5 Landesamt für Denkmalpflege S-H – vom 31.07.2025

Die beabsichtigte Schaffung planungsrechtlicher Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen betrifft die unmittelbare Umgebung der Sachgesamtheit „Gutskaten Brekels“. Denkmalpflegerische Belange werden von der Planung berührt.

Auf den vorliegenden Planunterlagen basierend als auch bezugnehmend auf die erfolgten Vorabstimmungsgespräche im Folgenden die Stellungnahme des LDSH:

Erste Planungsanpassungen sind auf Basis der Vorabstimmungen und daraus resultierenden Visualisierungen bereits erfolgt. Insofern verwundert es, dass baudenkmalpflegerische Belange, die in die spätere Abwägung einzubringen sind, in der Begründung nicht benannt werden.

Dabei ist sowohl der vorhandene Denkmalbestand als auch die Genehmigungspflicht gem. § 12 Abs. 1 Nr. 3 DSchG SH aufzunehmen und entsprechend zu berücksichtigen.

Durch die geplanten weiträumigen Photovoltaik-Freiflächenanlagen wird die Umgebung des Denkmalbestands verändert; die naturräumliche Einbettung und der damit verbundene Bezug zur Kulturlandschaft technisch erheblich überprägt. Insofern wurden auch in der Vergangenheit dem gegenüber Bedenken aus denkmalpflegerischer Sicht formuliert.

Auf Basis der erfolgten Vorabstimmung erfolgte die Vergrößerung des Abstandes zwischen Ortslage und den Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie eine umfangreiche Abpflanzung als Sichtschutz entlang des Plangebietes hin zum öffentlichen Raum.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung des § 11 DSchG SH i.V. mit § 2 EEG werden denkmalpflegerische Bedenken zurückgestellt, unter der Voraussetzung, dass die Vorgabe, im Bereich des vorgesehenen Tores für die Zuwegung im Nordwesten die Öffnung desselbigen nach Errichtung und somit Beendigung der Baustellentätigkeiten so klein wie möglich und nur so groß wie nötig belassen und der restliche, derzeit unbepflanzte Bereich eine entsprechende Abpflanzung erhält.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

6 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein Abt. Verkehr und Straßenbau – VII 4 – vom 01.08.2025

Mit Schreiben vom 25.06.2025 haben Sie zu oben genannten Verfahren zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert. Nachstehend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) und des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT).

Gegen die o. a. Bauleitplanung bestehen in straßenbaulicher und verkehrlicher Hinsicht

keine Bedenken. Straßen des überörtlichen Verkehrs, die in der Verwaltung des LBV-SH liegen werden von der o. a. Bauleitplanung nicht betroffen.

Hinweis von der Stabstelle Baustellenkoordinierung:

Damit sich die Anbindung des Bebauungsgebietes an/über das klassifizierte Straßennetz und Materialtransporte für die Erschließung des Bebauungsgebietes nicht mit Baumaßnahmen des LBV.SH überschneiden, sind die Arbeiten zur Erschließung des Bebauungsgebietes im Vorwege mit der Baustellenkoordinierung des LBV-SH abzustimmen.

Die Abstimmung mit der Baustellenkoordinierung des LBV.SH hat über das Funktionspostfach baustellenkoordinierung@lbv-sh.landsh.de zu erfolgen.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Planvollzug berücksichtigt.

7 Industrie- und Handelskammer zu Kiel – vom 21.07.2025

Wir bedanken uns für die Einbindung in das Beteiligungsverfahren und die damit verbundene Möglichkeit, eine Stellungnahme zur Wahrung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft abzugeben.

Zur 4. Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Grebin haben wir keine Einwände, Hinweise oder Anmerkungen.

Wir bitten zukünftig darum, Beteiligungen der Bauleitplanung mit Frist in den Sommerferien zu vermeiden. Als Träger öffentlicher Belange sind wir dazu angehalten, bei Betroffenheit mit den Unternehmen ins Gespräch zu kommen, um die Interessen der Wirtschaft auch vertreten zu können. Dies kann in den Sommerferien deutlich erschwert werden. Vielen Dank.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

8 Vodafone Kabel Deutschland GmbH – vom 24.07.2025

S01435151 + S01435149:

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

9 Deutsche Telekom Technik GmbH – vom 07.07.2025

7240137 003+004:

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zur o. a. Planung haben wir bereits mit unserem Schreiben vom 18. April 2023 Stellung genommen und gegen die o.a. Planung keine Bedenken vorgebracht haben.

Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.

Bei Planungsänderungen bitten wir darum, uns erneut zu beteiligen

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

10 Wasser- und Bodenverband Schwentine – vom 30.07.2025

7022 (Grebin).006:

Der Wasser- und Bodenverband Schwentine ist von der Planung nicht betroffen.

Wir weisen aber darauf hin, dass innerhalb des Planungsgebietes Rohrleitungen des zuständigen GUV Kossau liegen

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der GUV Kossau wurde beteiligt.

11 Keine Anregungen haben vorgebracht

1. Handwerkskammer Lübeck – vom 29.07.2025
2. – vom 00.00.2025

12 Keine Stellungnahme abgegeben (TöBs)

- Abfallwirtschaft Kreis Plön
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Anstalt des öffentlichen Rechts - Direktion Berlin - Sparte Portfolio Management
- Bundesnetzagentur Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze, Referat 814
- Bundesnetzagentur Prüf- und Messdienst; Referat 511
- Dataport AöR
- Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
- GUV Gewässerunterhaltungsverband Kossau
- HanseWerk Natur GmbH
- Holsteiner Wasser GmbH (Stadtwerke)
- Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung - Untere Forstbehörde - Außenstelle Neumünster
- Landesamt für Umwelt des Landes Schleswig-Holstein - Technischer Umweltschutz - Regionaldezernat Mitte (75)
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr S-H Niederlassung Rendsburg
- Landrätin des Kreises Plön FB 3 Sicherheit, Ordnung, Bauen und Umwelt
- Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
- Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, Abt. IV62 - Regionalentwicklung und Regionalplanung
- Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, Abt. IV 52 - Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht
- Schleswig-Holstein Netz AG Zentrale
- Telefonica Germany GmbH & Co. OHG

- Zweckverband Ostholstein
- Zweckverband Breitbandversorgung im Kreis Plön über Amt Lütjenburg

II. ÖFFENTLICHKEIT und UMWELTVERBÄNDE

Umweltverbände als Teil der Öffentlichkeit

13 AG der nach § 29 BNatSchG beteiligten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein – vom 07.08.2025

vielen Dank für die Bereitstellung der Unterlagen zu vorstehend genannter Planung, zu dem die in der AG-29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände wie folgt Stellung nehmen.

1. Die Anlage der Ausgleichsflächen für die Feldlerche wird begrüßt.

2. Aufgrund der artenschutzrechtlichen Betroffenheiten für mehrere geschützte Vogelarten ist u. E. ein langjähriges Monitoring erforderlich. So können die Auswirkungen des Plangebietes dokumentiert und festgelegte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ggf. optimiert bzw. geändert werden.

Beschlussempfehlung:

1. *Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Es wird die Umsetzung des Ausgleiches überprüft. Ein langjähriges Monitoring ist dabei nicht vorgesehen.*

14 Keine Stellungnahme abgegeben (Umweltverbände)

- Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.
- Naturschutzbund Deutschland, LV S-H. (NABU) e.V.

Öffentlichkeit

15 Anregung 1 (BP) – vom 07.07.2025

Meine Einwände gegen den geplanten Bau einer PV-Anlage in Grebin, OT Brekels:

1. der fruchtbare Boden wäre nicht mehr nutzbar
2. die PV-Module, die in China produziert werden, könnten Schadstoffe enthalten, die bei Auswaschungen unbekannte Folgeschäden nach sich ziehen könnten.
3. die schöne Landschaft der Holsteinischen Schweiz würde zerstört
4. Seeadler- und Kranichbrutgebiete würden stark beeinträchtigt
5. es sind keine Wildkorridore geplant
6. die Entscheidung für den Bau der PV-Anlage ist ohne Beteiligung der betroffenen AnwohnerInnen zustande gekommen
7. die Einwände von NABU, Umweltverbänden, Jagdverband und Unterer Naturschutzbehörde wurden nicht berücksichtigt
8. der Immobilienwert der benachbarten Häuser würde stark sinken

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die aktuelle Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Der Aufstellungsbeschluss wurde durch die Gemeindevertretung beschlossen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr

viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

16 Anregung 2 (BP) – vom 07.07.2025

Ich bin absolut und mit Nachdruck dagegen, weil es eine weitere Bodenversiegelung mit verheerenden Folgen für die Insekten- und Tierwelt, für die Umwelt und Natur bedeutet. Von der Verschandelung der Landschaft ganz zu schweigen.

Absolutes Nein zu diesem Plan!!!!!!

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Durch die PV-Module selbst kommt es nur im Bereich der Rammpfosten zu einer Bodenversiegelung. Nur durch die Nebenanalgen kommt es zu einer Vollversiegelung des Bodens, diese sind bezogen auf die Gesamtfläche aber als gering zu bewerten. Eingriffe in das Schutzgut Boden wurden ermittelt und werden entsprechend ausgeglichen.

Die bestehende Nutzung als Intensivacker mit entsprechenden Dünge- und Pestizideinträgen hat erhebliche Auswirkungen auf die biologische Vielfalt. Durch die Planung wird Extensivgrünland entwickelt, welches maßgeblich zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität beitragen kann. Es wurde zudem ein Artenschutzbericht erstellt, um die Auswirkung zu überprüfen. Maßnahmen wurden getroffen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

17 Anregung 3 – vom 07.07.2025

Ich bin gegen einen Solarpark auf Flächen des Solarparks "Holsteinische Schweiz". Solaranlagen gehören neben Autobahnen oder auf Dächer, aber niemals an so einen naturnahen Ort.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept durch.

18 Anregung 4 – vom 07.07.2025

Ich bin Anwohnerin der Gemeinde Grebin und möchte mich zur Planung des Solarparks äußern.

Grundsätzlich halte ich Solaranlagen für sinnvoll. Es sollte jedoch selbstverständlich sein, dass ein geeigneter Ort zur Aufstellung gefunden wird.

Ein Solarpark inmitten des Naturparks "Holsteinische Schweiz" ist mit Sicherheit kein geeigneter Ort. Solaranlagen können auf Dächern, neben Autobahnen oder versiegelten Flächen geplant werden. In der Natur haben sie nichts zu suchen. Bekanntermaßen zerstören sie Lebensräume von Pflanzen und Tieren und das typische Landschaftsbild unserer Holsteinischen Schweiz.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Zur Standortwahl wurde das PV-Konzept der Gemeinde herangezogen. Demnach liegt der Geltungsbereich innerhalb einer Eignungsfläche für PV-Freiflächenanlagen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

19 Anregung 5 (BP) – vom 07.07.2025

Gegenargumente:

1. Abwertung der Holsteinischen Schweiz als Urlaubsgebiet
2. Lärmbelästigung durch Windgeräusche (und mechanische Geräusche)
3. Belastung durch Elektrosmog (Umspannwerk, Stromleitungen etc.)
4. Entstehung großer Hitze über den Solarplatten mit ev. Brandgefahr und Gefährdung der Insekten
5. Bodenversiegelung
6. Schadstoffbelastung (Erdboden) durch die PV-Module
7. Landschaftsverunstaltung
8. Seeadler- und andere Vogelbrutgebiete werden zerstört
9. Keine Wildkorridore
10. Die PV-Anlage ist ohne Beteiligung der betroffenen Anwohner zustande gekommen
11. NABU, Umweltverbände, Jagdverband und Unterer Naturschutzbehörde wurden nicht einbezogen
12. Entwertung der Nachbarimmobilien

NEIN zum geplanten Solarparkbau in Grebin, Schönweide und Brekels!!!

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

1. *Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.*
2. *Von den PV-Modulen sind keine Emissionen zu erwarten. Von Wechselrichtern und Batteriespeicher sind Emissionen zu erwarten. Diese sind aber in einiger Entfernung zu Siedlungsbereichen. Erhebliche Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse wird nicht gesehen.*
3. *Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung ist kein Umspannwerk geplant. Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.*
4. *PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.*

   Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.
5. *Im Vergleich zur Gesamtfläche wird nur ein kleiner Teil der Fläche vollversiegelt. Durch die PV-Module selbst, wird der Boden zwar verschattet, aber nicht versiegelt. Eingriffe in das Schutzgut Boden wurden ermittelt und werden entsprechend ausgeglichen.*
6. *PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist. Im Gegensatz zur vorherigen Nutzung als Intensivacker, kommt es zu keinen Düngeeinträgen mehr.*
7. *Die komplette Anlage wird eingegrünt. Bestehende Knickstrukturen werden durch weitere Gehölzpflanzungen ergänzt. Dadurch werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild miniminiert.*
8. *Es wurde ein Artenschutzgutachten erstellt. Es werden entsprechende Maßnahmen getroffen.*
9. *Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.*
10. *Die Öffentlichkeit wurde entsprechend der rechtlichen Grundlage im Rahmen der Bauleitplanverfahren beteiligt.*
11. *Die genannten Träger öffentlicher Belange sowie Umweltverbände wurden im Rahmen der Bauleitplanverfahren beteiligt.*

12. *Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).*

20 Anregung 6 (BP) – vom 07.07.2025

20.1 Protestschreiben gegen die Errichtung eines Solarparks in der Gemeinde Grebin*

Mit großer Sorge haben wir von den Plänen zur Errichtung eines Solarparks auf dem Gebiet der Gemeinde Grebin erfahren. Wir möchten hiermit ausdrücklich gegen dieses Vorhaben protestieren.

Die geplante Fläche umfasst wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, die seit Generationen zur regionalen Versorgung beitragen und ein bedeutender Bestandteil unserer Kulturlandschaft sind. Durch die Versiegelung und Umnutzung dieser Böden würde nicht nur ein ökologisch sensibles Gleichgewicht gestört, sondern auch die lokale Landwirtschaft langfristig geschädigt.

Zudem sehen wir in diesem Projekt primär kommerzielle Interessen, die auf Kosten der Natur und unserer gemeinschaftlichen Lebensqualität durchgesetzt werden sollen. Solarenergie ist grundsätzlich begrüßenswert – doch ihre Umsetzung darf nicht dazu führen, dass intakte Landschaften und natürliche Lebensräume zerstört werden.

Wir fordern daher die verantwortlichen Stellen auf, den geplanten Solarpark kritisch zu überdenken und alternative Flächen in Betracht zu ziehen, etwa bereits versiegelte oder brachliegende Areale, die keinen so hohen ökologischen und landwirtschaftlichen Wert besitzen.

Im Interesse der Umwelt, des Gemeinwohls und der nachhaltigen Entwicklung bitten wir Sie, von der Umsetzung dieses Projekts in der vorgesehenen Form abzusehen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahem wird zurückgewiesen.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Seit den 1950er Jahren fand ein starker Strukturwandel in der Landwirtschaft statt, der mit einer Intensivierung der Flächennutzung sowie starkem Dünger- und Pestizideinsatz einherging und zum Verlust naturnaher Lebensräume und der Reduktion der Artenvielfalt führte. Gerade in jüngster Vergangenheit ist ein erheblicher Rückgang des Dauergrünlandes zu verzeichnen. Zum Beispiel hat die Förderung der Energieerzeugung aus Biomasse (Mais) zu einer Veränderung des Landschaftsbildes geführt. Grundsätzlich werden durch die Eingrünung (vorhandene und ergänzende Gehölzpflanzungen) die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

20.2 Zusammenfassung:
Ökologische Bedenken zur Errichtung des Solarparks in Grebin

Mehrere wissenschaftliche Studien belegen, dass großflächige Solarparks auf landwirtschaftlich genutzten Flächen erhebliche negative Auswirkungen auf lokale Ökosysteme haben können:

1. **Verlust artenreicher Agrarflächen** durch Versiegelung und Verschattung.
2. **Rückgang typischer Offenlandarten** wie Feldlerche und Kiebitz aufgrund veränderter Habitatstruktur.
3. **Störung von Wildtierbewegungen** durch Einfriedung und Unterbrechung traditioneller Wanderkorridore.
4. **Beeinträchtigung von Insektenpopulationen**, da reflektierende Moduloberflächen als Wasserflächen fehlinterpretiert werden.
5. **Langfristige Schäden am Bodenökosystem** durch veränderte Mikroklimata und eingeschränkte Vegetationsentwicklung.

Diese ökologischen Risiken stehen im Widerspruch zu einer nachhaltigen und naturverträglichen Energiewende. Daher fordern wir eine kritische Prüfung des Projekts und die Berücksichtigung alternativer Flächen mit geringem ökologischem Wert.

Quellen: Bundesamt für Naturschutz, Lancaster University (Metastudie), Bundesverband Neue Energiewirtschaft, ENLAPA Magazin

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

1. *Im Vergleich zur Gesamtfläche wird nur ein kleiner Teil der Fläche vollversiegelt. Durch die PV-Module selbst, wird der Boden zwar verschattet, aber nicht*

versiegelt. Eingriffe in das Schutzgut Boden wurden ermittelt und werden entsprechend ausgeglichen. Innerhalb der verschatteten Bereiche können neue Lebensräume entstehen.

2. *Es wurde ein Artenschutzgutachten erstellt. Es werden entsprechende Ausgleichsmaßnahmen für betroffene Arten getroffen.*
3. *Für Kleintiere ist ein Durchlass von 20 cm zwischen Zaununterkante und Gelände einzuhalten. Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.*
4. *Eine Studie belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte nicht nachgewiesen werden.*
5. *Da der Boden innerhalb der PV-Anlage nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage sogar positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz.*

21 Anregung 7 (BP) – vom 01.08.2025

Wir haben die Information über den geplanten Bau eines Solarparks in Brekels gerade erhalten und sind schockiert. Solarparks sollten an Autobahnen, Bahnlinien und in der Nähe von Gewerbegebieten und Industrieflächen gebaut werden und nicht in landschaftlich wertvollen Gebieten wie der Umgebung von Brekels. Es ist uns unbegreiflich wie jemand wie […] sein eigenes wunderschönes Land zu diesem Zweck verpachtet oder veräußert und somit entfremdet. Selbstverständlich sind wir für den Ausbau erneuerbarer Energie aber nicht an Orten die Natur und Umwelt zerstören oder belasten.

Wir unterstützen den Ausbau an Orten wo er ökologisch sinnvoll ist; in diesem Fall unterstützen wir die Bürgerinitiative Grebin- für eine naturverträgliche Energiewende im Naturpark Holsteinische Schweiz. Wir fordern ganz entschieden die weitere Planung des Solarparks einzustellen und einen neuen Standort gemeinsam mit dem Nabu, den Umweltverbänden und der unteren Naturschutzbehörde sowie der Gemeinde Grebin zu suchen.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung gegen das Bauvorhaben!

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Der Geltungsbereich liegt innerhalb der Eignungsfläche des PV-Konzeptes der Gemeinde Grebin.

22 Anregung 8 (BP) – vom 01.08.2025

22.1 Einleitung

Hiermit nehme ich zur geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage „Hohenkamp“ im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 sowie der 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin Stellung.

Der Hamburger Investor „Blue Elephant Energy“ (BEE) plant in Grebin den Bau eines etwa 50 Hektar großen Solarparks in der typischen Kulturlandschaft des Naturparks „Holsteinische Schweiz“, mit ihren Feldern, Hügeln, Wäldern, Seen und Knicks. Die Anlage soll auf der Ackerfläche Brekels „Hohenkamp“ entstehen. Das Gebiet liegt im „Naturpark Holsteinische Schweiz“ und grenzt an das Landschaftsschutzgebiet „Mittleres Kossautal“, das Waldgebiet „Langenfeldholz“ und die teilweise denkmalgeschützte Wohnbebauung von Brekels. Weitere Flächen werden, nach diesem ersten großen Eingriff in die bisher unberührte Kulturlandschaft, mit großer Wahrscheinlichkeit folgen. Etwas weiter nördlich ist das dazugehörige Umspannwerk geplant.

Derzeit läuft die öffentliche Auslegung des Bauleitverfahrens, d. h. der Planungsunterlagen zur Flächennutzungsplanänderung für die geplante Solarfreiflächenanlage „Hohenkamp“.

Es bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf Natur, Umwelt, Verkehr, Gemeindeentwicklung und die Lebensqualität der Anwohner.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

22.2 Betroffenheit:

Als Miteigentümer des Anwesens Helenenruhe bin ich durch die Nachbarschaft und Nähe zum Gebiet Brekels direkt betroffen und in vielfältiger Weise durch das Vorhaben beeinträchtigt – dies gilt sowohl in privaten Belangen, wie den Genuss der Aussicht und der Ruhe als auch im Hinblick auf die nicht vorhersehbaren und nicht geprüften Auswirkungen auf die Immobilien-, Miet- und Grundstückspreise.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt. Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Es wird daher von keinen erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsbild angenommen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf

Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

22.3 Verfahrensstand und rechtliche Grundlagen

1. Das Verfahren wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.
2. Die Einhaltung des Abwägungsgebots gemäß § 1 (7) BauGB ist zwingend vorgeschrieben. Nach der Rechtsprechung des BVerwG ist das Gebot gerechter Abwägung verletzt, wenn keine sachgerechte Abwägung stattfindet, Belange nicht eingestellt werden, deren Bedeutung verkannt wird oder der Ausgleich der Belange außer Verhältnis steht.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

22.4 Planungsbüro

Einflussnahme und Auswahl des Planungsbüros

Die Potentialanalyse wurde durch ein vom Vorhabenträger empfohlenes Planungsbüro von der Gemeinde beauftragt, was Zweifel an der Unabhängigkeit der Planung aufwirft. Es bleiben Fragen, unter welchen Gesichtspunkten das Planungsbüro die Planung vorgenommen hat und ob eine Einflussnahme des Vorhabenträgers erfolgte.

Die Auswahl des Planungsbüros erfolgte ohne öffentliche Ausschreibung, entgegen den Grundsätzen einer transparenten Vergabepraxis.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es besteht eine kommunale Planungshoheit. Das die Planungskosten von einem Investor übernommen werden, entspricht der üblichen Praxis.

Fragen des Vergaberechts sind keine städtebaulichen Inhalte und sind somit nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens.

22.5 Kritik an den Planungszielen und Alternativenprüfung

a) Fehlende Alternativenprüfung

Die Potentialanalyse hat nur vier Flächen geprüft, obwohl laut Regionalplan „2000“, die in 2015 und 2021 weiterhin gültig waren, weitere geeignete Flächen existieren.

Die Flächen „Züchterhof“ und „Grellenkamp“ wurden zunächst vorgestellt, dann aber ohne Begründung aus der Prüfung ausgeschlossen.

Das Landesplanungsamt kritisiert die unzureichende Berücksichtigung alternativer Standorte und fordert eine Priorisierung konfliktarmer Flächen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es kann nicht nachvollzogen werden, worauf die Aussagen zum Regionalplan „2000“ abzielen. Der gültige Regionalplan für die Gemeinde Grebin ist 2001 in Kraft getreten.

Das Plangebiet liegt innerhalb der Eignungsflächen für PV-Freiflächenanlagen. Andere Eignungsflächen sind dadurch nicht automatisch ausgeschlossen. Die Gemeinde hat

sich lediglich im Rahmen ihres PV-Konzeptes für einen Flächenanteil von 2 % der Gemeindefläche entschieden.

Die Landesplanungsbehörde hat im Rahmen des Bebauungsplanes in ihrer Stellungnahme bestätigt, dass der Planung keine Ziele der Raumordnung entgegenstehen

b) Mangelhafte Bedarfsprüfung

Es fehlt eine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse für die Gemeinde, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorteile und der tatsächlichen Belastungen.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

// finanzielle Beteiligung der Gemeinde durch PV; gibt es dazu Regelungen?

22.6 Umwelt- und Naturschutz

a) Eingriff in sensible Naturräume

Die geplante Bebauung betrifft landwirtschaftlich genutzte Flächen, die als Lebensraum für zahlreiche geschützte Arten dienen.

Eine artenschutzrechtliche Prüfung sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurden nicht oder nur unzureichend durchgeführt.

Der Standort liegt in unmittelbarer Nähe zu geschützten Biotopen, Adlerhorst und Kranich-Brutgebieten, was weitere Konflikte mit dem Naturschutzrecht auslöst. Laut Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag:

- befinden sich im Plangebiet oder dessen direktem Umfeld Lebensräume von Feldlerche, Kranich, Seeadler, Rebhuhn, Kammmolch und Rotbauchunke,
- bestehen archäologische Verdachtsflächen mit nachgewiesenen Grabhügeln und Megalithgräbern,
- grenzt das Plangebiet an geschützte Knickstrukturen und ein Waldgebiet mit Erlen-Eschen-Sumpfwald.

Der vorliegende Umweltbericht bestätigt erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt. Eine Umgehung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG erscheint nicht abschließend gesichert.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zurückgewiesen.

Es wurde ein Artenschutzbericht sowie ein Umweltbericht erstellt. Es wurden die artenschutz- und naturschutzrechtlichen Eingriffe dargestellt. Wenn erforderlich wurden entsprechende Maßnahmen zur Kompensation getroffen.

In bekannte Denkmale wird durch die Planung nicht eingegriffen. Bei der überplanten Fläche handelt es sich um eine Stelle, von der bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden. Das archäologische Interessengebiet in diesem Bereich dient zur Orientierung, dass mit einem erhöhten Aufkommen an archäologischen Denkmalen zu rechnen ist und das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein bei Maßnahmen beteiligt werden muss. Dies erfolgt im Rahmen des Bauleitplanverfahrens sowie bei Planumsetzung. Entsprechende Abstimmungen wurden bereits getroffen.

Die Planung hält zu Knickstrukturen mindestens 3 m und zu Waldflächen mindestens 30 m Abstand ein. Somit hält die Planung deutlich mehr Abstand als die aktuelle

landwirtschaftliche Nutzung und verringert damit sogar die Auswirkungen auf die Biotoptypenstrukturen.

b) Nachhaltigkeit und Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung und der Reduzierung des Landschaftsverbrauchs. Die langfristigen Auswirkungen auf die Bodenbeschaffenheit und den Abfluss von kanalartig ablaufendem Regenwasser wurde nicht geprüft. Heute versickert das Regenwasser flächig und gibt der landschaftlichen Fläche die notwendige Bewässerung. Durch die kanalartig entstehenden „Bäche“ kann ein unkontrollierter Abfluss in benachbarte Grundstücke erfolgen. Dies wurde nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zurückgewiesen.

Im Vergleich zur Gesamtfläche wird nur ein kleiner Teil der Fläche vollversiegelt. Durch die PV-Module selbst, wird der Boden zwar verschattet, aber nicht versiegelt. Eingriffe in das Schutzgut Boden wurden ermittelt und werden entsprechend ausgeglichen.

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern. Zwischen den Modulen selbst sind Ritzen, wodurch das Regenwasser nicht nur über die Modulunterkante abfließt.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind. Ein verändertes Abflussverhalten ist also dahingehend festzustellen, dass es künftig nach Starkregenereignissen nicht mehr zu verstärkten Wassereinträgen von den benachbarten Ackerschlägen kommt, die ggf. mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln belastet sind.

22.7 Auswirkungen auf die Infrastruktur und die Landschaft

22.8 Landschaft

Das intakte landwirtschaftliche Ökosystem mit den jährlichen Fruchtwechseln führt zu einer Ausgewogenheit der Bodenbeschaffenheit. Diese Ausgewogenheit wird durch die Solarflächenfreianlage massiv gestört. Die Nutzung zur Erwirtschaftung von landwirtschaftlichen Gütern entfällt nachhaltig und muss nach Ende der Nutzungszeit der Anlage mit bisher nicht berücksichtigtem Aufwand und Kosten zurückgebaut werden. Ob eine landwirtschaftliche Nutzung danach möglich sein wird, ist nicht geprüft.

Für eine Anlage dieser Größenordnung ist ein neues separates Umspannwerk notwendig, das zu Lärm und elektromagnetischer Belastung im weiteren Umfeld der geplanten Anlage führen wird. Die diesbezüglichen Auswirkungen wurden nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden

Bodenschutz. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen.

Es wird nach aktuell Wissensstand davon ausgegangen, dass eine landwirtschaftliche Nutzung nach Rückbau der Anlage wieder möglich sein wird.

Das Umspannwerk ist nicht Bestandteil der Planung. Auswirkung durch das Umspannwerk sind im Rahmen des entsprechenden Genehmigungsverfahrens zu prüfen.

22.9 Verkehr

Die geplante Anlage führt zu einer erheblichen Zunahme des Verkehrsaufkommens, was die Anwohner belastet. Während der Bauphase wird eine starke Zunahme des Schwerlastverkehrs erwartet, ohne dass ein belastbares Verkehrskonzept vorliegt. Besonders kritisch ist der temporäre Eingriff in Knickstrukturen durch neue Zufahrten.

Insbesondere auf dem „Brekels“ werden die geplanten Zu- und Abfahrten während der Bauphase zu einer erheblichen Belastung der Anwohner führen. Die Auswirkungen auf die umliegenden Anwohner sind nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es werden keine neuen Zufahrten genutzt. Die Erschließung in der Betriebsphase erfolgt über zwei bestehenden landwirtschaftlichen Zufahrten. Während der Bauphase wird eine dritte bereits bestehende Zufahrt genutzt, diese wird aber nach Beendigung der Bauphase nicht mehr benötigt. Dadurch wird der bestehende Knick an dieser Stelle durch Gehölzpflanzungen ergänzt.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

In der Betriebsphase ist durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen.

22.10 Wasserwirtschaft und Abwasser

Die Auswirkungen auf Grundwasser und Oberflächengewässer wurden nicht ausreichend untersucht. Die Kapazitäten der Kanalisation und Abwasserentsorgung sind nicht dargelegt. Risiken durch Hochwasser und Starkregen wurden nicht angemessen bewertet. Die Auswirkungen auf den lokalen Wasserhaushalt, insbesondere auf die benachbarten Waldmoore und Fließgewässer, wurden nicht ausreichend untersucht. Bei Starkregenereignissen kann es durch Bodenverdichtung und verändertes Abflussverhalten zu zusätzlichen Belastungen kommen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Aufgrund des geringen Versiegelungsgrades und dem Verzicht von Düngemitteln und Pestiziden wird nicht davon ausgegangen, dass die Planung erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern. Eine Ableitung in die Kanalisation bzw. in Gewässer ist somit nicht erforderlich.

Das Gebiet liegt in keinem bekannten Hochwasserrisikogebiet. Da es weiterhin zu einer Flächenversickerung kommt und er Grad der Versieglung eher gering ist, wird von keinem erhöhten Risiko für Hochwasser ausgegangen.

Es wird auf eine Flächenbilanzierung gemäß dem Erlass vom 10.10.2019 zu den „Wasserrechtlichen Anforderungen zum Umgang mit Regenwasser in Schleswig-Holstein Teil 1: Mengenbewirtschaftung“ verzichtet, da es sich bei dieser Planung um eine PV-Freiflächenanlage handelt und es zu keinem erheblichen Versiegelungsgrad kommt. Somit ist von einem weitgehenden natürlichen Wasserhaushalt auszugehen.

Auswirkungen auf Waldmoore und Fließgewässer wird aufgrund der Versickerung vor Ort nicht angenommen.

22.11 Klimaschutz und Energie

Die CO-Bilanz des Vorhabens ist nicht transparent dargestellt.

Die Einhaltung von Klimaschutzzielen ist nicht ausreichend dokumentiert. Die ökologische Bilanz des Projekts ist nicht transparent dargestellt. Zwar dient die Anlage formal dem Klimaschutz, jedoch stehen der erhebliche Flächenverbrauch, der Eingriff in geschützte Lebensräume sowie der Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen in Widerspruch zu nachhaltigen Entwicklungszielen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Bauleitplanung regelt die Bodennutzung. Die Einhaltung von Klimaschutzzielen im Allgemeinen sowie die ökologische Bilanz von PV-Anlagen im Allgemeinen ist nicht bebauungsplanrelevant.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen.

22.12 Ortsbezogene und gestalterische Aspekte

Die optische Wirkung der 3,6 m hohen Anlagen auf über 45 Hektar Fläche beeinträchtigt das gewachsene Landschaftsbild und die Attraktivität der Region für den Naturtourismus. Eine ausreichende visuelle Abschirmung ist trotz geplanter Eingrünung nicht gegeben. Fahrradfahrer und Ausflügler erfreuen sich heute an der hügligen Landschaft,

verweilen an einer Bank am Wegesrand und genießen die Aussicht. Diese Aussicht wird durch die Solar Freiflächenanlage gestört und der Eingriff in die Natur birgt nachhaltig nicht absehbare Gefahren.

Die Integration des Solarparks in das Landschaftsbild ist nicht überzeugend gelöst. Allein die Größe der Freiflächenanlage wird eine komplette Veränderung des Landschaftsbilds zur Folge haben. Bei starker Sonneneinstrahlung kann es zu Spiegelungen kommen, die ein unnatürliches Licht ergeben. Dieses unnatürliche Licht beeinträchtigt mich in meiner Wahrnehmung der Landschaft. Die Qualität der Bauausführung und die Auswirkungen auf den Charakter der Gemeinde sind nicht ausreichend berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Landschaftsbild unterliegt einem stetigen Wandel. Es gibt keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung. Die Ergänzung der bestehenden Gehölze ergeben eine komplette Eingrünung der Fläche. Durch die Gehölze werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild vermindert. Die Fläche mit knapp 46 ha wird kompakt angeordnet. Erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild werden daher nicht gesehen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Eingriffe in arten- und naturschutzrechtliche Belange wurden bilanziert und erforderliche (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

// Blendgutachten

Details zur Bauausführung sind nicht bebauungsplanrelevant. Es wird davon ausgegangen, dass die geltenden Vorgaben und Regelungen bei Planvollzug eingehalten werden.

22.13 Rechtliche und planerische Einwände

a) Konflikt mit übergeordneten Planungen

Die Planung steht im Widerspruch zu Vorgaben des Regionalplans und widerspricht Zielen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP 2021) sowie dem Regionalplan hinsichtlich Tourismus, Naturschutz und interkommunaler Abstimmung. Die Auswirkungen auf den Nachbarschaftsraum wurden nur unvollständig berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der Planung stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Region gesehen.

Eingriffe im Sinne des Naturschutzes wurden ermittelt und wenn erforderlich entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Das PV-Konzept sowie die Bauleitplanung wurden mit den Nachbargemeinden abgestimmt.

b) Fehlerhafte Abwägung

Die Belange der Anwohner und der Gemeinde wurden nicht angemessen berücksichtigt. Die wirtschaftlichen Interessen des Investors wurden einseitig bevorzugt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung keine Stellungnahmen von BürgerInnen eingegangen sind.

22.14 Wirtschaftliche Aspekte

Die Kosten für die Gemeinde und die Steuerzahler sind nicht transparent dargestellt. Es fehlen belastbare Aussagen zur Wirtschaftlichkeit und zur finanziellen Beteiligung der Gemeinde. Die Ertragsbeteiligung der Gemeinde ist unklar und eine vertragliche Absicherung wurde nicht offengelegt. Es fehlen die transparente Darstellung der finanziellen Vorteile für die Gemeinde Grebin und eine Risikoanalyse für langfristige Folgekosten. Die negativen Auswirkungen auf den Wert der angrenzenden und umliegenden Immobilien wurden nicht geprüft und bei der Abwägung nicht berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es handelt sich bei der Bauleitplanung um ein Bodenrecht. Die Kostendarstellung o.ä. ist nicht bebauungsplanrelevant.

// finanzielle Beteiligung der Gemeinde durch PV; gibt es dazu Regelungen?

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

22.15 Alternative Standorte und Nutzungen

Es bestehen alternative Standorte innerhalb der Gemeinde, die weniger konfliktträchtig sind. Die Nutzung bestehender leerstehender Gebäude und Brachflächen wurde nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Zur Standortwahl wurde das PV-Konzept der Gemeinde herangezogen. Demnach liegt der Geltungsbereich innerhalb einer Eignungsfläche für PV-Freiflächenanlagen. Größere Brachflächen sind nicht bekannt, die zur Nutzung einer PV-Freiflächenanlage geeignet sind.

22.16 Ergänzende und abschließende Hinweise

Das vorliegende Vorhaben birgt erhebliche rechtliche, ökologische und gemeindestrukturelle Risiken. Es fehlt an Neutralität in der Planung, an einer ernsthaften Alternativenprüfung, sowie an gesicherten Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen.

Daher sind:

- die Aussetzung und Überarbeitung des Bebauungsplans,
- die Einbeziehung eines unabhängigen, öffentlich beauftragten Planungsbüros, das von der Gemeinde finanziert wird,
- eine öffentliche Ausschreibung für die Flächenvergabe,
- und eine erneute Prüfung konfliktarmer Alternativflächen

durchzuführen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Planunterlagen werden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens stetig geprüft und falls erforderlich ergänzt. Die Gemeinde hält an der Planung auf diesen Flächen fest.

Die Kostenübernahme von Planungsbüros durch den Vorhabenträger entspricht der üblichen Praxis. Dies hat keine Auswirkungen auf die Planungshoheit der Kommune.

Eine öffentliche Ausschreibung für die Flächenvergabe ist rechtlich nicht erforderlich.

Es wurde bereits im Rahmen des PV-Konzeptes eine Standortprüfung durchgeführt.

23 Anregung 9 (BP) – vom 04.08.2025

Ich sehe so ein Projekt nicht so negativ, gerade für Flora und Fauna bieten sich auf diesen Flächen auch neue Chancen, da nun für eine lange Zeit - und das wird sonst ja auch allzu oft kritisiert - keine Dünge und Pflanzenschutzmittel mehr ausgebracht werden, die das Grundwasser belasten könnten. Durch das Ausbleiben von Insektiziden ist auch der Insektenwelt gedient, wobei es sicher auch auf die Art und Weise der Pflege dieser Flächen ankommt. Hier wäre ein englischer Rasen natürlich ein nogo und die Einrichtung von Wildkorridoren ist sicherlich auch sehr sinnvoll.

Grundsätzlich ist die Optik natürlich nicht berauschend, aber wie auch bei der Windenergie wollen alle die Energiewende und alternative Energien nutzen, aber bitte nicht vor meiner Haustür! Außerdem habe ich nicht das Gefühl, dass die Bürger der Gemeinde bisher keine Gelegenheit zur Mitsprache hatten. Es gab Bürgerversammlungen und zu den Gemeindeversammlungen kann man auch immer gehen.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Es wird ein Extensivgrünland innerhalb der PV-Anlage entwickelt.

Für Kleintiere ist ein Durchlass von 20 cm zwischen Zaununterkante und Gelände einzuhalten. Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

24 Anregung 10 (BP) – vom 04.08.2025

Aus meiner Sicht verändert die Anlage das typische Landschaftsbild unserer Region. Sowohl Untere Naturschutzbehörde als auch Landesplanungsamt sehen eine Realisierung kritisch. Folgeschäden der Installation sind aktuell nicht absehbar. Lebensraum geht verloren. Die Gemeindevertretung Brekels sollte eingebunden werden. Wildkorridore sind ebenfalls nicht vorgesehen. Geräusch und Lichtemissionen sind nicht kalkulierbar und daher nicht erwünscht. Ein wirtschaftlicher Vorteil für die Anwohner bzw. Gemeinden ist nicht erkennbar und bzw. kalkulierbar.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt. Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Es wurden im Rahmen des Umweltberichtes die bekannten Auswirkungen durch die PV-Anlage untersucht und geprüft. Falls erforderlich wurden (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens (Frühzeitige Beteiligung, Auslegung, Ausschüsse) hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit sich an der Planung zu beteiligen.

Für Kleintiere ist ein Durchlass von 20 cm zwischen Zaununterkante und Gelände einzuhalten. Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Durch die PV-Module kommt es zu keinen störenden Geräuschemissionen. Die Wechselrichter und Batteriespeicher verursachen Geräusche, diese sind aber vom Siedlungsbereich weitgenug entfernt. Damit wird davon ausgegangen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen entstehen.

Die PV-Anlage wird nicht beleuchtet. Lichtemissionen in der Betriebszeit sind daher nicht anzunehmen.

// finanzielle Beteiligung der Gemeinde durch PV; gibt es dazu Regelungen?

25 Anregung 11 (FNPÄ) – vom 03.08.2025

Wir sind dagegen, dass unsere schönen freien natürlichen Flächen für einen Solarpark weichen sollen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

26 Anregung 12 (FNPÄ) – vom 04.08.2025

Aus meiner Sicht verändert die Anlage das typische Landschaftsbild unserer Region. Sowohl Untere Naturschutzbehörde als auch Landesplanungsamt sehen eine Realisierung kritisch. Folgeschäden der Installation sind aktuell nicht absehbar. Lebensraum geht verloren. Die Gemeindevertretung Brekels sollte eingebunden werden. Wildkorridore sind ebenfalls nicht vorgesehen. Geräusch und Lichtemissionen sind nicht kalkulierbar und daher nicht erwünscht. Ein wirtschaftlicher Vorteil für die Anwohner bzw. Gemeinden ist nicht erkennbar und bzw. kalkulierbar.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt. Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Es wurden im Rahmen des Umweltberichtes die bekannten Auswirkungen durch die PV-Anlage untersucht und geprüft. Falls erforderlich wurden (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens (Frühzeitige Beteiligung, Auslegung, Ausschüsse) hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit sich an der Planung zu beteiligen.

Für Kleintiere ist ein Durchlass von 20 cm zwischen Zaununterkante und Gelände einzuhalten. Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Durch die PV-Module kommt es zu keinen störenden Geräuschemissionen. Die Wechselrichter und Batteriespeicher verursachen Geräusche, diese sind aber vom Siedlungsbereich weitgenug entfernt. Damit wird davon ausgegangen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen entstehen.

Die PV-Anlage wird nicht beleuchtet. Lichtemissionen in der Betriebszeit sind daher nicht anzunehmen.

// finanzielle Beteiligung der Gemeinde durch PV; gibt es dazu Regelungen?

27 Anregung 13 (BP & FNPÄ) – vom 05.08.2025

27.1

Ich bin für Photovoltaik-Anlagen, aber diese gehören auf das Dach der Häuser und nicht in die Natur. Dann wird der Strom dort verbraucht, wo er produziert wird, der Überschuss kann für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Ich vermisse auf anderen Immobilien der Gemeinde diese Anlagen, sowohl auf den öffentlichen Gebäuden der Gemeinde (Kindergarten, Feuerwehr, ...) als auch auf den privaten Immobilien

in der Gemeinde sind kaum Anlagen zu finden. In meinen Augen sollte die Gemeinde hier Förderprogramme anregen, nutzen und unterstützen – z.B. ist BENEG als Investor bekannt, der auf Neubauten und auf Bestandsimmobilien, kommunalen Einrichtungen und für Gewerbetreibende als Energieversorger erneuerbare Erzeugungsanlagen plant, realisiert und betreibt. Dann wären Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen die nur dem Investor nützen nicht erforderlich.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

27.2

Der Schutz der Naturflächen und Wälder, der dort wohnenden Tiere ist für mich wichtig und essentiell. Lebewesen, die bei einer Solaranlage in dieser Größe von den Reflektionen, den unnatürlichen Geräuschen und den Schadstoffen verjagt und verschreckt werden und ihren Lebensraum verlieren stellt für mich ein Verbrechen an der Natur dar. Die Geräuschkulisse von hunderten Wechselrichter – wir haben einen im Haus (der sorgt schon für ordentlich Lärm in dem Raum) verunsichert und vertreibt die Tiere.

Seit frühester Kindheit habe ich hier immer die Seeadler über dem Brekels kreisen sehen, der Adlerhorst befindet sich nur wenige Meter von der geplanten Anlage entfernt. Hier handelt es sich aus meiner Sicht um eine geplante Naturzerstörung Investoren aus dem Hamburger Raum wollen durch die Erstellung der Anlage – ob wirtschaftlich betreibbar oder nicht – ihren Profit mehren.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen ist in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten. Da der Boden der PV-Anlage nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage sogar positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz und auch auf die gesamte Flora und Fauna.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und entsprechende Auswirkungen geprüft. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

Die Planung sieht aktuell 13 Wechselrichter vor. Es sind keine Emissionen bekannt, die zu einer erheblichen Störung von Mensch und Natur führen.

27.3

Ortsansässige Solarflächen-Betreiber hingegen, die in der Gemeinde Gewerbesteuer bezahlen und Investitionen getätigt haben, erhalten jetzt schon Post, dass Ihre Anlage abgeschaltet wird – somit ist deren Investition nicht mehr rentabel und fraglich ist, wie die Rückzahlung der Kredite erfolgen soll. Bei einer Abschaltung solcher Anlagen ist noch nicht einmal der für den Eigenverbrauch notwendige Strom verfügbar, da gar kein

Strom produziert werden kann, obwohl die Anlagen vorhanden sind und dafür aufgebaut wurden. Dadurch ist für die ansässigen Solarbetreiber eine doppelte Kostensituation entstanden: Der Strom muss zugekauft werden und der Abtrag muss geleistet werden. Einnahmen durch die Einspeisung fallen zudem weg. Der Investor hingegen wird wohl erst nach Abzug aller entstandenen Kosten für die Herstellung der Anlage und der laufenden Wartungs- und Instandhaltungskosten für die Gewerbesteuer zahlen müssen. Da es sich um einen Hamburger Investor handelt, wird die Gewerbesteuer – wenn überhaupt – in Hamburg bezahlt, solche Investoren verstehen es geschickt, Ausschüttungen an Dritte zu vermeiden. Die Gemeinde hat hiervon also keinen Nutzen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

// @Gemeinde: Von was spricht der Bürger?

27.4

Gerade in unserer Region sind sehr viele Radfahrer und Motoradfahrer unterwegs – direkt vor unserem Haus ist an schön-Wetter-Tagen oft viel Tourismus-Verkehr zu beobachten. Wir hören oft, wie schön und unberührt dieser Ort und diese Region doch noch ist. Das sich diese Einschätzung ändert, und sicher keine Touristen mehr ihre Zeit hier verbringen, wenn 60 Hektar Solar-Spiegel die Natur beglänzen erscheint mir schlüssig. Auch die Geräuschkulisse sowohl in der Bauphase als auch im Betrieb mit anfallenden Wartungsarbeiten wird die bisherige ländliche Idylle erheblich stören. Durch den Wegfall des Tourismus werden auch Einnahmen für die örtliche Gastronomie und die Ferienwohnungs-Vermieter wegfallen.

Ich bin hier auf dem Brekels geboren und lebe seit über 60 Jahren hier. Ich bin als Kind durch die Felder und Wiesen gestreift, das Naturerlebnis ist für Kinder hier der reinste Abenteuerspielplatz. Unsere Nachbarskinder und unsere Tochter können dies aktuell noch erleben, wenn wir hier mitten zwischen eine Industrie-Anlage eingebettet werden, wird sich die Natur und die gesunde Lebensumgebung verändern. In meinen Augen ist ein Wegzug von nicht-emotional gebunden Anwohnern mit Zweit-Wohnsitz am Brekels durchaus wahrscheinlich, da die Unruhe auch am Ursprungs-Wohnort zu haben ist. Der Wegfall der Zweitwohnungssteuer ist somit zu erwarten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

27.5

Wir haben vor vielen Jahren eine Erweiterung unseres Hauses vorgenommen, um hier die Ruhe und die für den anstrengenden Berufsalltag notwendige Erholung zu erhalten. Wir haben viel investiert, das Haus komplett modernisiert, neue Leitungen installiert und zuletzt das Dach erneuert, um energetisch auch für die Zukunft gut gerüstet zu sein. Wir haben ebenso in eine neue Heizungsanlage investiert, nicht weil die alte Anlage nicht mehr funktionierte, sondern weil uns wichtig war, weniger Schadstoffe zu produzieren und die Emissionswerte auf ein Optimum zu reduzieren.

Vor fünf Jahren haben wir eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach installiert, um die Umweltbelastung durch den Stromverbrauch unseres Gebäudes zu minimieren und überschüssigen Strom für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Diese hohe Investition wird sich für uns nicht bezahlt machen, wir aus den Protokollen der Photovoltaikanlage erkennen können. Unsere Anlage ist nach Süden ausgerichtet, die Wettersituation seit 5 Jahren ist einfach nicht geeignet, um in unserer Region eine Photovoltaikanlage gewinnbringend zu betreiben.

Bei all diesen Investitionen ist der Wert unseres Hauses gestiegen, bei einem aktuell nicht geplanten Verkauf meines Geburtshauses wäre bei einer fertig-installierten Photovoltaikanlage in unmittelbarer Nähe ein erheblicher geringerer Verkaufswert zu erreichen. Das grenzt aus meiner Sicht fast an eine Enteignung.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

27.6

Darüber hinaus würden wir im Frühjahr und im Herbst direkt auf die Anlage sehen – Die Spiegelung der Anlage wird das ganze Jahr unser Begleiter sein und auch hier für Unruhe sorgen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gehölzstrukturen werden auch im Frühjahr und Herbst einen direkten Sichtbezug einschränken.

// Blendgutachten

27.7

Ich wohne hier seit über 60 Jahren in meinem Geburtsort, solange ich mich erinnern kann, ist für diese Region von Seiten der Gemeinde nichts Positives geschehen. Auch durch die jetzigen Investoren und das Planungsbüro sind wir weder informiert noch befragt worden, es gab und gibt für uns keine Möglichkeit, Einfluss auf die Planung zu nehmen. Weder der Bürgermeister noch der Investor oder das Planungsbüro haben uns zu Gesprächen eingeladen, auch mit keinem der anderen Anwohner – auch diese haben ihre Gebäude über die Jahre in einem sehr guten Zustand gehalten – wurde gesprochen. Unsere Investitionen in unsere Heimat werden mit Füßen getreten. Ich selbst habe vier 4 ½ Jahrzehnte im Dienst des Ehrenamtes für die Feuerwehr der Gemeinde zur Verfügung gestanden. Ich bin in der Gemeinde gut bekannt und geachtet – jedoch hat niemand mit mir das Gespräch gesucht, um eine verträgliche Lösung zu finden. Ich bedauere es, meine Freizeit so lange und so intensiv für die Gemeinde investiert zu haben, da die Gemeinde ganz offensichtlich an mir und diesem Ortsteil kein Interesse hat, ihre Sorgfaltspflicht für die Interessen der Anwohner sollte nicht am Ortsschild Grebin enden. Die Gemeindevertreter sollten Vertreter der gesamten Gemeinde sein, und die Interessen aller Gemeindemitglieder vertreten.

Um es zusammenzufassen – ich bin gegen die Erstellung einer Anlage wie aktuell von der Gemeinde geplant - aus den oben genannten Gründen. Über die genannte BENEG könnte die Gemeine direkt profitieren und hätte sicher den Rückhalt der Bürger für diese Umsetzung, da dazu keine Naturflächen geopfert werden, die wir für die Bereitstellung von Lebensmitteln benötigen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die aktuelle Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten.

28 Anregung 14 (FNPÄ) – vom 06.08.2025

hiermit teile ich Ihnen meine Bedenken gegen die Einrichtung eines Solarparks mitten im Naturpark Holsteinische Schweiz mit:

28.1

Durch die Einrichtung eines Solarparks leidet die Attraktivität des Naturparks Holsteinische Schweiz. Der Naturpark wurde als großflächiges Erholungsgebiet errichtet und verbindet mehrere Regionen in Schleswig-Holstein. Hier sollte die Natur immer im Vordergrund stehen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Eingriffe in diesen Bereich dürfen m. E. nicht erfolgen. Wo sollen Menschen künftig noch lebenswerte Räume vorfinden, wenn nicht hier. Ein Solarpark ist ein Industrieunternehmen, dass nicht hierhergehört.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

28.2

Wie schon gesagt, sind auch Solarparks Industrieanlagen. Sie haben gravierende Auswirkung auf das Umfeld. Mittlerweile ist bekannt, dass sich die Umgebung von Solarparks aufheizt und zu einer Veränderung des Klimas führt. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die heimische Flora und Fauna. Gerade die heimischen Pflanzen und Tiere sollen durch den Naturpark geschützt werden. Dies gilt es zu erhalten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

Knickstrukturen bleiben durch die Planung erhalten und werden ergänzt. Zudem wird im Gegensatz zur aktuellen Landwirtschaft, ein Schutzabstand zu den Gehölzstrukturen eingehalten.

Auswirkungen auf die Tiere wurden im Rahmen eines Artenschutzgutachtens geprüft. Erforderliche (Ausgleichs)Maßnahmen werden getroffen.

28.3

Wertvolle Landflächen werden durch die Errichtung des Solarparks vernichtet und stehen den heimischen Tieren und Pflanzen nicht mehr zur Verfügung.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Es handelt sich aktuell um einen Intensivacker, heimische schützenswerte Pflanzen sind hier nicht vorhanden. Wie oben bereits dargestellt bleiben die Knickstrukturen durch die Planung erhalten und werden ergänzt. Zudem wird im Gegensatz zur aktuellen Landwirtschaft, ein Schutzabstand zu den Gehölzstrukturen eingehalten.

Für manche Tierarten steht die Fläche nicht mehr zur Verfügung, dafür entstehen durch die PV-Anlage für andere heimische Tierarten neue Lebensräume.

28.4

Es wird immer davon geredet, dass Solarenergie „umweltverträglich“ sei. Tatsächlich ist bis heute noch nicht geklärt, wie die Solarmodule umweltverträglich entsorgt werden und welche Gefahren für die Umwelt durch defekte Module entstehen. Es handelt sich hierbei um Sondermüll. Gibt es hierzu eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein entsprechendes Entsorgungskonzept.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Bei der Abfallentsorgung sind die entsprechenden Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien zu beachten. Darüber hinaus sind im Rahmen der Bauleitplanung keine weiteren Konzepte zu entwickeln.

28.5

Auch ist die Errichtung eines Solarparks nur dann interessant, wenn Fördergelder fließen. Was passiert, wenn keine Gelder mehr zur Verfügung stehen für solche Industrieanlagen. Sind sie dann immer noch wirtschaftlich?

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Durch Förderprogramme wie das Stromeinspeisegesetz (StromEinspG) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erfolgte bislang eine wirksame wirtschaftliche Unterstützung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Mittlerweile sind die Produktionskosten für PV-Freiflächenanlagen stetig gesunken, sodass jetzt auch entsprechende Solarparks außerhalb des EEG-Förderbereiches entlang von Verkehrsachsen wirtschaftlich sind.

28.6

Solarparks tragen nicht zur Netzstabilität bei. Es handelt sich vielmehr um Flatterstrom, der für die Endverbraucher sehr teuer ist, da ständig in die Netzstabilität eingegriffen werden muss. Mittlerweile ist es sogar schon soweit, dass bei Sonnenschein überschüssiger Strom gegen Geldleistung abgegeben werden muss, so dass die Verbraucher auch für überschüssigen Strom bezahlen müssen. Dies alles kann nicht im Sinne der Verbraucher sein. Viele Länder rund um die BRD sind schon nicht mehr bereit überschüssigen Strom abzunehmen, da sie dadurch ihre eigene Netzstabilität gefährden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es stimmt, dass Solarenergie wetterabhängig ist und die Stromproduktion variieren kann, was als "Flatterstrom" bezeichnet wird. Dies kann Herausforderungen für die Netzstabilität mit sich bringen, insbesondere wenn die Einspeisung nicht mit dem Verbrauch übereinstimmt. Dennoch können Solarparks zur Netzstabilität beitragen, wenn sie in ein gut geplantes und flexibles Stromnetz integriert sind. Technologien wie Energiespeicher, Lastmanagement und intelligente Netze können helfen, Schwankungen auszugleichen.

In Zeiten hoher Sonneneinstrahlung kann es tatsächlich vorkommen, dass überschüssiger Strom nicht genutzt wird und in einigen Fällen sogar abgeleitet werden muss. Dies wird oft durch Marktmechanismen geregelt. Um diese Vorkommnisse zu reduzieren, sind Batteriespeicher innerhalb der Anlage geplant.

28.7

Wer haftet für Schäden, die durch die Errichtung und das Betreiben des Solarparks entstehen?

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

28.8

Wenn man realistisch rechnen würde, sind Solarparks tatsächlich für die Endverbraucher sehr teuer. Es gibt sicherlich bessere Möglichkeiten der Stromversorgung.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

29 Anregung 15 (BP & FNPÄ) – vom 07.08.2025

29.1

Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens nehme ich als direkter Anlieger zu dem geplanten Vorhaben einer Solarfreiflächenanlage ‚Hohenkamp' wie folgt Stellung:

Ich bin in diesem Ort groß geworden und habe die wunderbare Natur bei den vielen Spaziergängen kennen und lieben gelernt.

Nachdem ich erfahren habe, dass meine Gemeinde plant, hier eine sehr sehr große Solaranlage aufzustellen, habe ich recherchiert und mich mit den Folgen dieser Aufstellung beschäftigt. Alles was ich herausfinden konnte, führt dazu, dass ich große Sorgen um meine Heimat habe und mir nicht vorstellen kann, dass für uns als Bewohner, die Natur und für die Tiere eine lebenswerte Umgebung erhalten bleibt.

Die Solaranlage wird die Welt hier vor Ort für die Tiere und die Menschen massiv verschlechtern:

- Die Bodenbewegung und der Baulärm bei der Aufstellung; die Spiegelung der Module, das Licht und der Lärm beim Betrieb der Anlage und die Schadstoffe aus der Auswaschung der Module bzw. der Reinigung der Module wird viele Tierarten, die ich in der ganzen Zeit beobachten konnte, schaden und sie vertreiben.
- Die liebevoll erhaltenen denkmalgeschützten und die restlichen Häuser werden durch die Erdbewegungen beim Einrammen der Pfähle leiden. Der Wert der Immobilien wird durch die optische und akustische Einschränkung sinken.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

// Blendgutachten

Die PV-Anlage wird in der Betriebsphase nicht beleuchtet. Von den PV-Modulen sind keine Emissionen zu erwarten. Von Wechselrichtern und Batteriespeicher sind Emissionen zu erwarten. Diese sind aber in einiger Entfernung zu Siedlungsbereichen. Erhebliche Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse wird nicht gesehen.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Zwischen Wohngebäuden und PV-Anlage werden mindestens 100 m Abstand eingehalten. Dadurch können Auswirkungen verringert werden.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

29.2

Viele Touristen sind aktuell hier in der Gegend zu finden, das wird sich definitiv ändern. Somit sind auch die örtliche Gastronomie und die Ferienwohnungsvermieter betroffen – wer möchte schon in einer Solaranlage Urlaub machen?

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

29.3

Die bisherige Artenvielfalt der Tiere, die vielen Greifvögel, die über dem Brekels kreisen und die unberührte Natur dieses Ortes bedeutet für mich Heimat. Hier ist ein wunderbarer Ort, um aufzuwachsen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

Bei der Fläche handelt es sich größtenteils um einen Intensivacker mit daraus resultierenden Auswirkungen.

Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

29.4

Viele öffentliche Institutionen haben den Standort der Anlage als kritisch betrachtet – diese Stellungnahmen werden offensichtlich nicht ernst genommen und sogar ignoriert.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

29.5

Der Umwelt-, Tier- und Menschenschutz wird offensichtlich nicht für wichtig genug erachtet.

Bitte ignorieren Sie nicht weiter die kritischen Stellungnahmen und bauen Solaranlagen auf verträgliche Weise – auf z.B. Dächern in der Gemeinde – verhindern Sie den Raubbau an der Umwelt für Mensch und Tier.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wurde ein Umweltbericht erstellt. Die Schutzgüter wurden geprüft. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende Maßnahmen getroffen. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

30 Anregung 16 (BP & FNPÄ) – vom 07.08.2025

30.1

Im Rahmen des öffentlichen Beteiligungsverfahrens nehme ich als direkter Anlieger zu dem geplanten Vorhaben einer Solarfreiflächenanlage ‚Hohenkamp' wie folgt Stellung:

Wir als Anwohner auf dem Brekels haben keine Informationen zu der geplanten Anlage erhalten. Ich bin seit vielen Jahren Bürgerin der Gemeinde Grebin, habe viele Stunden für die Unterstützung der Gemeinde in sozialen Belangen eingebracht, ich war sowohl als Feuerwehrfrau tätig, als auch im Vorstand des örtlichen DRK, habe in der Gemeindevertretung mitgewirkt. Aber wenn so eine Planung ansteht, so eine gewaltige Änderung meines Lebensumfeldes, eine Vernichtung meines Besitzes, dann werde ich nicht mal informiert.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die aktuelle Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten.

30.2

Bei den ersten Gesprächen über die zuerst geplante Anlage am Züchterhof und am Grellenkamp wurden noch alle Einwohner eingeladen und es wurde vom Investor das geplante Vorhaben vorgestellt. Nach den in dieser Sitzung schon von vielen Teilnehmern geäußerten Protesten zu so einer Anlage in dieser Naturfläche wurden diese Flächen offensichtlich nicht weiter betrachtet. Die ersten Bewohner am Brekels sind daraufhin weggezogen und haben ihre Immobilie danach bereits verkauft.

Nur mit den Bewohnern von 2 Häusern wurden direkte Gespräche geführt, wir wurden nicht über die geplante Anlage direkt an unserem Heimatort informiert. Wir wurden nicht zu Gesprächen mit dem Investor eingeladen, obwohl eine SFA direkt vor unserem Ortsteil geplant ist. Es wurden Gespräche mit der Gemeinde geplant, diese haben aber nicht stattgefunden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wurde ortsüblich über die Bauleitplanverfahren informiert.

30.3

Wir haben vor vielen Jahren eine Erweiterung unseres Hauses vorgenommen, um hier die Ruhe und die für den anstrengenden Berufsalltag notwendige Erholung zu erhalten. Wir haben viel investiert, das Haus komplett modernisiert, neue Leitungen installiert und zuletzt das Dach erneuert, um energetisch auch für die Zukunft gut gerüstet zu sein. Wir haben ebenso in eine neue Heizungsanlage investiert, nicht weil die alte Anlage nicht mehr funktionierte, sondern weil uns wichtig war, weniger Schadstoffe zu produzieren und die Emissionswerte auf ein Optimum zu reduzieren.

Wir haben im Jahr 2020 eine Solaranlage auf unserem Dach installiert. Wir haben dies nicht gemacht, um durch die Einspeisevergütung einen Gewinn zu erzielen. Wir wollten gerne, dass mögliche Dachflächen für die Energieerzeugung genutzt werden, um die benötigte Strommenge bereitzustellen. Wir haben im Juni 2023 versucht, die Wirkleistungsbegrenzung für unsere Solaranlage von 70% aufzuheben, um mehr Strom

produzieren zu dürfen. Die Aufhebung wurde uns nicht gestattet, da dies nur für Anlagen bis 7 kWp vorgesehen ist. Es ist offensichtlich nicht gewollt, dass private Investoren Strom für die Allgemeinheit bereitstellen. Daher bleibt mir unklar, warum der Investor mit seiner Anlage eine bevorzugte Behandlung erfährt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Regelungen zur Wirkleistungsbegrenzung und Beachtung des vom Bundestag Anfang 2025 verabschiedeten Solarspitzengesetz sind nicht bebauungsplanrelevant.

30.4

Betreiber weiterer Anlagen, die in der Gemeinde betrieben werden, haben bereits Schreiben erhalten, in denen eine Abschaltung avisiert wird, wenn die SFA in Betrieb gehen wird. Somit werden private Investoren geschädigt, obwohl sie bereits in zukunftsweisende Energiebeschaffung investiert haben. Das denkmalgeschütztes Ensemble Brekels ist nicht zu vereinbaren mit der SFA in direkter Nachbarschaft. Die Bewohner haben viel in diese Häuser investiert, um sie in gutem, denkmalgerechtem Zustand zu bewahren. Auch die anderen Häuser am Brekels wurden liebevoll in Stand gehalten.

Es gibt keine Einbeziehung des Denkmalschutzamtes bei der Planung der Anlage. In der Nähe des Brekels sind mehrere Hügelgräber zu finden. Die weitere Untersuchung ist nach diesem massiven Eingriff in den Boden ggf. nicht mehr möglich.

Auch hier ist zusätzlich der touristische Faktor entscheidend - wer möchte Hügelgräber und Denkmäler betrachten - inmitten einer SFA-Anlage?

Eine Solaranlage direkt vor der Kombination ‚Reetdach Kate und alte Landarbeiter Kate' ist für die Investitionen und Bemühungen der Eigentümer ein Schlag ins Gesicht.

Die Häuser, die über viele Jahrzehnte liebevoll von den Eigentümern unter hohem finanziellem Aufwand restauriert und in bester Ordnung gehalten wurden, werden jetzt durch die Baumaßnahmen bedroht und die Erhaltung erschwert, weil Schäden durch den Bau der SFA zu erwarten sind. Der Wertverlust aller Immobilien am Brekels ist klar zu erkennen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

// @ Gemeinde: Was ist hier gemeint?

Im Rahmen der Bauleitplanverfahren wurden das Landesamt für Denkmalpflege SH und das Archäologische Landesamt SH – Obere Denkmalschutzbehörde beteiligt. Es wurden entsprechende Abstimmung getroffen.

Die Fläche liegt innerhalb eines archäologischen Interessensgebietes. Archäologische Kulturdenkmale sind somit möglich, aber nicht belegt. Der Umgang mit gefundenen Denkmalen ist im Rahmen des Planvollzuges zu klären.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die

Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Zudem wird ein Mindestabstand von 100 m zwischen Wohngebäude und PV-Anlage eingehalten.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

30.5

Durch die künstliche Versiegelung der Ackerflächen mit Solarmodulen stirbt die Biodiversität. Die Zersetzung der Pflanzenüberreste ist durch das fehlende Sonnenlicht gestört, der Acker wird veröden. Wenn – die hier durchaus bisher schon sehr starken Regenfälle auf diese Anlage knallen, werden nicht nur die giftigen Substanzen der Module direkt in den Acker ausgewaschen, auch die verödete Erde wird schnell weggespült.

Das bedeutet für die unter dem Hang liegende Natur, die Straße und auch das Grundstück der Reetdach Kate, dass sie immer wieder mit giftiger Erde überschwemmt werden. Die Erde kann sicher schnell beseitigt werden – die enthaltenen Giftstoffe wohl eher nicht.

Zum Glück werden Altbatterien und Schadstoffe gesammelt, damit eine fachgerechte Entsorgung erfolgen kann. Bei den Solarmodulen werden die Giftstoffe direkt auf den bisherigen ertragreichen Acker geschwemmt – das erscheint mir doch sehr absurd!

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als

Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser.

Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

30.6

Für die Solarmodule muss sicher regelmäßig eine Reinigung erfolgen, um die gewünschte Leistung dauerhaft zu erhalten. Auch hier muss sichergestellt sein, dass die Flüssigkeiten und Schmutzstoffe aus der Reinigung nicht direkt in die Natur eingeleitet werden. Auch der Bodenbewuchs muss gepflegt werden. In kürzester Zeit ist hier sicherlich mit Brombeeren und auch wieder vermehrt der Herkulesstaude zu rechnen.

Wir hatten vor vielen Jahren diese Stauden auf dem Grundstück, konnten sie aber durch konsequente Entfernung der Pflanzen eindämmen. Auf dem Brekels, dem Weg zwischen Schönweide und dem Brekels, auf den Äckern und der zur SFA direkt angrenzenden Fläche auf der anderen Straßenseite ist seit Jahren ein immer stärker werdender Bewuchs mit Herkules zu beobachten. Hier befürchte ich - ebenso wie für die Eindämmung des Bewuchses auf der SFA – den Einsatz von Herbiziden. Auch hierdurch erfolgt eine Vergiftung des Erdreiches und der Lebewesen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Es ist ein Extensivgrünland vorgesehen. Die Verwendung von Schädlings- oder Unkrautvernichtungsmitteln sowie sonstigen Bioziden ist nicht zulässig. Für die Details wird auf den Umweltbericht verwiesen.

30.7

Beim Aufbau der Solaranlage werden feuerverzinkte Pfosten in den Boden gerammt. Die Erschütterung durch den Rammvorgang wird sicher auch das Erdreich verändern – die anliegenden Häuser werden ggf. dadurch Risse in den bisher stabilen Mauern erhalten. Das ist schon schlimm genug, aber auch der Zink, ursprünglich an den tief in den Boden gerammten Pfosten, wird sich durch den Kontakt mit Steinen lösen und ins Erdreich geschwemmt. Das dadurch freigesetzte Zink wird zusammen mit all den anderen Giftstoffen ins Grundwasser sinken. Am Brekels sind alle Haushalte auf das

Grundwasser angewiesen, da alle Häuser über eigene Brunnen versorgt werden. Es ist sicherzustellen, dass das Grundwasser regelmäßig geprüft wird und auch die zusätzlichen Giftstoffe geprüft werden. Mir ist zwar nicht bekannt, wie das dann verunreinigte Grundwasser wieder für die Versorgung von Menschen und Tieren gereinigt werden kann – aber dann wären die menschlichen Nutzer wenigstens informiert und könnten ab dann vermutlich nur noch Wasser in Flaschen für den Eigenbedarf kaufen. Die Tierwelt würde dann langsam, aber sicher vergiftet werden.

Es muss ein Konzept erstellt werden, wie die umgebende Natur vor diesen Giftstoffen wirksam geschützt werden kann. Wie ein Leben der Lebewesen am Rand dieser Anlage möglich sein soll – wie die Versorgung mit Wasser zukünftig sichergestellt ist, wer für die entstehenden Kosten aufkommt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Aufgrund des geringen Versiegelungsgrades und dem Verzicht von Düngemitteln und Pestiziden wird nicht davon ausgegangen, dass die Planung erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

30.8

Die Beleuchtung der Anlage in der Nacht - stört die Tierwelt und die Bewohner, da keine notwendigen Dunkelphasen mehr erreicht werden. Aktuell ist es dort absolut stockdunkel, wenn keine externe Lichtquelle hinzugefügt wird.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4(2) verwiesen: Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlagen ist nicht zulässig.

30.9

Nicht nur in der Nacht wird die Mensch- und Tierwelt durch die zusätzliche Beleuchtung gestört, auch tagsüber werden durch die Spiegelung der Sonne in den Modulen alle Lebewesen geblendet. Die Straße hier am Brekels ist sehr schmal – oft kommt es schon durch die Begegnung von Traktor und PKW zu kniffligen Situationen. Wenn dann bei einer Blendung so eine Begegnung erfolgt – oder ein Wanderer, ein Radfahrer übersehen wird, weil kurzfristig absolut nichts zu sehen ist wegen der enormen Spiegelung, wird es hier zu schlimmen Unfällen kommen. Die geplante Sicht-Verschattung durch die bestehenden Knicks wird alle 10 Jahre durch das ‚auf den Stock setzen' entfernt. Bis die Natur wieder die notwendige Höhe von den geplanten 3,50 Metern der Module erreicht vergehen Jahre. In dieser Zeit kann also nicht von einem Blend- oder Sichtschutz gesprochen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

// Blendwirkung

30.10

Die Tierwelt wird durch das blendend-dunkle Feld auch irritiert. Die Tiere werden geblendet und versuchen zu flüchten – dies wird die Population auch der gefährdeten Tierarten verringern. Vögel und Insekten werden bei Kontakt mit der Anlage durch die Hitze der Module verletzt oder sogar sterben, nur weil sie davon ausgehen, dass es sich um Wasser handelt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.

Eine Studie belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte z. B. nicht nachgewiesen werden.

30.11

Apropos Knick – In der Mitte der geplanten Anlage ist ein Knick. Dieser ist jedoch seit Jahren nicht mehr vernünftig gewachsen. Es sind vereinzelt Bäume zu sehen, die Knick-Hecke ist jedoch verschwunden.

Dieser Knick muss dringend wiederaufgebaut werden! Ob der Knick wegen der zu nahen Landbearbeitung nicht mehr wächst sollte geprüft werden. Es gibt Mindestabstände, die einzuhalten sind – diese werden jedoch auch nicht bei den Eichen am Feldrand eingehalten. Die Eichen sehen dementsprechend auch sehr trocken und in Mitleidenschaft gezogen aus.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Bei der angesprochenen Struktur handelt es sich um einen aus Findlingen zwischen den Ackerflächen aufgehäuften Steinriegel, der von einer ruderalen Grasflur um- und bewachsen ist. Nur die beiden Enden des Walls sind mit Gehölzen bewachsen. Der Wall unterliegt dem gesetzlichen Biotopschutz. Eine neue Bepflanzung des Walls ist nicht vorgesehen.

Die Planung wird von Knickstrukturen mindestens 3 m Schutzabstand einhalten. Dadurch wird sich der Erhaltungszustand der bestehenden Gehölzstrukturen verbessern.

30.12

Mitten im unberührten Naturpark Holsteinische Schweiz soll eine 50 Hektar große SFA entstehen. Die Natur ist bisher geschützt – große Damwild Herden und Rehherden ziehen zwischen den Orten und den Wäldern hin und her. Die Damwild Herde, die hier am Brekels läuft, ist manchmal in Schönweide, aber auch in Lammershagen zu sehen. Die geplante Anlage enthält keine Wildkorridore – wo sollen die Tiere laufen? Auch auf diese Spezies wird keine Rücksicht genommen. Wir haben hier ein Kranich- und Seeadlerbrutgebiet. Es leben zahlreiche Wildtiere hier – verschiedenste Krötenarten, Fledermäuse, Feldlerchen, Kraniche, Seeadler, Gabelweihen, Wildkatzen, Waschbären, Füchse, Damwild, Dachse, Schwäne, Fischotter, Wildschweine, um nur einige zu nennen. In der Nähe ist seit vielen Jahren ein Seeadler-Horst – die Seeadler kreisen oft direkt über dem Brekels. Durch die geplante Anlage ist es den Tieren nicht mehr möglich, in ihrem ursprünglichen Lebensraum zu wohnen – der Seeadler verliert sein Brutgebiet und Jagdgebiet – da die Population gefährdet ist, kann das nicht gewünscht sein. Es handelt sich hier um ein bedeutsames Brutgebiet! Ebenso ist das Gebiet bis jetzt für Feldlerchen, diverse Krötenarten, Wildkatzen und Kraniche ein Brut- und Nahrungsgebiet.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahmen wird zurückgewiesen.

Für Kleintiere ist ein Durchlass von 20 cm zwischen Zaununterkante und Gelände einzuhalten. Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten.

Es wurden Feldlerchen kartiert. Es wurden entsprechende Maßnahmen als Ausgleich getroffen.

Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

30.13

Die Empfehlungen der Jagbehörde und der Naturschutzbehörde werden nicht angenommen. Hier wird offensichtlich billigend in Kauf genommen, dass streng geschützte und in der Anzahl bedrohte Arten ihren Lebensraum verlieren.

Die Jagdbehörde, das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und auch die Naturschutzbehörden sehen den Standort der Anlage als kritisch an. Auf all diese Stellungnahmen wird nicht reagiert. Der Umwelt-, Tier- und Menschenschutz wird offensichtlich nicht für wichtig genug erachtet.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

30.14

Wenn ein Vogel in die Module fällt, ein technischer Defekt auftritt oder ein Blitz einschlägt ist Brandgefahr gegeben. Die örtliche Feuerwehr hat dann die Aufgabe eine brennende Solaranlage zu löschen. Der Brand wird schnell auf die weiteren Module übergreifen – wenn die Funken fliegen, ist die nahestehende Reetdach Kate schnell in Gefahr. Dann ist ein Übergreifen des Brandes auf den restlichen Brekels schnell geschehen. Die giftigen Dämpfe, die durch die brennenden Module erzeugt werden, sorgen dann für ein hohes Vergiftungsrisiko aller Anwohner – auch bis Schönweide und Helenenruhe oder Treufeld. Wenn der Brand gelöscht werden soll, werden die Löschmittel aber auch die verbrannten Bestandteile der Solaranlage in die Natur geschwemmt. Wie dieser sensible Naturschutzraum, der aktuell für viele bedrohte Tierarten vor den giftigen Bestandteilen geschützt werden soll ist mir absolut fraglich. Das sollte ausgiebig vorrangig geprüft werden. An Silvester ist es fast im gesamten Gemeindegebiet zum Glück nicht erlaubt, Raketen abzufeuern da die Brandgefahr für die Reetdach Katen zu groß ist. Warum dann diese Brandgefahr ignoriert wird, erschließt sich mir nicht. Eine Feuerwehr in der Größe der Gemeindewehr ist nicht in der Lage, eine Anlage in dieser Größe zu schützen bzw. zu löschen, wenn sie brennt. Bis notwendige Unterstützung vor Ort wäre, ist es zu spät. Ebenso sind keine Löschwasserentnahmestellen in ausreichender Menge vorhanden. Daher darf zum Schutz der Natur und aller Lebewesen keine Planung einer SFA erfolgen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Zwischen den Wohnhäusern und der PV-Anlage besteht ein Mindestabstand von 100 m. In diesem Abstand wird Extensivgrünland angelegt, sowie ein Flachgewässer.

Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Die erforderliche Löschwassermenge wird durch ein Löschwasserkissen an der Anlage vorgehalten.

30.15

Ackerflächen, die für die weitere Versorgung benötigt werden, sollen stillgelegt werden. Seit Jahrzehnten sind die ertragreichen Ackerflächen jedes Jahr in Nutzung. Regelmäßig steht Getreide auf den Äckern, wie soll denn in Zukunft die Versorgung mit Lebensmitteln erfolgen, wenn ertragreiche Flächen stillgelegt werden und stattdessen überbaubare Dächer und versiegelte Flächen ohne Photovoltaikanlagen bleiben. Die für die SFA geplanten Flächen sind in einem Gutachten der Unteren Naturschutzbehörde mit einer guten Einstufung der Ackerflächen bewertet worden. In der Ukraine-Krise sind wir mehr denn zuvor auf die heimische Produktion angewiesen und können es uns nicht leisten, wertvollen Ackerboden herzugeben.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

30.16

Ein Solarpark erzeugt selbst sicherlich keine dauerhafte Lärmemission. Hörbare Geräusche sind jedoch durch den Betrieb, die entsprechenden Wartungsarbeiten, den zusätzlich geplanten technischen Anlagen - Trafostation und Wechselrichter – zu erwarten. Auch das offensichtlich geplante Umspannwerk wird sicher mit einem hohen Lärmfaktor dafür sorgen, dass nicht nur die Anwohner und Touristen eingeschränkt und gestört – sondern auch die Tierwelt durch die ungewohnten nicht kalkulierbaren Geräusche abgeschreckt und vertrieben werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung wird kein Umspannwerk geplant.

Von den PV-Modulen sind keine Emissionen zu erwarten. Von Wechselrichtern und Batteriespeicher sind Emissionen zu erwarten. Diese sind aber in einiger Entfernung zu Siedlungsbereichen. Erhebliche Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse sowie auf die Tierwelt wird nicht gesehen.

30.17

Die geplante Anlage wird das Landschaftsbild in erheblichem Maße verändern. Aktuell sind oft Touristen zu beobachten, die erst die Landschaft vom Hügel aus betrachten und dann oft zu Fuß oder per Fahrrad die weitere Landschaft bewundern.

Die zu erwartende Änderung des Geländes – sei es durch die reflektierenden Oberflächen, die Höhe der Modulreihen und der Einzäunung der Anlage. All das passt nicht in die aktuell friedlich ländliche Umgebung.

Die bisher einmalige Ruhe und die touristische Attraktivität werden durch die geplante Maßnahme verloren gehen. Für die gesamte Gemeinde Grebin ist aktuell aus Naturschutzaspekten und aus Landschaftspflegerischen Aspekten keine Solaranlage sinnvoll. Das komplette Gebiet wird durch diese Anlagen zerstört. Es gibt auch keine Absprachen zwischen den Gemeinden im Umkreis, wir haben erfahren, dass sowohl in Lammershagen, Mucheln und Dannau Anlagen geplant sind. Wenn alle Anlagen in entsprechender Größe erstellt werden, hat die Tier- und Menschenwelt hier keinen lebenswerten Raum mehr.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Das PV-Konzept sowie die Bauleitplanung wurden mit den Nachbargemeinden abgestimmt.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

30.18

Ich spreche mich nicht grundsätzlich gegen erneuerbare Energien aus - große Einkaufszentren und deren Parkplätze – auch die Autobahn – könnten mit Solaranlagen überbaut werden.

Es gibt so viele Dächer in der Gemeinde, die ohne Solaranlage sind. Im gesamten Kreisgebiet gibt es viele öffentliche Gebäude, die noch keine Solaranlagen auf dem Dach haben, die großen Einkaufszentren und Handelsfirmen im Kreisgebiet könnten doch auch Solaranlagen aufstellen – sogar auf den Parkplätzen zur Überdachung der Parkplätze. Dann wären versiegelte Flächen gut genutzt und der notwendige Strom könnte erzeugt werden!

Es gibt private Investoren in der Gemeinde, die Solarfreiflächenanlage auf Gemeindezugehörigen Geländen aufstellen wollen. Warum werden diese Anlagen nicht unterstützt?

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

30.19

Ich fordere einen sofortigen Stopp der SFA-Planung und der Durchführung einer Aufstellung in den aktuell geplanten Gebieten der Gemeinde Grebin. Durch die aktuell geplante Anlage gewinnt nur der Investor, nicht die Gemeinde, nicht die Touristen, nicht die Vermieter und Eigentümer in der Gemeinde. Ausbleibende Touristen werden die Folge sein – dann hat auch die Restauration in Grebin keine Chance mehr.

Die Investitionen der Bewohner von Brekels werden missachtet – der Wertverlust der Objekte ignoriert.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

31 Anregung 17 (BP & FNPÄ) – vom 07.08.2025

Nachfolgend erhalten Sie meine Stellungnahme zur geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage „Hohenkamp“ im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 sowie der 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin. Als Miteigentümerin des Resthofes Helenenruhe und als naturverbundener Mensch fühle ich mich aufgerufen die nachfolgenden Überlegungen mit Ihnen zu teilen.

Das international agierende Unternehmen „Blue Elephant Energy“ (BEE) mit Sitz in Hamburg plant als Investor in Grebin den Bau eines etwa 50 Hektar großen Solarparks in der Kulturlandschaft des Naturparks „Holsteinische Schweiz“.

Die betroffenen Ackerflächen liegen inmitten von Feldern, Hügeln, Wäldern, Seen und Knicks und grenzen an den denkmalgeschützten Weiler Brekels, an das Landschaftsschutzgebiet „Mittleres Kossautal“, und dem Waldgebiet „Langenfeldholz“.

Meinerseits bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Folgen auf Natur, Umwelt, Verkehr, Gemeindeentwicklung und auf die Lebensqualität der Anwohner.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird zu allen schutzwürdigen Strukturen ein entsprechender Abstand gehalten, um erhebliche Auswirkungen zu vermeiden. Die Schutzgüter wurden geprüft, falls erforderlich wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für Details wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zum Naturschutz betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

31.1 Rechtliche Grundlage

Das Verfahren wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.

- Die Einhaltung des Abwägungsgebots gemäß § 1 (7) BauGB ist zwingend vorgeschrieben. Nach der Rechtsprechung des BVerwG ist das Gebot gerechter Abwägung verletzt, wenn keine sachgerechte Abwägung stattfindet, Belange nicht eingestellt werden, deren Bedeutung verkannt wird oder der Ausgleich der Belange außer Verhältnis steht.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

31.2 Auswahl und Beauftragung des Planungsbüros

Die Gemeinde Grebin beauftragte das Planungsbüro Ostholstein in Bad Schwartau mit der Potentialanalyse geeigneter Flächen, die Finanzierung übernahm der Vorhabenträger Blue Elefant.

Es bleibt festzuhalten, dass das Planungsbüro ohne öffentliche Ausschreibung beauftragt wurde und dass die Nähe des Vorhabensträger zu dem Planungsbüro das Ergebnis bzw. dessen Empfehlung fragwürdig erscheinen lässt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Kostenübernahme der Planungskosten durch einen Investor entspricht der üblichen Praxis.

31.3 Ermittlung geeigneter Flächen in der Potentialanalyse

- Bei der Ermittlung geeigneter Flächen gelangt das Planungsbüro Ostholstein zu dem Schluss, dass lediglich 4 Flächen in Betracht kommen, obwohl es laut Regionalplan von 2000 weitere geeignete Flächen gibt. Von diesen Vieren wurde lediglich die Fläche „Hohenkamp“ als geeignet ausgewiesen, ohne dass begründet wurde warum zum Beispiel die Flächen „Züchterhof“ und „Grellenkamp“ ausgeschlossen wurden. Selbst das Landesplanungsamt kritisiert die mangelhafte Berücksichtigung alternativer Standorte.

Alles in allem bestehen Zweifel an der Objektivität dieser Analyse und ob die Einhaltung des Abwägungsgebot gemäß § 1 (6 und 7) BauGB sichergestellt ist; zumal bei einer Gemeindefläche von 2410 Hektar.

Auch wurde die Nutzung bestehender in Frage kommender Dachflächen und/oder Brachflächen nicht geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Ein Regionalplan von 2000 gibt es nicht. Der für die Gemeinde Grebin geltenden Regionaplan ist von 2001.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept durch. Dabei wurde herausgestellt, dass sich vor allem im nordöstlichen Gemeindegebiet geeignete Flächen für PV-Freiflächenanlagen befinden. Genau genommen östlich entlang der Gemeindestraße von Schönweide, Brekels, Helenenruhe bis nach Treufeld. Das Plangebiet liegt innerhalb dieser Eignungsflächen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

31.4 Umwelt- und Naturschutz

- Die geplante Bebauung betrifft landwirtschaftlich genutzte Flächen, die über eine mittlere bis gute Bodenqualität verfügen. Es handelt sich um unbelasteten Grund- und Boden, der in einer noch größeren zusammenhängenden Fläche liegt, die ebenfalls unbelastet ist.
- Daraus ergibt sich auch, dass außer einer Straße bisher keinerlei Infrastruktur existiert. Wo soll die erzeugte Stromleistung von ca. 35 Millionen kwh ins Netz eingespeist werden? Entsteht neben weitreichenden Erdarbeiten zur Kabelverlegung und zum Aufbau der Module noch ein Umspannwerk in der Nähe und zerstört damit weiteren unbelasteten Naturraum?
- Der geplante Standort befindet sich zudem in unmittelbarer Nähe zu geschützten Biotopen, Adlerhorsten und Kranich-Brutgebieten und bedeutet damit weitere Konflikte mit dem Naturschutzrecht. Laut Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeiträgen befinden sich im Plangebiet oder dessen direktem Umfeld Lebensräume von Feldlerche, Kranich, Seeadler, Rebhuhn, Kammmolch und Rotbauchunk bestehen archäologische Verdachtsflächen mit nachgewiesenen Grabhügeln und Megalithgräbern und - grenzt an geschützte Knickstrukturen und ein Waldgebiet mit Erlen-Eschen-Sumpfwald.

Die langfristigen Auswirkungen des Bauvorhabens auf die Bodenstruktur, die vor Ort lebenden Menschen und auf die Tierwelt fehlen und werden als vernachlässigbar nicht weiter untersucht.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Die erforderliche Infrastruktur sowie ein ggf. erforderliches Umspannwerk ist nicht Bestandteil der vorliegenden Bauleitplanung und werden in einem separaten Verfahren geprüft.

Zu geschützten Biotopen wird ein Schutzabstand eingehalten.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Es wurde Feldlerchen kartiert. Es wurden entsprechende Maßnahmen als Ausgleich getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

Die Planung greift in die umliegenden Denkmale nicht ein. Es wurden Abstände hierzu eingehalten. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

31.5

Die Planung steht im Widerspruch zu Vorgaben des Regionalplans und widerspricht Zielen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP 2021) sowie dem

Regionalplan hinsichtlich Tourismus, Naturschutz und interkommunaler Abstimmung. Die Auswirkungen auf den Nachbarschaftsraum wurden nur unvollständig berücksichtigt.

Alles in allem ist es doch sehr verwunderlich, dass das Planungsbüro, dessen täglich Brot das Erstellen solcher Potentialanalysen ist, die raumordnerische Vorgabe des Landesplanungsamt in keinster Weise berücksichtigt, in der steht, […] *dass die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen […]* vermieden werden soll. (Verwaltungsvorschrift des Landesplanungsamt am 7.11.2022)

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es stehen der Planung keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

31.6 Betriebswirtschaftliche Aspekte

Zu keinem Zeitpunkt gab es bei diesem Vorhaben in Milliardenhöhe einen Projektplan seitens des Investors, des Planungsbüros und/oder der Gemeindevertretung. Bis heute ist nicht klar kommuniziert, worin der finanzielle Nutzen für die Gemeinde besteht und was eventuelle Risiken und Kosten sind:

Gibt es zum Beispiel eine vertragliche Absicherung für die Ertragsbeteiligung der Gemeinde?

Es ist fragwürdig, ob aufgrund dieser mangelnden Informationslage die Gemeindevertreter in der Lage sind ein Projekt dieser Größenordnung ohne betriebswirtschaftliche Kennzahlen und/oder einem Businessplan zum Wohle der Gemeinde entscheiden zu können.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden

// Ertragsbeteiligung?

31.7 Klimaschutz und Energie

Die langfristigen Auswirkungen des Bauvorhabens auf die Bodenstruktur, die vor Ort lebenden Menschen und auf die Tierwelt fehlen und werden als vernachlässigbar nicht weiter untersucht.

Die Einhaltung von Klimaschutzzielen ist nicht ausreichend dokumentiert. Die ökologische Bilanz des Projekts ist nicht transparent dargestellt. Zwar dient die Anlage formal dem Klimaschutz, jedoch stehen der erhebliche Flächenverbrauch, der Eingriff in geschützte Lebensräume sowie der Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen in Widerspruch zu nachhaltigen Entwicklungszielen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des

Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

Auswirkungen auf die Schutzgüter wurden im Rahmen des Umweltberichtes geprüft. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

31.8 Ortsbezogene Überlegungen

Die optische Wirkung der 3,6 m hohen Anlagen auf über 45 Hektar Fläche zerstört das gewachsene Landschaftsbild und die Attraktivität der Region für den Naturtourismus. Eine ausreichende visuelle Abschirmung ist trotz geplanter Eingrünung nicht gegeben und auch nicht möglich. Die Bedenken der Anwohner und der Gemeinde fanden weder durch die Gemeindevertreter noch durch den Investor angemessen Gehör.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

31.9 Fazit:

Die Nähe des Planungsbüros Ostholstein zu dem Großinvestor Blue Elefant und die sich daraus ergebende Ermittlung und Feststellung geeigneter Flächen mit der anschließenden Genehmigung durch die Gemeindevertretung lassen etliche Mängel und Schwachstellen erkennen: Fehlende Neutralität und Transparenz und eine den

Bürgern und Bürgerinnen zugewandte Informations- und Kommunikationspolitik über u.a. Verträge und einer Kosten- und Nutzendarstellung aus Sicht aller Beteiligten.

Aus diesen Gründen ist die 4. Flächennutzungsplanänderung und der vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.2 der Gemeinde Grebin obsolet. Und es bedarf eines neuerlichen -transparenten- Prozesses, der alle Gemeindemitglieder ernsthaft einbezieht und umfassend informiert. Das bedeutet

- die Aussetzung und Überarbeitung des Bebauungsplans,
- eine gemeindeübergreifende Prüfung bzw. Abstimmung aller in Frage kommender Flächen mit einem abgestimmten Konzept für Erneuerbare Energien in den Gemeinden des Naturparkes
- die Beauftragung eines unabhängigen, öffentlich beauftragten Planungsbüros, dass von der Gemeinde finanziert wird und
- eine öffentliche Ausschreibung der Gemeindevertretung Grebins, bei der sich alle interessierten Landwirte und Flächenbesitzer um Solarflächen in der Gemeinde bewerben mit dem Ziel einer erneuten objektiven Prüfung gemeindeweiter Alternativflächen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die aktuelle Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept durch. Dieses wurde mit den Nachbargemeinden abgestimmt.

Es besteht eine kommunale Planungshoheit. Dass die Planungskosten von einem Investor übernommen werden, entspricht der üblichen Praxis.

// öffentliche Flächenausschreibung?

32 Anregung 18 (BP) – vom 07.08.2025

Ich bin gegen eine Nutzung so großer Naturfläche für eine PV-Anlage, weil:

- es genau gegenüber eines Naturschutzgebietes liegen soll,
- weil in unserer Gemeinde viele Wasserschutzgebiete sind, die evtl. in Mittleidenschaft gezogen werden
- keine Rücksicht auf die Anwohner, deren direkte Umgebung und der dort lebenden Tiere und Greifvögel (insbesondere Seeadler und Kraniche) genommen wird
- noch gar nicht sichergestellt ist, dass die erzeugte Strommenge überhaupt abgenommen werden (transportiert) kann
- durch die Baumaßnahmen das natürliche Gleichgewicht erheblich gestört wird
- die Straßen dort überhaupt nicht für solche Vorhaben ausgelegt sind und der Durchgangsverkehr (auch oder vor allem Landwirtschaft) dadurch erheblich beeinträchtigt wird.

Warum werden nicht vorhandene Gebäude mit PV ausgestattet, statt wertvolle Ackerflächen zu verschwenden???

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das nächste Naturschutzgebiet (Kossautal) liegt in ca. 1,7 km Entfernung. Eine Betroffenheit wird daher nicht angenommen.

Gemäß Landesentwicklungsplan liegt das Plangebiet in keinem Trinkwasserschutzgebiet oder Trinkwassergewinnungsgebiet.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (Anlage zur Begründung).

// Abnahme erzeugter Strom

Auf einem Intensivacker herrscht kein natürliches Gleichgewicht. Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

In der Betriebsphase ist durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen.

33 Anregung 19 (BP) – vom 07.08.2025

33.1

Bei der Lektüre des Bebauungsplanes Nr.2 der Gemeinde Grebin und der Flächenplannutzungsänderung für den Bau einer Solarfreiflächenanlage vermisse ich die Einbindung des Planes in ein Gesamtenergiekonzept der Gemeinde Grebin. Weshalb wurde ohne bestehendes Energiekonzept für die Gemeinde ein solches Großprojekt zum Nachteil der Natur und der Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde beschlossen? Ich rege die Erstellung eines Energiekonzepts für die Gemeinde Grebin als Basis für die Planung und Zustimmung zu neuen Projekten an und bitte somit eine Aussetzung der vorliegenden Planung.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeri-ums für Energie, Landwirtschaft,

Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

Eine Erstellung eines Gesamtenergiekonzeptes für die Gemeinde ist für die Bauleitplanung nicht erforderlich.

33.2

Wie kann es sein, dass ein Solarpark geplant wird, ohne dass der Einspeisungsort darin genannt und dessen Bau oder Umbau mit geplant wird? Es wurde bei der Vorstellung des Projekts in der GVS am 14.5.2025 sogar von einem Umspannwerk gesprochen. Muss dieses nicht Teil des Bauleitverfahrens sein? Wohin und auf welchen Wegen soll der produzierte Strom geleitet werden? Liegen die Genehmigungen für den Bau des Umspannwerks, der Masten und für die Abnahme des Stroms durch die SH-Netz-AG bereits vor? Keinesfalls kann einem Plan zugestimmt werden, bei dem diese Punkte nicht geklärt und rechtlich abgesichert sind.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Vorgehen entspricht der gängigen Praxis. Das Umspannwerk ist in einem separaten Verfahren zu beantragen und mit der SH-Netz abzustimmen, daher ist es nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens.

33.3

In der bisherigen Abwägung fehlt ebenso der Aspekt der zu erwartenden Netzüberlastungen durch den Bau der Anlage, der dazu führen würde, dass kleinere Anlagen auf Dächern abgeschaltet würden, was finanziell zu Lasten derjenigen Bürgerinnen und Bürger ginge. Von der Schleswig-Holstein Netz AG wurden bereits jetzt Schreiben an die Besitzerinnen und Besitzer von Photovoltaikanlagen auf Dächern versendet, in denen eine Abschaltung bei Netzüberlastung angekündigt wird. Es kann nicht im Sinne einer Gemeinde sein, einem internationalen Großkonzern Einnahmen zu generieren, während die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, dadurch Einnahmen verlieren.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Der Netzausbau ist nicht bebauungsplanrelevant.

In Zeiten hoher Sonneneinstrahlung kann es tatsächlich vorkommen, dass überschüssiger Strom nicht genutzt wird und in einigen Fällen sogar abgeleitet werden muss. Dies wird oft durch Marktmechanismen geregelt. Um diese Vorkommnisse zu reduzieren, sind Batteriespeicher innerhalb der Anlage geplant.

33.4

Es fehlen in der Planung auch Informationen über die aktuelle Schleswig-Holsteinische Gesamtenergielage.

Es wird von einem hohen Bedarf an grünem Strom ausgegangen, während seit Jahren teilweise große Überschüsse erzeugt werden. Die Notwendigkeit eines solchen folgenschweren Baus für die Energieversorgung muss unbedingte Grundlage für die Planung sein.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

In Zeiten hoher Erzeugung von erneuerbarem Strom, insbesondere bei optimalen Wetterbedingungen, kann es in Deutschland zu Überschüssen kommen. Diese Überschüsse können jedoch regional variieren. Um die Energieversorgung sicherzustellen und die Integration erneuerbarer Energien in das Stromnetz zu ermöglichen, sind Investitionen in die Netz-Infrastruktur notwendig.

Die Darstellung der Gesamtenergielage ist nicht bebauungsplanrelevant.

33.5

Der international agierende Großkonzern Blue Elepahnt Energie als Investor, dessen höchsten Aktienanteil das Milliardenunternehmen Antin besitzt, wirbt u.a. mit standardisierten Verträgen. Diese Verträge sind sicher rechtlich gut abgesichert und bergen keine finanziellen Risiken für den Investor. Hier ist kein individueller Verhandlungsspielraum für eine Gemeindevertretung zu erwarten. Nach Aussage des Grebiner Bürgermeisters auf der GVS am 25.06.2025, hätte dieser auf eigenes Insistieren hin mit dem Investor einen Vertrag ausgehandelt, der die finanzielle Beteiligung der Gemeinde absichern würde. Der Vertrag mit dem Investor sollte unbedingt fachanwältlich geprüft werden.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird ein Durchführungsvertrag zwischen Gemeinde und Vorhabenträger geschlossen. Dieser wird fachanwaltlich begleitet.

33.6

Die Gemeinde hat sich in ihrem Beschluss vom 29.3.2023 dazu verpflichtet, die NABU-Richtlinien beim Bau einer Freiflächen-Photovoltaikanlage umzusetzen. Die Bauleitplanung ist an verschiedenen Punkten weit davon entfernt (zu geringer Abstand der Solarmodule, fehlende Wildkorridore, zu hoher überschirmter Flächenanteil bei gleichzeitig zu geringer Anzahl von Habitaten innerhalb der Anlage, fehlende Verpflichtung zum Monitoring...). Um ihrem Beschluss nachzukommen, kann die Gemeindevertretung diesem Plan ohne entsprechende Veränderungen nicht zustimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zurückgewiesen.

Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 2021 wurden entsprechend des Standortes erfüllt. // @ VHT: zwei Punkte sind nochmal abzustimmen (Netzanschluss, Langzeitmonitoring)

Die Begründung wird um eine Überprüfung der Kriterien ergänzt.

34 Anregung 20 (BP & FNPÄ) – vom 08.08.2025

Mit dieser Stellungnahme möchte ich meine Ablehnung der geplanten Änderungen am 4. Flächennutzungsplan sowie des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 der Gemeinde Grebin zum Ausdruck bringen. Die geplanten Maßnahmen sind weder natur- noch umweltverträglich und berücksichtigen nicht ausreichend die Belange des Artenschutzes sowie den Schutz wertvoller Lebensräume. Daher bitte ich um eine sorgfältige Überprüfung und Neubewertung der Vorhaben unter Einbeziehung nachhaltiger und naturschonender Alternativen.

Im Folgenden gehe ich darauf näher ein:

34.1 Der Standort

34.1.1 Ungeeigneter Standort im Naturpark

Die geplante Solarfreiflächenanlage (SFA) liegt im Naturpark Holsteinische Schweiz in einer bisher unberührten Kulturlandschaft mit hoher landschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Das Areal grenzt unmittelbar an geschützte Biotope, denkmalgeschützte Siedlungen und wichtige Lebensräume für streng geschützte Arten. Laut Erlass vom 09.09.2024 handelt es sich um Flächen mit besonderem Prüfungsbedarf.

Auch die Landesplanungsbehörde, der Kreis Plön sowie die Untere Naturschutzbehörde bewerten den Standort als ökologisch problematisch und widersprechen einer Nutzung für Solarenergie, da die Fläche außerhalb der EEG-Kulisse liegt und keine Vorbelastung aufweist.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeri-ums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche für PV-Freiflächenanlagen.

Zu geschützten Strukturen werden entsprechende Schutzabstände eingehalten. Zudem wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

34.1.2 Missachtung des Schutzstatus im Naturpark

Die Anlage widerspricht dem Leitbild deutscher Naturparke. Der Standort ist Teil einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft mit hoher Biodiversität (u. a. Feldlerche, Rebhuhn, Seeadler, Kranich, Fischotter, Fledermäuse, Amphibien und Reptilien). Es fehlt ein Gesamtkonzept für Erneuerbare Energien im Naturpark. Ich fordere die Aussetzung des Verfahrens, bis eine abgestimmte Planung unter Einbindung des Naturparkvereins und zuständiger Behörden vorliegt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

34.1.3 Gefährdung geschützter Arten und Lebensräume

Die SFA liegt in einem Brut-, Rast- und Nahrungsgebiet streng geschützter Arten. Besonders betroffen sind Seeadler, Kraniche, Feldlerchen, Rebhühner sowie Amphibien wie Kammmolch, Laubfrosch und Rotbauchunke. Fachgutachten zeigen, dass Lebensräume verloren gehen und keine ausreichenden Ausgleichsmaßnahmen geplant sind. Ich fordere: wirksame lokale Ausgleichsflächen und unabhängige Gutachten zu Licht-, Lärm- und Temperaturwirkungen auf die betroffenen Arten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

34.1.4 Eingriffe in Wildtierkorridore und mangelnder Schutz für Säugetiere

Wildkorridore für Dam- und Rehwild, Dachse und andere Tiere fehlen oder sind zu schmal. Empfehlungen der Jagdbehörde werden ignoriert. Die Anlage führt zur Zerschneidung von Lebensräumen. Auch geschützte Fledermausarten sind durch Lärm und Lichtemissionen bedroht.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen

Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Bei Umsetzung der Planung ist nicht mit artenschutzrechtlichen Konflikten für Fledermäuse zu rechnen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

34.1.5 Negative Auswirkungen auf Insektenpopulationen

Lichtverschmutzung und spiegelnde Modulflächen führen zu Orientierungslosigkeit, Eiablage auf ungeeigneten Oberflächen und erhöhter Sterblichkeit bei Insekten. Arten

wie Libellen, Wildbienen und Käfer werden gefährdet. Die Auswirkungen auf streng geschützte Insekten wurden nicht ausreichend untersucht.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.

Eine Studie belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte nicht nachgewiesen werden.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entsteht im Vergleich zum Intensivacker ein nutzbarer Lebensraum für Insekten.

34.1.6 Fazit:

Die geplante SFA Brekels-Hohenkamp ist aufgrund ihrer Lage, ihrer ökologischen Sensibilität und der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Artenschutz ungeeignet. Ich lehne die Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan ab und fordern eine umfassende, naturverträgliche Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien mit echten Schutzstandards.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Planung berücksichtigt die geltenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse.

34.2 Schutzwürdigkeit und Einzigartigkeit des Landschaftsraums „Brekels-Hohenkamp“

Das Plangebiet befindet sich in einer besonders schutzwürdigen, unzerschnittenen Kulturlandschaft innerhalb des Naturparks Holsteinische Schweiz. Es handelt sich um ökologisch hochwertiges, landwirtschaftlich intensiv genutztes Ackerland mit hoher Bodenwertzahl (Ø 60–70), das zu den wertvollsten Flächen der Region zählt. Die Fläche liegt außerhalb der EEG-Kulisse, ist nicht versiegelt oder vorbelastet und erfüllt keine Kriterien für eine privilegierte Freiflächen-Photovoltaik-Nutzung. Dennoch soll hier eine großflächige Anlage errichtet werden, obwohl behördlich bestätigt wurde, dass es sich um eine „Fläche mit besonderem Prüfungsbedarf“ handelt (Erlass vom 09.09.2024, Landesverordnung 2023).

Die Region ist geprägt von einem Mosaik aus strukturreichen Ackerflächen, Knicks, Kleingewässern, Wald und Moorfragmenten sowie gesetzlich geschützten Biotopen. Diese Vielfalt bietet streng geschützten Arten wie Seeadler, Kranich, Rotmilan, Rebhuhn, Fledermäusen, Amphibien und Insekten einen wichtigen Lebens- und

Rückzugsraum. Der naturschutzfachliche Wert ergibt sich nicht nur aus der Artenvielfalt, sondern auch aus der Unzerschnittenheit, der Ruhe und dem weitgehenden Fehlen technischer Infrastruktur.

Zudem führen Projekte wie dieses zu steigenden Pachtpreisen und Flächenspekulationen, mit gravierenden Folgen für die regionale Landwirtschaft. Ackerflächen in dieser Qualität dürfen nicht der spekulativen Nutzung geopfert werden, zumal die langfristigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen nicht absehbar sind. Auch der Naturparkverein und der Landesnaturschutzverband lehnen eine solche Nutzung ausdrücklich ab.

Die geplante SFA würde einen einzigartigen Landschaftsraum irreversibel zerstören und steht im klaren Widerspruch zu den Zielen des Naturparks, der Landesplanung und eines nachhaltigen Flächenschutzes.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

Das gesamte Gemeindegebiet liegt innerhalb des Naturparks (weicher Faktor – Fläche mit besonderem Prüfungsbedarf).

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

//steigende Pachtpreise?!

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Die Planung stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.

34.3 Verstoß gegen die Abwägungspflicht gemäß § 1 Abs. 6 BauGB

Das Gebot der gerechten Abwägung ist ein zentrales Prinzip im deutschen Planungsrecht. Laut § 1 Abs.6 BauGB müssen bei der Aufstellung von Bauleitplänen alle öffentlichen und privaten Belange fair berücksichtigt werden. Ergänzend regeln das VwVfG (§ 28) sowie das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) die Pflicht zur umfassenden Interessenabwägung und Beteiligung. Das Bundesverwaltungsgericht hat in BVerwGE

34, 301, 309 vier zentrale Kriterien benannt, bei deren Nichterfüllung das Abwägungsgebot verletzt ist – alle davon sehen wir im aktuellen Verfahren als nicht erfüllt an.

Abwägungspflicht trotz § 2 EEG

Das Planungsbüro beruft sich auf das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 80% des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, und verweist auf § 2 EEG, wonach der Ausbau erneuerbarer Energien im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegt. Planungsbüro, Vorhabenträger und Gemeindevertretung leiten daraus ab, dass diesem Ziel automatisch Vorrang gegenüber anderen Belangen zukommt.

Diese Sichtweise ist jedoch rechtlich unzutreffend. § 2 EEG formuliert eine Gewichtungsvorgabe, aber keine Planungsanweisung. Auch bei überragendem öffentlichem Interesse bleibt eine umfassende, einzelfallbezogene Abwägung nach § 1 Abs.6 BauGB notwendig insbesondere bei Flächen mit hoher Konfliktdichte. Der Vorrang erneuerbarer Energien kann andere Belange nicht pauschal aushebeln.

Das geplante PV-Gebiet liegt in einem landschaftlich und ökologisch hoch sensiblen Raum, der laut Erlass vom 09.09.2024 als „besonders prüfungsbedürftig“ eingestuft wird. Die Fläche erfüllt zahlreiche Konfliktkriterien:

- **Artenschutz**: Nachgewiesene Vorkommen streng geschützter Arten (Kranich, Seeadler, Rebhuhn, Feldlerche, Rotbauchunke, Kammmolch, Fischotter, Fledermäuse etc.) erfordern artenschutzrechtliche Prüfungen nach § 44 BNatSchG.
- **Landschafts- & Naturschutz**: Lage im Naturpark Holsteinische Schweiz, Nähe zu geschützten Biotopverbundflächen und ökologisch wertvolles, unzerschnittenes Landschaftsbild ohne technische Vorprägung.
- **Denkmal- & Kulturlandschaftsschutz**: Historische Strukturen wie das Denkmalensemble „Brekels“, hohe archäologische Bedeutung.
- **Geotope & Geomorphologie**: Schutzwürdige, prägende Landschaftsformen mit besonderem ästhetischem und wissenschaftlichem Wert.
- **Landwirtschaft**: Hochwertige Ackerflächen mit hoher Ertragsfähigkeit, in Zeiten der Ernährungssicherung von besonderer Bedeutung.
- **Erholungsfunktion**: Landschaft von besonderem Erholungswert, Vielfalt und Eigenart gemäß § 1 Abs.4 BNatSchG.

Diese Vielfalt an Schutzgütern verlangt eine nachvollziehbare und differenzierte Abwägung. Der bloße Verweis auf § 2 EEG reicht nicht aus, um diese Belange auszuhebeln. Die Gemeinde ist nach dem Erlass ausdrücklich verpflichtet, die Konflikte zu dokumentieren und in die Abwägung einzubeziehen.

Gerade im Zusammenspiel von Denkmalensemble, Artenschutz, Naturparkstatus und landwirtschaftlicher Wertigkeit ist eine privilegierte Behandlung der Fläche nicht begründbar.

34.3.1 Kritik an der Gemeindeweiten Potentialanalyse

- **Extrem geringe Auswahl an Flächen**: Von ca. 2.410 Hektar Gemeindegebiet wurden nur 4 Flächen untersucht, obwohl es laut Regionalplan 2000 mehrere geeignete Flächen gäbe, z.B. zwischen Grebin und Malente oder an der B 430.
- **Nicht nachvollziehbare Ausgrenzung von Flächen**: Bereiche, die 2021 noch als möglich vorgestellt wurden, tauchen in der Potentialanalyse nicht mehr auf, ohne Begründung.
- **Raumordnerische Vorgaben ignoriert**: Vorgaben zur Nutzung vorbelasteter Flächen (z.B. entlang Bundesstraßen) werden nicht berücksichtigt, obwohl die Landesplanungsbehörde genau das fordert.

- **Nicht berücksichtigte vorbelastete Flächen**: Eine vorbelastete Fläche an der B 430 wird wegen fehlender EEG-Förderung ausgeschlossen, was nicht als Kriterium dienen sollte.
- **Fehlende Infrastruktur und unbelastete Flächen**: Die als geeignet bewertete Fläche „Hohenkamp“ ist unbelastet und hat keine nötige Infrastruktur, was gegen die Empfehlungen verstößt.
- **Voreingenommene Analyse**: Die Potentialanalyse wurde vom Investor finanziert, das Planungsbüro wurde vom Investor beauftragt, was die Unabhängigkeit der Analyse infrage stellt.
- **Fehlende Dokumentation und sachgerechte Abwägung**: Es wird angezweifelt, dass alle geeigneten Flächen einbezogen wurden oder eine sachgerechte Abwägung gemäß § 1 BauGB erfolgte.
- **Fehlende Berücksichtigung privater Belange**: Sorgen der Anwohner von Brekels werden in der Abwägung nicht ausreichend berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs erstellte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept. In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen ausschließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die vorliegenden Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Im Weiteren werden die relevanten Faktoren dargestellt. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der vorliegenden Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Die Planung liegt in den daraus resultierenden Eignungsflächen.

Die Schutzgüter wurden untersucht. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Im Rahmen des PV-Konzeptes wurde das gesamte Gemeindegebiet untersucht. Im Jahr 2021 lag noch kein PV-Konzept der Gemeinde vor, dieses wurde erst im Laufe des Jahres 2022/23 erarbeitet. Daher kann dieser Hinweis auf bestimmte Bereiche nicht nachvollzogen werden.

Gemäß Landesentwicklungsplan sollen PV-Freiflächenanlagen vorrangig in vorbelasteten Bereichen z. B. entlang von Bundesstraßen oder Autobahnen geplant werden, dies schließt aber nicht kategorisch die Planung außerhalb dieser Bereiche aus.

Die Kostenübernahme entspricht der gängigen Praxis.

34.4 Berücksichtigung der Stellungnahmen von Behörden und Umweltverbänden

Landesplanungsbehörde (12.03.2024)

- Anerkennt, dass keine raumordnerischen Belange gegen die Fläche sprechen, sieht aber aufgrund der unbelasteten Landschaft keine Vorrangigkeit.
- Kritisiert, dass die Fläche trotz Konflikten nicht abgelehnt wird.
- Die Gemeinde nimmt die Stellungnahme „zur Kenntnis“, diskutiert sie aber nicht und berücksichtigt sie nicht in der Abwägung.

Untere Naturschutzbehörde (UNB)

- Kritisiert die Fortsetzung der Planung trotz erheblicher Beeinträchtigungen von Lebens- und Naturräumen.
- Betont die Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächen und den Verlust guten Ackerlands.
- Weist auf die Gefahr der Ausbreitung der invasiven Herkulesstaude hin, die nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Denkmalschutzbehörden

- Stellungnahmen fehlen, dennoch wird behauptet, sie seien berücksichtigt.
- Der Denkmalschutz des Ensembles Brekels wird in der Planung ignoriert.

Jagdbehörde
[red. Anmerkung: Aufzählung Jagdbehörde doppelt, zur Verständlichkeit nur einmal aufgeführt]

- Fordert breite Wildkorridore (mind. 20 m) und ausreichende Abstandszonen (mind. 30 m) zu Knicks, Straßen und Wald.
- Diese Vorgaben werden von Planungsbüro und Gemeinde größtenteils ignoriert.
- Weitere Ausgleichsmaßnahmen werden abgelehnt, außer ein kleines Biotop wird als Flachwasserbiotop geplant.
- Kritisiert wird besonders die Gefährdung von Wild und Verkehrsteilnehmern durch zu geringe Abstände und fehlende Korridore.
- Die Vorschläge der Jagdbehörde wurden in der Planung kaum umgesetzt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Die Gemeinde hält weiterhin an der bisherigen Abwägung fest.

34.5 Berücksichtigung der NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen

Gemeindebeschluss vom 29.03.2023

Die Gemeindevertretung Grebin hat beschlossen, dass bei der Planung der SFA „Hohenkamp“ die NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen berücksichtigt, werden sollen. Dies ist ein verbindlicher Grundsatzbeschluss.

Aus der Sitzung:

- Die Gemeinderäte betonten, dass Naturschutz bei der Planung nicht vernachlässigt werden darf. Das Planungsbüro erklärte, es gebe einheitliche Standards, die mit Gemeinde und Investor abgestimmt sind. Der Bürgermeister unterstrich, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss ohne Detailregelungen handelt. Der Beschluss wurde um den Punkt ergänzt, dass die NABU-Kriterien bei der Bebauungsplanung berücksichtigt werden müssen.

Frühere Kommunikation:

Bereits 2021 wurde bei der Einwohnerversammlung kommuniziert, dass der Investor BEE die NABU-Standards einhalten will. Auch in Verträgen ist eine Selbstverpflichtung des Investors zur Einhaltung der NABU-Kriterien verankert.

Aktueller Planungsstand:

Die Gemeinde und das Planungsbüro erfüllen die NABU-Kriterien aktuell nicht vollständig und liefern keine ausreichenden Begründungen für Abweichungen. Ein Gemeindevertreter behauptete 2025, die NABU-Kriterien seien nur Empfehlungen, was im Widerspruch zum Beschluss steht und rechtlich problematisch ist.

Rechtliche Bedeutung:

Der Beschluss bindet die Gemeinde. Änderungen müssten mit einem neuen, begründeten Beschluss festgehalten werden. Ein Verstoß gefährdet die Rechtmäßigkeit und das Vertrauen in die Verwaltung.

Konkrete Kritikpunkte an der Planung:

- NABU empfiehlt bevorzugt Flächen mit hoher Vorbelastung und geringer naturschutzfachlicher Bedeutung, was bei der Standortwahl nicht berücksichtigt wurde.
- Naturschutzbehörden wurden zwar beteiligt, ihre Hinweise wurden aber kaum umgesetzt.
- Umweltverbände wurden einbezogen, ihre Empfehlungen aber ignoriert.
- Artenschutz wurde massiv beeinträchtigt (z. B. Vertreibung von Lerchenpaaren).
- NABU-Kriterien wie Mindestabstände der Modulreihen (mind. 6 m statt aktuell ca. 3 m oder 2,5 m) werden nicht eingehalten.
- Vorgaben zu Versiegelungsflächen und naturnaher Begrünung fehlen oder sind unzureichend berücksichtigt.

Forderungen:

- Verbindliche Festlegung eines Abstandes von mindestens 6 Metern zwischen den Modulreihen in der Bauleitplanung.
- Nachreichung und Prüfung der Flächenversiegelung gemäß NABU-Kriterien.
- Einbindung eines Naturschutz-Monitorings im Bebauungsplan.
- Schaffung von Querungsmöglichkeiten für Großsäuger.
- Mehr Grünflächen mit Sträuchern und Stauden im Anlagenbereich.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird

Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 2021 wurden entsprechend des Standortes erfüllt. // @ VHT: zwei Punkte sind nochmal abzustimmen (Netzanschluss, Langzeitmonitoring)

Die Begründung wird um eine Überprüfung der Kriterien ergänzt.

34.6 Berücksichtigung und Einbindung der Bürger*innen

In der Einwohnerversammlung vom 09.11.2021 in Schönweide, vom Vorhabenträger als „frühzeitige öffentliche Beteiligung“ bezeichnet, stellten der Investor Blue Elephant Energy AG (BEE) und der Verwalter des Gutes, dem die Flächen gehören, die Flächen „Züchterhof“ und „Grellenkamp“ für eine geplante Solarfreiflächenanlage vor. Schon damals äußerten Anwohner aus Brekels und Schönweide deutliche Ablehnung. Später wurden diese Flächen in der Potentialanalyse nicht mehr berücksichtigt. Für die nun geplante Fläche „Brekels-Hohenkamp“ fand keinerlei frühzeitige Beteiligung statt, was auch der Amtsvorsteher in einer E-Mail bestätigte. Dieses Fehlen sehen wir als Verfahrensfehler.

Die Belange der Anwohner von Brekels wurden trotz wiederholter Einwände in Gemeindevertretersitzungen nur unzureichend berücksichtigt. Lediglich eine Gemeindevertreterin setzte sich mehrfach für die Interessen der Anlieger ein, deren Vorschläge jedoch kaum umgesetzt wurden. Auch in der Potentialanalyse fehlen diese Belange.

Am 20.09.2023 beschloss die Gemeindevertretung, vor der Entwurfsplanung direkte Anwohner und Gemeindevertretung zur einvernehmlichen Lösung einzubinden. Am 06.11.2023 lud der Investor nur die Bewohner von Brekels 2 und 4 zu einem Gespräch ein, andere Anwohner blieben unberücksichtigt, jedoch sollte der Bürgermeister ebenfalls anwesend sein. Das Gespräch am 18.12.2023 auf Gut Rixdorf verlief ohne den Bürgermeister, eine Vorstellung der aktuellen Planung wurde verweigert. Anwohner baten später in der GVS um ein weiteres Treffen mit allen Beteiligten, also auch aus der GV, dies wurde bis heute nicht umgesetzt.

Dieser Umgang verdeutlicht, dass die Belange der Anwohner in der Abwägung nicht berücksichtigt wurden. Der Eindruck entstand, dass vorrangig wirtschaftliche Interessen des Investors und des Grundstückseigentümers verfolgt werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird

Die Einwohnerversammlung 2021 war nicht Teil des aktuellen Bauleitplanverfahrens, sondern eine Veranstaltung über die zukünftigen möglichen Planungen. Der Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 und der 4. Flächennutzungsplanänderung erfolgte erst am 29.03.2023 durch die Gemeindevertretung.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die aktuelle Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt.

34.7 Verbindlichkeit des NABU-Beschlusses

Die Gemeindevertretung Grebin beschloss am 29.03.2023, bei der Planung der SFA „Hohenkamp“ die NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen zu berücksichtigen. Der Investor BEE sagte zu, sich daran zu halten. Dennoch werden diese Vorgaben im aktuellen Planungsstand in wesentlichen Aspekten nicht erfüllt. Eine Abweichung vom Beschluss ohne Begründung widerspricht der Bindungswirkung kommunaler Beschlüsse (§ 16, § 55 KVG SH) und gefährdet Rechtmäßigkeit und Vertrauen in das Verwaltungshandeln. Änderungen müssten per neuem, begründetem Beschluss erfolgen.

Fehler bei Standortwahl und Beteiligung der Fachbehörden

Bereits bei Standortwahl und Einbindung von Umweltbehörden wurden NABU-Kriterien ignoriert. Der NABU empfiehlt vorbelastete Flächen, um Landschaftszerschneidung zu vermeiden, und eine frühzeitige Abstimmung mit Naturschutzbehörden. Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde und des Landesplanungsamtes wurden eingeholt, aber kaum berücksichtigt. Das Landesplanungsamt sah die Fläche nicht als vorrangig geeignet an. Hinweise örtlicher Umweltverbände und des Jagdverbandes wurden nicht umgesetzt, obwohl Umweltbelange gemäß § 1 Abs. 6 BauGB zu prüfen sind.

Nicht umgesetzte NABU-Kriterien

Wichtige NABU-Kriterien fehlen:

- Naturschutz-Monitoring im Bebauungsplan
- Querungshilfen für Großsäuger (50 m breit, nicht an Straßen endend)
- Mindestabstand der Modulreihen 6 m (statt geplanter ca. 3 m bzw. 2,5 m)
- Max. 50 % Überschirmung, max. 5 % Versiegelung
- Breite naturnahe Grünstreifen oder Hecken innerhalb der Einzäunung

Kritik des NABU an der aktuellen Planung

Die NABU-Stellungnahme vom 04.03.2024 bemängelt zu dichte Modulreihen, zu geringe Abstände und zu starke Beschattung, wodurch der Blüten- und Insektenreichtum nicht erreicht wird. Wir fordern die verbindliche Festschreibung eines Mindestabstands von 6 m sowie die Nachreichung der Angaben zur Versiegelungsfläche.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird

Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 2021 wurden entsprechend des Standortes erfüllt. // @ VHT: zwei Punkte sind nochmal abzustimmen (Netzanschluss, Langzeitmonitoring)

Die Begründung wird um eine Überprüfung der Kriterien ergänzt.

34.8 Lichtemissionen und Blendwirkungen

In der Bauleitplanung fehlen Konzepte und Gutachten zu Blendwirkungen und nächtlicher Beleuchtung. Diese sind nachzureichen.

Blendwirkungen

Reflexionen der Solarmodule können Anwohner, Verkehrsteilnehmer und Tiere beeinträchtigen. Besonders kritisch sind:

- Geringer Abstand (3 m zur Straße, 2,5 m zwischen Modulreihen) -> erhöhtes Blendrisiko
- Sonnenstand in Morgen- und Abendstunden
- Störung von Vögeln, Insekten, Amphibien durch Orientierungslosigkeit oder Vermeidung der Anlage
- Gefahr für Naturschutzgebiete in der Umgebung

Forderung

Unabhängiges Gutachten zu Blendwirkungen auf Mensch, Tier und Landschaftsbild.

Lichtemissionen

Künstliche Beleuchtung stört nachtaktive Tiere (Fledermäuse, Insekten, Amphibien), beeinflusst Fortpflanzung, Orientierung und Nahrungssuche. Auch Pflanzen und Fische können betroffen sein. In ländlichen Räumen führt dies zu Verlust von Nachtruhe und veränderter Landschaftswahrnehmung.

Forderung:

Vollständiges Verbot nächtlicher Beleuchtung inkl. Bewegungsmeldern.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wurde bereits berücksichtigt.

// Blendgutachten

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4 (1) verwiesen: Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.

34.9 Auswirkungen auf das regionale Klima

Studien belegen Temperaturanstiege durch PV-Anlagen (PVHI-Effekt) um bis zu 8 °C, verzögerte Nachtabkühlung und reduzierte Bodenfeuchtigkeit.

Folgen:

- Veränderung lokaler Luftzirkulation, potenzielle Zunahme von Starkregen.
- Unterbrechung der Evapotranspiration -> geringere Luftfeuchtigkeit, Aufheizung, Stress für Flora und Fauna.
- Wirkung reicht über das Anlagengelände hinaus, bedroht angrenzende Schutzgebiete.

Forderung:

Einbeziehung aktueller Studien, Monitoring zu Mikroklima, Evapotranspiration und Wasserhaushalt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird in der Form berücksichtig, dass die Begründung um folgende Aussage ergänzt wird:

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

34.10 Auswirkungen auf die Bodenqualität

PV-Anlagen stören Wasserhaushalt und Bodengefüge, besonders bei Hanglagen oder lehmigen Böden.

Probleme:

- Erosion & Wasserabfluss: Konzentrierter Regenwasserabfluss an Modulkanten -> Rinnenbildung, Verlust fruchtbarer Humusschichten, Erdrutschgefahr.
- Verringerte Versickerung: Verdichtete, vegetationsarme Flächen mehr Oberflächenwasser, Überdüngung von Feuchtlebensräumen.
- Bodenverdichtung & Schadstoffe: Zinkpfosten, Auswaschungen (Zink, Blei, Cadmium, Mikroplastik) schädigen Bodenstruktur; Regeneration dauert Jahrzehnte.

Forderung:

Maßnahmen zur Erosionsvermeidung, Prüfung im Bebauungsplan nachholen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird in der Form berücksichtig, dass die Begründung um folgende Aussage ergänzt wird:

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte" Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

34.11 Schadstoffemissionen

Schadstoffe aus PV-Paneelen

PV-Module enthalten giftige Schwermetalle wie Blei und Cadmium (CdTe). Diese können bei Beschädigung oder Brand freigesetzt und vollständig ausgewaschen werden, was erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden verursacht.

Forderung: Einsatz ausschließlich cadmium- und bleifreier Module, regelmäßige Kontrolle und sofortiger Austausch defekter Module.

Reinigung der Module

Verschmutzung ist bei 20° Neigung wahrscheinlich. Reinigung könnte Schadstoffe in den Boden eintragen.

Forderung: Keine Ausnahmegenehmigungen für Reinigungen, um Bodenkontamination zu verhindern.

Korrosion von Pfosten

Verzinkte Stahlpfosten geben pro Jahr mehrere Kilogramm Zink an Boden und ggf. Grundwasser ab, besonders bei beschädigter Zinkschicht. Hohe Toxizität für Organismen, Ich sehe die Gefahr besonders für unser Trinkwasser, da wir Brunnenanlagen in Brekels haben.

Forderung: Bodengutachten, jährliche Trinkwasserprüfung, Bauüberwachung, ggf. Verzicht auf verzinkte Pfosten.

Pflege der Vegetation

Fehlendes Pflegekonzept birgt Gefahr invasiver Arten und Herbizideinsatz.

Forderung: Komplettes Herbizidverbot.

Elektrische und magnetische Felder

Mögliche Gesundheits- und Biodiversitätsrisiken durch EMF. Auswirkungen unzureichend geklärt.

Entsorgung

Hohe Mengen giftiger Schwermetalle in PV-Modulen. Recycling unzureichend, Risiko unsachgemäßer Entsorgung.

Forderung: Verbindlicher Rückbau- und Entsorgungsplan, auch bei Insolvenz oder Verkauf, mit naturschutzgerechter Durchführung.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es wird ein Extensivgrünland entwickelt. Für die entsprechenden Entwicklungsziele wird auf den Umweltbericht verwiesen. Die Verwendung von Schädlings- oder Unkrautvernichtungsmitteln sowie sonstiger Bioziden ist nicht zulässig.

Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.

Es wird auf die Festsetzung Nr. 5 verwiesen: Die Nutzung des Plangebietes oder Teile des Plangebietes als Sonstiges Sondergebiet ist zulässig bis zu einem Jahr nach Außerbetriebnahme der PV-Freiflächenanlage. Die Flächen sind anschließend zu renaturieren und wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Die Entsorgung erfolgt unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien.

34.12 Bauarbeiten

Fehlende konkrete Bauplanung und Zufahrtsregelung. Geplante Baustellenzufahrt ist direkt an der Siedlung Bekels, also an Wohngebiet. Ich fordere das diese so weit weg vom Wohngebiet geplant wird! Gefahr für Straßen, Bäume und Gebäude.

Bauzeiten:

Vorgesehene Frist (01.10.–14.12.) unrealistisch, Risiko von Arbeiten während Brutzeit (§ 44 BNatSchG) mit schwerwiegenden Folgen für geschützte Arten.

Forderung: Verbindliche Einhaltung der Bauzeiten ohne Ausnahmen.

Einrammen von Zinkpfosten – Auswirkungen auf Boden und Gebäude

- Mechanische Bodenveränderungen

  Das Einrammen vieler Pfosten führt zu Verdichtungen und Verschiebungen im Boden. In lockerem Boden können Vibrationen Setzungen oder Lockerungen auch in benachbarten Bereichen verursachen, teils über mehrere Meter.

- Risiken für angrenzende Bauwerke
  Besonders unsere ältere Häuser mit Feldsteinfundamenten sind durch Erschütterungen gefährdet. Diese können Risse in Mauern, Fugen oder Fundamenten

verursachen, insbesondere bei fehlender Tiefgründung. Schäden zeigen sich oft verzögert, besonders bei häufigem Rammen.
- Einfluss auf Grundwasser und Bodenstabilität
  Die Pfostenrammung kann Bodenwasserverhältnisse durch Verdichtungen verändern und so die Tragfähigkeit der Fundamente beeinträchtigen.
- Lärm- und Vibrationsbelastung
  Während der Bauphase entstehen erhebliche Lärm- und Erschütterungen, die Menschen und Tiere beeinträchtigen können. Ganzjährige Brutvögel wie Kraniche könnten ihre Lebensräume verlassen. Auch empfindliche Gebäude sind gefährdet.

Meine Forderungen:

- Unabhängiges Lärm-Gutachten mit Maßnahmen zur Reduktion der Belastung für Mensch und Tier
- Geotechnisches Gutachten zur Boden- und Gebäudesicherheit
- Prüfung alternativer Pfostenbefestigungen (z.B. Schraubfundamente)
- Bauüberwachung zur Erfassung von Erschütterungen und Schäden
- Maßnahmenkatalog zur Vermeidung und Behebung von Schäden

Verkehrstechnische Beeinträchtigungen

Die Straße zwischen Brekels und Schönweide muss während der Bauzeit befahrbar bleiben. Verschmutzungen durch Erdmaterial sind zu erwarten und stellen eine Gefahr dar. Die Straße ist täglich und bei starker Verschmutzung mehrfach zu reinigen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

34.13 Vertrag zwischen Gemeinde und Investor (BEE)

Ein Vertrag zwischen Gemeinde und Investor darf nicht ohne fachanwaltliche Prüfung unterschrieben werden. Rechtliche und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht auf die Gemeinde abgewälzt werden.

Warnung aus Praxisbeispiel Gumtow:

Versprochene Gewerbesteuereinnahmen können fraglich sein, da Investoren ihre Anteile oft an komplexe Holdingstrukturen weiterverkaufen, bei denen Gewinne abfließen.

Kritik an Vertragspunkt 7 (Ausschluss von Ersatzansprüchen):

Dieser schließt Schadensersatz weitgehend aus, außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Solche Fahrlässigkeiten können auch unabsichtlich durch fehlende Kompetenz entstehen, mit riskanten Folgen für die Gemeinde und Bürger.

Meine Forderungen:

- Einschaltung eines unabhängigen Fachanwalts für Vertragsprüfung
- Klarer Passus, dass Investor und Verpächter für alle Schäden durch Bau, Betrieb und Anlagen haften (Natur, Straße, Gebäude)

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Es wird ein Durchführungsvertrag geschlossen. Dieser wird im Auftrag der Gemeinde durch einen Fachanwalt erarbeitet.

34.14 Wertminderung der Immobilien in der Umgebung

Die Errichtung der geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp“ hat nicht nur ökologische und naturschutzrechtliche Auswirkungen, sondern führt auch zu einer erheblichen Wertminderung der umliegenden Immobilien, einschließlich unserer eigenen. Die veränderte Landschaft durch großflächige, sichtbare Solarmodule, die damit verbundenen infrastrukturellen Veränderungen sowie die möglichen negativen Folgen für Lebensqualität und Naherholung mindern die Attraktivität des Wohnumfelds erheblich.

Diese Wertminderung wirkt sich nicht nur wirtschaftlich nachteilig auf uns als Eigentümer*innen aus, sondern beeinträchtigt auch die soziale Stabilität und Identifikation mit dem Wohnort. Eine solche Belastung sollte bei der Abwägung der Vorhaben zwingend mitberücksichtigt und angemessen ausgeglichen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

34.15 Schlussbemerkung

Ich halte den Standort „Brekels-Hohenkamp“ für völlig ungeeignet. Meiner Meinung nach sollten zuerst Flächen genutzt werden, die durch eine Solarfreiflächenanlage tatsächlich aufgewertet werden, also vorbelastete und artenschutzrechtlich unkritische Gebiete. Zudem sollten vorrangig geeignete Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

Die nationale PV-Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sieht vor, bis 2030 etwa 215 Gigawatt installierte Photovoltaik-Leistung zu erreichen ungefähr zur Hälfte auf Dächern, zur anderen Hälfte auf Freiflächen. Auch wenn dieses Ziel nicht gesetzlich bindend ist, zeigt es die politische Priorität der Dachflächen-PV, gerade um landwirtschaftliche und naturnahe Flächen zu schützen.

Vor diesem Hintergrund finde ich es enttäuschend, dass in der Gemeindepotentialanalyse das Dachflächenpotenzial nicht umfassend geprüft wurde. Stattdessen haben Eigentümer von bereits mit PV-Anlagen ausgestatteten Dächern Nachteile, weil Freiflächenanlagen bevorzugt werden. Die Schleswig-Holstein Netz AG hat sogar angekündigt, bei Netzüberlastung solche Dachanlagen abzuschalten.

Für eine wirklich positive CO2-Bilanz würde ich es außerdem begrüßen, wenn mehr Flächen wieder aufgeforstet und die Landwirtschaft nachhaltiger gestaltet wird, da ökologisch bewirtschaftete Böden mehr Kohlenstoff binden können. Die Gemeinde hat sich mit diesen Möglichkeiten bisher nicht auseinandergesetzt.

Außerdem fehlt bislang ein durchdachtes Konzept für die Energieversorgung der Gemeinde mit Strom und Wärme, etwa in Form eines Energienutzungsplans.

Mein Wunsch ist, dass die Gemeinde gemeinsam mit Naturschutzverbänden, der Jagd- und Naturschutzbehörde sowie dem Naturparkverein ein nachhaltiges, naturverträgliches Konzept für erneuerbare Energien entwickelt. Dieses sollte auch die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und Nahrungsmitteln sichern, bevor Flächen für Solarparks oder Windräder freigegeben werden.

Darüber hinaus wünsche ich mir ein gesamtheitliches Konzept für erneuerbare Energien auf Landesebene, das in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Naturschutzverbänden und dem Naturparkverein entsteht.

Ich bitte darum, alle hier dargestellten Hinweise, Argumente und Forderungen sorgfältig zu berücksichtigen.



Figure 1: Kartenausschnitt © basemap.de BKG (www.basemap.de) / LVermGeo SH (www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de)

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer

PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

Die Erstellung dieser Konzepte ist nicht bebauungsplanrelevant.

35 Anregung 21 – vom 08.08.2025

Als regelmäßige Besucherin Ihrer wunderschönen Gemeinde verfolge ich Ihre geplante Grundflächenänderung zur Bebauung mit einem großen Windpark mit Entsetzen. Wie kann man eine landschaftlich so außergewöhnlich schöne Umgebung so gefährden?

Unberührte Natur würde zerstört. Viele heimische Tierarten werden empfindlich gestört und ja, sogar gefährdet.

Ich werde bestimmt keinen Urlaub bei Ihnen mehr machen, um mir -zig Windräder zu betrachten.

Die Energiewende ist vielleicht nötig. Aber doch nicht zu Lasten von Mensch, Tier, Natur sowie aller Anwohner und Besucher!

Ich appelliere nachdrücklich an Sie, Ihre Planungen kritisch zu hinterfragen und einen anderen Standort in Betracht zu ziehen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Das Planungsziel der Bauleitplanung ist die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage. Windkraftanlagen sind daher nicht vorgesehen.

36 Anregung 22 (BP) – vom 08.08.2025

Einleitung

Hiermit nehme ich zur geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage „Hohenkamp“ im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 sowie der 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin Stellung.

Der Hamburger Investor „Blue Elephant Energy“ (BEE) plant in Grebin den Bau eines etwa 50 Hektar großen Solarparks in der typischen Kulturlandschaft des Naturparks „Holsteinische Schweiz“, mit ihren Feldern, Hügeln, Wäldern, Seen und Knicks. Die Anlage soll auf derAckerfläche Brekels „Hohenkamp“ entstehen. Das Gebiet liegt im „Naturpark Holsteinische Schweiz“ und grenzt an das Landschaftsschutzgebiet „Mittleres Kossautal“, das Waldgebiet „Langenfeldholz“ und die teilweise denkmalgeschützte Wohnbebauung von Brekels. Weitere Flächen werden, nach diesem ersten großen Eingriff in die bisher unberührte Kulturlandschaft, mit großer Wahrscheinlichkeit folgen. Etwas weiter nördlich ist das dazugehörige Umspannwerk geplant.

Derzeit läuft die öffentliche Auslegung des Bauleitverfahrens, d. h. der Planungsunterlagen zur Flächennutzungsplanänderung für die geplante Solarfreiflächenanlage „Hohenkamp“.

Es bestehen erhebliche Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf Natur, Umwelt, Verkehr, Gemeindeentwicklung und die Lebensqualität der Anwohner.

Betroffenheit:

Als Miteigentümer des Anwesens Helenenruhe bin ich durch die Nachbarschaft und Nähe zum Gebiet Brekels direkt betroffen und in vielfältiger Weise durch das Vorhaben beeinträchtigt – dies gilt sowohl in privaten Belangen wie den Genuss der Aussicht und

der Ruhe als auch im Hinblick auf die nicht vorhersehbaren und nicht geprüften Auswirkungen auf die Immobilien-, Miet- und Grundstückspreise.

Verfahrensstand und rechtliche Grundlagen

- Das Verfahren wird nach § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.
- Die Einhaltung des Abwägungsgebots gemäß § 1 (7) BauGB ist zwingend vorgeschrieben. Nach der Rechtsprechung des BVerwG ist das Gebot gerechter Abwägung verletzt, wenn keine sachgerechte Abwägung stattfindet, Belange nicht eingestellt werden, deren Bedeutung verkannt wird oder der Ausgleich der Belange außer Verhältnis steht.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

36.1 Planungsbüro - Einflussnahme und Auswahl des Planungsbüros

- Die Potentialanalyse wurde durch ein vom Vorhabenträger empfohlenes Planungsbüro von der Gemeinde beauftragt, was Zweifel an der Unabhängigkeit der Planung aufwirft. Es bleiben Fragen, unter welchen Gesichtspunkten das Planungsbüro die Planung vorgenommen hat und ob eine Einflussnahme des Vorhabenträgers erfolgte.
- Die Auswahl des Planungsbüros erfolgte ohne öffentliche Ausschreibung, entgegen den Grundsätzen einer transparenten Vergabepraxis.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es besteht eine kommunale Planungshoheit. Dass die Planungskosten von einem Investor übernommen werden, entspricht der üblichen Praxis.

Fragen des Vergaberechts sind keine städtebaulichen Inhalte und sind somit nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens.

36.2 Kritik an den Planungszielen und Alternativenprüfung

1. Fehlende Alternativenprüfung

- Die Potentialanalyse hat nur vier Flächen geprüft, obwohl laut Regionalplan „2000“, die in 2015 und 2021 weiterhin gültig waren, weitere geeignete Flächen existieren.
- Die Flächen „Züchterhof“ und „Grellenkamp“ wurden zunächst vorgestellt, dann aber ohne Begründung aus der Prüfung ausgeschlossen.
- Das Landesplanungsamt kritisiert die unzureichende Berücksichtigung alternativer Standorte und fordert eine Priorisierung konfliktarmer Flächen.

2. Mangelhafte Bedarfsprüfung

Es fehlt eine nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Analyse für die Gemeinde, insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Vorteile und der tatsächlichen Belastungen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im gesamten Gemeindegebiet im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept

noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der vorliegenden Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich", Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

36.3 Umwelt- und Naturschutz

Eingriff in sensible Naturräume

- Die geplante Bebauung betrifft landwirtschaftlich genutzte Flächen, die als Lebensraum für zahlreiche geschützte Arten dienen.
- Eine artenschutzrechtliche Prüfung sowie eine Umweltverträglichkeitsprüfung wurden nicht oder nur unzureichend durchgeführt.
- Der Standort liegt in unmittelbarer Nähe zu geschützten Biotopen, Adlerhorst und Kranich-Brutgebieten, was weitere Konflikte mit dem Naturschutzrecht auslöst. Laut Umweltbericht und artenschutzrechtlichem Fachbeitrag:
  - befinden sich im Plangebiet oder dessen direktem Umfeld Lebensräume von Feldlerche, Kranich, Seeadler, Rebhuhn, Kammmolch und Rotbauchunke,
  - bestehen archäologische Verdachtsflächen mit nachgewiesenen Grabhügeln und Megalithgräbern,
  - grenzt das Plangebiet an geschützte Knickstrukturen und ein Waldgebiet mit Erlen-Eschen-Sumpfwald.
- Der vorliegende Umweltbericht bestätigt erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt. Eine Umgehung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG erscheint nicht abschließend gesichert.

Nachhaltigkeit und Flächenverbrauch

- Der Flächenverbrauch steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung und der Reduzierung des Landschaftsverbrauchs.
- Die langfristigen Auswirkungen auf die Bodenbeschaffenheit und den Abfluss von kanalartig ablaufendem Regenwasser wurde nicht geprüft. Heute versickert das Regenwasser flächig und gibt der landschaftlichen Fläche die notwendige Bewässerung. Durch die kanalartig entstehenden „Bäche" kann ein unkontrollierter Abfluss in benachbarte Grundstücke erfolgen. Dies wurde nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende

Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Die Schutzgüter wurden untersucht. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Zu geschützten Strukturen werden entsprechende Schutzabstände eingehalten.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

36.4 Auswirkungen auf die Infrastruktur und die Landschaft

Landschaft

- Das intakte landwirtschaftliche Ökosystem mit den jährlichen Fruchtwechseln führt zu einer Ausgewogenheit der Bodenbeschaffenheit. Diese Ausgewogenheit wird durch die Solarflächenfreianlage massiv gestört. Die Nutzung zur Erwirtschaftung von landwirtschaftlichen Gütern entfällt nachhaltig und muss nach Ende der Nutzungszeit der Anlage mit bisher nicht berücksichtigtem Aufwand und Kosten zurückgebaut werden. Ob eine landwirtschaftliche Nutzung danach möglich sein wird, ist nicht geprüft.
- Für eine Anlage dieser Größenordnung ist ein neues separates Umspannwerk notwendig, das zu Lärm- und elektromagnetischer Belastung im weiteren Umfeld der geplanten Anlage führen wird. Die diesbezüglichen Auswirkungen wurden nicht ausreichend geprüft.

Verkehr

- Die geplante Anlage führt zu einer erheblichen Zunahme des Verkehrsaufkommens, was die Anwohner belastet.

- Während der Bauphase wird eine starke Zunahme des Schwerlastverkehrs erwartet, ohne dass ein belastbares Verkehrskonzept vorliegt. Besonders kritisch ist der temporäre Eingriff in Knickstrukturen durch neue Zufahrten.

Insbesondere auf dem „Brekels“ werden die geplanten Zu- und Abfahrten während der Bauphase zu einer erheblichen Belastung der Anwohner führen. Die Auswirkungen auf die umliegenden Anwohner sind nicht ausreichend geprüft. Vor allem die Auswirkungen auf Ausflügler, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, wurden nicht betrachtet.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress). Durch die Planung kommt es zudem zu keinen Düngeeinträgen mehr.

Ein Umspannwerk ist nicht Bestandteil dieser Bauleitplanung. Daher sind hierzu keine Auswirkungen zu untersuchen.

In der Betriebsphase ist durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen.

Es werden keine neuen Zufahrten genutzt. Die Erschließung in der Betriebsphase erfolgt über zwei bestehenden landwirtschaftlichen Zufahrten. Während der Bauphase wird eine dritte bereits bestehende Zufahrt genutzt, diese wird aber nach Beendigung der Bauphase nicht mehr benötigt. Dadurch wird der bestehende Knick an dieser Stelle durch Gehölzpflanzungen ergänzt.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

36.5 Wasserwirtschaft und Abwasser

- Die Auswirkungen auf Grundwasser und Oberflächengewässer wurden nicht ausreichend untersucht.
- Die Kapazitäten der Kanalisation und Abwasserentsorgung sind nicht dargelegt.

- Risiken durch Hochwasser und Starkregen wurden nicht angemessen bewertet. Die Auswirkungen auf den lokalen Wasserhaushalt, insbesondere auf die benachbarten Waldmoore und Fließgewässer, wurden nicht ausreichend untersucht. Bei Starkregenereignissen kann es durch Bodenverdichtung und verändertes Abflussverhalten zu zusätzlichen Belastungen kommen

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Aufgrund des geringen Versiegelungsgrades und dem Verzicht von Düngemitteln und Pestiziden wird nicht davon ausgegangen, dass die Planung erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind. Ein verändertes Abflussverhalten ist also dahingehend festzustellen, dass es künftig nach Starkregenereignissen nicht mehr zu verstärkten Wassereinträgen von den benachbarten Ackerschlägen kommt, die ggf. mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln belastet sind.

36.6 Klimaschutz und Energie

- Die CO-Bilanz des Vorhabens ist nicht transparent dargestellt.
- Die Einhaltung von Klimaschutzzielen ist nicht ausreichend dokumentiert. Die ökologische Bilanz des Projekts ist nicht transparent dargestellt. Zwar dient die Anlage formal dem Klimaschutz, jedoch stehen der erhebliche Flächenverbrauch, der Eingriff in geschützte Lebensräume sowie der Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen in Widerspruch zu nachhaltigen Entwicklungszielen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Gemeinde leistet mit dieser Planung einen Beitrag dazu. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

36.7 Ortsbezogene und gestalterische Aspekte

- Die optische Wirkung der 3,6 m hohen Anlagen auf über 45 Hektar Fläche beeinträchtigt das gewachsene Landschaftsbild und die Attraktivität der Region für den Naturtourismus. Eine ausreichende visuelle Abschirmung ist trotz geplanter Eingrünung nicht gegeben. Fahrradfahrer und Ausflügler erfreuen sich heute an der hügligen Landschaft, verweilen an einer Bank am Wegesrand und genießen die Aussicht. Diese Aussicht wird durch die Solar Freiflächenanlage gestört und der Eingriff in die Natur birgt nachhaltig nicht absehbare Gefahren.
- Die Integration des Solarparks in das Landschaftsbild ist nicht überzeugend gelöst. Allein die Größe der Freiflächenanlage wird eine komplette Veränderung des Landschaftsbilds zur Folge haben.

- Bei starker Sonneneinstrahlung kann es zu Spiegelungen kommen, die ein unnatürliches Licht ergeben. Dieses unnatürliche Licht beeinträchtigt mich in meiner Wahrnehmung der Landschaft. Die thermischen Auswirkungen auf das Mikroklima wurden nicht berücksichtigt. Eine wissenschaftlich nachvollziehbare Bewertung fehlt. Die Qualität der Bauausführung und die Auswirkungen auf den Charakter der Gemeinde sind nicht ausreichend berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche, um das Landschaftsbild zu schützen. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

// Blendgutachten

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

36.8 Rechtliche und planerische Einwände

Konflikt mit übergeordneten Planungen

- Die Planung steht im Widerspruch zu Vorgaben des Regionalplans und widerspricht Zielen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP 2021) sowie dem Regionalplan hinsichtlich Tourismus, Naturschutz und interkommunaler Abstimmung. Die Auswirkungen auf den Nachbarschaftsraum wurden nur unvollständig berücksichtigt.

Fehlerhafte Abwägung

- Die Belange der Anwohner und der Gemeinde wurden nicht angemessen berücksichtigt.
- Die wirtschaftlichen Interessen des Investors wurden einseitig bevorzugt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der Planung stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen sowie vorliegenden Hinweise wurden sachgerecht abgewogen.

36.9 Wirtschaftliche Aspekte

- Die Kosten für die Gemeinde und die Steuerzahler sind nicht transparent dargestellt.
- Es fehlen belastbare Aussagen zur Wirtschaftlichkeit und zur finanziellen Beteiligung der Gemeinde.
- Die Ertragsbeteiligung der Gemeinde ist unklar und eine vertragliche Absicherung wurde nicht offengelegt.
- Es fehlen die transparente Darstellung der finanziellen Vorteile für die Gemeinde Grebin und eine Risikoanalyse für langfristige Folgekosten. Insbesondere der Rückbau und die eventuellen notwendigen Bodengutachten zur Beurteilung eventueller Bodenverseuchungen sind nicht berücksichtigt.
- Die negativen Auswirkungen auf den Wert der angrenzenden und umliegenden Immobilien wurden nicht geprüft und bei der Abwägung nicht berücksichtigt. Im Zweifel sind diesbezüglich Gutachten zu erstellen. Die Gemeinde sollte für den Fall von berechtigten Ausgleichsforderungen vorbereitet sein.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Eine offen gelegte Kostendarstellung ist nicht bebauungsplanrelevant.

// Gewinnbeteiligung Gemeinde?

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

36.10 Alternative Standorte und Nutzungen

- Es bestehen alternative Standorte innerhalb der Gemeinde, die weniger konfliktträchtig sind.
- Die Nutzung bestehender leerstehender Gebäude und Brachflächen wurde nicht ausreichend geprüft.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

Im Weiteren werden die relevanten Faktoren dargestellt. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der vorliegenden Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Das Plangebiet liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§2 EEG).

36.11 Ergänzende und abschließende Hinweise

Das vorliegende Vorhaben birgt erhebliche rechtliche, ökologische und gemeindestrukturelle Risiken.

Es fehlt an Neutralität in der Planung, an einer ernsthaften Alternativenprüfung, sowie an gesicherten Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen.

Daher sind:

- die Aussetzung und Überarbeitung des Bebauungsplans,
- die Einbeziehung eines unabhängigen, nach öffentlicher Ausschreibung von der Gemeinde beauftragten Planungsbüros.
- eine öffentliche Ausschreibung für die Flächenvergabe,
- und eine erneute Prüfung konfliktarmer Alternativflächen durchzuführen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde hält an ihren PV-Konzept als Standortprüfung sowie an dem Plangebiet fest.

Das Planungsbüro ist weiterhin für die Bearbeitung der Planunterlagen zuständig.

37 Anregung 23 (BP & FNPÄ) – vom 08.08.2025

Mit dieser Stellungnahme spreche ich mich ausdrücklich gegen die geplanten Änderungen des 4. Flächennutzungsplans sowie des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 2 der Gemeinde Grebin aus. Die vorgesehenen Maßnahmen sind aus meiner Sicht weder natur- noch umweltverträglich und tragen den Erfordernissen des Artenschutzes sowie dem Erhalt bedeutender Lebensräume nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Aus diesem Grund fordere ich eine gründliche Prüfung und erneute Bewertung der Planungen unter Berücksichtigung nachhaltiger und naturschonender Alternativen.

Im Folgenden lege ich meine Bedenken im Detail dar:

37.1 Der Standort

37.1.1 Ungeeigneter Standort im Naturpark

Die geplante Solarfreiflächenanlage (SFA) befindet sich im Naturpark Holsteinische Schweiz, in einer bislang unberührten Kulturlandschaft von hoher landschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Das Gebiet grenzt unmittelbar an geschützte Biotope, denkmalgeschützte Siedlungsbereiche und wertvolle Lebensräume streng geschützter Tierarten. Laut Erlass vom 09.09.2024 handelt es sich hierbei um Flächen mit besonderem Prüfungsbedarf. Sowohl die Landesplanungsbehörde als auch der Kreis Plön und die Untere Naturschutzbehörde bewerten den Standort als ökologisch problematisch und lehnen eine Nutzung für Solarenergie ab, da er außerhalb der EEG-Kulisse liegt und keinerlei Vorbelastungen aufweist.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeri-ums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche für PV-Freiflächenanlagen.

Zu geschützten Strukturen werden entsprechende Schutzabstände eingehalten. Zudem wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

37.1.2 Missachtung des Schutzstatus im Naturpark

Das Vorhaben widerspricht dem Leitbild deutscher Naturparke. Der Standort gehört zu einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft mit hoher Artenvielfalt, in der unter anderem Feldlerche, Rebhuhn, Seeadler, Kranich, Fischotter, Fledermäuse sowie verschiedene Amphibien- und Reptilienarten vorkommen. Ein übergreifendes Konzept für den Einsatz erneuerbarer Energien innerhalb des Naturparks liegt bislang nicht vor. Daher fordere ich, das Verfahren auszusetzen, bis eine abgestimmte Planung unter Beteiligung des Naturparkvereins und den zuständigen Behörden erarbeitet wurde.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

37.1.3 Gefährdung geschützter Arten und Lebensräume

Die geplante Anlage liegt in einem Brut-, Rast- und Nahrungsgebiet streng geschützter Arten. Besonders betroffen sind Seeadler, Kraniche, Feldlerchen, Rebhühner sowie Amphibien wie Kammmolch, Laubfrosch und Rotbauchunke. Vorliegende Fachgutachten belegen, dass Lebensräume verloren gehen und bislang keine ausreichenden Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind. Deshalb fordere ich wirksame, ortsnahe Ausgleichsflächen und unabhängige Gutachten zu möglichen Licht-, Lärm- und Temperaturfolgen für die betroffenen Arten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

37.1.4 Eingriffe in Wildtierkorridore und fehlender Schutz für Säugetiere

Für Dam- und Rehwild, Dachse sowie weitere Tierarten sind keine oder nur unzureichend dimensionierte Wildtierkorridore vorgesehen. Die Hinweise der Jagdbehörde bleiben unberücksichtigt. Die Anlage würde Lebensräume zerschneiden und damit ihre ökologische Funktion erheblich beeinträchtigen. Zudem sind auch geschützte Fledermausarten durch Lärm- und Lichtemissionen gefährdet.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen

Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Bei Umsetzung der Planung ist nicht mit artenschutzrechtlichen Konflikten für Fledermäuse zu rechnen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

37.1.5 Negative Auswirkungen auf Insektenpopulationen

Lichtimmissionen und reflektierende Modulflächen können bei Insekten zu Orientierungsverlust, Eiablage auf ungeeigneten Oberflächen und erhöhter Sterblichkeit führen. Besonders betroffen wären Libellen, Wildbienen und Käferarten. Eine ausreichende Untersuchung der Auswirkungen auf streng geschützte Insektenarten hat bislang nicht stattgefunden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.

Eine Studie belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte nicht nachgewiesen werden.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entsteht im Vergleich zum Intensivacker ein nutzbarer Lebensraum für Insekten.

37.1.6 Fazit

Die Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp“ ist aufgrund ihrer Lage, der hohen ökologischen Empfindlichkeit des Gebiets und der zu erwartenden negativen Folgen für Natur, Landschaft und Artenschutz ungeeignet. Ich lehne daher die Änderung des Flächennutzungsplans sowie den Bebauungsplan ab und fordere eine umfassende, naturverträgliche Planung des Ausbaus erneuerbarer Energien unter verbindlichen Schutzauflagen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Planung berücksichtigt die geltenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse.

37.2 Berücksichtigung der Stellungnahmen von Behörden und Umweltverbänden

Landesplanungsbehörde (12.03.2024)

- Erkennt an, dass gegen die Fläche keine raumordnerischen Belange sprechen, sieht jedoch aufgrund der unbelasteten Landschaft keine Vorrangigkeit.
- Kritisiert, dass die Fläche trotz vorhandener Konflikte nicht abgelehnt wird.
- Die Gemeinde nimmt die Stellungnahme „zur Kenntnis“, diskutiert diese jedoch nicht und berücksichtigt sie nicht in der Abwägung.

Untere Naturschutzbehörde (UNB)

- Übt Kritik an der Fortführung der Planung trotz erheblicher Beeinträchtigungen von Lebens- und Naturräumen.
- Hebt die Bedeutung der landwirtschaftlichen Flächen hervor und weist auf den Verlust hochwertigen Ackerlands hin.
- Warnt vor der unzureichenden Berücksichtigung der Ausbreitung der invasiven Herkulesstaude.

Denkmalschutzbehörden

- Stellungnahmen liegen nicht vor, trotzdem wird behauptet, sie seien berücksichtigt.
- Der Denkmalschutz des Ensembles Brekels bleibt in der Planung unberücksichtigt.

Jagdbehörde

- Forderung nach breiten Wildkorridoren (mindestens 20 m) und ausreichenden Abstandszonen (mindestens 30 m) zu Knicks, Straßen und Wald.
- Diese Vorgaben werden vom Planungsbüro und der Gemeinde größtenteils ignoriert.
- Weitere Ausgleichsmaßnahmen werden abgelehnt, abgesehen von der Planung eines kleinen Flachwasserbiotops.
- Besonders kritisiert wird die Gefährdung von Wild und Verkehrsteilnehmern durch zu geringe Abstände und fehlende Korridore.
- Die Vorschläge der Jagdbehörde wurden in der Planung kaum berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Die Gemeinde hält weiterhin an der bisherigen Abwägung fest.

37.3 Berücksichtigung der NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen

Beschluss der Gemeindevertretung vom 29.03.2023

Die Gemeindevertretung Grebin hat beschlossen, bei der Planung der Solarfreiflächenanlage (SFA) „Hohenkamp“ die NABU-Kriterien für naturverträgliche Anlagen einzuhalten. Dieser Beschluss ist verbindlich.

Aus der Sitzung:

- Die Gemeinderäte betonten die Bedeutung des Naturschutzes bei der Planung.
- Das Planungsbüro erklärte, einheitliche Standards seien mit Gemeinde und Investor abgestimmt.
- Der Bürgermeister stellte klar, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss ohne Detailregelungen handelt.
- Der Beschluss wurde ergänzt um die Berücksichtigung der NABU-Kriterien bei der Bebauungsplanung.

Frühere Kommunikation:

Bereits 2021 wurde bei einer Einwohnerversammlung mitgeteilt, dass der Investor BEE die NABU Standards einhalten will. Diese Selbstverpflichtung ist auch vertraglich festgeschrieben.

Aktueller Planungsstand:

Die Gemeinde und das Planungsbüro erfüllen die NABU-Kriterien bisher nicht vollständig und liefern keine ausreichenden Begründungen für Abweichungen. Ein Gemeindevertreter behauptete 2025, die NABU Kriterien seien nur Empfehlungen, was dem Beschluss widerspricht und rechtlich problematisch ist.

Rechtliche Bedeutung:

Der Beschluss bindet die Gemeinde. Änderungen müssten durch einen neuen, begründeten Beschluss erfolgen. Verstöße gefährden die Rechtmäßigkeit und das Vertrauen in die Verwaltung.

- Konkrete Kritikpunkte an der Planung:
  - NABU empfiehlt vorrangig Flächen mit hoher Vorbelastung und geringer naturschutzfachlicher Bedeutung, was bei der Standortwahl nicht berücksichtigt wurde.
  - Hinweise der Naturschutzbehörden wurden kaum umgesetzt.
  - Empfehlungen der Umweltverbände wurden ignoriert.
  - Artenschutz ist massiv beeinträchtigt (z. B. Vertreibung von Lerchenpaaren).
  - NABU-Kriterien wie Mindestabstände der Modulreihen (mindestens 6 m statt ca. 3 m bzw. 2,5 m) werden nicht eingehalten.
  - Vorgaben zu Versiegelungsflächen und naturnaher Begrünung fehlen oder sind unzureichend berücksichtigt.
- Forderungen:
  - Verbindliche Festlegung eines Mindestabstands von mindestens 6 Metern zwischen den Modulreihen in der Bauleitplanung.
  - Nachreichung und Prüfung der Flächenversiegelung gemäß NABU-Kriterien.
  - Einbindung eines Naturschutz-Monitorings im Bebauungsplan.
  - Schaffung von Querungsmöglichkeiten für Großsäuger.
  - Mehr Grünflächen mit Sträuchern und Stauden im Anlagenbereich.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird

Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 2021 wurden entsprechend des Standortes erfüllt. // @ VHT: zwei Punkte sind nochmal abzustimmen (Netzanschluss, Langzeitmonitoring)

Die Begründung wird um eine Überprüfung der Kriterien ergänzt.

37.4 Lichtemissionen und Blendwirkungen

In der aktuellen Bauleitplanung fehlen sowohl Konzepte als auch Gutachten zu Blendwirkungen und nächtlicher Beleuchtung. Diese Unterlagen sind zwingend nachzureichen.

Blendwirkungen

Reflexionen der Solarmodule können erhebliche Beeinträchtigungen für Anwohner, Verkehrsteilnehmer und Tiere darstellen. Besonders kritisch sind:

- Sehr geringe Abstände (nur ca. 3 m zur Straße und 2,5 m zwischen den Modulreihen), die das Blendrisiko deutlich erhöhen.
- Der Sonnenstand in den Morgen- und Abendstunden.
- Störungen bei Vögeln, Insekten und Amphibien durch Orientierungslosigkeit oder das Meiden der Anlage.
- Gefährdung nahegelegener Naturschutzgebiete.

Forderung: Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zu den Blendwirkungen auf Menschen, Tiere und das Landschaftsbild.

Lichtemissionen

Künstliche Beleuchtung kann nachtaktive Tiere wie Fledermäuse, Insekten und Amphibien erheblich beeinträchtigen, indem Fortpflanzung, Orientierung und Nahrungssuche gestört werden. Auch Pflanzen und Fische können betroffen sein. In ländlichen Regionen führt dies zudem zu einem Verlust der Nachtruhe und zu einer veränderten Wahrnehmung der Landschaft.

Forderung: Vollständiges Verbot jeglicher nächtlicher Beleuchtung, einschließlich Bewegungsmeldern.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird

// Blendgutachten

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4 (1) verwiesen: Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.

37.5 Auswirkungen auf das regionale Klima

Studien belegen, dass PV-Anlagen durch den sogenannten PVHI-Effekt zu Temperaturerhöhungen von bis zu 8 °C führen können, verbunden mit verzögerter Nachtabkühlung und reduzierter Bodenfeuchtigkeit.

Folgen:

- Veränderung der lokalen Luftzirkulation und mögliche Zunahme von Starkregenereignissen.
- Unterbrechung der Evapotranspiration, was zu geringerer Luftfeuchtigkeit, zusätzlicher Aufheizung
- sowie Stress für Flora und Fauna führt.
- Die Auswirkungen reichen über das Anlagengelände hinaus und können angrenzende Schutzgebiete gefährden.

Forderung: Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Studien sowie Einführung eines Monitorings zu Mikroklima, Evapotranspiration und Wasserhaushalt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird in der Form berücksichtig, dass die Begründung um folgende Aussage ergänzt wird:

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

37.6 Auswirkungen auf die Bodenqualität

PV-Anlagen beeinflussen den Wasserhaushalt und das Bodengefüge negativ – besonders an Hängen oder auf lehmigen Böden.

Probleme:

- Erosion und Wasserabfluss: Regenwasser sammelt sich an den Modulkanten, was zu Rinnenbildung, Verlust fruchtbarer Humusschichten und sogar Erdrutschgefahr führen kann.

- Verringerte Versickerung: Verdichtete, vegetationsarme Flächen erhöhen den Oberflächenabfluss und fördern die Überdüngung von Feuchtlebensräumen.
- Bodenverdichtung und Schadstoffeintrag: Durch Zinkpfosten und deren Auswaschungen (Zink, Blei, Cadmium, Mikroplastik) wird die Bodenstruktur geschädigt; eine natürliche Regeneration dauert Jahrzehnte.

Forderung: Maßnahmen zur Erosionsvermeidung sind im Bebauungsplan nachzutragen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird in der Form berücksichtig, dass die Begründung um folgende Aussage ergänzt wird:

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

37.7 Schadstoffemissionen

Schadstoffe aus PV-Paneelen

PV-Module enthalten giftige Schwermetalle wie Blei und Cadmium (CdTe). Bei Beschädigung oder Brand können diese vollständig ausgewaschen werden und erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden verursachen.

Forderung: Einsatz ausschließlich cadmium- und bleifreier Module, regelmäßige Kontrollen und sofortiger Austausch defekter Module.

Reinigung der Module

Aufgrund der Neigung von 20° ist Verschmutzung wahrscheinlich. Eine Reinigung könnte Schadstoffe in den Boden eintragen.

Forderung: Keine Ausnahmegenehmigungen für Reinigungen, um Bodenkontaminationen zu verhindern.

Korrosion von Pfosten

Verzinkte Stahlpfosten geben pro Jahr mehrere Kilogramm Zink an Boden und gegebenenfalls Grundwasser ab – besonders, wenn die Zinkschicht beschädigt ist. Dies ist hochgradig toxisch für Organismen.

Besonders gefährdet sehe ich das Trinkwasser, da in Brekels Brunnenanlagen vorhanden sind.

Forderung: Bodengutachten, jährliche Trinkwasserprüfungen, Bauüberwachung und gegebenenfalls Verzicht auf verzinkte Pfosten.

Pflege der Vegetation

Ohne Pflegekonzept besteht das Risiko der Ausbreitung invasiver Arten und des Einsatzes von Herbiziden.

Forderung: Vollständiges Herbizidverbot.

Elektrische und magnetische Felder

Mögliche Risiken für Gesundheit und Biodiversität durch EMF sind bislang unzureichend erforscht.

Entsorgung

PV-Module enthalten erhebliche Mengen giftiger Schwermetalle. Das Recycling ist unzureichend, und unsachgemäße Entsorgung birgt hohe Risiken.

Forderung: Verbindlicher Rückbau- und Entsorgungsplan, auch für den Fall von Insolvenz oder Verkauf, mit naturschutzgerechter Umsetzung.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es wird ein Extensivgrünland entwickelt. Für die entsprechenden Entwicklungsziele wird auf den Umweltbericht verwiesen. Die Verwendung von Schädlings- oder Unkrautvernichtungsmitteln sowie sonstiger Bioziden ist nicht zulässig.

Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.

Es wird auf die Festsetzung Nr. 5 verwiesen: Die Nutzung des Plangebietes oder Teile des Plangebietes als Sonstiges Sondergebiet ist zulässig bis zu einem Jahr nach Außerbetriebnahme der PV-Freiflächenanlage. Die Flächen sind anschließend zu renaturieren und wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Die Entsorgung erfolgt unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien.

37.8 Bauarbeiten

Es fehlen konkrete Baupläne und Regelungen zu den Zufahrten. Die derzeit vorgesehene Baustellenzufahrt liegt direkt an der Siedlung Brekels und somit in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet.

Forderung: Planung einer Baustellenzufahrt, die möglichst weit vom Wohngebiet entfernt liegt, um Gefahren für Straßen, Bäume und Gebäude zu vermeiden.

Bauzeiten: Die geplante Bauzeit (01.10.–14.12.) ist unrealistisch. Es besteht die Gefahr, dass Arbeiten in die Brutzeit (§ 44 BNatSchG) fallen und damit streng geschützte Arten beeinträchtigen.

Forderung: Verbindliche Einhaltung der Bauzeiten ohne Ausnahmen.

Auswirkungen des Einrammens von Zinkpfosten

- **Mechanische Bodenveränderungen**: Das Einrammen zahlreicher Pfosten führt zu Verdichtungen und Verschiebungen im Boden. In lockerem Boden können Vibrationen Setzungen oder Lockerungen auch in angrenzenden Bereichen verursachen.
- **Risiken für angrenzende Bauwerke**: Ältere Häuser mit Feldsteinfundamenten sind besonders gefährdet. Erschütterungen können Risse in Mauern, Fugen und Fundamenten verursachen, teils mit zeitverzögertem Schadenseintritt.
- **Einfluss auf Grundwasser und Bodenstabilität**: Die Pfostenrammung kann die Bodenwasserverhältnisse verändern und so die Tragfähigkeit von Fundamenten beeinträchtigen.
- **Lärm- und Vibrationsbelastung**: Bauarbeiten verursachen erhebliche Lärm- und Erschütterungsbelastungen, die Menschen und Tiere stören. Ganzjährig brütende Arten wie Kraniche könnten ihre Lebensräume aufgeben.

Forderungen:

- Unabhängiges Lärmgutachten mit Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung für Mensch und Tier.
- Geotechnisches Gutachten zur Sicherheit von Boden und Gebäuden.
- Prüfung alternativer Pfostenbefestigungen (z. B. Schraubfundamente).
- Bauüberwachung zur Erfassung von Erschütterungen und Schäden.
- Maßnahmenkatalog zur Vermeidung und Behebung möglicher Schäden.

Verkehrstechnische Beeinträchtigungen

Die Straße zwischen Brekels und Schönweide muss während der gesamten Bauzeit befahrbar bleiben. Da mit Verschmutzungen durch Erdmaterial zu rechnen ist, besteht eine Unfall- und Gefahrenquelle. Deshalb ist die Straße täglich und bei starker Verschmutzung mehrfach zu reinigen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

37.9 Vertrag zwischen Gemeinde und Investor (BEE)

Ein Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Investor darf nicht ohne fachanwaltliche Prüfung unterschrieben werden. Rechtliche und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht einseitig auf die Gemeinde abgewälzt werden.

Warnung anhand des Praxisbeispiels Gumtow:

Versprochene Gewerbesteuereinnahmen sind oft unsicher, da Investoren ihre Anteile häufig an komplexe Holdingstrukturen weiterverkaufen, bei denen Gewinne abfließen und der finanzielle Nutzen für die Kommune eingeschränkt ist.

Kritik an Vertragspunkt 7 (Ausschluss von Ersatzansprüchen):

Dieser Punkt schließt Schadensersatzansprüche weitgehend aus – außer bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Dabei können auch unabsichtlich entstandene Fahrlässigkeiten aufgrund fehlender Kompetenz erhebliche Risiken und Schäden für die Gemeinde und deren Bürger verursachen.

Meine Forderungen:

- Einschaltung eines unabhängigen Fachanwalts zur umfassenden Vertragsprüfung
- Klarer Passus, dass Investor und Verpächter für alle Schäden durch Bau, Betrieb und Anlagen haften (z. B. an Natur, Straßen und Gebäuden)

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Es wird ein Durchführungsvertrag geschlossen. Dieser wird im Auftrag der Gemeinde durch einen Fachanwalt erarbeitet.

37.10 Wertminderung der Immobilien in der Umgebung

Die Errichtung der geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp“ hat nicht nur ökologische und naturschutzrechtliche Auswirkungen, sondern führt auch zu einer erheblichen Wertminderung der umliegenden Immobilien, einschließlich unserer eigenen. Die veränderte Landschaft durch großflächige, sichtbare Solarmodule, die damit verbundenen infrastrukturellen Veränderungen sowie die möglichen negativen Folgen für Lebensqualität und Naherholung mindern die Attraktivität des Wohnumfelds erheblich.

Diese Wertminderung wirkt sich nicht nur wirtschaftlich nachteilig auf uns als Eigentümer*innen aus, sondern beeinträchtigt auch die soziale Stabilität und Identifikation mit dem Wohnort. Eine solche Belastung sollte bei der Abwägung der Vorhaben zwingend mitberücksichtigt und angemessen ausgeglichen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

37.11 Schlussbemerkung

Ich halte den Standort „Brekels-Hohenkamp“ für völlig ungeeignet. Zunächst sollten Flächen genutzt werden, die durch Solarfreiflächenanlagen tatsächlich aufgewertet werden – also vorbelastete und artenschutzrechtlich unbedenkliche Gebiete. Vorrangig sollten außerdem geeignete Dachflächen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

Die nationale PV-Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sieht vor, bis 2030 rund 215 Gigawatt installierte Photovoltaik-Leistung zu erreichen – etwa zur Hälfte auf Dächern und zur anderen Hälfte auf Freiflächen. Obwohl dieses Ziel nicht gesetzlich bindend ist, zeigt es die politische Priorität für Dachflächen-PV, um landwirtschaftliche und naturnahe Flächen zu schützen.

Vor diesem Hintergrund ist es enttäuschend, dass in der Gemeindepotentialanalyse das Dachflächenpotenzial nicht umfassend geprüft wurde. Stattdessen benachteiligt man Eigentümer von bereits mit PVAnlagen ausgestatteten Dächern, da Freiflächenanlagen bevorzugt werden. Die Schleswig-Holstein Netz AG hat sogar angekündigt, bei Netzüberlastung solche Dachanlagen abzuschalten.

Für eine wirklich positive CO2-Bilanz wäre es zudem wünschenswert, mehr Flächen aufzuforsten und die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, da ökologisch bewirtschaftete Böden mehr Kohlenstoff binden können. Die Gemeinde hat sich mit diesen Möglichkeiten bisher nicht ausreichend beschäftigt.

Zudem fehlt bislang ein durchdachtes Konzept zur Energieversorgung der Gemeinde mit Strom und Wärme, beispielsweise in Form eines Energienutzungsplans.

Mein Wunsch ist, dass die Gemeinde gemeinsam mit Naturschutzverbänden, der Jagd- und Naturschutzbehörde sowie dem Naturparkverein ein nachhaltiges, naturverträgliches Konzept für erneuerbare Energien entwickelt. Dieses sollte auch die Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und Nahrungsmitteln sicherstellen, bevor Flächen für Solarparks oder Windräder freigegeben werden.

Darüber hinaus wünsche ich mir ein ganzheitliches Konzept für erneuerbare Energien auf Landesebene, das in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Naturschutzverbänden und dem Naturparkverein entsteht.

Ich bitte darum, alle hier dargestellten Hinweise, Argumente und Forderungen sorgfältig zu berücksichtigen.

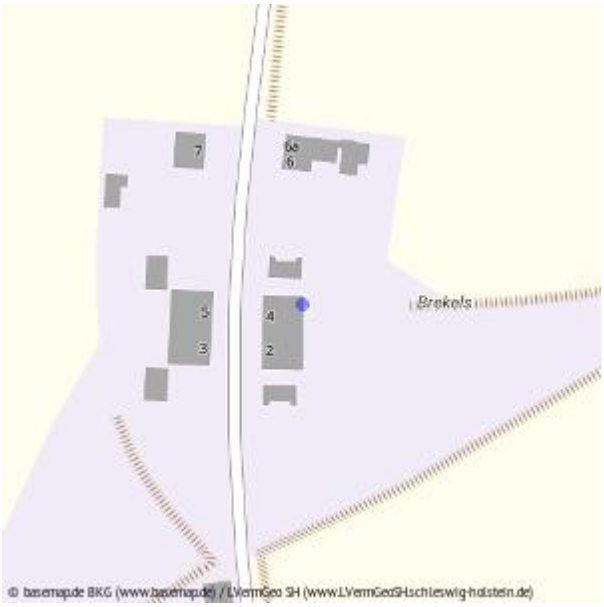


Figure 1: Kartenauschnitt

© basemap.de BKG (www.basemap.de) / LVermGeo SH (www.LVermGeoSH.schleswig-holstein.de)

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§ 2 EEG).

Die Erstellung dieser Konzepte ist nicht bebauungsplanrelevant.

38 Anregung 24 – vom 08.08.2025/09.08.2025

Als Grebiner Bürgerin, die selbst eine Dach-Photovoltaikanlage betreibt und seit Jahrzehnten Ökostrom bezieht, sehe ich, in Kenntnis der Sachverhalte und nach Durchsicht aller Unterlagen zur Flächennutzungsplanänderung und zum Bebauungsplan Nr.2 der Gemeinde Grebin, den geplanten Bau einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der Gemeinde Grebin grundsätzlich und in dem Bereich Brekels-Schönweide speziell sehr kritisch.

Wenn die Gemeinde Grebin bzw. deren Vertretung das Ziel hätte, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen zu fördern und dabei die Belange des Landschafts-, Umwelt und Naturschutzes und seiner Bürgerinnen und Bürger zu beachten, würde sie keine Freiflächen Photovoltaikanlage in Betracht ziehen! Hier sind offensichtlich vorrangig finanzielle Anreize oder Versprechungen durch Investor(en) in Verbindung mit hohen potentiellen Gemeindeschulden (besonders aufgrund eines neuen Berechnungssystems) entscheidungsgebend, wie einzelne Aussagen von Gemeindevertreterinnen und -vertretern in Sitzungen der Gemeindevertretung auch immer wieder belegten. Da es für ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter einer kleinen Gemeinde wie Grebin schwierig ist, sich komplexes Fachwissen in jedem zur Entscheidung stehenden Thema anzueignen und die umfassenden Dokumente vollständig durchzuarbeiten, ist es bei einer so weitreichenden Entscheidung wie dem Bau einer Freiflächen-Photovoltaikanlage besonders wichtig, den Argumenten in unabhängigen Stellungnahmen nachzugehen und diese bei der Entscheidungsfindung schwerpunktmäßig zu berücksichtigen.

Bereits in den ersten Potentialanalysen und der frühen Stellungnahme des Landesplanungsamtes wurde deutlich, dass es im Grebiner Gemeindegebiet keine für Photovoltaik-Freiflächenanlagen geeigneten, weil vorbelasteten, Flächen gibt. Bereits mit dieser Erkenntnis hätte das Verfahren abgebrochen und nach alternativen Energie- und Einnahmequellen gesucht werden müssen. Beispielsweise gäbe es die Möglichkeit, vorhandene Dachflächen und ungenutzte bereits versiegelte Flächen als Gemeinde zu pachten, mit Photovoltaikanlagen zu bestücken und so sowohl die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer als auch die Gemeinde finanziell profitieren zu lassen. Mit einem solchen Modell wäre es auch möglich, den gewonnenen Strom zunächst vor Ort zu verbrauchen und nur Überkapazitäten ins öffentliche Netz einzuspeisen, was - im Gegensatz zum Freiflächen-Photovoltaikprojekt, das nicht in die örtliche Stromversorgung eingebunden sein soll den Nachhaltigkeitsrichtlinien optimal entspräche. Ein solches Modell würde zudem die Akzeptanz der Bevölkerung und die positive Einbindung in Gemeindebeschlüsse und -abläufe deutlich verbessern.

Der Bau einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf unbelastetem Kulturland genießt zu Recht keine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, da er mit diversen, Generationen übergreifenden, Nachteilen verbunden ist:

- Das Plangebiet bei Brekels hat einen hohen archäologischen Wert, d.h. es ist mit wertvollen archäologischen Funden zu rechnen, die seit Generationen dort liegen und ruhen und die auch Auskunft über das frühere Leben in diesem Landstrich geben können. Wer einmal den Aufbau eines Solarparks beobachtet hat, wird sich kaum vorstellen können, dass dabei mit der nötigen Sorgfalt und Fachkompetenz auf die Sichtung und den Erhalt archäologischer Fundstücke geachtet wird und werden kann. Die Gefahr, dass Solche übersehen oder zerstört werden, ist hoch. Die im Bebauungsplan vorgenommenen diesbezüglichen Selbstverpflichtungen reichen nicht aus, um solche Denkmäler unermesslichen Wertes zu schützen.

  Wie will der Vorhabenträger sicherstellen, keine archäologischen Kulturgüter und -stätten, die oft auch zusammenhängende Denkmäler darstellen, durch den Bau der Anlage zu zerstören? Wer kommt finanziell für etwaige Schäden und Bergungen auf? Welche Entdeckungen würden zu einem sofortigen Baustopp für die Bewahrung eines archäologischen Kulturdenkmals führen? Würde auch in diesem Fall der Investor das finanzielle Risiko für den Rückbau bereits veränderter Landschaftselemente tragen? All diese Fragen müssten in der Bauleitplanung in Zusammenhang mit einem archäoligischen Interessengebiet beantwortet werden.

- Zusätzlich zum archäologischen Interesse grenzt das Plangebiet direkt an die denkmalgeschützte Siedlung Brekels. Denkmalschutz gehört zu den generationen- und kulturübergreifenden Interessen der Menschen und deren Entwicklung, um Geschichte zu erhalten und zu dokumentieren, sowie zu einem sorgsamen Umgang mit unserem Planeten. Die denkmalgeschützten Häuser in Brekels sind zudem bewohnt (oder werden gerade saniert) und werden seit Generationen von den Bewohnerinnen und Bewohnern gepflegt, geschützt und instandgehalten.

  Zu einer denkmalschutzsensiblen Bauleitplanung würde es gehören, herauszuarbeiten, welche Erfahrungen es bereits mit der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in unmittelbarer Nähe alter Reetdachkaten gibt, Zudem wäre die Prüfung und Begutachtung durch Bauingenieurinnen oder -ingenieure, ob die Mauern und Dächer den Erschütterungen des Bodens durch die Rammarbeiten standhalten könnten, wichtig zum Erhalt der Gebäude. Ein solches Gutachten muss Teil des Bauleitverfahrens sein. Ggf. müssen die Abstände zu den denkmalgeschützten Häusern entsprechend erhöht werden, um ein Risiko für die Gebäude auszuschließen. Zudem muss auch hier die Haftung beim Vorhabenträger liegen. Das gilt auch für die Kosten der Begutachtung vor und nach den Bauarbeiten sowie für Schäden, die möglicherweise erst längere Zeit nach den sie auslösenden Arbeiten sichtbar werden könnten.

  Es ist außerdem im Denkmalschutz vorgegeben, dass der Blick auf ein Denkmal nicht durch eine sichtbare Flächen-Photovoltaikanlage oder ähnliche landschaftsbildverändernde Bauwerke gestört werden darf. Im Bebauungsplan fehlt dieser Aspekt. Es muss festgeschrieben werden, mithilfe welcher Pflanz- oder anderen Maßnahmen sichergestellt wird, dass sowohl während der Bauphase als auch während der Betriebsphase das Denkmal aus allen Richtungen ohne Blick auf die Anlage betrachtet werden kann. Hierzu sind höchstwahrscheinlich auch vorbereitende Maßnahmen notwendig, so dass ein eventueller ganzjähriger Bewuchs schon bestünde, wenn mit den Baumaßnahmen begonnen würde.

  Auf den Planzeichnungen fällt auf, dass die Hauptzufahrt auf das Plangebiet, das als Erschließungsweg bezeichnet wird, sehr nah an der Siedlung Brekels und den denkmalgeschützten Gebäuden geplant ist.

Diese ist aus Denkmalschutzgründen und zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärmbelästigung und Fahrzeugabgasen unbedingt umzulegen/umzuplanen an eine möglichst weit von der Siedlung Brekels entfernte Stelle.

- Insgesamt wurden die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Grebin an den Planungen ungenügend beteiligt und auch nicht umfassend informiert. Priorisierte Flächen und die Größe der Anlage wurden ohne öffentliche Diskussion und Angabe von Gründen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde zu verschiedenen Zeitpunkten verändert. Hierin sehe ich (ebenso wie ein Mitarbeiter des Bauamtes es auf einer Sitzung der Gemeindevertetung sagte) eine Verletzung der Verpflichtung zur frühzeitigen Beteiligung und somit einen Verfahrensfehler. Inwieweit auch eingeholte frühzeitige Stellungnahmen sich auf eine nur halb so große zu bebauende Fläche bezogen, und somit keine Gültigkeit haben, bitte ich zu prüfen.

  Die Gemeindemitglieder wurden auch, hingegen der vorherigen Ankündigungen des Bürgermeisters, die Informationen auf allen gängigen Informationskanälen zu veröffentlichen, nicht ausreichend und zeitnah über die jetzige Auslegung und ihre Möglichkeiten zur Stellungnahme informiert. Dies ist dann stattdessen kurzfristig auf Initiative und eigene Kosten einiger engagierter Bürgerinnen und Bürger erfolgt. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 25.6.2025 wurde der Beginn der Auslegung vom Bürgermeister fälschlich für den 2.7.2025 angekündigt (siehe auch Protokoll). Die im Verfahren vorgesehene Vorab-Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung in regionalen Tageszeitungen hat meines Wissens nach nicht stattgefunden. Ebenfalls fehlte die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung auf der gemeindeeigenden Webseite, im Terminkalender, im Newsletter und in der WhatsApp-Gruppe, allesamt Kanälen über die sich Gemeindemitglieder über Neuigkeiten und Aktionen in der Gemeinde informieren. In den offiziellen Informationskästen der Gemeinde wurde die Information über die öffentliche Auslegung erst am 16.7.2025 ausgehängt, also zwölf Tage nach Beginn der vierwöchentlichen öffentlichen Auslegung. Diese ausgehängte Information war zudem alles andere als niedrigschwellig und nicht dazu geeignet, eine große Zahl an Bürgerinnen und Bürgern um ihre Stellungnahme zu bitten. Als mündige Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde würden wir uns wünschen und davon ausgehen, dass seitens der Politik ein Interesse daran besteht, uns zeitnah und umfassend über wichtige Sachverhalte zu informieren und uns an einer Diskussion-, Meinungs- und auch Mehrheitsfindung zu beteiligen. Das können wir hier in keiner Weise erkennen und bitten diesbezüglich im weiteren Verlauf des Verfahrens um Informationen und Gehör.

- Die mangelnde Beteiligung der Öffentlichkeit gilt insbesondere auch für die stark persönlich betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, die das betreffende Gebiet besonders gut kennen und in besonderer Weise mit ihm verbunden sind. Diese haben sich frühzeitig, fachkompetent und gut vorbereitet immer wieder kritisch in den Sitzungen der Gemeindevertretung geäußert, dort aber wenig Resonanz durch die Gemeindevertretung und die anwesenden Kreisvertreter erhalten. Es wurde ihnen im Gegenteil immer wieder signalisiert, sie würden zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Ihre Fragen wurden oft nicht beantwortet und es wurde teilweise abwehrend auf ihre wohlüberlegten und gut recherchierten Wortbeiträge reagiert, in denen es besonders auch um die Bedrohung der Flora und Fauna der Region durch die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage ging. Die versprochene Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner belief sich auf lediglich ein Treffen zwischen Investor, Verpächter und den Bewohnerinnen und Bewohnern der beiden direkt anliegenden Häuser in Brekels, bei dem laut Protokoll - welches von der Gemeindevertretung nie abgefragt wurde kein Entgegenkommen von Seiten des Investors zu erkennen war. Ein zugesagtes Treffen zwischen Investor, Verpächter, allen interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung Brekels und dem Bürgermeister oder einer Vertretung, hat trotz mehrfacher Nachfrage in Sitzungen der Gemeindevertretung bis heute nicht stattgefunden, und ist auch seitens der

Gemeindevertretung nicht geplant. Hierin sehe ich einen weiteren Verfahrensfehler, da sich die Gemeindevertretung zur Einbindung der Anwohnerinnen und Anwohner verpflichtet hatte.

- Zum Schutz der Rechte von Anwohnerinnen und Anwohnern sollten in die Planung und Finanzierung eingearbeitet sein:
  - ein finanzieller Ausgleich für den durch unabhängige Sachverständige festgestellten Wertverlust umliegender Grundstücke, zu zahlen durch den Vorhabenträger oder die Gemeinde an die Besitzerinnen und Besitzer, unabhängig davon, ob sie das Grundstück veräußern oder darin wohnen, bleiben wollen. Wenn diese Ausgleichszahlungen durch die Gemeinde übernommen werden müssten, würden sich eventuelle Einnahmen durch die Photovoltaik-Freiflächenanlage sich über einen langen Zeitraum egalisieren.
  - eine Haftung für gesundheitliche Schädigungen von Anwohnerinnen und Anwohnern infolge der Geräusch-, Licht-, Wärme- und Strahlenemissionen der Anlage. Hier müssen sowohl Begutachtungs-, Behandlungs-, eventuelle Umzugs- als auch Schmerzensgeldkosten berücksichtigt und abgesichert werden.
- Einige Bewohnerinnen und Bewohner in der Gemeinde Grebin generieren Einnahmen für ihren Lebensunterhalt aus Tourismus/Ferienvermietung und/oder aus Stromeinspeisungen von Dach Photovoltaikanlagen. Beide Gruppen hätten mit Einnahmeeinbußen infolge des Baus der Photovoltaik Freiflächenanlage zu rechnen.

  Ein Gebiet mit Riesen-Photovoltaikanlage(n) ist für Urlauberinnen und Urlauber unattraktiv. Sie besuchen den Nationalpark überwiegend aufgrund seines Erholungswertes in unbebauter Natur. Gerade für die Bereiche Brekels und Schönweide würde die geplante Anlage die Attraktivität als Ferienziel voraussichtlich deutlich reduzieren. Ein Ausgleich ist in der Planung bislang nicht vorgesehen.

  Betreiber größerer Photovoltaik-Dachanlagen haben bereits in den vergangenen Wochen Schreibern der SH-Netzagentur erhalten, in denen sie darauf hingewiesen wurden, dass im Falle zukünftig drohender Netz-Überbelastungen aufgrund hoher einzuspeisender Energiemengen, ihre Dachanlagen zugunsten der Solar-Freiflächenanlage(n) vorübergehend abgeschaltet würden. Das bedeutet, dass Privatpersonen oder regionale (landwirtschaftliche) Betriebe, die im Sinne einer natur- und klimaverträglichen nachhaltigen Energieerzeugung in Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern investiert haben, Einnahmeeinbußen fürchten/hinnehmen müssen, weil die Gemeindevertretung einem internationalen Großinvestor und einem nicht ansässigen Landbesitzer (beide millionenschwer) den Bau einer Solar-Freiflächenanlage auf Grebiner Gemeindegebiet erlauben. Da Netzüberbelastungen aufgrund des großen Zubaus von Photovoltaik-Freiflächenanlagen immer häufiger werden, würde das dann dazu führen, dass nicht mehr in Dachphotovoltaikanlagen, die den eigentlich ökologischen, nachhaltigen grünen Strom liefern, investiert würde und somit die Einnahmen für Solarstrom nicht in der Region verblieben, sondern fast vollständig an internationale Großaktionäre ohne jede Verbindung zur Region, gingen. Das wäre weder sozial noch nachhaltig.

  Es kommt hinzu, dass alle allgemein durch den Bau einer solchen Anlage entstehenden Kosten, wie Netzausbau, Infrastruktur und Brandschutz, über Steuergelder von der Allgemeinheit getragen werden müssen, die jedoch nicht an den Gewinnen beteiligt wird. Eine Haftung oder ein Ausgleich für Einnahmeeinbußen regionaler Einspeiser fehlt im Bebauungsplan/Durchführungsvertrag.

- Bei der geplanten Fläche für das Bauvorhaben handelt es sich um Ackerland mit gutem (teilweise sehr gutem) Ertrag. Durch die Bebauung dieser Fläche würde die regionale Nahrungsmittelsicherheit reduziert.

  Im Sinne einer nachhaltigen und krisensicheren Gemeindeplanung für eine sichere und lebenswerte Zukunft für alle Gemeindemitglieder, auch zukünftiger Generationen, muss von den kommunalen Verantwortlichen auf den Erhalt von

Lebensmittelanbauflächen geachtet werden. Das gewinnt gerade aufgrund der Wettbewerbsungleichheit, die es den Eigentümern landwirtschaftlicher Flächen ermöglicht, wesentlich höhere Pachtsummen für Photovoltaikanlagen zu erhalten, als für Lebensmittelanbauflächen, besonders an Bedeutung und liegt in der Verantwortung einer Gemeindevertretung. Eine Gemeinde, der von Landesplanung und Naturschutzbehörden abgeraten wird, ihr wertvolles Land mit Solarpaneelen zu bedecken, sollte innehalten und andere, regional und sozial verträgliche Wege der Energie- und Finanzplanung gehen! Dies könnte in Form eines echten gemeindeübergreifenden Konzepts innerhalb des Naturparks Holsteinische Schweiz geschehen, welches dem interkommunalen Abstimmungsgebot des Baugesetzbuches Rechnung tragen würde. Das Anschreiben einiger Nachbargemeinden mit der Bitte um Stellungnahme, wie in der vorliegenden Planung erfolgt, genügt diesem landesplanerischen Grundsatz nicht. Die Stellungnahmen der Nachbargemeinden von 2022 und 2024 fehlen bei den veröffentlichten Unterlagen und sind nachzureichen.

- Den Unterlagen des Bebauungsplans und der Flächennutzungsplanänderung ist nicht zu entnehmen, wo der gewonnene Strom ins öffentliche Netz eingespeist werden soll und ob und ggf. wo dafür ein neues Umspannwerk errichtet werden soll. Ebenfalls fehlen Stromabnahmezusagen durch den Netzbetreiber. Solche Informationen und Zusagen müssen naturgemäß die Basis für eine Bauleitplanung sein, denn es würde keinerlei Sinn machen, etwas zu produzieren, für das es keine Transportmöglichkeit oder keinen Abnehmer gibt.
- Für die Natur- und Kulturlandschaft des Naturparks Holsteinische Schweiz und die in ihr lebenden, zu ihr gehörenden Tiere und Pflanzen, stellt die vorliegende Planung trotz aller Beteuerungen, dass Vorschriften, Abstände und Zeiten eingehalten würden und Neues gepflanzt würde, eine große Zerstörung dar. Den Bürgerinnen und Bürgern ist das bewusst, da sie bereits an Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorbeigekommen sind und mit eigenen Augen gesehen haben, dass dort keine Schönheit mehr zu finden ist, dass dort keine blühenden Felder unter den Anlagen entstehen und auch keine begrünten Zäune den Blick auf die Anlagen verdecken. Die Menschen nehmen wahr, dass wieder zunehmend riesengroße Strommasten das Landschaftsbild zusätzlich zerstören. Was hier verloren geht, wird so nicht wieder zurückkommen.

  Tiere und Pflanzen verlieren ihren Lebensraum oder werden erheblich gestört (z.B. verwechseln Insekten die in der Sonne reflektierenden Solarmodule mit Gewässern, fliegen sie an und verbrennen darauf).

  Menschen verlieren ihren Erholungsraum, ihre Anbindung an die Schönheit der heimischen Natur. Es ist der Gesundheit und dem Lebensgefühl der Menschen nicht zuträglich, immer auf etwas Hässliches zu schauen, was einzig der Produktivität dient, sich vielleicht sogar daran zu gewöhnen. Menschen suchen die Natur, um sich zu regenerieren, um Glück zu empfinden und Verbundenheit. Die menschliche Seele braucht die Natur, sie ist unser Lebenselixier und unser Zuhause. Viele Tierarten wurden bereits von den Menschen verdrängt und ausgerottet. Unsere unbelastete Natur- und Kulturlandschaft ist ein hohes Gut, dass es zu bewahren gilt, das wissen alle Menschen intuitiv. Die Untere Naturschutzbehörde, der Jagdverband, der NABU, die AG-29 und die Landesplanungsbehörde, sie alle kritisierten die vorliegende Planung in ihren Stellungnahmen wiederholt und an verschieden Punkten. Sie alle machten Verbesserungsvorschläge. Die Kritik wurde in der Planung in weiten Teilen übergangen. Ein langjähriges Monitoring ist nicht geplant. Jeder dieser Kritikpunkte muss in der Planung priorisiert Berücksichtigung finden, jeder Verbesserungsvorschlag muss umgesetzt werden. Keinesfalls dürfen finanzielle Belange über Naturschutzbelange gestellt werden, in keinem einzigen Punkt! Zu der Einhaltung der NABU-Kriterien hat sich die Gemeindevertretung ohnehin verpflichtet (was die Planung bislang nicht darstellt), doch es sollte im Sinne der Menschen, der Tiere, der Pflanzen und der Landschaft noch weit darüber hinaus gegangen

werden. Agri-Photovoltaikanlagen beispielsweise ermöglichen die Gewinnung von Solarstrom bei gleichzeitiger Nutzung der Flächen als Acker- und Weideland mit deutlich geringeren nachteiligen Auswirkungen auf Flora und Fauna. Die Grebiner Gemeindevertretung ist dazu angehalten, aufgrund des Fehlens vorbelasteter Flächen andere Wege zu gehen, um dieses Qualitätsmerkmal zu erhalten.

- Die Aussagen im Bebauungsplan zum Rückbau der Anlage und zur Wiederherstellung des vorherigen Zustandes der Landschaft, sind aus verschiedenen Gründen anzuzweifeln und müssen unbedingt mit einer Haftung belegt werden, falls dies, wie zu erwarten, nicht möglich sein wird. Da die Technik noch relativ neu ist und das Unternehmen BEE erst seit neun Jahren besteht, gibt es bislang keine Erfahrungen zur Lebensdauer der Module, zu ihrer Abnutzung und Schadenanfälligkeit nach 15-20 Jahren, zu der Vergiftung von Boden und Wasser im Bereich einer solchen, über Jahrzehnte betriebenen Anlage und zu einem erfolgten Rückbau. Es ist nicht absehbar, ob verjagte Tiere an den Ort zurückkehren würden oder ob sie infolge ihrer Verdrängung/Vertreibung in der Region nach zwei bis drei Jahrzehnten nicht mehr vorkommen würden? Es ist nicht absehbar, wie sich der Boden verändert haben würde, welche Pflanzen nach dieser langen Zeit dort noch oder wieder wachsen würden und wie der landwirtschaftliche Ertrag einer solchen rückgebauten Fläche sein würde bzw. ob sie sich überhaupt noch für die Landwirtschaft eignen würde, Die Behauptung in den Planungsunterlagen, dass ein vollständiger Rückbau möglich sein würde, sind also zu weiten Teilen spekulativ. Die Absicherung dafür welcher der heutigen Akteure wird in der Zukunft die Verantwortung übernehmen wird, ist unzureichend. Darin wird zum Beispiel nicht formuliert, was bei vorzeitiger Insolvenz des Investors mit der Anlage geschehen würde und an welchen Kriterien sich entscheidet, wann die Anlage rückgebaut werden soll. Jede denkbare offene Frage gerade in Bezug auf Verantwortlichkeiten und Haftung kann am Ende auf die Gemeinde und die Gemeindefinanzen zurückfallen.
- Ein weiterer Kritikpunkt an der Planung ist, dass die sogenannten Ausgleichsflächen sich nicht innerhalb des Gebiner Gemeindegebiets befinden. Einen echten Ausgleich für die aus ihrem Habitat vertriebenen Feldlerchen gibt es ohnehin nicht und auch wenn sich die Ausgleichsflächen in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befänden, wäre es nicht gesagt, dass die Lerchen dorthin umsiedeln würden. Sicher ist, dass sie sich nicht auf dem als Ausgleichsfläche angegebene Gebiet in der Gemeinde Lebrade ansiedeln werden. Eine Ausgleichfläche muss sich im direkten Umfeld des auszugleichenden Gebietes befinden, ansonsten erfüllt sie nicht ihre Aufgabe, einen Ausgleich zu schaffen und Artenschutz zu gewährleisten.

  Neben dem Artenschutz haben auch die Menschen der Gemeinde ein moralisches Recht auf Ausgleich, das heißt auf Schaffung einer neuen ebenso großen Naturfläche in direkter Umgebung, wenn ihnen eine Naturfläche genommen werden soll, die ihnen Ruhe, Freude, Schönheit und Erholung bietet, über die sie in die Ferne schauen können, auf der sie Kraniche und andere Wildtiere beobachten können. Hier ist die Planung nachzubessern indem Ausgleichsfläche(n) in der Umgebung auf dem Grebiner Gemeindegebiet geschaffen werden.

- Die Brandschutzvorkehrungen und -festschreibungen zur Sicherheit der Bevölkerung, der Feuerwehrleute und der Natur in den Planungsunterlagen sind ungenügend. Eine Freiflächen-Photovoltaikanlage steht bei einem eventuellen Brand in diesem Bereich weiter unter Strom, was die Löscharbeiten deutlich erschwert und worin die Feuerwehrleute speziell ausgestattet und ausgebildet sein müssten. Dies sollte nicht auf Kosten der Gemeinde gehen.

  Im Kriegsfall würde ein Solarpark eine exponierte Angriffsfläche mit hoher Brandgefährdung bieten. Da dieser Fall für die kommenden 20-30 Jahre leider nicht ausgeschlossen werden kann, sind das Kapitel der Löschwasserversorgung und der Durchführungsvertrag zu erweitern und zu konkretisierten. Dies gilt für den Katastrophenschutz insgesamt: Etwaige zukünftige Katastrophen müssen beim Bau

von Großprojekten, wie einer 50 Hektar umfassenden Freiflächen-Photovoltaikanlage, zum Schutz der Bevölkerung mitgedacht und -geplant werden. Hierbei sind auch mögliche, durch die Anlage verursachte Katastrophen, wie Erosionsgefahr (Erdrutsche) oder Grundwasserverschmutzung durch Schadstoffe z.B. aus defekten Solarmodulen mit zu bedenken. Auch Häufigkeit, Art und Umfang regelmäßiger Wartungen der Anlage sind genau anzugeben.

- Mit der Genehmigung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage, deren Ertrag für die Gemeindekasse nur sehr vage vorhersehbar und nicht rechtlich abgesichert ist (die Erfahrungen anderer Gemeinden, die sich zu der Genehmigung solcher Anlagen entschieden haben, und deutlich geringere Erträge erzielen, als im Vorfeld angekündigt und erwartet, lassen sich vielfach im Internet nachlesen), geht die Gemeinde hohe finanzielle Risiken ein. Diese Risiken beziehen sich zum einen auf Haftungsfragen, Rechtsbeistand und rechtliche Auseinandersetzungen, auf der anderen Seite auch auf Schädigungen der Infrastruktur (wie Straßen, Wasserversorgung, Stromversorgung) und noch nicht absehbare Folgeschäden aller Art. Selbst nach fachanwaltlicher Beratung, die der Gemeindevertretung vor der Unterzeichnung von Verträgen oder der Genehmigung von Plänen dringend anzuraten ist, lassen sich solche Risiken bei derart großen, wenig erpobten und langfristigen Projekten nicht ausschließen.

Als Bürgerin der Gemeinde Grebin wünsche ich mir, wie viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass die Gemeindevertretung aus all den oben genannten Gründen dem Bebauungsprojekt und der Flächennutzungsplanänderung eine Absage erteilt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Es wird der politischen Zielsetzung mit der Planung entsprochen.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen aus-schließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die vorliegenden Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Im Weiteren werden die relevanten Faktoren dargestellt. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der vorliegenden Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Das Plangebiet liegt innerhalb eines Eignungsgebietes.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher

Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Die Planung wurde mit dem Archäologischen Landesamt SH abgestimmt. Diese können der Planung zustimmen, wenn entsprechend abgestimmte Auflagen erfüllt werden (z. B. Untersuchungen durch das Archäologische Landesamt SH). Dies wird vertraglich abgesichert.

Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Zwischen PV-Anlage und Wohngebäude liegen mindestens 100 m Abstand, dieser wird als ausreichend angesehen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

Das Erscheinungsbild von historischen Stätten und Denkmäler ist zu bewahren. Die PV-Freiflächenanlage hält einen Abstand von mindestens 100 m zur Bebauung und wird komplett eingegrünt. Eine erhebliche Störung des Ortsbildes ist nicht zu erwarten. Die Entwicklungsziele der Anpflanzungen sind in der Begründung beschrieben. Sichtbeziehungen innerhalb der Bauzeit ist zu dulden, da es sich nur um temporäre Auswirkungen handelt.

Für die PV-Anlage werden zwei bestehende landwirtschaftliche Zufahrten genutzt. Eine Verschiebung der Zufahrt würde einen Eingriff in ein geschütztes Biotop (Knick) verursachen. Darauf wird aufgrund des Biotopschutzes verzichtet. Die nähere Zufahrt befindet sich in mehr als 220 m zur Siedlung Brekels. Zudem ist in der Betriebsphase durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen. Daher werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Anwohnenden gesehen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die Bekanntmachung wurde ortsüblich bekannt gemacht. Eine Vergrößerung des Geltungsbereiches ist weiterhin möglich.

// Bekanntmachung mit Verwaltung nochmal abstimmen

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen

Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren. Dies ist aber nicht bebauungsplanrelevant.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

In Zeiten hoher Sonneneinstrahlung kann es tatsächlich vorkommen, dass überschüssiger Strom nicht genutzt wird und in einigen Fällen sogar abgeleitet werden muss. Dies wird oft durch Marktmechanismen geregelt. Um diese Vorkommnisse zu reduzieren, sind Batteriespeicher innerhalb der Anlage geplant.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Das PV-Konzept wurde mit den Nachbargemeinden abgestimmt. Das beschlossene PV-Konzept ist Bestandteil der Planunterlagen. Im Rahmen der Bauleitplanung wurden, wie gesetzlich vorgeschrieben, die Nachbargemeinden beteiligt. In diesem Bauleitplanverfahren wurden keine Stellungnahmen von Nachbargemeinden eingereicht.

Eine detaillierte Planung für die Stromeinspeisung in das öffentliche Netz erfolgt im Rahmen der Baugenehmigung und ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung.

Die Schutzgüter wurden untersucht. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Zu geschützten Strukturen werden entsprechende Schutzabstände eingehalten.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

// langjähriges Monitoring + NABU-Kriterien

Ein AGRI-PV-Anlage müsste, um die gleiche Leistung zu erbringen, eine größere Fläche umfasst, wodurch die Schutzgüter mehr belastet werden als durch eine kompakte PV-Freiflächenanlage.

Die Festsetzung Nr. 5 „Die Nutzung des Plangebietes oder Teile des Plangebietes als Sonstiges Sondergebiet ist zulässig bis zu einem Jahr nach Außerbetriebnahme der PV-Freiflächenanlage. Die Flächen sind anschließend zu renaturieren und wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.“ Zielt darauf ab, den Planungswillen der Gemeinde festzulegen. Eine detailliertes Rückbaukonzept ist aus heutiger Sicht nicht sinnvoll. Entsprechende arten- und naturschutzrechtliche Aspekte sind dann zur gegebenen Zeit zu berücksichtigen.

// Haftung Rückbau

Die Ausgleismaßnahme für die Feldlerche entspricht der gängigen Praxis.

Es ist weiterhin eine ausreichende Versorgung von Grün- und Freiflächen in der unmittelbaren Umgebung gegeben. Von den erbrachten Ausgleichsflächen für das Schutzgut Tiere (Feldlerche) können zudem auch Menschen von profitieren.

Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Der Katastrophenschutz ist nicht Bestandteil eines Bebauungsplanes.

Aufgrund des geringen Versiegelungsgrades und dem Verzicht von Düngemitteln und Pestiziden wird nicht davon ausgegangen, dass die Planung erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind.

Eine detaillierte Planung der Wartungsarbeiten ist nicht Bestandteil der Bauleitplanung.

39 Anregung 25 (BP) – vom 08.08.2025

Ich bin erst vor kurzem durch den hervorragenden Flyer der BI Grebin auf das o.g. Planungsverfahren aufmerksam geworden und kam zunächst aus dem Staunen nicht heraus. Nicht nur, dass ich mich unversehens geschätzt 180 A 4 Seiten Schriftwechsel gegenüber sah: Wer soll das Lesen und angemessen bewerten?

Noch irritierender ist die Tatsache, dass schon in den ersten Stellungnahmen aus dem Jahre 2021 ff deutlich wird, dass:

- die Gemeinde Grebin, mitten im Naturpark Holsteinische Schweiz gelegen, grundsätzlich keine geeigneten Flächen für großflächige Freiflächen PV Anlagen aufweisen kann
- es keine „erneuerbaren Landschaften“ gibt – das Konzept der Ausgleichsflächen inzwischen als fragwürdig erkannt wurde
- es vor Ort keinen entsprechenden Strombedarf gibt
- die Planung in mehrfacher Weise gegen die Nachhaltigkeitsziele verstößt
- mehrfach von einer Planverfolgung abgeraten wird

Weshalb führt eine so eindeutige, frühzeitige Bewertung durch die fachlich zuständigen Behörden nicht zur Einstellung eines solchen Verfahrens?

Handelt es sich überhaupt um ein Genehmigungs- oder um ein Planungsverfahren? Geht es um die Genehmigung für eine Planung – oder die Planung einer Genehmigung. Es ist ja nicht der Investor selbst, der hier aktiv wird (wie etwa im groß angelegten Genehmigungsverfahren für das Kohlekraftwerk Moorburg durch Vattenfall Europe, 2007), es ist eine Gemeindevertretung.

Und was bewegt die dazu, dieses von Anfang an unglückliche Vorhaben über Jahre durchzutragen? Hat es wohl möglich mit „dem Gesetz zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vom 12. November 2020“ (s. Schreiben vom 12.03.2024) zu tun? Welche Bedeutung hat dieses für das vorliegende – und viele ähnliche - Planungsverfahren? Ist der Öffentlichkeit und erst recht den betroffenen Menschen entgangen, dass neuerdings ihre Heimatgemeinden als Wirtschaftseinheiten gedacht und durch neue Regularien etabliert werden, deren vornehmste Aufgabe in der Gelderzeugung und Geldweiterleitung an übergeordnete politische und Verwaltungsstrukturen besteht?

Wer hat letztlich die Entscheidungsbefugnis, rechtsverbindliche Verträge mit Investoren, Betreibern, Landeignern, usw. zu schließen? Wer geht in Haftung für etwaige Folgeschäden und / oder Folgekosten? Wer übernimmt Verantwortung für Schäden und Folgewirkungen, die nicht einfach mit Geld und veränderter Bilanzierung auszugleichen sind?

Oder noch grundsätzlicher gefragt: Wem gehören Sonne, Wind, Wasser und Erde? Wer darf sie verkaufen oder einfach genießen? Wer nimmt sich das Recht, Preise für Naturgüter zu machen und sie als Mangelware zu bilanzieren? Selbst in der klassischen Volkswirtschaftslehre werden die natürlichen Ressourcen nicht als Güter oder Waren betrachtet, die mit Preisen versehen und gehandelt werden können. (Vergleich hierzu Prof. Franz Hörmann)

Aber wir haben uns daran gewöhnt, dass wir für alles bezahlen müssen, dass jedes Ding seinen Preis hat. Die Überzeugung, dass Leben in Fülle, Frieden und im Einklang mit natürlichen Gegebenheiten möglich ist, erscheint vielen von uns immer noch utopisch – ist jedoch erklärter Inhalt der weltweiten Nachhaltigkeitsziele der UN aus den 70ger Jahren des vorigen Jahrhunderts!

Egal - es wird weiter geplant, beantragt, Stellung genommen, auf Regeln und Auflagen verwiesen, über Ausgleichsmaßnahmen, sowie Schadensminimierung nachgedacht, und, und, und. Fragen nach dem ursprünglichen Sinn und Zweck, den Motiven und

Interessen der unterschiedlichen Akteure, einer zielführenden, ehrlichen Kommunikation und vor allem: der tatsächlichen Entscheidungsgrundlage werden weder gestellt, noch beantwortet.

- Welchen wirklichen Nutzen für die lokale Bevölkerung, welchen Zugewinn an Lebensqualität haben diese 50 Hektar Solarpaneele mitten im Naturpark Holsteinische Schweiz?
- Welche zukunftsweisenden Impulse gehen von ihm aus?
- Geht es hier wirklich um notwendige, ökologisch sinnvolle Energieerzeugung, oder um die Erfüllung ideologisch geprägter Planziele?

Die Argumente gegen dieses Vorhaben füllen bereits jetzt viele, viele Seiten. Die Argumente für diese Anlage umfassen im Originaltext 10,5 Zeilen:

Aus Sicht des Klimaschutzmanagements ist das geplante Vorhaben ausdrücklich zu begrüßen. Um die Klimaschutzziele von EU, Bund und Land zu erfüllen, müssen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien zeitnah stark ausgebaut werden. Dieses wird nicht ohne bauliche Maßnahmen und Veränderungen im Landschaftsbild leistbar sein, denn die Umsetzung der Energiewende bedarf der Errichtung Erneuerbarer-Energien-Anlagen. Laut § 2 EEG 2023 liegt die Errichtung und der Betrieb von E-E Anlagen, sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im „überragenden öffentlichen Interesse“ und dient der „öffentlichen Sicherheit“. Dieser neue Stellenwert von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien spiegelt klar wider, welche Rolle der ganzheitlichen Umstrukturierung unserer Energieversorgung zukommt.

Verstehen Sie diese Zeilen? Ich nicht. Ist dieser redundante Blödsinn tatsächlich das oberste Gebot bei der Bewertung der vorliegenden Planung?

Und um Bewertung, den Abgleich mit menschlichen Werten, wie auch mit messbaren Faktoren geht es ja schließlich.

Nehmen wir mal den o.g. Begriff der ganzheitlichen Umstrukturierung unserer Energieversorgung.

Wie gesagt, mir ist nicht klar, was damit an dieser Stelle tatsächlich gemeint ist. Was mir dazu einfällt, ist folgendes. In gedanklicher Weiterführung der Nachhaltigkeitsziele der 70ger Jahre gab es einige grundsätzliche Ziele / Leitgedanken:

- Energieerzeugung und Energieverbrauch wieder in Zusammenhang zu bringen – also z.B. Menschen nicht als Verbraucher zu definieren und ihnen das Recht und die Möglichkeit der Erzeugung zu entziehen.
- Dezentrale Erzeugung, die mit den Erfordernissen des lokalen Bedarfs in Einklang steht.
- Überregionale Einrichtungen, Leitungsnetze, Speicher, Innovationsforschung, etc. wurden als gemeinschaftliche / hoheitliche Aufgaben definiert, die explizit nicht privaten Investoren überlassen werden sollten.

Und was haben wir in den 5 Jahrzehnten seither erlebt? Sind diese Ziele ernsthaft verfolgt worden? Oder gar verwirklicht?

Gerade im Bereich der PV Anlagen gab es technische Weiterentwicklungen, die den Gedanken des Selbstversorgens umsetzbar machten. Hinzu die finanziellen Anreize des Staates, Fördermittel, günstige Kredite, … Und so haben wir Land auf Land ab inzwischen reichlich PV Anlagen auf Wohnhäusern, Scheunendächern, Lagerhallen usw., die diesen Leitgedanken einer „Energiewende“ durchaus entsprechen.

Also Grund zur Freude - aber kein Grund, nun auf einmal Großanlagen in dünnbesiedelte, ländliche Räume zu klotzen, die dann auch noch Vorfahrt vor den Selbstversorgern haben! Und Vorfahrt ist dabei noch ein verharmlosender Begriff!

Durch den ideologisch begründeten, forciert geforderten Bau von PV Großanlagen und Windparks, statt dezentraler, verbrauchsbezogener Produktionsanlagen, ist schon jetzt eine absurde Situation entstanden:

Kleinanlagen werden zu Spitzenzeiten abgeschaltet, damit die Großanlagen nicht allzu unprofitabel werden.

Und wenn selbst, dass nicht ausreicht, den „Strompreis“ hochzuhalten, schalten – so wurde bereits vermeldet – Energiekonzerne weitere Anlagen ab.

In Wahrheit zahlen die Endverbraucher nicht die Energie als solche – erzeugt durch Sonne, Wind, Wasser - sondern eine „Gebühr“ für die von Dritten geregelte Nutzung; selbst dann, wenn die „Erzeugungsanlage“ ihnen gehört.

Wenn z.B. ein Landwirt im Sommer, bei strahlend blauem Himmel, sich freut, kostenlos seine Melkanlage, oder den Futterhechsler benutzen zu können, erlebt er u.U. eine böse Überraschung: Der Smartmeter schaltet seine PV Anlage ab, weil gerade Überkapazitäten entstehen, die das Netz nicht aufnehmen kann.

Ähnlich geht es Gewerbebetrieben und grundsätzlich auch Hausbesitzern.

Ist das die ökologische Wende, die wir uns alle wünschen?

Aber jedes Ding hat zwei Seiten. Im Zuge dieses nun bereits seit über 4 Jahren angeschobenen Planungsverfahrens sind einige wichtige und sonst sicherlich unbeachtete Tatbestände festgestellt worden:

1. Die besondere Bedeutung von Erhaltung und Förderung der Funktionsfähigkeit / Fruchtbarkeit /Lebendigkeit unserer Böden. Ein weltweit brisantes und viel zu wenig beachtetes Thema. Ich halte es für dienlich und geboten, landwirtschaftlich nutzbare Böden dahingehend zu überprüfen, ob nicht unter dem Deckmantel der „Klimaverträglichkeit“ (großflächiger Maisanbau für Biogasanlagen) sowohl unnötige Ressourcenverschwendung als auch mangelnde Pflege gemäß § 1 Bundes-Bodenschutzgesetz vorliegt.
2. Ganz gleich, welche politisch-ideologischen Ziele gerade favorisiert werden: Wir können weder Biogas noch Ökostrom essen!
3. Ist Gemeinwohl mehr als nur eine Phrase? Ja! Ich behaupte, dass Menschen tatsächlich ein Empfinden für Schönheit, Stimmigkeit, Grenzüberschreitung, Betrug, usw. haben. Je mehr es dem Einzelnen, wie auch lokalen Gemeinschaften möglich ist, die eigenen Überzeugungen mitzuteilen, Gehör zu finden, das eigene Leben wirklich zu gestalten, desto wahrscheinlicher wird ein Aufblühen eines von allen getragenen Gemeinwohls.
4. Der Europarat – eine Initiative europäischer Gemeinden und Regionen – hat im Okt. 2000 die „Europäische Landschaftskonvention“ verabschiedet, „in dem Bewusstsein, dass die Landschaft zur Herausbildung der lokalen Kulturen beiträgt und dass sie ein Grundbestandteil des europäischen Natur- und Kulturerbes ist und somit zum Wohlergehen der Menschen und zur Festigung der europäischen Identität beiträgt.“ Den wichtigsten Aspekt bringt Artikel 5 zum Ausdruck: „Landschaften als wesentlichen Bestandteil des Lebensraums der Menschen, als Ausdruck der Vielfalt ihres gemeinsamen Kultur- und Naturerbes und als Grundstein ihrer Identität rechtlich anzuerkennen.“

Keine der deutschen Regierungen seit 2000 hat diese Konvention unterzeichnet.

So liegt es denn bei uns, den eigenen Wertvorstellungen Raum zu geben, ihnen Ausdruck zu verleihen und ihnen auch durch Konflikte hindurch treu zu bleiben. Denn, so ein Zitat aus den Einwendungen gegen das Kohlekraftwerk Moorburg: „Der höchste schützenswerte kulturelle Wert ist aus unserer Sicht ein intaktes Gemeinwesen, das auch kommenden Generationen gleichwertige Möglichkeiten der Gestaltung und Nutzung ihres Lebensraums eröffnet und sichert.“

Es ist allein der sehr engagierten Grebiner Bürgerinitiative zu verdanken, dass nach über 4 Jahren „normgerechten Schriftverkehrs“ zum guten Schluss doch noch die Karten auf den Tisch kommen, die ansässige Bevölkerung angemessen informiert und als entscheidungsberechtigte Kraft einbezogen wird.

Bevor hier wohl möglich mal wieder etwas eingetütet wird, was am Ende keiner wollte und nur Einzelne überblicken.

Ich bin gespannt, was dieses Verfahren in der regionalen Öffentlichkeit auslösen wird.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt mit ihrer Planung das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen aus-schließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft. Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks (weicher Faktor) betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks ist die Größe des Plangebiet im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Es handelt sich um ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren nach § 12 BauGB, welches die Planung und Steuerung der städtebaulichen Entwicklung ermöglicht. Es dient dazu, die Nutzung von Flächen in einer Gemeinde zu regeln und eine geordnete Stadtentwicklung zu gewährleisten. Dabei hat die Gemeinde die Planungshoheit.

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

In Zeiten hoher Sonneneinstrahlung kann es tatsächlich vorkommen, dass überschüssiger Strom nicht genutzt wird und in einigen Fällen sogar abgeleitet werden muss. Dies wird oft durch Marktmechanismen geregelt. Um diese Vorkommnisse zu reduzieren, sind Batteriespeicher innerhalb der Anlage geplant.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt.

Die Ausführungen zu den allgemeinen philosophischen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen. Die Gemeinde ist im Übrigen nicht gehalten, eigene wissenschaftliche Erhebungen durchzuführen. Es wird dabei auf § 2 (4) Satz 3 verwiesen: „Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.“

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen

naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

40 Anregung 26 (BP) – vom 08.08.2025

Auch wenn ich nicht generell gegen das Errichten von PV-Freiflächenanlagen bin, lehne ich die 4. Flächennutzungsplanänderung und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Grebin auf der geplanten Fläche Brekels-Hohenkamp ab. Der vorgesehene Standort ist eine Fläche mit besonderem Abwägungs- und Prüfungserfordernis. Es handelt sich um ein Gebiet, dass zwischen fachrechtlicher Ausschlusswirkung liegt (Biotopverbundsystem § 20 BNatSchG i.V. m. § 12 LNatSchG). Auch der Kreis Plön und die Untere Naturschutzbehörde stehen der geplanten Anlage an diesem Ort nicht positiv gegenüber. Aus Sicht der Gemeinde stehen neben den wirtschaftlichen Interessen an diesem Projekt auch die der umweltfreundlichen Energiegewinnung. Die Wahl des Standortes darf aber nicht auf Kosten der Natur gehen, die ja durch Klimaerwärmung und Artensterben schon extrem belastet ist. Der wirtschaftliche Nutzen für die Gemeinde durch die Gewerbesteuer dürfte sich erst nach vielen Jahren einstellen, da die Abschreibungskosten diese reduziert und bei dem Angebot einer finanziellen Beteiligung von bis zu 0,2 ct pro Kilowattstunde handelt es sich um keine gesetzlich rechtsverbindliche Zahlung, sondern um eine Zahlung, die vom Betreiber freiwillig verbindlich ausgestaltet werden darf (§ 6 EEG). Ob diese Zahlung auch für Abschaltung bei hoher Netzbelastung oder bei Minus-Strompreisen geleistet wird, muss dann vertraglich geklärt werden.

Naturpark Holsteinische Schweiz:

Die Fläche liegt mitten im Naturpark Holsteinische Schweiz, der als Erholungsgebiet für Bewohner der Gegend und auch für Touristen nicht durch ein solch massives, raumeinnehmendes Bauwerke zerstückelt werden sollte. Hier kann ich die Meinung des Planungsbüros (Begründung zur 4. Flächenplannutzungsänderung der Gemeinde Grebin, Abschnitt 3) nicht teilen, es handelt sich bei 50 Hektar um erhebliche Auswirkungen auf den Naturpark, nicht nur um optische Auswirkungen, sondern auch in Hinblick auf die Tier- und Pflanzenwelt und das Klima. Das dort jetzt bestehende und angepasste Ökosystem mit all ihren Vögeln, Insekten, Amphibien, Reptilien, Säugetieren und Pflanzen würde den Lebensraum verlieren. Natürlich muss hier auch der Blick auf die Belange der Gemeindemitglieder in Brekels gerichtet werden, da die PV-Freiflächenanlage direkt an ihren Grundstücksgrenzen errichtet werden soll, dies bedeutet ein Wertverlust für ihre Immobilien und eine erhebliche Störung des unmittelbaren Landschaftsbildes. Zusätzlich würde das Gebiet an Attraktivität für den Tourismus verlieren, für viele Bewohner der Gegend ist dies eine wichtige Einnahmequelle.

Säugetiere:

Es fehlt ein Wildkorridor zwischen den Teilflächen, der für Großwild genutzt werden kann. Der früher geplante Korridor soll mit eingezäunt werden. Auch die Abstandsstreifen liegen unter den Empfehlungen der Jagdbehörde. Ein genetischer Austausch ist für den Fortbestand einer gesunden Population wichtig. Die Empfehlungen der Jagdbehörde sollten in allen Punkten umgesetzt werden. Ganz allgemein finde ich es sehr bedauerlich, dass die Stellungnahmen der „Fachleute“ wie Umweltverbände und Jagdverband so wenig Gehör finden oder sogar ignoriert werden, sie werden zwar in der Planung mit einbezogen aber die Empfehlungen dann nicht berücksichtigt, dies hat aber gemäß § 1 Abs. 6 BauGB stattzufinden.

Nähe zur Siedlung Brekels, Bauarbeiten:

Das Einrammen der Pfosten für die Module könnte erheblichen Schaden verursachen. Die Gebäudewände und Fundamente könnten bei Vibration Risse bekommen, die auch später noch auftreten können, dies ist besonders bei den denkmalgeschützten Gebäuden ein wichtiger Aspekt. Eine anschließende Beweisführung, dass diese Risse durch die Baumaßnahmen verursacht wurden, könnte dann schwierig werden.

Umwandlung von Ackerland in ein PV-Freiflächenanlage:

Es geht eine landwirtschaftlich genutzte Fläche verloren und damit die Möglichkeit, Lebensmittel anzubauen. Dies könnte in unruhigen Zeiten, wie bei wirtschaftlichen Engpässen oder Kriegszuständen aber sehr wichtig sein, der Anbau von Lebensmitteln liegt in der Wertung aus meiner Sicht weit über der der Energiegewinnung und ist die Fläche mit den Modulen erst einmal bebaut, gibt es für viele Jahre kein zurück. Ich sehe auch keine Aufwertung der Fläche, hier müssen alle Faktoren in eine Kosten-Nutzen-Analyse eingehen, auch die der schon bestehenden Artenvielfalt und dem ökologischen Nutzen, der dann verloren geht. Zusätzlich steht die Energiegewinnung in nur sonnenreichen Zeiten auf der Nutzen-Seite dem Energieverbrauch bei der Herstellung und späteren Entsorgung aller benötigten Bauteile entgegen. Der allgemeine Nutzen von PV-Freiflächenanlagen in Bezug auf seine Effizienz wird in der Öffentlichkeit durchaus kontrovers diskutiert.

Standort für die geplante Solaranlage:

Aus meiner Sicht sollte ein Standort gewählt werden, der schon vorbelastet ist, z.B. Flächen neben Autobahnen, Bundesstraßen oder Dachflächen, diese Fläche ist aber in keiner Weise vorbelastet (Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön vom 04.03.2024.). Aus meiner Sicht hat es keine unabhängige Potentialfeststellung für die Fläche gegeben, es fehlt die planerische Abwägungspflicht wie die Prüfung alternativer Flächen z.B. direkt an der B 430, die zu den vorbelasteten Flächen gehört (Kritik der Landesplanungsbehörde in ihrer Stellungnahme zur Potentialanalyse (07.11.2022) nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP 2021). Gebiete die als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für Natur, Erholung oder Wasserwirtschaft ausgewiesen sind, sind keine geeigneten Standorte für PV-Freiflächenanlagen. Das Argument, es würde in der gesamten Gemeinde Grebin keine vorbelasteten Flächen geben, kann nicht herangezogen werden. Es muss auch gemeindeübergreifend nach Lösungen gesucht werden, hierzu gibt es aber keine Bemühungen, ein gemeindeübergreifendes Konzept für den Ausbau mit PV-Freiflächenanlagen fehlt leider wie in § 2 Abs. 2 BauGB, gemäß Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Entwurf 2021 sowie gemäß Erlass Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar- Freiflächenanlagen im Außenbereich vom 09.09.2024 gefordert. Sinn einer solchen Abstimmung ist die Vermeidung einer Agglomeration von PV-Freiflächenanlagen. Hier kann auch nicht die Stellungnahme vor dem 20.09.2023 herangezogen werden, da die Fläche mit 25 Hektar zu diesem Zeitpunkt nur halb so groß war.

Lärm, Vibrationen, elektromagnetische Felder, Wärme- und Lichtabstrahlung, Beschattung, Bodenverdichtung, Beleuchtung:

Verbindliche Aussagen zur Lärmbelastung, Vibrationen und elektromagnetischen Felder durch das Umspannwerk, Wechselrichter, Transformatoren usw. werden nicht gemacht, das kann für Menschen und Tiere zu Beeinträchtigungen führen. Es gibt hierzu keine verlässlichen Daten, genauso wenig wie es Daten zur Wärme- und Lichtabstrahlung himmelwärts durch das Aufheizen der Solarmodule und direkte Blendung gibt. Die Wärmeabstrahlung der Module in die umliegende Landschaft hat zusätzlich erhebliche Auswirkungen auf das Klima, spiegelnde Flächen können vorbeiziehende Vögel und durstige Insekten anlocken, da diese Tiere bei der Wassersuche auf diese Reize reagieren, Lichtabstrahlung in der Nacht durch Mondlicht beeinflusst nachtaktive Tiere wie z.B. Insekten. Die Bodenbeschattung hat Auswirkung auf das gesamte Ökosystem, auf Insekten, Amphibien, Reptilien und Pflanzen. Es wird zu Bodenverdichtung im Bereich des Regenwasseraufpralls unterhalb der Module kommen, dies hat Auswirkungen auf

die Pflanzen und die gesamte Bodenbeschaffenheit. Auch die (Sicherheits-) Beleuchtung hat Auswirkungen. Zu den genannten Punkten fehlen verbindliche Gutachten.

Reinigung der Module:

Eine Reinigung der Module muss ausdrücklich und unabänderlich untersagt werden um eine Bodenbelastung durch Chemikalien zu verhindern.

Chemikalien durch Bauteile, Trinkwasser:

Eine kontinuierliche Überprüfung des abfließenden Wassers der überbauten Fläche auf Schadstoffe, die von den Bauteilen kommen, ist notwendig, um die Trinkwasserqualität in dem Gebiet zu gewährleisten, auch hier ist ein Bodengutachten erforderlich.

Pflege der PV-Freilandfläche:

Es fehlt ein Pflegekonzept. Das Freihalten der Zaununterkante von 20 cm muss dauerhaft gewährleistet sein, damit die kleineren Tiere die Fläche betreten können. Der Einsatz von Herbiziden muss ausgeschlossen werden.

Bauphase:

Während der gesamten Bauphase hindurch sollten die Anwohner/innen Brekels über die Bauschritte informiert und beteiligt werden.

Rückbau der Anlage:

Es muss eine verbindliche und umweltfreundliche Festlegung zum Thema Rückbau der Anlage geben, für den Fall, dass sie nicht mehr betrieben wird. Die Kosten müssen vom Betreiber übernommen werden.

Beteiligung der Gemeinde:

Die Grebiner Anwohner/innen, nicht nur in Brekels, sind sehr ungenügend in den Prozess der Standortwahl beteiligt worden. Der Wunsch nach Beteiligung der Gemeindemitglieder besteht für viele weiterhin, nicht nur in Form einer Stellungnahme, die jetzt abgegeben werden kann, sondern auch in den nachfolgenden Prozessen. Ich würde es begrüßen, wenn sachverständige Experten zum Thema Natur- und Landschaftsschutz in Zusammenhang mit PV-Freiflächenanlagen in einer Gemeindeversammlung zu diesem Thema eingeladen werden würden, so dass unterschiedliche Sichtweisen dargestellt werden, nicht nur die des Investors. Es muss auch über das geplante Umspannwerk informiert werden, dass in 1 km Entfernung von Brekels entstehen soll und die offenen Fragen und Bedenken der Grebiner sollten offen diskutiert werden können.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt mit ihrer Planung das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen aus-schließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft. Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche. Das PV-Konzept wurde mit den Nachbargemeinden abgestimmt. Zusätzlich wurden die Nachbargemeinden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens beteiligt.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks (weicher Faktor) betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Für manche Tierarten steht die Fläche nicht mehr zur Verfügung, dafür entstehen durch die PV-Anlage für andere heimische Tierarten neue Lebensräume.

Die Schutzgüter wurden untersucht. Bei erheblichen Auswirkungen wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Zu geschützten Strukturen werden entsprechende Schutzabstände eingehalten.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha (weniger als 2 % des Gemeindegebietes) werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen. Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung ist kein Umspannwerk geplant. Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.

Eine Studie belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte nicht nachgewiesen werden.

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser

nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4 (1) verwiesen: Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Es wird auf die Entwicklungsziele des Extensivgrünlandes im Umweltbericht verwiesen. Die Verwendung von Schädlings- oder Unkrautvernichtungsmitteln sowie sonstiger Biozide ist untersagt.

// Information über Bauschritte

Es wird auf die Festsetzung Nr. 5 verwiesen: Die Nutzung des Plangebietes oder Teile des Plangebietes als Sonstiges Sondergebiet ist zulässig bis zu einem Jahr nach Außerbetriebnahme der PV-Freiflächenanlage. Die Flächen sind anschließend zu renaturieren und wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Das BauGB sieht eine Beteiligung in Form einer Stellungnahme vor.

Die Gemeinde ist im Übrigen nicht gehalten, eigene wissenschaftliche Erhebungen durchzuführen. Es wird dabei auf § 2 (4) Satz 3 verwiesen: „Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann.“ Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

41 Anregung 27 – vom 07.08.2025

Hiermit möchte ich Stellung nehmen zur 4. Flächennutzungsplanänderung und zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 der Geme'inde Grebin. Zum einen aus der Perspektive der direkten Anliegerin und damit als Betroffene der Baumaßnahme. Zum anderen aus einer übergeordneten Perspektive. Als Bürgerin sehe ich mich mit in der Verantwortung, daran mitzuwirken, dass die historisch gewachsene und mit ihren Hügeln, Seen, alten Eichen, Grün- und Ackerflächen einzigartige Kulturlandschaft sowie ihre Artenvielfalt auch für nachfolgende Generationen erhalten bleiben.

Um es vorweg zu nehmen: Ich lehne die 4. Flächennutzungsplanänderung und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Grebin und damit die geplante Solar-Freiflächen-Anlage auf dem Standort "Brekels-Hohenkamp" entschieden ab.

Dennoch werde ich in der Stellungnahme Forderungen stellen, die im Falle der Umsetzung des Projekts berücksichtigt werden sollten. Meine Empfehlungen und Forderungen bedeuten also keinesfalls eine Zustimmung zur Umwidmung der Ackerflächen "Brekels-Hohenkamp" in ein Sondergebiet für Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen oder eine Zustimmung zum Bebauungsplan.

Bevor ich zu meiner Begründung komme, möchte ich der Form halber auf einen Verfahrensfehler hinweisen, den das Bauamt bereits bemerkt und telefonisch kommuniziert hat.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde das Bauleitverfahren bislang offenbar nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Die derzeitige Auslegung auf der Plattform bobsh.de wies technische Probleme auf, die eine vollständige und uneingeschränkte Einsichtnahme erschwerten.

Nach Rechtsprechung ist die ordnungsgemäße Beteiligung der Öffentlichkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit eines Bebauungsplans. Die mangelnde Transparenz und eingeschränkte Zugänglichkeit von Verfahrensunterlagen und Stellungnahmen stellt einen wesentlichen Verfahrensmangel dar, der die ordnungsgemäße Durchführung des Beteiligungsverfahrens beeinträchtigt. Daher muss das Verfahren abgebrochen werden und eine erneute Auslegung stattfinden, wie es das Bauamt ja, auch bereits in Aussicht gestellt hat.

Beschlussempfehlung:

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung der 4. Flächennutzungsplanänderung konnte die Begründung nicht den kompletten Veröffentlichungszeitraum eingesehen werden. Daher wird dieser Verfahrensschritt nochmal wiederholt.

41.1 Der Standort der geplanten Solar-Freiflächen-Anlage

Der vom Vorhabenträger festgelegte Standort für die rund 50 Hektar große Solar-Freiflächen-Anlage (kurz: SFA) „Brekels-Hohenkamp" liegt im Naturpark Holsteinische Schweiz, auf zwei Ackerflächen zwischen Gut Schönweide und Gut Helenenruhe, nördlich angrenzend an den Weiler Brekels, der mit seinen denkmalgeschützten Landarbeiterkaten zum historischen Landschaftsbild gehört. Die Fläche liegt also direkt in der Schutzzone von drei Kulturdenkmalen mit ihren Nebengebäuden, die unter einem Ensemble-Schutz stehen und in ihrem Denkmalwert als "Kulturlandschaft prägend" eingestuft werden. Die Ackerfläche hat außerdem ein besonderes archäologisches Potential. Östlich grenzt die Fläche an das Waldstück "Langfelder Holz" mit seinem Seeadlerhorst und einem Kranichbrutgebiet. Die Kraniche nutzen die Fläche für ihre Balztänze, für die Nahrungssuche, als Rastfläche und um ihre Jungen mit der Futtersuche vertraut zu machen. Auch Gänse nutzen die Ackerflächen zur Rast und Futtersuche, je nach Fruchtfolge.

Auf der gegenüberliegenden Seite im Westen befindet sich das Naturschutzgebiet "Mittleres Kossautal", mit dem Feuchtgebiet "Langenbrücks Diek", das ebenfalls von den Kranichen und Gänsen als Brutgebiet und vom Fischotter als Nahrungsgebiet und auch als Lebensraum genutzt wird. Damit ist die Fläche „Brekels-Hohenkamp" Schutz- und Pufferzone eines Ausschlussgebiets - auch wenn eine kleine Straße, die im Wesentlichen von Anwohnern und landwirtschaftlichen Fahrzeugen genutzt wird, die beiden Flächen trennt.

Es handelt sich bei dem Standort um eine bisher baulich, technisch und siedlungsstrukturell unbelastete historische Kulturlandschaft von großer Schönheit, wie sie nur noch selten zu finden ist.

Gemäß dem Erlass "Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich" vom 09.09.2024 handelt es sich bei den für den Solarpark avisierten Flurstücken "Brekels-Hohenkamp" um "Flächen mit besonderem Abwägungs- und Prüfungserfordernis" und damit um einen erheblichen öffentlichen Belang in einem Bauleitverfahrens und zwar aufgrund der folgenden dort beschriebenen Kriterien:

- Naturparke gern. § 27 Bundesnaturschutzgesetz i. V. m. § 16 Landesnaturschutzgesetz
- Artenschutzrechtliche Anforderungen gern. § 44 ff, Bundesnaturschutzgesetz
- landesweit bedeutsame Rast- und Nahrungsgebiete für Zug- und Rastvögel oder Brutgebiete (Artenschutzrechtliche Prüfung gern. § 44 ff BNatSchG)
- schützenswerte geologische und geomorphologische Formationen (Geotope, die sich durch ihre besondere erdgeschichtliche Bedeutung, Seltenheit, Eigenart, Form oder Schönheit auszeichnen)
- landwirtschaftlich genutzte Flächen mit hoher Ertragsfähigkeit
- Bereiche mit einem baulich und siedlungsstrukturell wenig vorbelasteten Landschaftsbild
- Kulturdenkmale und Schutzzonen gern. § 2 Abs. 2 und 3 Landes Denkmalschutzgesetz
- Flächen zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft im Sinne von § 1 Abs. 4 BNatSchG (insbesondere historisch gewachsene Kulturlandschaften mit ihren historisch überlieferten Landschaftselementen, wie z. B. Knicks, Beet- und Gruppenstrukturen sowie strukturreiche Agrarlandschaften)
- Schutz- und Pufferbereiche zu Flächen mit fachrechtlicher Ausschlusswirkung, wie z. B. Waldflächen, Naturschutzgebiete, Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets und Biotopverbundsystems SH gern. § 20 BNatSchG i. V. m. § 12 LNatSchG.

Aus meiner Sicht gilt es, dieses einzigartige Landschaftsbild zu erhalten, auch wenn die Ackerflächen in dieser historisch gewachsenen Kulturlandschaft intensiv genutzt werden. Die intensive Nutzung kann kein Argument für die Umwidmung in einen Solarpark sein, zumal trotz der intensiven Nutzung eine große Artenvielfalt vorhanden ist. Eine Erhöhung der Artenvielfalt durch eine Solarfreiflächenanlage ist allein schon durch die Gestaltung der Anlage hier nicht zu erwarten. Vielmehr sehe ich hier die vorhandenen Arten durch die Bauarbeiten und die Anlage selbst als stark gefährdet an.

Daher halte ich den Standort für eine Solarfreiflächenanlage für völlig ungeeignet!

Mit dieser Bewertung stehe ich nicht alleine da. Auch die Landesplanungsbehörde des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes SH (siehe Stellungnahmen vom 07.11.2022 und vom 12.03.2024), der Kreis Plön (siehe Stellungnahmen vom 30.11.2022 und vom 04.03.2024) und die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Plön (siehe Stellungnahme vom 30.11.2022 und vom 04.03.2024) sehen eine SFA an diesem Standort kritisch. Wie die Landesplanungsbehörde schreibt, liegen die Standortflächen außerhalb der "EEG-Kulisse" und kommen aus landesplanerischer

Sicht nicht vorrangig für eine Photovoltaiknutzung in Frage, da das gesamte Gebiet keine Vorbelastung aufweist.

Sowohl die Landesplanungsbehörde als auch die Untere Naturschutzbehörde (UNB) beziehen sich auf die am 17.12.2021 in Kraft getretene-Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan SH (LEP), Fortschreibung 2021 vom 25.11.2021 (LEP-VO 2021, GVOBI. Schl.-H. S„1409) sowie den Regionalplan III (Amtsbl. Schl.-H. 2001, Seite 49). Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächen-Anlagen soll nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP-Fortschreibung 2021 möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen.

In der Stellungnahme der Landesplanungsbehörde vom 12.03.2024 heißt es: *"Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig auf vorbelastete Bereiche ausgerichtet werden. Die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen soll nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 vermieden werden."* Daher sieht die Landesplanungsbehörde die Anlage weiterhin kritisch: *"Gleichwohl handelt es sich aus landesplanerischer Sicht aufgrund der unbelasteten Landschaft weiter um keine für Photovoltaikanlagen vorrangig in Anspruch zu nehmende Fläche."*

Die Landesplanungsbehörde verweist außerdem auf die kritische Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde: *"Mit dieser Planung wird die Zerschneidung und Zersiedelung von bisher unbelasteten Lebens- und Naturräumen weiter vorangetrieben und damit unsere Lebensgrundlagen für Menschen, Tourismus und Natur weiter erheblich beeinträchtigt. Diese Planung widerspricht den Zielen und Grundsätzen des Bundes- und Landesnaturschutzgesetzes."* (UNB, Stellungnahme vom 04.03.2024)

Die UNB schrieb bereits in ihrer Stellungnahme vom 30.11.2022: *"Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestehen gegen eine Ausweisung von Photovoltaikflächen in der Gemeinde Grebin grundsätzliche Bedenken."*

Ich schließe mich den kritischen Bewertungen der Landesplanungsbehörde und der UNB an und spreche mich deutlich gegen die SFA und damit gegen die Änderung des 4. Flächennutzungsplanes und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 aus.

In den folgenden Kapiteln werde ich detailliert auf die erheblichen öffentlichen Belange von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren eingehen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen aus-schließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf

Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

41.1.1 Die Lage im Naturpark - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

„Naturparke sind eine zentrale Säule des bundesweiten Schutzgebietssystems der Nationalen Naturlandschaften. Sie vereinen den Erhalt der biologischen Vielfalt mit der Stärkung und Entwicklung ländlicher Regionen und tragen zum Klimaschutz bei. Sie bieten attraktive Erholungsmöglichkeiten, fördern die Gesundheit der Bevölkerung, unterstützen nachhaltigen Tourismus und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Naturparke sind geschaffen worden, um großräumige Kulturlandschaften, die aus Naturschutzgründen sowie wegen ihrer besonderen Eigenart und Schönheit von herausragender Bedeutung sind, zu erhalten, zu pflegen, zu entwickeln oder wiederherzustellen. Jeder Naturpark repräsentiert dabei eine einzigartige Landschaft mit ihrem besonderen Erscheinungsbild." (Aus dem Leitbild des Verbands Deutscher Naturparke e. V., 2022)

Das Flurstück „Brekels-Hohenkamp" liegt inmitten des 1986 gemäß § 16 des Landesnaturschutzgesetzes ausgewiesenen Naturparks Holsteinische Schweiz. Die Fläche ist Teil einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft von besonderer Schönheit – typisch 4 für diesen Naturpark. Felder, Grünland, Hügel, Wälder, Knicks, Hügelgräber und alte Eichen prägen das Bild, ebenso wie umliegende Seen und ausgewiesene Schutzgebiete. Hinzu kommen historische Bauten wie Gutshöfe, Hofstellen und Landarbeiterhäuser. Die Region weist zudem eine sehr hohe Artenvielfalt auf, darunter zahlreiche geschützte oder bedrohte Arten wie Feldlerche, Wachtel, Rebhuhn, Kranich, Seeadler, Fischotter, Fledermausarten wie die Teichfledermaus, Rotbauchunke, Laubfrosch, Ringelnatter, Waldeidechse, Kammmolch und zahlreiche Insektenarten.

Der Bau eines Solarparks an diesem Standort widerspricht dem Leitbild des Naturparkverbandes in nahezu allen Punkten.

Die Lage an diesem Ort innerhalb des Naturparks stellt daher aus meiner Sicht ein Ausschlusskriterium für eine Solarfreiflächenanlage dar.

Die Fläche unterliegt aufgrund ihrer Lage im Naturpark einem besonderen Abwägungs- und Prüfungserfordernis. In der Begründung zur 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin (Kreis Plön) heißt es unter Abschnitt 3 jedoch lediglich:

„Die gesamte Gemeinde liegt innerhalb des Naturparks 'Holsteinische Schweiz'. Aufgrund der großflächigen gemeindeübergreifenden Ausweisung werden die Auswirkungen als nicht erheblich angesehen. [. . .] Im Vergleich zur Gesamtausdehnung des Naturparks wird die Flächeninanspruchnahme durch die PV-Freiflächenanlage als sehr gering eingestuft. Die Naturparkqualität bleibt weiter erhalten."

Diese Einschätzung suggeriert, dass es sich um eine isolierte Anlage handelt. Tatsächlich aber plant derselbe Investor - gemeinsam mit demselben Planungsbüro – mindestens eine weitere Anlage in der Nachbargemeinde Lebrade. In Mucheln ist zudem eine etwa 70 Hektar große SFA in Planung.

Wenn jede der 27 Gemeinden im Naturpark der Regierungsempfehlung folgt und 2 % ihrer Gemeindeflächen für Solarparks ausweist, könnten insgesamt rund 1.500 Hektar Naturparkfläche in Industrieflächen umgewandelt werden. In Grebin ist bereits eine zweite SFA in Breitenstein vorgesehen - es ist also davon auszugehen, dass die 2 % Marke überschritten wird. Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen Gemeinden zu erwarten.

Laut Auskunft des Naturparkvereins hat keine Beteiligung durch die Gemeinde an der Planung stattgefunden. Ein übergeordnetes Konzept für Erneuerbare Energien im Naturpark existiert bislang nicht. Ich fordere daher, dass vor der Planung von Solar- und Windkraftanlagen im Naturpark Holsteinische Schweiz ein abgestimmtes Gesamtkonzept erstellt wird. Dieses sollte klare Kriterien für Standorte und Ausgestaltung solcher Anlagen enthalten sowie eine verbindliche Obergrenze definieren. Die Erarbeitung eines solchen Konzeptes sollte mindestens unter Einbindung der Landesplanungsbehörde, des Naturparkvereins, der unteren Naturschutzbehörden und der Gemeinden erfolgen. Es kann nicht sein, dass jede einzelne Gemeinde nach eigenen Vorstellungen derartig massiv in eine gemeinsam geschützte Kulturlandschaft eingreift.

Der Kreis Plön hat die kleinste Naturparkfläche. Gerade deshalb sollten Kreis und Gemeinden Verantwortung übernehmen, die unberührte, historisch gewachsene Kulturlandschaft mit ihrer Artenvielfalt zu schützen - als besonders wertvolles Kulturgut, Erholungsgebiet und „grüne Lunge" der Region.

Das aktuelle Verfahren zur SFA „Brekels-Hohenkamp" muss ausgesetzt werden, bis ein solches Gesamtkonzept für den Naturpark vorliegt.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde hält an ihrer Einschätzung fest. Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete ist nicht zu erwarten, da im Vergleich zu der Gesamtfläche des Naturparkes nur geringe Nutzungsmaße festgelegt sind und die Planung zudem im Falle von Lebrade über 5,4 km auseinander liegen. Bei der Einschätzung der Kumulierung können nur die aktuellen Planungen der Nachbargemeinden berücksichtigt werden und nicht lediglich auf Annahmen getroffen werden. Es wird dabei auf § 2 (4) Satz 3 verwiesen: „Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann."

Eine Erstellung eines Konzeptes für den Naturpark ist nicht Aufgabe dieser Bauleitplanung und geht über den Detaillierungsgrad der Bauleitplanung hinaus.

41.1.2 Ein Solarpark in einem baulich und siedlungsstrukturell kaum belasteten Landschaftsbild - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Der Solarpark soll in einem baulich und siedlungsstrukturell sowie technisch kaum belasteten, geschlossenen Landschaftsbild entstehen. Es liegt keinerlei Vorbelastung vor.

Das Landschaftsbild stellt einen wesentlichen Bestandteil der natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen im Naturpark Holsteinische Schweiz dar. Seine Erhaltung ist nicht nur aus ökologischer und ästhetischer Sicht, sondern auch im Hinblick auf die regionale Identität und die Erholungsfunktion von herausragender Bedeutung.

Dementsprechend kommt dem Schutz des Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung ein besonderes Gewicht zu.

Das Landschaftsbild ist ein erheblicher öffentlicher Belang, der bei der Aufstellung von Bauleitplänen und insbesondere im Rahmen der Abwägung widerstreitender Interessen sorgfältig zu berücksichtigen ist. Es umfasst die optische, ästhetische und kulturelle Prägung einer Region, die sich aus der natürlichen Topografie, der Vegetation, der landwirtschaftlichen Nutzung sowie aus historisch gewachsenen und kulturell bedeutsamen Strukturen zusammensetzt.

Gerade im Naturpark Holsteinische Schweiz besitzt das Landschaftsbild einen hohen Schutzwert. Es prägt nicht nur die Lebensqualität und die Identität der ansässigen Bevölkerung, sondern hat auch zentrale Bedeutung für den Natur- und Umweltschutz, den regionalen Tourismus sowie die Erholung der Allgemeinheit.

Die Kulturlandschaft der Holsteinischen Schweiz, in der das Plangebiet sich befindet, ist das Ergebnis jahrhundertelanger land- und forstwirtschaftlicher Nutzung sowie siedlungsgeschichtlicher Entwicklung. Die Landschaft, insbesondere im Bereich der geplanten Solarfreiflächenanlage, hat dabei in weiten Teilen ihre traditionellen Strukturen – wie Knicks, historische Flurformen, alte Wegebeziehungen, Alleen, typische Siedlungsformen, Hofanlagen und gewachsene Sichtachsen - bewahrt. Sie gilt damit als wertvolles und schützenswertes Kulturgut.

Nach § 1 Abs. 5 und Abs. 6 BauGB ist bei der Aufstellung von Bauleitplänen eine umfassende Abwägung vorzunehmen. Dabei sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie die Erhaltung des Landschaftsbildes als Teil der natürlichen Lebensgrundlagen gleichrangig zu anderen öffentlichen und privaten Belangen zu berücksichtigen.

Die Errichtung eines großflächigen Solarparks auf rund 50 Hektar stellt einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar. Er führt zu einer massiven Veränderung der gewachsenen Landschaftsstruktur und -Wahrnehmung. Der Eingriff beeinträchtigt die optische Durchlässigkeit, den Maßstab sowie den Charakter der offenen Kulturlandschaft - und damit auch deren ästhetische und kulturelle Wirkung im Raum.

Wie gravierend ein solcher Eingriff wirkt, lässt sich exemplarisch an der bestehenden Anlage bei Gut Wittmold erkennen, deren visuelle Präsenz im Landschaftsraum zwischen Preetz und Plön - inklusive des Blicks auf das Plöner Schloss - deutlich zeigt, wie stark großflächige PV-Anlagen in das Landschaftsbild eingreifen können.

Zusammenfassend ist das Landschaftsbild als öffentlicher Belang von besonderem Gewicht einzustufen. Es spielt im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung eine zentrale Rolle und erfordert eine Berücksichtigung, die den besonderen Schutzansprüchen des Naturparks gerecht wird.

Vor diesem Hintergrund sind alternative Standorte oder Ausgestaltungen zu prüfen, die den Eingriff in das Landschaftsbild minimieren. Zudem sind geeignete planerische

Maßnahmen vorzusehen, die potenzielle Beeinträchtigungen wirksam abmildern, um dem Schutz des Landschaftsbildes angemessen Rechnung zu tragen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche, um die Auswirkungen auf das Landschaftsbild zu minimieren. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen. Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Die angesprochenen typischen Strukturen „wie Knicks, historische Flurformen, alte Wegebeziehungen, Alleen, typische Siedlungsformen, Hofanlagen und gewachsene Sichtachsen“ bleiben erhalten und im Falle der Knicks werden diese durch die Planung sogar durch neue Gehölzpflanzungen ergänzt und durch Schutzabstände von mindestens 3 m in ihrer Qualität verbessert.

Es geht um die Beurteilung des Landschaftsbildes im Bezug auf der vorliegenden Planung und nicht um die Beeinträchtigung anderer Planungen.

41.1.3 Ein Solarpark an einem Standort mit besonderer Artenvielfalt, der artenschutzrechtlichen Anforderungen gern. § 44 BNatSchG unterliegt

Das Planungsgebiet liegt in einem ökologisch sensiblen Gebiet und unterliegt aufgrund zahlreicher geschützter und streng geschützter Tierarten wie Seeadler, Kranich, Rotmilan, Waldkauz, Trauerschnäpper, Schwarzspecht, Feldsperling, Feldlerche, Wachtel, Rebhuhn, Kuckuck, Eisvogel, Laubfrosch, Rotbauchunke, Knoblauchkröte, Kammmolch, Waldeidechse, Ringelnatter, Blindschleiche, Fischotter, gefährdete Fledermausarten, gefährdete Libellen- und Käferarten wie der Nashornkäfer, Hirschkäfer oder der Eichenbock und Nachtkerzenfalter artenschutzrechtlichen Anforderungen gem.§ 44 ff Bundesnaturschutzgesetz.

Außerdem handelt es sich um ein **bedeutsames Rast- und Nahrungsgebiet für Zug- und Rastvögel** wie Gänse und Kraniche und ein **bedeutsames Brutgebiet** für die streng geschützten Seeadler und Kraniche, die gefährdeten Feldlerchen und Wachteln und die stark gefährdeten Rebhühner. Auch das stellt einen erheblichen öffentlichen Belang dar.

Neben den geschützten Tierarten sind dort natürlich auch Tiere wie Dam- und Rehwild, Wildschweine, Füchse, Dachse, Marder, Wiesel, Marderhunde und zahlreiche weitere Vogelarten wie der Graureiher, Habicht, Bussard, Buntspechte, Eichelhäher, Kolkrabe, Stare, Fasane, Gänse und Schwäne anzutreffen.

Der NABU empfiehlt, *"ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus aber mit stark gefährdeten Artvorkommen"* - wie es hier der Fall ist- nicht für den Bau von Solarparks heranzuziehen (NABU, Tina Mieritz, Der naturverträgliche Ausbau der Photovoltaik, 04/2021, S. 17).

Artenschutz als öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Der Schutz wildlebender Tiere, Pflanzen und ihrer Lebensräume ist ein zentraler öffentlicher Belang von besonderer Bedeutung im Rahmen der Bauleitplanung. Dies ergibt sich aus dem Verfassungsauftrag des Umwelt- und Naturschutzes (Art. 20a GG) sowie aus spezialgesetzlichen Vorschriften.

Nach § 1 Abs. 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen „insbesondere ... die öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Natur- und Umweltschutzes zu beachten". Dazu zählen insbesondere die einschlägigen Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), vor allem §§ 39 und 44 ff., die Flora-Fauna Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie 92/43/EWG) sowie die Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG).

Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten, wildlebende Tiere der besonders geschützten Arten ohne Ausnahmegenehmigung zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Lebensstätten zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Diese Schutzvorschriften sind nicht bloß formale Hürden, sondern Ausdruck eines hohen öffentlichen Interesses am Erhalt der biologischen Vielfalt. Durch den Bau des Solarparks werden geschützte Arten, wie die Wachteln und Lerchen, ihr Habitat verlieren. Andere, wie die Kraniche, Adler und Fischotter, werden in ihrem Lebensraum massiv beeinträchtigt werden, vor allem während der Bauarbeiten, aber auch durch den laufenden Betrieb der Anlage.

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) und der Oberverwaltungsgerichte hat mehrfach bestätigt, dass Artenschutzbelange im Rahmen der Bauleitplanung als Belange von „besonderem Gewicht" anzusehen sind. So heißt es etwa im Urteil BVerwG, Urteil vom 25.01.2017 - 4 CN 4.16 -, dass *11die Belange des Artenschutzes grundsätzlich von erheblicher Bedeutung sind und bei der Abwägung im Bauleitplanverfahren ein hohes Gewicht haben".*

Zudem verlangt die FFH-Richtlinie in Verbindung mit § 34 BNatSchG eine Verträglichkeitsprüfung vor Planrealisierung, die den Erhaltungszustand der betroffenen Arten und Lebensräume sichert. Eine Unterschreitung des Erhaltungszustandes durch Bebauungsmaßnahmen darf nicht erfolgen. Diese Prüfung ist verbindlich und nicht bloß fakultativ.

In Fällen, in denen die Schutzgüter durch das Bauvorhaben erheblich beeinträchtigt werden könnten, ist eine Abwägung, die diesen Belangen nicht die gebotene Priorität einräumt, rechtswidrig (OVG Schleswig-Holstein·, Beschluss vom 20.12.2022 - 2 MB 10/22). Der Artenschutz kann daher gegenüber anderen öffentlichen Interessen, etwa der Energiewende, eine Ausnahme vom Planrecht begründen, wenn keine geeigneten Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen möglich sind (vgl. BVerwG, Urteil vom 24.03.2021 -4 CN 3.20).

Einordnung der artenschutzrechtlichen Belange im Planverfahren

Die artenschutzrechtlichen Vorgaben sind im Bauleitverfahren zwingend zu beachten, da sie unmittelbar dem Gemeinwohl dienen und unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Die Nichtbeachtung oder unzureichende Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Anforderungen kann zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans führen (§ 214 BauGB).

Die Belange des Artenschutzes sind ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht. Sie dürfen nicht hinter anderen Interessen zurücktreten - insbesondere nicht hinter wirtschaftlichen oder privaten Nutzungsinteressen wie es im geplanten Bauvorhaben der Fall ist.

Im vorliegenden Fall der geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp" bestehen konkrete Anhaltspunkte für erhebliche Beeinträchtigungen streng geschützter Arten wie Seeadler, Kranich, Feldlerche, Wachtel, Fischotter, Fledermäuse, Insekten und Amphibien. Diese erfordern eine besonders sorgfältige Prüfung und Gewichtung.

Ein Bebauungsplan ist nicht zulässig, wenn wie im vorliegenden Fall

- Gutachten unvollständig sind oder fehlen,
- keine Alternativstandorte mit geringerem Konfliktpotenzial geprüft wurden,
- oder keine geeigneten Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen möglich sind.

Alle erforderlichen artenschutzrechtlichen Prüfungen - einschließlich einer FFH-Verträglichkeitsprüfung - müssen vor Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplans vollständig vorliegen, transparent offengelegt und im Verfahren gewürdigt werden.

Darüber hinaus sind auch nach einem möglichen Planbeschluss begleitende Maßnahmen notwendig: Ein kontinuierliches Artenschutz-Monitoring ist aus meiner Sicht zwingend erforderlich - schon deshalb, weil es bislang nur wenige belastbare Studien zu den Auswirkungen von Solarfreiflächenanlagen auf die ansässige Fauna gibt. Daher sollte ein professionelles Artenschutz-Monitoring in Kooperation mit den Naturschutzverbänden und der ARGE „Monitoring PV-Anlagen" erfolgen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es liegt bereits ein vollständiges Artenschutzgutachten entsprechend der üblichen Praxis und den geltenden Gesetzen vor. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich. Das nächste Natura-2000-Gebiet liegt in über 1,5 km Entfernung. Eine Betroffenheit kann hier nicht mehr angenommen werden.

41.1.3.1 Ein Solarpark in einem sensiblen Brutvogel-Gebiet

Der Vorhabenträger hat eine artenschutzrechtliche Prüfung bei der Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung (GFN) in Auftrag gegeben. Von den darin gelisteten Brutvogelarten genießen folgende einen besonderen Schutzstatus: Rebhuhn, Feldlerche, Seeadler und Kranich. Das Rebhuhn gilt in SH als stark gefährdet. Kranich und Seeadler sind nach Bundesnaturschutzgesetz streng geschützt.

Bei der Untersuchung wurden acht Lerchenpaare erfasst (Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag der GFN). Feldlerchen halten "Meideabstand" zu vertikalen Strukturen, daher ist der Solarpark kein geeignetes Habitat. Wie auch die Wachteln und Rebhühner brüten Lerchen nicht zwischen Solarmodulen und können auch nicht umgesiedelt werden.

Insofern ist die Aussage von […], vom Planungsbüro OH am 14.05.2025 in der Gemeindevertretersitzung zur Beschlussfassung der Änderung des 4. Flächennutzungsplans auch nicht korrekt, dass sich auf dem Gebiet noch mehr Lerchen ansiedeln werden, wenn dort ein Solarpark steht und der Acker nicht mehr intensiv genutzt wird.

Die Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung (GFN) schreibt in dem Kartierbericht richtigerweise: *"Mit dem Bau der PV-Freiflächenanlage würde es potenziell zum Verlust der Feldlerchenreviere und des Wachtelreviers kommen, was einen entsprechenden Verbotstatbestand* (nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz, Anm. der Verfasserin) *auslösen würde. Das Rebhuhnrevier liegt zwar außerhalb des Plangebietes, dennoch käme es zu einem Teilverlust des Lebensraums."*

Auch auf der Fläche in Lebrade, wo der Investor BEE und der Graf von Westphalen mit dem Planungsbüro OH ebenfalls einen Solarpark planen, sind zwei Lerchenpaare ansässig, die aus ihrem Habitat vertrieben werden. Insgesamt würden dann 10 Lerchenpaare ihr Brutrevier verlieren und es ist nicht gesichert, dass sie die in Mucheln·geplante Ausgleichsfläche annehmen.

Wie reagieren diese Vögel, wenn ihr Habitat zerstört wird? Wohin ziehen sie sich zurück? Das scheint hier keine Rolle zu spielen. Ausgleichsflächen in anderen Gemeinden lösen dieses Problem nicht.

Im unmittelbar an den geplanten Solarpark angrenzenden Waldgebiet "Langfelder Holz" befindet sich ein Seeadler-Horst. Hier brütet jedes Jahr -erfolgreich ein Seeadler-Paar. Es ist nicht geklärt, wie sich eine Solarfreiflächenanlage auf die Population der Adler auswirken wird. Auch sie verlieren mindestens Flächen für die Nahrungssuche. Die Jungen könnten bei ihren ersten Flugversuchen in die Anlage fallen, sich schwer oder auch tödlich an den Modulen verletzen und in der Anlage verenden, weil sie aufgrund der eng stehenden Modulreihen nicht mehr aufsteigen können.

Die als Schutzgebiete ausgewiesenen Flächen auf der gegenüberliegenden Straßenseite der geplanten SFA sind Ausschlussgebiete gem. Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP 2021. Hier, sowie am Waldrand, brüten Kraniche. Von den Anwohnern in Brekels konnte eine von Jahr zu Jahr von anfangs 2 Paaren auf mehr als 20 Tiere anwachsende Population beobachtet werden, die ganzjährig dort ihr Habitat hat. Im Frühjahr führen sie ihre Balztänze auf den Flächen aus, die nun überbaut werden sollen.

Die GFN schreibt: *"Seeadler und Kranich sind störungsempfindlich. Störungen sind während der Brutzeit sicher zu vermeiden."*

Und wie reagieren die Tiere auf Störungen außerhalb der Brutzeit? Das geht aus dem Gutachten nicht hervor. Kraniche und Seeadler sind grundsätzlich störungsempfindlich und könnten sowohl während der Bauarbeiten als auch durch Anlage selbst vergrämt werden. Die Anlage wird u. a. durch die Wechselrichter sowie Trafos und deren Lüfter im laufenden Betrieb auch Lärmemissionen erzeugen.

Die Anlage soll kameraüberwacht und nachts beleuchtet sein, so die mündliche Kommunikation, denn im Bauleitverfahren wird dieses Thema ausgelassen. Der Adlerhorst und das Kranichbrutgebiet am Wald liegen keine 100 m von der Anlage entfernt. Inwiefern sich die Adler und die Kraniche durch nächtliche Lichtemissionen gestört fühlen könnten und den Brutplatz verlassen werden, wurde im Fachbeitrag nicht erwähnt. Großvögel wie Adler und Kraniche sind besonders lichtempfindlich. Lichtemissionen sind in Brutnähe besonders kritisch zu bewerten, denn Störungen durch Lichtquellen können zur Brutaufgabe führen. Auch nachtaktive Vögel wie der Waldkauz und die Schleiereule könnten sich bei der Jagd gestört fühlen.

Durch die Wärmeabstrahlung der Anlage wird sich aller Voraussicht nach das regionale Klima verändern (siehe auch Kapitel 6.4). Mindestens in der unmittelbaren Nähe der Anlage wird die Temperatur ansteigen, da nur 15- 25 % der erzeugten Energie in Strom umgewandelt wird. Der Rest wird als Wärme in die Umgebung abgegeben. Eine Studie von Devitt et al. (2022) zeigt, dass ein Solarpark die Umgebungstemperatur noch in 300 m Entfernung um 5°C erhöhen kann. Wie sich das auf die Adler und Kraniche auswirken wird, die keine 100 m von der Anlage entfernt brüten, ist nicht in den Fachbeitrag der GFN eingeflossen. Ich halte auch deshalb einen Abstand vom Wald von 30 m für viel zu gering.

Ich fordere daher ein Gutachten zur Auswirkung der Lärm- und Lichtemissionen auf die Fauna und einen 400 m Abstand vom Wald.

Kraniche und andere Großvögel benötigen zum Aufsteigen eine hinreichend große freie Fläche. Das bedeutet, wenn Kraniche zwischen die - noch dazu sehr eng stehenden - Modulreihen fliegen, sind sie nicht in der Lage, von dort aus wieder aufzusteigen und es besteht die Gefahr, dass sie in der umzäunten Anlage verenden. Außerdem verlieren sie den Raum für ihre Balztänze, Rast und Nahrungssuche. So schreibt die GFN im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag: *"Kraniche brauchen in der Nestumgebung ausreichend insektenreiche Flächen, auf die die nicht flüggen Jungtiere nach dem Schlupf zur Nahrungssuche geführt werden können. Durch die Bebauung fällt ein wichtiges Habitat weg."* Für diese 50 Hektar Habitatverlust kann auch der 30 m-Randstreifen am Wald kein Ersatz sein, zumal auch das Damwild und andere Tierarten einen Habitatverlust erfahren und auf diesen Randstreifen verdrängt werden.

Das Gebiet fällt gleichfalls für die Rast und Nahrungssuche von Schwänen und Gänsen aus. Auch Schwäne, die in dem Gebiet vorkommen, werden in der Anlage nur sehr schwer aufsteigen können.

Ich fordere daher einen mindestens 400 m tiefen Schutzstreifen über die gesamte Länge, die der Solarpark am Waldrand entlang gebaut werden soll. Mit diesem Abstand zwischen Wald und Anlage, würde sich ein Abstand zu den vertikalen Strukturen ergeben, und damit hätten evtl. auch zumindest einige der Lerchenpaare eine alternative Brutfläche.

Außerdem sollten die Modulreihen einen Abstand von 6 m aufweisen, damit Großvögel nicht in der Anlage verenden.

Eine amerikanische Studie von 2016 (Walston et al.) deutet auf eine erhöhte Vogelsterblichkeit im Bereich von Solar-Freiflächen-Anlagen hin.

Verschiedene Studien zeigen folgende Hauptursachen für den Vogeltod in Solarparks:

- Die glänzenden Glasoberflächen der Solarpaneele können mit Wasserflächen verwechselt werden und es kann durch Kollisionen mit den Modulen zu Verletzungen oder gar Todesfällen kommen.
- PV-Module können bis zu 85°C heiß werden. Es gibt dokumentierte Fälle, in denen Tiere, vor allem Reptilien und Kleinsäuger, Insekten, aber auch Vögel, sich an sehr heißen Solarmodulen oder Metallpfosten verbrennen oder überhitzen.
- Kollisionen mit Montage-Elementen und Infrastruktur: Pfosten, Drähte, Kabel oder Zäune können zu Verletzungen oder zum Tod führen, vor allem bei schnellen Flügen oder in unübersichtlichen Situationen.
- Die Groß-Vögel wie Kraniche, Reiher, Schwäne und auch Adler können zwischen die Modulreihen geraten, wo sie nicht wieder aufsteigen können.

Ich kann nicht nachvollziehen, aus welchem Grund ausgerechnet diese Fläche vom Planungsbüro als "sehr gut geeignet" bewertet worden ist.

Ich befürchte hier einen Verstoß gegen § 44 BNatSchG, halte die Fläche „Brekels-Hohenkamp" für ungeeignet und sage nein zu einem Solarpark in diesen sensiblen Brutgebieten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Gemäß der Studie Peschel, R; Peschel, T (2025). Artenvielfalt im Solarpark. Eine bundesweite Feldstudie. Herausgeber: Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V., Berlin konnte in bestehenden PV-Anlagen eine hohe Dichte an Feldlerchen nachgewiesen werden. Somit ist es nicht grundsätzlich auszuschließen, dass Feldlerchen in PV-Anlagen vorzufinden sind.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt und die streng geschützten Arten geprüft. Beim Eintreten von Zugriffsverboten wurden entsprechende (Ausgleichs)Maßnahmen getroffen. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Artenschutzbericht sowie den Umweltbericht verwiesen.

// ggf. kann GFN hierzu nochmal etwas ergänzen?!

41.1.3.2 Amphibien und Reptilien

Die artenschutzrechtliche Prüfung der Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung (GFN) umfasst auch Amphibien und Reptilien. Allerdings ist das Gutachten unvollständig.

Es wurde korrekt festgestellt, dass es im Planungsgebiet und Umgebung geschützte Amphibien wie Rotbauchunken, Laubfrösche und Kammmolche gibt. Allerdings gibt es im gesamten Gebiet zwischen den Bundesstraßen 430 und 202 auch die Ringelnatter, die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag überhaupt keine Erwähnung findet. Die Ringelnatter (Natrix natrix) steht in Schleswig-Holstein unter Schutz. Sie ist als besonders geschützte Art im Bundesnaturschutzgesetz aufgeführt und wird in Schleswig-Holstein als gefährdet eingestuft. Auch die Blindschleiche (Anguis fragilis) ist in Schleswig-Holstein als stark gefährdet eingestuft und steht unter besonderem Schutz nach dem Bundesnaturschutzgesetz. Beide Arten kommen im Planungsgebiet und direkter Umgebung vor und dürften daher vorhabenrelevant sein.

In den naturnahen Gärten im unmittelbaren Umfeld der geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp" werden - neben Ringelnattern und Blindschleichen – immer wieder Waldeidechsen gesichtet (Zootoca vivipara). Diese heimische Reptilienart ist gleichfalls gemäß Anhang IV der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sowie nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) streng geschützt. Sie findet im Fachbeitrag der GFN keine Erwähnung.

Die Waldeidechse ist auf strukturreiche, sonnige Lebensräume angewiesen. Die Errichtung einer großflächigen PV-Anlage mit eng gestellten Modulreihen führt zu einer deutlichen Beschattung der Fläche und bewirkt somit einen Verlust thermisch geeigneter Rückzugs- und Eiablageplätze. Damit wird der Lebensraum für Waldeidechsen entwertet oder vollständig zerstört. Darüber hinaus würde die SFA möglicherweise eine Habitat Zerschneidung und Isolation angrenzender Populationen bewirken, durch Verschattung des Bodens. Diese Eingriffe stellen potenziell einen Verstoß gegen das Zugriffsverbot des § 44 Abs. 1 BNatSchG dar. Die gesetzlich geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Tiere dürfen nicht zerstört oder erheblich beeinträchtigt werden.

Das vorliegende faunistische Gutachten enthält keine systematische Erfassung der drei Reptilienarten Ringelnatter, Waldeidechse und Blindschleiche. Eine ergänzende artenschutzrechtliche Prüfung ist daher zwingend erforderlich.

Bei der Kartierung wurden die Grünflächen und Gärten der Siedlung in Brekels nicht einbezogen, obwohl korrekt im Fachbeitrag vermerkt wurde, dass in der Siedlung am Rand der geplanten Anlage an einem Kleingewässer auf einem privaten Grundstück ein Laubfrosch und Rotbauchunken nachgewiesen wurden. Auf den privaten Grundstücken sind regelmäßig folgende Amphibien und Reptilien nachzuweisen: Waldeidechsen, Ringelnattern, Blindschleichen, Kröten, Teich- und Grasfrösche, Rotbauchunken, Laubfrösche, Teich- und Kammmolche. Es ist davon auszugehen, dass diese Tiere über die Flächen des Planungsgebietes zwischen den Biotopen wandern. Auch der Kammmolch, denn anders als im Fachbeitrag dargestellt, ist er auch in dem privaten Kleingewässer im Norden nachweisbar.

Durch die zu eng stehenden Modulreihen kommt es zu einer großflächigen Verschattung der Anlage, so dass es für Amphibien und Reptilien dort zu kühl ist. Sie werden die Anlage maximal passieren, aber sich dort nicht ansiedeln. Ich fordere auch aus diesem Grund einen Abstand von 6 Metern zwischen den Modulreihen.

Außerdem werden Amphibien durch die nächtliche Beleuchtung der Anlage gestört. Im Laich- und Paarungszeitraum reagieren Frösche und Kröten empfindlich auf die Beleuchtung, die ihre Laichrufe unterdrücken und die Paarungsaktivität verringern kann.

Die Tiere meiden helle Bereiche, was eine Barrierewirkung erzeugt. Besonders Rotbauchunken sind sehr lichtsensibel und meiden beleuchtete Bereiche. Dies kann dazu führen, dass die Unken ihr Habitat verlassen und/oder ihre Wanderungen zwischen den Biotopen einstellen. Daher fordere ich ein Verbot nächtlicher Beleuchtung der Anlage.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Bei der Feststellung der vorkommenden und zu betrachtenden betroffenen Arten wird unterschieden, ob sie nach europäischem (FFH-RL, VSchRL) oder nur deutschem Recht geschützt sind. Nach der neuen Fassung des BNatSchG ist klargestellt, dass für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe sowie für Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB die artenschutzrechtlichen Verbote nur noch bezogen auf die europäisch geschützten Arten, also die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie und die europäischen Vogelarten, gelten. Für Arten, die nur nach nationalem Recht (z.B. Bundesartenschutzverordnung) besonders geschützt sind, gilt der Schutz des § 44 (1) BNatSchG nur für Handlungen außerhalb von nach § 15 BNatSchG zugelassenen Eingriffen. Eine Verordnung nach § 54 (1) Nr. 2 BNatSchG, die weitere Arten benennen könnte, wurde bisher nicht erlassen.

// ggf. kann GFN hierzu nochmal etwas ergänzen?!

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4 verwiesen: „Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig."

41.1.3.3 Säugetiere

Im gesamten Gebiet zwischen den Bundesstraßen 430 und 202 gibt es einen großen Damwildbestand, der aus mehreren Herden besteht. Die Damwildherden wie auch Rehwild halten sich auch im Waldstück "Langfelder Holz" und auf den umliegenden Grün- und Ackerflächen auf.

Die Jagdbehörde schreibt in ihrer Stellungnahme, dass *"derartig große PV-Anlagen"* aus ökologischer Sicht Wildkorridore enthalten sollten, die mindestens 20 m breit sind, da sie sonst vom Wild nicht angenommen werden. Sie fordert: *"Der Vorhandene mittig liegende Knickwall in Ost-West-Richtung muss dafür jeweils 25 m in südlicher und nördlicher Richtung Abstandsflächen erhalten."* Dieser Knick soll jedoch gem. der Bauleitplanung mit eingezäunt werden. Ein Wildkorridor ist für die gesamte Anlage nicht vorgesehen.

Die Aussage von […] vom Planungsbüro Ostholstein in der Gemeindevertretersitzung vom 14.05.2025 lautete: *"Das Wild kann außen herumlaufen."* Doch selbst nördlich der Anlage entlang des vorhandenen Knicks ist kein solcher Korridor vorgesehen, so dass das Wild gar nicht auf jeder Seite um die Anlage "herumlaufen" kann. Lediglich zum Wald hin ist ein 30m-Abstandsstreifen eingeplant. Dieser sollte nach Empfehlung der Jagdbehörde auf 50 m erweitert werden und auch der Abstand zum nördlichen Grenzknick soll mind. 30 m betragen. Außerdem soll die Anlage einen mind. 30 m breiten Abstandsstreifen zur Straße zwischen Schönweide und Brekels einhalten, damit das Wild nicht direkt vom Korridor auf die Straße läuft. Die Stellungnahme der Jagdbehörde wird vom Planungsbüro jedoch nicht berücksichtigt. Ich halte selbst einen 50 Meter Abstandsstreifen vom Wald für zu gering und fordere 400 m ein, da das Wild durch die Anlage immerhin 50 Hektar - oder 500.000 qm - an Nahrungsfläche verliert.

Im faunistischen Gutachten zur geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp" wurden mehrere Fledermausarten nachgewiesen, darunter auch artenrechtlich besonders geschützte und gefährdete Arten, wie z. B. Großer Abendsegler (Nyctalus noctula), Teichfledermaus (Myotis dasyneme) oder Rauhautfle'dermaus (Pipistrellus nathusii).

Fledermäuse sind hochempfindlich gegenüber akustischen Störungen, da sie sich über Echoortung orientieren und jagen. Besonders problematisch können hierbei die von Wechselrichtern, Transformatoren oder anderen technischen Anlagen erzeugten

elektroakustischen Emissionen im Ultraschallbereich sein, die in das Wahrnehmungsspektrum der Tiere fallen und ihre Orientierung stören können. Auch niederfrequente Geräusche, die für den Menschen kaum hörbar sind, können Stressreaktionen, Vermeidungsverhalten oder Rückgang der Aktivität verursachen. Studien deuten darauf hin, dass selbst geringe akustische Reize in ruhigen Landschaftsräumen das Verhalten der Tiere nachhaltig beeinflussen können.

Zudem kann die durch die PV-Anlage bewirkte Veränderung der Landschaftsstruktur (z.B. Verlust offener Jagdhabitate, Barrierewirkung durch Einzäunung oder Modulreihen) zu einer Zerschneidung von Jagdrevieren und Flugkorridoren führen. Dies trifft insbesondere artenreiche, strukturgebundene Bestände in Waldrandnähe, wie sie auch im Bereich des geplanten Standorts dokumentiert sind.

Angesichts der empfindlichen Artengemeinschaft, der unverzichtbaren Funktion der betroffenen Flächen als Jagd- und Durchzugsgebiete sowie der unzureichenden Untersuchung möglicher akustischer und landschaftlicher Störwirkungen ist eine vertiefte artenschutzrechtliche Prüfung gemäß § 44 BNatSchG dringend erforderlich.

Fledermäuse reagieren nicht nur auf Lärm, sondern auch auf Lichtemissionen. Sie meiden beleuchtete Zonen. Eine Untersuchung der Universität Bristol zeigte, dass sechs von acht Fledermausarten ihre Aktivität innerhalb von Solarparks um bis zu 86 % reduzierten, im Vergleich zu Kontrollflächen ohne Module. Besonders betroffen waren die Arten Pipistrellus und Myotis. Damit wären sechs der acht im Plangebiet bzw. im 500m-Umkreis nachgewiesenen Arten betroffen. Arten, die als "narrow-space Fledermäuse" gelten, hierzu gehören unter anderem die Bechsteinfledermaus, Mausohren und Langohren, meiden jede Art von Lichtquellen, sogar rotes oder grünes Licht. Aber selbst Freiflächenjäger unter den Fledermäusen überqueren beleuchtete Bereiche seltener, da sie dort leichter Opfer ihrer natürlichen Feinde werden können.

Wenn es durch die Lichtquellen nachts zu hell ist, verlassen Fledermäuse nach der Dämmerung nur verzögert ihr Quartier, dies verzögert die Jagdzeit und beeinträchtigt die Aufzucht der Jungen erheblich.

Umweltbehörden empfehlen daher, Licht an Quartieren, Jagdrouten oder Wasserstellen zu vermeiden, um Störungen zu minimieren. Die nächtliche Beleuchtung der Anlage muss daher strikt verboten werden.

Das gegenüberliegende Biotopverbundgebiet BSV25 „Mittleres Kossautal" mit seinen Feuchtgebieten ist laut Jagdbehörde ein bedeutendes Nahrungs- und Lebensgebiet für den Fischotter. Der Fischotter (Lutra lutra) steht in Deutschland unter strengem Schutz gemäß Bundesnaturschutzgesetz, der Bundesartenschutzverordnung sowie der FFH-Richtlinie (Anhang IV). Als semi-aquatisches Säugetier ist er auf ungestörte, strukturreiche Gewässer und angrenzende Uferbereiche angewiesen und gilt als Indikator für die ökologische Qualität von Fluss- und Feuchtgebieten.

Die Nähe zur geplanten Solarfreiflächenanlage bringt daher erhebliche Risiken für den Fischotter mit sich. Zwar können Fischotter unter dem Zaun der Anlage hindurchwandern, jedoch ist mit Störungen durch Bauarbeiten, Lärmemissionen sowie durch Lichtquellen zu rechnen. Diese Störungen können bei Fischottern zu Vermeidungsverhalten führen, was eine Zerschneidung des Lebensraums und Einschränkungen in den notwendigen Wander- und Jagdbewegungen bedeutet. Insbesondere die Verknappung und Fragmentierung von Rückzugs- und Jagdgebieten stellt eine erhebliche Gefährdung dar.

Aufgrund der ökologischen Bedeutung des Fischotters und seiner Schutzwürdigkeit ist es unerlässlich, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine umfassende artenschutzrechtliche Prüfung durchzuführen. Dabei müssen potenzielle Beeinträchtigungen präzise ermittelt und angemessene Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen verbindlich festgelegt werden, um den Fortbestand der Fischotterpopulation in diesem sensiblen Gebiet zu sichern.

Der 20 cm Abstand zwischen Erdboden und Zaun wird sich durch Bewuchs mit Kräutern und Gras in kurzer Zeit verringern, so dass ggf. nicht mehr gewährleistet ist, dass Tiere unter dem Zaun durchkriechen können. Mit dem 20 cm Abstand wird das Gebiet nicht nur für Großwild, sondern auch für Dachse, Füchse und Marderhunde zerschnitten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde hält an folgender Einschätzung fest: Aufgrund der kompakten Anordnung der Anlagen wird ein Wildkorridor für nicht erforderlich gehalten. In Nord-Süd-Richtung kann der Wildkorridor von 30 m genutzt werden. In Ost-West-Richtung wird davon ausgegangen, dass das Wild entsprechend ausweichen wird.

Als Richtigstellung wird darauf hingewiesen, dass nicht 50 ha, sondern maximal 46 ha eingezäunt werden. Die Extensivgrünlandflächen außerhalb der Einzäunung können somit weiterhin genutzt werden.

// bei GFN anfragen: Auswirkungen Fledermäuse Wechselrichter?!

Es wird auf das Artenschutzgutachten verwiesen: „Insgesamt ist die Bedeutung der überplanten Ackerflächen als Jagdhabitat als gering für Fledermäuse anzusehen, wobei sich diese geringe Bedeutung durch die Nähe zu linearen Strukturen und dem Waldrand relativiert. Diese werden sehr wahrscheinlich als Leitstrukturen für Transfer- und Jagdflüge von verschiedenen Fledermausarten genutzt. Das Plangebiet wird daher mit hoher Wahrscheinlichkeit regelmäßig von Fledermäusen gequert. Im Umfeld liegen gleichwertige Flächen sowie Flächen mit höherem Nahrungsangebot (Grünland, beweidete Flächen) vor. Gemäß Tinsley et al. (2023) ist für Arten, die bevorzugt auf Offenland jagen, eine Herabstufung als Nahrungshabitat nicht auszuschließen. Mit einer besonderen Funktion als Nahrungsgebiet ist im vorliegenden Fall jedoch nicht zu rechnen, da sich die Planflächen qualitativ nicht von den umliegenden Flächen abheben. Ein Ausweichen während der Bauphase ist somit möglich. Anlagebedingt ist mit keinen Beeinträchtigungen für Fledermäuse zu rechnen, da der überplante Bereich von strukturungebundenen Arten weiter als Jagdhabitat genutzt werden kann. Die Leitstrukturen innerhalb und randlich des Geltungsbereichs bleiben erhalten und es kommt somit nicht einem Verlust von Flugrouten. Zum Waldrand muss der gesetzlich vorgeschriebene Abstand von 30 m eingehalten werden, sodass am östlichen Rand der PV-FFA ein breiter Grünstreifen als Flugkorridor erhalten wird. Durch die extensive Bewirtschaftung innerhalb von PV-FFA kann es sogar zu einem steigenden Insektenaufkommen kommen. Weiter gehen von der PV-FFA keine Wirkungen aus, die ein Durchfliegen des Raumes durch Fledermäuse beeinträchtigen könnten (keine Barrierewirkung). Im Rahmen der Bauphase erfolgen keine Eingriffe in Gehölze oder Gräben, sodass es baubedingt nicht zu Beeinträchtigungen der Leitstrukturen kommt und auch in keine potenziellen Quartierstrukturen eingegriffen wird. Für migrierende Fledermäuse ist mit keinen Beeinträchtigungen durch die PV-FFA zu rechnen. Da die Anlagen keine höhenwirksamen Auswirkungen haben. Bei Umsetzung der Planung ist deshalb nicht mit artenschutzrechtlichen Konflikten für Fledermäuse zu rechnen.“

Es wird auch hier auf die Festsetzung Nr. 4 verwiesen: „Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.“

Ein Vorkommen im Betrachtungsraum ist somit grundsätzlich möglich, jedoch fehlen innerhalb der Planflächen Gewässer und Gewässernetze, über welche die Art in die Flächen einwandert oder diese als relevante Wanderkorridore nutzen könnte. Zudem ist für den dämmerungs- und nachtaktiven Fischotter nicht von einer Störung (Baulärm) durch Tagbaustellen auszugehen. Artenschutzrechtliche Konflikte sind weder bau- noch anlagen- oder betriebsbedingt zu befürchten.

Der 20 cm Abstand zwischen Zaununterkante und Gelände ist in der gesamten Betriebsphase zu gewährleisten. Man kann davon ausgehen, dass auch noch Dachse, Füchse und Marderhunde unter dem Zaun herkommen.

41.1.3.4 Insekten

Im Planungsgebiet gibt es zahlreiche Insekten, wie verschiedene, teils gefährdete Libellenarten, Wasserkäfer, Nashornkäfer, Hirschkäfer, Eichenbock, Rosenkäfer, Tag- und Nachtfalterarten wie Bläulinge und Taubenschwänzchen oder den Nachtkerzenschwärmer, Wildbienen, Hummeln, Wespenarten, um nur einige zu nennen.

Anders als im Gutachten angegeben, sind auf dem privaten Nachbargrundstück nördlich am Planungsgebiet gelegen, Flächen von Nachtkerzen und das Wald Weidenröschen zu finden und daher auch der Nachtkerzenschwärmer (Proserpinus proserpina), dessen Raupen mir mehrfach im Garten begegnet sind. Eine Erfassung dieser Art muss also nachgeholt werden.

Es ist nicht auszuschließen, dass einige der gefährdeten Arten unter den Tauchkäfern und Libellen in dem Gebiet vorkommen. Das Biotop auf dem Privatgrundstück im nördlichen Bereich der Anlage wurde diesbezüglich nicht geprüft.

Ebenfalls nicht erfasst wurden der Nashornkäfer, der Hirschkäfer, der Rosenkäfer und der Eichen- oder Heldbock, die allesamt unter besonderem Schutz stehen und in meinem sowie im Nachbargarten vorkommen. Ich fordere daher, die Erfassung der beschriebenen Insekten nachzuholen und eine artenschutzrechtliche Prüfung gern. § 44 BNatSchG durchzuführen und die Vorkommen dieser Arten in der Bauleitplanung zu berücksichtigen, denn:

„Begegnungen mit unseren grössten Käfern haben einen Hauch von Märchen. Diese archaisch anmutenden, zauberhaften Wesen scheinen aus einer anderen, längst vergangenen Welt zu stammen. Sie eignen sich auch als Flagschiffarten des Naturschutzes für den Lebensraum lichter, totholzreicher Wald. Von der Förderung dieses Lebensraumes profitieren viele weitere, oft auch unspektakulärere Arten."

(https://waldwissen.net/de/lebensraum-wald/naturschutz/artenschutz/holzbewohnende-grosskaefer)

Insekten, insbesondere nachtaktive Arten, werden von Lichtquellen und der Polarisierung von Licht auf den Modulflächen angezogen. Helle Lichtquellen führen zu Störungen im Paarungsverhalten, Verlust von Schlaf- und Fortpflanzungsrhythmen, Energieverlust weil sie nicht zur Ruhe kommen und verändertem Fressverhalten.

Außerdem kommt es tagsüber zu tödlichen Verletzungen, wenn Insekten die Module für Wasserflächen halten und die heißen Module anfliegen. Einige Insekten, die die Module mit Wasserflächen verwechseln, legen ihre Eier in der Nähe ab, die Larven finden nach dem Schlupf kein Wasser und verenden.

"Zahlreiche Wasserinsekten orientieren sich an dem von Wasseroberflächen oder anderen feuchten Oberflächen zurückgeworfenen Ultraviolett (UV)-Licht. Auch PV-Module reflektieren das UV-Licht. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Moduloberflächen eine Attraktionswirkung für bestimmte Arten (Wasserkäfer-, Wasserwanzenarten) haben können. Auch für weitere gewässeraufsuchende Arten (gruppen) scheint eine derartige Attraktionswirkung zumindest denkbar." (Herden et al. 2009, S. 86, ARGE Monitoring PV-Anlagen 2007, S. 28)

"Es gibt auch Beobachtungen von Wasserkäfern an Kunststofffolien, die so lange versuchen in die vermeintliche Wasserfläche einzudringen, bis sie an Erschöpfung sterben." (Herden et al. 2009, S. 87)

Die Anlage wird aus unserer Sicht erheblich zum Insektensterben beitragen.

In Gebieten mit nachweislichem Vorkommen von besonders streng geschützten Arten sollten aus Sicht des NABU (NABU, Tina Mieritz, Der naturverträgliche Ausbau der Photovoltaik, 04/2021, S. 15-16) keine Solarfreiflächenanlagen installiert werden.

Ich lehne daher eine Solarfreiflächenanlage in diesem Gebiet ab.

Mindestens muss:

- eine Nachuntersuchung und artenschutzrechtliche Prüfung gem. § 44 BNatSchG hinsichtlich gefährdeter Insekten erfolgen
- ein professionelles langjähriges Naturschutz-Monitoring in Zusammenarbeit mit der ARGE Monitoring PV-Anlagen stattfinden und
- eine nächtliche Beleuchtung der Anlage untersagt werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

// ggf. kann GFN hierzu nochmal etwas ergänzen?!

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen. Die meisten Insekten können ihre Körpertemperatur nicht oder nur minimal beeinflussen. Aber die meisten haben Sensoren für Wärmestrahlung und nutzen verfügbare Wärmequellen (Steine usw.) um sich aufzuwärmen und länger aktiv sein zu können. Zu heiße Oberflächen können erkannt und gemieden werden.

Eine Studie (Peschel& Peschel 2025) belegt, dass eine Verwechslungsgefahr von aktuellen PV-Modulen mit Wasseroberflächen für die relevanten Insektenarten nicht oder nur minimal vorhanden ist. PV-Module mit strukturierten Oberflächen (nahezu alle aktuell erhältlichen Module) verhalten sich in Bezug auf Lichtreflektionen wie Festkörper und nicht wie Wasser. Eine Beeinträchtigung der Eiablage konnte nicht nachgewiesen werden.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entsteht im Vergleich zum Intensivacker überhaupt erst ein nutzbarer Lebensraum für Insekten.

// Langzeitmonitoring

Es wird auch hier auf die Festsetzung Nr. 4 verwiesen: „Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.“

41.1.4 Ein Solarpark auf Flächen zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Die betroffene Fläche befindet sich im Naturpark Holsteinische Schweiz, einem Gebiet von besonderer landschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Nach § 1 Abs. 5 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind Flächen, die der dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie des Erholungswertes dienen, besonders zu schützen.

Gemäß § 9 BNatSchG ist es verboten, diese Flächen erheblich zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Dies umfasst nicht nur den Schutz der Flora und Fauna, sondern auch die Bewahrung des Landschaftsbildes und der Erholungsfunktionen für die Bevölkerung. Die teilweise Versiegelung durch den geplanten Solarpark widerspricht diesem gesetzlichen Schutzauftrag in erheblichem Maße.

Ferner ist gemäß § 1 Absatz 5 BNatSchG die nachhaltige Sicherung der Eigenart und Schönheit der Landschaft ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht, der bei der Bauleitplanung gemäß § 1 Absatz 7 BauGB besonders zu berücksichtigen ist. Die Regionale Planung, insbesondere das Regionalplanungsprogramm Schleswig-Holstein (RPSH), betont im Kapitel „Natur- und Landschaftsschutz" die besondere Schutzwürdigkeit von Naturparks als bedeutende Erholungsräume und Lebensräume seltener und schützenswerter Arten. Der Naturpark Holsteinische Schweiz wird explizit als Erholungsgebiet mit hohem Wert für Tourismus und Naherholung ausgewiesen. Die Errichtung einer großflächigen Solarfreiflächenanlage würde diesen Charakter erheblich beeinträchtigen und steht somit im Widerspruch zu den Zielen der Regionalplanung.

Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft dienen als wertbestimmende Kriterien für das Landschaftsbild. Intakte Landschaften bilden eine wesentliche Grundlage für die Erholung und damit seelische und körperliche Gesundheit des Menschen, für die natürlichen Kreisläufe, die Artenvielfalt und das Klima. Und nicht zuletzt sind sie das unersetzliche Kapital für einen nachhaltigen Tourismus.

Der Standort des geplanten Solarparks liegt in einem Landstrich, der zu Recht als "Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung" ausgewiesen wurde (siehe Regionalplan Planungsraum III). Die Landschaft in die der Solarpark hinein gebaut werden soll, hat aufgrund der oben beschriebenen Gestaltung und ihrer Fauna einen hohen Erholungswert. Gerade die Strecke zwischen Schönweide und Bauersdorf ist aufgrund der Schönheit der Landschaft bei Ausflüglern sehr beliebt. Wenn man Glück hat, kann man den Seeadler am Himmel kreisen sehen oder die Kraniche ganzjährig auf den Feldern und im Feuchtgebiet beobachten. An warmen Tagen sonnen sich die Ringelnattern auf der Straße -zwischen Schönweide und Brekels.

In der Abwägung der Belange darf die großflächige und dauerhafte Veränderung des Landschaftsbildes sowie die Einschränkung der Erholungsfunktion nicht zugunsten des Bauvorhabens vernachlässigt werden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Die Planung steht keinen Zielen der Raumordnung entgegen.

Die Festlegung der Gebiete mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung des Regionalplanes III von 2001 erfolgt auf der Grundlage der im Landschaftsrahmenplan dargestellten „Gebiete mit besonderer Erholungseignung“. Dabei handelt es sich um einen alten Stand des Landesentwicklungsplanes. Der aktuell geltende Landesentwicklungsplan von 2020 stellt für das Plangebiet kein „Gebiet mit besonderer Erholungseignung“ mehr dar. Nach dem in Aufstellung befindlichen neuen Regionalplan liegt das Gebiet in einem Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung. In den Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung soll eine gezielte regionale

Weiterentwicklung der Möglichkeiten von Tourismus und Erholung angestrebt werden. Die Planung mit einer Größe von 46 ha widerspricht nicht der Entwicklung von Tourismusangeboten.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Seit den 1950er Jahren fand ein starker Strukturwandel in der Landwirtschaft statt, der mit einer Intensivierung der Flächennutzung sowie starkem Dünger- und Pestizideinsatz einherging und zum Verlust naturnaher Lebensräume und der Reduktion der Artenvielfalt führte. Gerade in jüngster Vergangenheit ist ein erheblicher Rückgang des Dauergrünlandes zu verzeichnen. Zum Beispiel hat die Förderung der Energieerzeugung aus Biomasse (Mais) zu einer Veränderung des Landschaftsbildes geführt.

Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt. Grundsätzlich werden durch die Eingrünung (vorhandene und ergänzende Gehölzpflanzungen) die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Zudem wird durch die Entwicklung von Extensivgrünland eine Verbesserung der Artenvielfalt erwartet.

Durch eine PV-Freiflächenanlage mit knapp 46 ha werden keine erheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung des Tourismus in der Holsteinischen Schweiz gesehen.

41.1.5 Solarfreiflächenanlage in einer Schutz- und Pufferzone zu einer BSV25-Fläche als öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Gegenüber der Fläche „Brekels-Hohenkamp" liegt das Naturschutzgebiet "mittleres Kossautal". Es hat u. a. den Schutzstatus BSV25, das heißt, es handelt sich um eine Biotopverbundfläche mit landesweiter Bedeutung aus dem Biotopverbund Schleswig-Holstein. Damit fallen die gegenüberliegenden Ackerflächen unter den Abwägungspunkt *"Schutz- und Pufferbereiche zu Flächen mit fachrechtlicher Ausschlusswirkung, wie* z. *B. Waldflächen, Naturschutzgebiete, Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets und Biotopverbundssystems SH gem. § 20 BNatSchG i.* V. m. *§ 12 LNatSchG."* Es handelt sich also um eine Fläche mit fachrechtlicher Ausschlusswirkung.

Die unmittelbare Nähe des geplanten Solarparks zu Naturschutzgebiet und BSV25-Fläche macht eine besondere naturschutzfachliche Prüfung erforderlich. Es bestehen erhebliche Bedenken, dass das Vorhaben durch Eingriffe in den Wasserhaushalt, die Bodenstruktur, das Mikroklima, durch visuelle und akustische Reize sowie durch Bau und Wartungstätigkeiten störende Auswirkungen auf die angrenzende Biotopverbundfläche haben könnte. Auch mögliche hydrologische Veränderungen wurden nicht ausreichend berücksichtigt.

Gemäß den Zielen des landesweiten Biotopverbundsystems ist gerade der Schutz solcher Pufferzonen entscheidend, um die ökologische Durchlässigkeit zwischen wertvollen Lebensräumen zu gewährleisten. Es ist daher nicht nachvollziehbar, warum diese Fläche bei der Standortprüfung nicht als Ausschluss- oder zumindest als restriktives Kriterium mit erhöhter Prüftiefe berücksichtigt wurde.

Ein Nachweis der Biotopverbundverträglichkeit ist zwingend erforderlich und liegt bislang nicht vor. Auch im Sinne des Vorsorgeprinzips gemäß § 1 BNatSchG ist die

Auswahl dieser Fläche in unmittelbarer Nähe zu einer landesweit bedeutsamen Biotopverbundfläche nicht verantwortbar.

Hinter der geplanten Solarfreiflächenanlage schließt sich zudem eine weitere ökologisch wertvolle Schutzzone mit Waldbestand und Biotopen an, deren Puffer- und Übergangsbereiche ebenfalls beeinträchtigt werden können. Die Anlage liegt somit zwischen zwei ökologisch sensiblen Bereichen - dem Landschaftsschutzgebiet „Mittleres Kossautal" mit BSV25-Status auf der einen Seite und dem schutzwürdigen Waldgebiet auf der anderen.

Das geplante Vorhaben würde damit ein wertvolles Offenlandhabitat zerschneiden, das derzeit als Rast-, Nahrungs- und Brutgebiet für verschiedene Wiesen- und Zugvogelarten dient - darunter Gänse, Kraniche, Lerchen, Wachteln, Fasane und Rebhühner. Diese Arten sind auf großräumige, ungestörte Strukturen angewiesen und reagieren empfindlich auf bauliche Barrieren, veränderte Lichtverhältnisse, metallische Reflexionen und regelmäßige menschliche Aktivitäten. Die kleine Gemeindestraße, die die beiden Gebiete trennt und streckenweise den Charakter einer Allee hat, wird lediglich von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Anliegern genutzt. Eine tatsächliche Zerschneidung der Biotope und Habitate und/oder Aufhebung der Pufferzone ist durch sie nicht gegeben.

Durch die entstehende visuelle Dominanz der Anlage, mögliche Störungen durch Wartungsarbeiten, Reflektionen und die teilweise Flächenversiegelung wird der Lebensraum der Vögel nicht nur eingeengt, sondern funktional unterbrochen. Dies widerspricht dem in § 20 BNatSchG verankerten Ziel, einen funktionierenden Biotopverbund aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Schutz- und Pufferbereiche sind in verschiedenen Fachgesetzen verankert, etwa im Naturschutzrecht (§ 20 BNatSchG), Wasserrecht (§§ 31 ff. WHG), im Bodenschutz oder im Landschaftsschutz. Sie dienen dem Erhalt und der Sicherung ökologisch sensibler Gebiete, der Vermeidung von Beeinträchtigungen schutzwürdiger Biotope und der Abwehr negativer Folgen wie Erosion, Wasserverunreinigung oder Störung von Lebensräumen.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind diese fachrechtlich geschützten Zonen als sogenannte „fachrechtliche Ausschlussgebiete" definiert. Das bedeutet: Innerhalb dieser Bereiche dürfen bestimmte Vorhaben - z. B. großflächige Solaranlagen - nicht oder nur unter sehr strengen Voraussetzungen errichtet werden.

Die verbindliche Beachtung solcher Ausschlussbereiche ergibt sich aus der Pflicht zur umfassenden Abwägung aller öffentlichen Belange gemäß § 1 Abs. 6 BauGB. Verstößt ein Bebauungsplan gegen fachrechtliche Ausschlussvorgaben, führt dies zu einem Abwägungsmangel und kann die Rechtswidrigkeit des Plans begründen (vgl. BVerwG, Urteil vom 11.12.2019-4 CN 4.18).

Im vorliegenden Bauleitverfahren wurden Schutz- und Pufferbereiche, die aufgrund fachrechtlicher Vorgaben Ausschlusswirkung besitzen, nicht ausreichend berücksichtigt oder vielmehr komplett ausgeblendet.

Nach § 1 Abs. 6 BauGB ist bei der Aufstellung von Bebauungsplänen eine umfassende Abwägung aller öffentlichen Belange zwingend erforderlich. Hierzu zählen insbesondere auch Schutz- und Pufferzonen, die in Naturschutz-, Wasser- oder Bodenschutzgesetzen verankert sind und deren Schutzwirkung nur durch eine strikte Einhaltung ihrer Ausschlussvorgaben gewährleistet werden kann.

Die fehlende Beachtung dieser fachrechtlichen Ausschlussbereiche stellt einen erheblichen Abwägungsmangel dar und gefährdet die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans.

Bereits das Bundesverwaltungsgericht hat in mehreren Entscheidungen betont, dass ein Verstoß gegen fachrechtliche Vorgaben zu einem Abwägungsmangel führt und

damit die Rechtswidrigkeit des Planverfahrens begründen kann (vgl. BVerwG, Urteil vom 11.12.2019-4 CN 4.18).

Daher ist eine erneute, vollständige und fachgerechte Prüfung dieser Schutz- und Pufferbereiche dringend geboten, bevor das Verfahren fortgesetzt wird.

Beschlussempfehlung:

Das nächste Naturschutzgebiet (Kossautal) liegt in ca. 1,7 km Entfernung. Eine Betroffenheit wird daher nicht angenommen.

Das Plangebiet grenzt an das Landschaftsschutzgebiet (Mittleres Kossautal und Umgebung) an. Liegt aber nicht in einem Gebiet, das die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllt. Die Wirkungen der PV-Anlage haben keine erheblichen Auswirkungen auf das Landschaftsschutzgebiet. Durch die bestehenden und ergänzenden linearen Strukturen sowie der Waldfläche, wird die Anlage zu dem LSG abgeschirmt. Weitere Schutz- und Pufferbereiche sind nicht erforderlich.

Im südwestlichen Bereich auf der gegenüberliegenden Straßenseite grenzt ein Schwerpunktbereich des Biotopverbundsystems an. Die Wirkungen der PV-Anlage auf die Umgebung haben keine erheblichen Auswirkungen auf dieses Biotopverbundsystem. Insbesondere in Landschaften, die von der Landwirtschaft geprägt sind, sind linerare und punktförmige Elemente, die zur Vernetzung von Biotopen beitragen zu erhalten und neu zu schaffen. Die Knickstrukturen bleiben erhalten und werden durch ergänzende Heckenstrukturen zu einer kompletten Eingrünung verbunden. Zudem werden die Schutzabstände zu Gehölzstrukturen (Wald und Knicks) als Extensivgrünland entwickelt, die zusätzlich als Vernetzung angesehen werden. Darüber hinaus wird ein Kleingewässer im Nordwesten ergänzt, wodurch die Vernetzung zusätzlich eine Aufwertung erhält. Die Flächen zwischen und unterhalb der PV-Module werden ebenfalls als Extensivgrünland entwickelt, für Kleintiere stellt dies ebenfalls eine Verknüpfung von Biotopen dar.

Zusätzlich wird auf folgendes hingewiesen:

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche

Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

In der Betriebsphase ist durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen.

Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen.

41.1.6 Ein Solarpark neben Kulturdenkmalen und innerhalb von Schutzzonen gem. § 2 Abs. 2 und 3 Landes-Denkmalschutzgesetz - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

41.1.6.1 Ein Solarpark neben denkmalgeschützten Landarbeiterkaten

Eingebettet in die gewachsene historische Kulturlandschaft der Holsteinischen Schweiz, mit ihren Hügeln, Wäldern, Feldern, Knicks, alten Eichen und Seen, liegt der Weiler Brekels, mit seinen alten unter Denkmalschutz stehenden Landarbeiterkaten aus dem 18. und 19. Jahrhundert und deren Nebengebäuden, die ursprünglich zum Meierhof Gut Helenenruhe gehörten. Es handelt sich um eine "Sachgesamtheit im Sinne des Denkmalschutzgesetzes SH".

Die geplante Solarfreiflächenanlage grenzt direkt an dieses denkmalgeschützte Ensemble und liegt damit im Schutzraum des Denkmal-Ensembles. Ein Abstand von „100 m zu den Wohngebäuden" wie es der Bebauungsplan vorsieht, ist aus meiner Sicht viel zu gering, zumal der Abstand sich bereits aus der Länge meines Grundstücks ergibt.

Aus meiner Sicht bilden die historische Kulturlandschaft und die darin eingebetteten historischen Landarbeiterkaten eine geschlossene Einheit, daher ist unbedingt ein größerer Abstand einzuhalten. Ich fordere daher einen Mindestabstand von 500 m zur Siedlungs-Grenze. Zudem muss aus allen Richtungen ein solarmodulfreier Blick auf den Weiler Brekels garantiert werden. Auch im Winter, wenn der Bewuchs keine Blätter trägt sowie in Zeiten, an denen die Knicks auf den Stock gesetzt werden.

Außerdem kritisiere ich, dass die Gemeindevertretung am 14.05.2025 den Beschluss zur Flächennutzungsplanänderung gefasst hat, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege in Kiel vorgelegen hat. Da Brekels unter einem Ensemble-Schutz steht, kann ein solcher Beschluss meines Erachtens nicht gefasst werden, bevor die endgültige Stellungnahme vom Landesamt für Denkmalpflege vorliegt, deren Vorgaben zu berücksichtigen sind.

In den Beschlussempfehlungen vom Planungsbüro Ostholstein wird unter Punkt 2.6 "Der Denkmalschutz teilt mit" die folgende Beschlussempfehlung aufgeführt: "Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Der Abstand von 100 m zu den entsprechenden Gebäuden wird berücksichtigt. Die Planunterlagen werden entsprechend angepasst." Dies erweckt den Eindruck, als handelte es sich hier um die Empfehlungen des Landesamtes für Denkmalpflege. Das ist schlichtweg so nicht richtig. Denn unter Punkt 13 der Beschlussempfehlungen des Planungsbüros sind Institutionen aufgeführt, die eine Stellungnahme abgegeben haben. In dieser Liste ist korrekt auch das Landesamt für Denkmalpflege in Kiel aufgeführt. Das ist in dieser Liste leicht zu übersehen und es hätte ein deutlicher Hinweis erfolgen müssen.

Mir ist bekannt, dass ein ausführliches Abstimmungsgespräch des Investors mit der Unteren Denkmalbehörde stattgefunden hat. Das Gespräch wird weder in der Potentialanalyse noch im Bauleitverfahren erwähnt. Eine Stellungnahme der Unteren Denkmalbehörde auf Grundlage des Gespräches liegt beim Landesamt für Denkmalpflege in Kiel. Dessen Stellungnahme ist in Arbeit und muss sowohl im Beschluss der

Gemeindevertretung zur Änderung des Flächennutzungsplanes als auch anschließend in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Die Bauleitplanung ohne Stellungnahme der Denkmalbehörden ist aus meiner Sicht ein Verfahrensfehler. Da der Denkmalschutz im Beschluss keine Berücksichtigung gefunden hat, halte ich den Beschluss für unwirksam. Er muss neu gefasst werden.

Persönliche Betroffenheit: Denkmalgeschützte Gebäude und naturnahes Grundstück

Im Jahr 2010 habe ich die denkmalgeschützte Hälfte einer Gutskate im Weiler Brekels erworben - in einem damals stark sanierungsbedürftigen Zustand. Mit großem persönlichem Engagement, erheblichem finanziellen Aufwand und viel Eigenleistung habe ich das Gebäudeensemble denkmalgerecht, baubiologisch und ökologisch verträglich saniert. Auch das zugehörige Nebengebäude wurde behutsam instandgesetzt. Der angrenzende Garten ist naturnah gestaltet, mit einem lebendigen Biotop aus Teich, alten Gehölzen und teils geschützter Flora und Fauna.

Der historische Charakter des Anwesens ist untrennbar mit dem umgebenden Landschaftsbild verbunden: Die weite, unzerschnittene Kulturlandschaft prägt das Erscheinungsbild des denkmalgeschützten Ensembles in wesentlicher Weise. Eine großflächige Photovoltaik-Anlage in unmittelbarer Nähe würde dieses authentische historische Umfeld zerstören und damit auch das Denkmal in seiner Aussagekraft, seinem kulturellen Wert und seiner ästhetischen Wirkung erheblich beeinträchtigen.

Ich sehe hier eine schwerwiegende Beeinträchtigung des geschützten kulturellen Erbes - eine Entwertung nicht nur in ideeller, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Zudem besteht die konkrete und unmittelbare Gefahr baulicher Schäden an den historischen Gebäuden u.a. durch die geplanten Rammarbeiten.

Die geplante Anlage sieht das Einrammen mehrerer Tausend Modulpfosten vor. Dies kann -insbesondere bei empfindlichen Altbauten mit Feldsteinfundamenten, wie bei meinen Gebäuden - zu Bodenerschütterungen, Setzungen und nachfolgenden Schäden führen: Risse in Wänden, Fugen oder Fundamenten können unmittelbar oder zeitverzögert auftreten. Das gilt insbesondere bei mehrfacher oder intensiver Belastung.

Die Landarbeiterkaten und ihre Nebengebäude im Ensemble Brekels sind für solche Erschütterungen besonders anfällig.

Ich fordere daher:

- die Einholung eines unabhängigen geotechnischen Gutachtens bereits im Rahmen der Bauleitplanung,
- eine Beweissicherung des Ist-Zustandes vor Baubeginn auf Kosten des Vorhabenträgers,
- eine verbindliche geotechnische Überwachung während der Bauphase,
- sowie den ausdrücklichen Verzicht auf die Rammtechnik, sofern Risiken für die bauliche Substanz nicht vollständig ausgeschlossen werden können.

Ein weiterer erheblicher Risikofaktor betrifft den Brandschutz. PV-Anlagen auf Freiflächen mit trockener Vegetation stellen bei technischen Defekten oder extremer Hitze ein nicht zu unterschätzendes Brandrisiko dar. In unmittelbarer Nachbarschaft der geplanten Anlage befinden sich eine große, unter Denkmalschutz stehende Reetkate mit reetgedecktem Nebengebäude, die bei Funkenflug oder starker Hitzestrahlung akut gefährdet wären. Auch meine Gebäude und mein Grundstück, mit seiner dichten, ökologisch wertvollen Vegetation und dem Biotop, wären im Brandfall unmittelbar betroffen.

Die örtliche Löschwasserversorgung ist nach meinem Kenntnisstand unzureichend. Die zuständigen Feuerwehren müssten über längere Strecken Wasser heranführen, was bei einem Brand großen Ausmaßes wertvolle Zeit kosten könnte.

Ich fordere daher:

- ein unabhängiges Brandschutzgutachten im Rahmen der Bauleitplanung,
- die Vorlage eines einsatzfähigen Feuerwehrkonzepts, das mit den lokalen Einsatzkräften abgestimmt ist,
- sowie einen Mindestabstand von 500 m der Anlage zur nächsten Wohnbebauung - insbesondere wegen der Reeteindeckung und der denkmalgeschützten Bauten.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Bei Punkt 2.6 der Beschlussempfehlung zur frühzeitigen Beteiligung stellt die Behörde „Denkmalschutz“ vom Kreis Plön dar. Die unter Punkt 13 aufgeführten Träger öffentlicher Belange stellt dar, wer keine Stellungnahme abgegeben hat. Das Landesamt für Denkmalpflege SH hat in dem vorherigen Verfahrensschritt keine Stellungnahme abgegeben. Im Rahmen des laufenden Verfahrens gab es zwischen Landesamt für Denkmalpflege und Vorhabenträger Abstimmungsgespräche. Es wird zudem auf die aktuelle Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege SH vom 31.07.2025 verwiesen: „Auf Basis der erfolgten Vorabstimmung erfolgte die Vergrößerung des Abstandes zwischen Ortslage und den Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie eine umfangreiche Abpflanzung als Sichtschutz entlang des Plangebietes hin zum öffentlichen Raum. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung des § 11 DSchG SH i.V. mit § 2 EEG werden denkmalpflegerische Bedenken zurückgestellt, unter der Voraussetzung, dass die Vorgabe, im Bereich des vorgesehenen Tores für die Zuwegung im Nordwesten die Öffnung desselbigen nach Errichtung und somit Beendigung der Baustellentätigkeiten so klein wie möglich und nur so groß wie nötig belassen und der restliche, derzeit unbepflanzte Bereich eine entsprechende Abpflanzung erhält.“ Dieser Voraussetzung wird entsprochen.

Der beschriebene Sachverhalt entspricht keinem Verfahrensfehler, die Beschlüsse können mit dem Wissensstand, der der Gemeinde vorlag, getroffen werden.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Zudem werden durch den Abstand von 100 m zwischen Wohngebäude und PV-Anlage die rechtlichen Vorgaben zum Mindestabstand von Gebäuden mit weicher Bedachung mehr als doppelt so viel überschritten. Die aktuelle Landesbauordnung sieht für Weichdächer einen besonderen Mindestabstand zu anderen Gebäuden vor (24m zum nächsten Gebäude mit Weichdach und 15m zum nächsten Gebäude mit Hartdach).

Es ist keine zentrale Wasserversorgung vorhanden. Daher wird, um ein Löschwasser von 96 m³ bereitzustellen, ein Löschwasserkissen vorgesehen. Die Lage des Löschwasserkissens ist dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu entnehmen. Die Löschwasserversorgung wird im Durchführungsvertrag gesichert. Ein detailliertes Brandschutzkonzept wird im Rahmen des Bauantrages erarbeitet.

41.1.6.2 Ein Solarpark auf einem Gebiet mit besonderem archäologischem Potenzial

Das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein hat bereits in der frühzeitigen Beteiligung auf das sehr hohe archäologische Potenzial des Plangebietes der geplanten Solarfreiflächenanlage „Brekels-Hohenkamp" hingewiesen. Das betroffene Areal liegt im Bereich und Umfeld mehrerer eingetragener archäologischer Denkmale (§ 2 Abs. 2 und § 8 DSchG SH), darunter drei Grabhügel und ein Megalithgrab, und befindet sich darüber hinaus innerhalb eines großflächigen archäologischen Interessengebiets.

Aus meiner Sicht besteht hier eine erhöhte Pflicht zur denkmalpflegerischen Vorsorge. Die Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes belegt eindrücklich, dass mit dem Bau der Anlage gravierende Eingriffe in den Boden erfolgen sollen - z. B. für Trassen, Fundamente, Konverterstationen und Leitungsgräben - und dass dadurch nicht nur einzelne Funde, sondern möglicherweise komplexe archäologische Strukturen und kulturhistorische Zusammenhänge unwiederbringlich zerstört werden könnten.

Ich halte es daher für nicht ausreichend, wenn derartige Risiken lediglich durch spätere Untersuchungen im Rahmen von Auflagen „minimiert" werden sollen. Wenn die Anlage erst einmal steht, sind evtl. archäologische Funde beschädigt, zerstört oder für Jahrzehnte unter der Anlage verschlossen worden. Stattdessen fordere ich eine grundsätzliche Überprüfung der Flächenkulisse des Vorhabens, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit einer alternativen Standortwahl mit geringerer denkmalpflegerischer Relevanz.

Darüber hinaus fordere ich, dass:

- das gesamte Plangebiet im Rahmen eines vorbereitenden archäologischen Fachgutachtens systematisch bewertet wird - vor Einleitung weiterer Planungsschritte;
- eine vollumfängliche kartografische Darstellung aller bekannten archäologischen Strukturen im Umfeld des Plangebiets in den Unterlagen ergänzt wird;
- die Öffentlichkeit umfassend über das archäologische Erbe im betroffenen Bereich informiert wird, etwa durch Infotafeln, digitale Dokumentation oder Kooperation mit Bildungseinrichtungen.

Die geplante Bebauung mit großflächigen technischen Anlagen würde nicht nur einen Eingriff in das landschaftliche und ökologische Gefüge darstellen, sondern auch in das kulturelle Gedächtnis dieser Region. Grabhügel und Megalithgräber sind stille Zeugen frühester Siedlungsgeschichte und verdienen es, nicht allein als „Störung im Bauablauf", sondern als wertvolle Kulturgüter behandelt zu werden.

Ich fordere daher die Gemeindevertretung und den Vorhabenträger auf, den Schutz des archäologischen Erbes in die Bauleitplanung zu integrieren, wie es§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB verlangt.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes SH vom 02.02.2024 verwiesen: „Wir stimmen der vorliegenden Planung unter folgenden Auflagen zu: Vor dem Beginn von Erdarbeiten in Bereichen, wo tiefere Bodeneingriffe (ca. 30 cm Tiefe oder mehr) oder der Abtrag von Mutterboden durchgeführt werden sollen (z.B. für Kabelgräben, Konverterstationen, Wegetrassen u.ä.), muss die Planfläche durch das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein untersucht und vorhandene Denkmale geborgen und dokumentiert werden. Darüber hinaus ist auf den gesamten überplanten Flächen grundsätzlich auf eine möglichst eingriffsarme Bauweise (z.B. keine Planierarbeiten) und während des Baus nach Möglichkeit auf das Einhalten fester Fahrgassen zu achten, um die Bodenbelastung so gering wie möglich zu halten. […] Erdarbeiten an diesen Stellen bedürfen gem. § 12 Abs. 2 S. 6 DSchG SH 2015 der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein.

Nach Abwägung der Belange des Verursachers mit denen des Denkmalschutzes stehen aus unserer Sicht an dieser Stelle keine Gründe des Denkmalschutzes einer Genehmigung entgegen. Sie ist daher gem. § 13 Abs. 2 DSchG SH zu erteilen."

Der Stellungnahme der Fachbehörde wird entsprochen. Wie mit Funden umgegangen wird und wie darüber informiert wird, ist nicht bebauungsplanrelevant.

Durch die Planung wird in keine Denkmale eingegriffen. Die Grabhügel und Megalithgräber liegen im angrenzenden Waldgebiet. Sichtbeziehungen sind nicht zu erwarten.

41.1.7 Geologische und geomorphologische Schutzgüter - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Neben dem Arten- und Denkmalschutz sind auch geologische und geomorphologische Schutzgüter wichtige öffentliche Belange, die im Rahmen der Bauleitplanung Berücksichtigung finden müssen. Diese Belange sind ebenfalls durch spezielle Umweltgesetze und Fachvorschriften geschützt und genießen in der Abwägung ein hohes Gewicht.

Die Schutzwürdigkeit geologischer Formationen wird in Schleswig-Holstein durch das Landesnaturschutzgesetz sowie landesplanerische Vorgaben betont. Besondere geologische oder geomorphologische Formationen können als Naturdenkmale oder schützenswerte Landschaftsteile ausgewiesen sein, z. B. als Geotope, die sich durch ihre besondere erdgeschichtliche Bedeutung, Seltenheit, Eigenart, Form oder Schönheit auszeichnen, wie es bei dem Plangebiet und seiner Umgebung der Fall ist.

Das Bundesnaturschutzgesetz (§ 1 Abs. 6 BNatSchG) verpflichtet dazu, „*die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie die Erholungsfunktion von Landschaften zu erhalten*". Dies umfasst nicht nur die biologische Vielfalt, sondern auch die geologischen und geomorphologischen Strukturen, die maßgeblich das Landschaftsbild und ökologische Funktionen prägen. Zudem ist nach § 13 Absatz 1 Nr. 6 BNatSchG der Schutz und Erhalt von geologischen und geomorphologischen Formationen als Teil des Naturhaushalts ein öffentlicher Belang, der bei der Planung und Genehmigung von baulichen Anlagen berücksichtigt werden muss.

Gemäß § 1 Absatz 6 des Baugesetzbuches (BauGB) sind bei der Bauleitplanung die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere der Schutz vor Bodenerosion und der Erhalt geomorphologisch sensibler Bereiche ist von besonderer Bedeutung, da sie als schützenswerte natürliche Ressourcen im Sinne des § 2 Absatz 1 Nr. 12 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gelten.

<u>Beschreibung der geologischen und geomorphologischen ·Besonderheiten des Plangebietes</u>

Das betroffene Gebiet „Brekels-Hohenkamp" liegt in einer Hanglage der sanften Hügellandschaft und ist ein Geotop von besonderer Schönheit. Die deutliche Reliefgestaltung ist typisch für die Übergangszone zwischen leicht welligem Gelände und steileren Hangabschnitten in der Holsteinischen Schweiz.

Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB sind im Bauleitverfahren insbesondere *„die natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft"* zu schützen. Die Erhaltung der Hangstabilität und Vermeidung von Erosionsschäden zählt dazu und ist Teil der naturschutzrechtlichen und planungsrechtlichen Sorgfaltspflicht.

Die Rechtsprechung stellt klar, dass bei erkennbaren Gefahren für geologische Schutzgüter und die natürliche Stabilität von Böschungen eine genaue Gefährdungsbeurteilung und Abwägung erforderlich ist (vgl. OVG Schleswig-Holstein, Beschluss 9 LB 183/17). Werden diese Belange nicht hinreichend beachtet, drohen nicht nur Umwelt

und Sachschäden, sondern auch rechtliche Risiken für die Zulässigkeit des Bebauungsplans.

Die geplante bauliche Veränderung durch die Installation von Solarmodulen verändert die natürliche Wasserführung erheblich, da Regenwasser nicht mehr ungehindert versickern kann, sondern konzentriert über die Modulflächen abgeleitet wird. Die Modulflächen wirken wie eine Art Dachfläche, unter der der Niederschlag gesammelt und kanalisiert abgeleitet wird. Dies führt an den Modulrändern zu einer erhöhten Oberflächenabflussgeschwindigkeit und -menge und zu punktuellen, stark konzentrierten Wasserabflüssen, die den Boden durch intensive Erosion auswaschen können. Dies erhöht das Risiko von Bodenerosion und Hangrutschungen.

Darüber hinaus sind auf der Fläche schützenswerte geomorphologische Formationen vorhanden, die Zeugnisse der glazialen und postglazialen Landschaftsentwicklung darstellen. Diese Formationen sind wertvolle Natur- und Kulturgüter und stehen im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Insgesamt handelt es sich um eine sensible Fläche, bei der geologische und geomorphologische Gegebenheiten maßgeblich für den Erhalt der natürlichen Stabilität und der ökologischen Funktionen sind. Die Veränderung der Wasserabführung durch die Solarmodule erhöht das Risiko von Bodenabtrag und Hanginstabilität, was erhebliche negative Folgen für das Landschaftsbild und die Umwelt haben kann.

Die nachteiligen Einwirkungen der veränderten Wasserableitung auf die Hangstabilität können zu erheblichen Gefährdungen führen, die auch Schäden an umliegenden Kulturdenkmälern und landwirtschaftlichen Flächen nach sich ziehen können.

Die Errichtung eines großflächigen Solarparks auf einer solchen Hanglage erscheint nur unter strengen Auflagen und mit wirksamen Sicherungsmaßnahmen vereinbar.

Die hydrologischen Auswirkungen der Photovoltaik-Freiflächenanlage sind durch eine detaillierte fachliche Untersuchung zu bewerten und geeignete Schutzmaßnahmen zur Erosionsminderung und kontrollierten Wasserableitung vorzusehen, wie z. B. Versickerungsmulden, Retentionsflächen und befestigte Entwässerungssysteme. Insbesondere die Einbindung von Fachgutachten (Geologie, Bodenmechanik, Hydrologie) und deren Veröffentlichung im Verfahren sind erforderlich.

Ohne diese Maßnahmen drohen ·irreversible Schäden am Naturhaushalt und am Landschaftsbild, was dem öffentlichen Interesse an einem intakten und stabilen Landschaftsraum entgegensteht.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Innerhalb des Plangebietes liegt kein Geotop. Das nächstgelegene Geotop befindet sich in mindestens 1,3 km Entfernung. Die geologische Karte des Umweltportals SH stellt die Fläche als Geschiebelehm, -mergel dar. Eine besondere Schutzwürdigkeit resultiert daraus nicht. Die Böden sind zudem bereits durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung in ihrer Natürlichkeit überformt. Wertvolle oder seltene Böden sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern. Zwischen den Modulen selbst sind Ritzen, wodurch das Regenwasser nicht nur über die Modulunterkante abfließt. Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind. Ein verändertes Abflussverhalten ist also dahingehend festzustellen, dass es künftig nach Starkregenereignissen nicht mehr zu

verstärkten Wassereinträgen von den benachbarten Ackerschlägen kommt, die ggf. mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln belastet sind.

41.1.8 Umwidmung von Ackerflächen in einen Solarpark - ein öffentlicher Belang von besonderem Gewicht im Bauleitverfahren

Als weiteren Aspekt möchte ich die Umwidmung von fruchtbarem Ackerland mit hoher Ertragsfähigkeit in eine Industriefläche bemängeln.

"Der Grundsatz des schonenden Umgangs mit Grund und Boden hat vor allem bei Planungen im Außenbereich eine hervorgehobene Bedeutung. Freiräume sollen geschützt und ihre Funktionen qualitativ entwickelt werden" (siehe Erlass vom 09.09.2024).

Die geplante Solarfreiflächenanlage betrifft landwirtschaftlich genutzte Flächen mit hoher Ertragsfähigkeit und einem Bodenpunktwert von 55 bis 58. Das Landesentwicklungsprogramm Schleswig-Holstein (LEP SH) betont in Abschnitt 2.3 die Bedeutung der Erhaltung hochwertiger Böden für die Ernährungssicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Ausweisung von Flächen mit Bodenpunkten über 50 als besonders erhaltenswert ist dort explizit geregelt. Durch die dauerhafte Umwidmung der Flächen in eine Solarfreiflächenanlage wird wertvoller Ackerboden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen, was in Zeiten steigender Anforderungen an regionale Lebensmittelproduktion und Klimaanpassung problematisch ist.

Die Rechtsprechung (z.B. OVG Schleswig-Holstein, Urteil vom 12.07.2017 - 1 LB 45/15) unterstreicht, dass landwirtschaftliche Nutzflächen mit hohem Bodenwert nur in Ausnahmefällen für Bauvorhaben entzogen werden dürfen, sofern kein anderweitiger Ausgleich geschaffen wird. Hier fehlt bislang eine hinreichende Kompensation für den Verlust dieser hochwertigen Agrarflächen.

Nach § 1 Abs. 6 des Baugesetzbuchs (BauGB) sind öffentliche Belange, darunter auch die Sicherung leistungsfähiger Landwirtschaft, bei der Bauleitplanung besonders zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund ist der Schutz der landwirtschaftlichen Flächen mit hoher Ertragsfähigkeit und Bodenpunktwerten zwischen 55-58 als öffentlicher Belang von besonderem Gewicht zu werten. Das Bauleitverfahren muss sicherstellen, dass eine Abwägung stattfindet, die den Erhalt dieser Flächen und die Ernährungssicherung berücksichtigt, andernfalls besteht Veranlassung zur Nachbesserung oder Ablehnung der Planung.

2021 betrug die Gesamtfläche von Solarfreiflächenanlagen 32.000 Hektar. Deutschlandweit sollen weiterhin mehrere Tausend Hektar Ackerland in Solarparks umgewandelt werden: *"Für den geplanten Bau von PV-Freiflächenanlagen würden in den kommenden Jahren 80. 000 Hektar Agrarfläche gebraucht, kritisiert der Deutsche Bauernverband."* (https://www.tagesschau.de/wirtschaft/agrarflaechen-nutzung-anbaunahrung-photovoltaik-100.html). Gleichzeitig wird derzeit gefordert, stillgelegte Ausgleichsflächen wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen, um den Getreidebedarf decken zu können.

Viele Landwirte haben das Ackerland, das sie bewirtschaften gepachtet, weil sie sich die hohen Bodenpreise nicht mehr leisten können (siehe Abb.), und befürchten zu Recht, dass ihre Pachtverträge nicht verlängert werden, weil Pächter von den Investoren von Solarparks 3.000 bis 5.000 Euro pro Hektar geboten bekommen. Solche Summen können Landwirte, die im Durchschnitt 600 Euro pro Hektar zahlen, nicht aufbringen und viele werden ihre Betriebe schließen müssen (https://www.agrar-heute.com/energie/immer-teurere-pacht-nehmen-pv-anlagenlandwirten-flaechen-weg-627691). Seit 2005 sind die Kaufpreise· für Agrarflächen in Schleswig-Holstein um

140 %' gestiegen und liegen inzwischen bei 30.000 Euro pro Hektar. Was am Ende übrig bleibt, ist die industrielle Landwirtschaft der Agrarkonzerne - mit ihren negativen Folgen für Mensch und Natur - die die Bodenpreise in die Höhe getrieben haben.

"Experten beobachten generell eine zunehmende Flächenkonkurrenz in den vergangenen Jahren. Nicht nur Landwirtschaft und Wald, auch Gewerbegebiete, Wohnraum und Klimaschutz bräuchten Platz. "Fläche ist eine umkämpfte Ressource", sagt Antje Bruns, Professorin für Geographie an der Universität Trier. Die Energiewende verschärft die Problematik zusätzlich. "Die unterschiedlichen Formen der Erneuerbaren Energien, zum Beispiel die Freiflächen-Photovoltaik, sind deutlich flächenintensiver als die fossile und die atomare Energieerzeugung."

(https://www.tagesschau.de/wirtschaft/agrarflaechen-nutzung-anbau-nahrung-photovoltaik-100.html).

Inzwischen sehen auch die Bauernverbände die Nutzung von Ackerflächen für SFA sehr kritisch:

„Es ist absolut kritisch zu sehen, dass eine beträchtliche Anzahl von Flächen künftig für die Solarstrom- anstatt die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden soll. Wir Landwirte produzieren an allererster Stelle hochwertige Lebensmittel und sorgen so für Ernährungssicherheit. Landwirtschaftliche Flächen sollten primär stets zu diesem Zwecke verwendet werden. Die Energieerzeugung darf nicht zulasten regionaler Lebensmittelproduktion gehen." Dr. Manfred Leberecht, Vizepräsident des Bauernverbandes

Der Bayerische Bauernverband (BBV) warnt die Landwirte davor, ihre Felder und Wiesen unüberlegt zu verpachten: „*Wir müssen in der Flächennutzung flexibel bleiben",* fordert Christian Bürger, Referent für erneuerbare Energien vom BBV. *"Die heimische Lebensmittelproduktion könnte im Zuge des Klimawandels immer wichtiger werden.*

Deswegen eigneten sich nur Minderstandorte, Konversionsflächen oder ehemalige Kiesgruben für FF-PV" (https://www.agrarheute.com/energie/strom/solaranlage-acker-diese-risiken-lauern-landwirte-635168).

Der Ukraine-Krieg und der Konflikt mit Russland - die Ukraine als "Kornkammer Europas" - zeigen deutlich, wie wichtig eine unabhängige Versorgung der Bevölkerung ist.

Auch der Klimawandel soll zukünftig immer stärker zu fehlenden Erträgen in der Landwirtschaft führen. Die für Solarparks genutzten Ackerflächen fehlen aus meiner Sicht zur Versorgung der Bevölkerung und gefährden die Ernährungssicherheit.

In Großbritannien, wo sich 2/3 der Solarparks auf Ackerflächen befinden, fordern Politiker aufgrund von Bedenken wegen der Ernährungssicherheit des Landes aktuell ein Verbot von Solarparks auf hochwertigen Ackerflächen. Das sollte zum Nachdenken anregen.

Auch die UNB verweist in ihrer Stellungnahme vom 30.11.2022 auf das Problem, fruchtbares Ackerland in Industriefläche zu verwandeln:

"Der ländliche Raum hat neben der Erhaltung von großflächigen Lebensräumen für Natur und Landschaft auch die immense Bedeutung von Erzeugung landwirtschaftlicher Nahrungsmittel. Bei den Flächen handelt es sich nach der Reichsbodenschätzung um sandige Lehme mit einer Bodenpunktzahl von 54/52 bis 58/55. *Sie sind für die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit als gut einzustufen.“*

Die Gemeinde Rantzau kritisiert in ihrer Stellungnahme vom 17.10.2022 aus diesem Grund das Vorhaben:

"Die Gemeinde Rantzau weist auf die sehr raren landwirtschaftlichen Flächen hin, welche zum Anbau von Nahrungsmitteln notwendig sind. Die Gemeinde Rantzau verweist hier auf die Weltweite Hungersnot bzw. die Weltweite Ernährungsunsicherheit, welche in 2021 den Höchststand erreichte."

Dennoch wurden diese kritischen Darstellungen in der Potentialanalyse nicht betrachtet und von der Gemeindevertretung nicht diskutiert. Sie finden in der Bauleitplanung keine Berücksichtigung.

Nach Aussage einer Studie, die der Bundesverbandes neue Energiewirtschaft e.V. (BNE) in Auftrag gegeben hat (2019, Peschel et al.), sollen SFA im Vergleich zu landwirtschaftlich intensiv bewirtschafteten Flächen die Bio-Diversität erhöhen und Biotope für Kleintiere wie Lurche und Amphibien und bodenbrütende Vögel darstellen. Der BNE ist die Interessenvertretung für die Energiewirtschaft auf Bundes- und EU-Ebene und verfolgt daher vorwiegend die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Unabhängige Langzeit-Studien zu der Aussage liegen uns nicht vor. Die Planung der Anlage Brekels-Hohenkamp zeigt, dass hier im Anschluss keine Flächenaufwertung und auch keine Erhöhung der Bio-Diversität vorliegen werden, da hier ganz andere Kriterien an die Anlage anzusetzen wären, wie sie der NABU (NABU, Tina Mieritz, Der naturverträgliche Ausbau der Photovoltaik, 04/2021) und der Landesjagdverband (https://ljvsh.de/wp-cohtent/uploads/LJV SH_ Solarenergie-wildtierfreundlich-planen.pdf) vorgeben. Es gibt aus meiner Sicht wesentlich geeignetere Flächen als Acker- und Grünland für den Einsatz erneuerbarer Energien. Bisher sind z. B. die Dachflächen als Flächen für PV-Anlagen nicht einmal annähernd ausgeschöpft. Auch überdachte Autobahnen wären denkbar.

Bei der Bauleitplanung wurde unberechtigterweise die Umwidmungssperrklausel gemäß der §§ 1 und 1 a Baugesetzbuch umgangen: Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen sollte nur im notwendigen Umfang stattfinden. Die Notwendigkeit ist nicht allein durch das EEG zu begründen, da die für den Solarpark "Brekels-Hohenkamp" vorgesehene Fläche unter die "Flächen mit besonderem Abwägungs- und Prüferfordernis" fällt und somit fehlt hier eine plausible Begründung.

Ich lehne daher die 4. Flächennutzungsplanänderung und damit die Umwidmung der Fläche von Ackerland in ein Sondergebiet für Photovoltaikanlagen ab.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde. Somit liegt eine Bodenzahl von 38 bis 60 vor.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich

geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Innerhalb der Gemeinde liegen keine Konversionsflächen oder Autobahnen. Dennoch möchte die Gemeinde die Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung unterstützen. Das Planungsziel, der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage ermöglicht einen schnelleren großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der (Gemeinde)Gebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§ 2 EEG).

41.2 Verstoß gegen die Abwägungspflicht gemäß § 1.Abs. 6 Baugesetzbuch

Das Gebot der gerechten Abwägung ist ein zentrales Prinzip im deutschen Verwaltungsrecht, das sicherstellen soll, dass bei Entscheidungen der Verwaltung die verschiedenen Interessen fair und ausgewogen berücksichtigt werden. Das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) verpflichtet in § 28 dazu, bei Verwaltungsentscheidungen die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen und abzuwägen.

Das Baugesetzbuch (BauGB) enthält in § 1 Abs. 6 die Vorschrift, dass bei der Aufstellung von Bauleitplänen und bei der Entscheidung über Bauanträge die Belange der Umwelt, der Nachbarschaft sowie anderer öffentlicher und privater Interessen gerecht abgewogen werden müssen. Damit ist das Gebot der gerechten Abwägung explizit verankert. Zusätzlich regelt das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Berücksichtigung umweltbezogener Belange bei Planungen und Entscheidungen, was ebenfalls eine gerechte Abwägung voraussetzt.

Die Anforderungen an das Gebot der gerechten Abwägung hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in der Entscheidung BVerwGE 34, 301, 309 zusammengefasst:

Das Gebot der gerechten Abwägung ist verletzt,

1. wenn überhaupt keine sachgerechte Abwägung stattfindet,
2. wenn Belange nicht berücksichtigt werden, die nach Lage der Dinge in die Abwägung einzustellen sind,
3. wenn die Bedeutung der betroffenen privaten Belange verkannt wird und
4. wenn der Ausgleich zwischen den öffentlichen Belangen in der Planung in einer Weise erfolgt, die die objektive Gewichtung einzelner Belange außer Verhältnis setzt.

Aus meiner Sicht wurde keine dieser Anforderungen hinreichend erfüllt, weshalb eine sachgerechte Abwägung nach meiner Einschätzung nicht stattgefunden hat. Dies wird in den nächsten Abschnitten begründet.

41.2.1 Abwägungspflicht trotz § 2 EEG?

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaik-Anlagen zu fördern und sieht sich in der „*gesellschaftlichen Verpflichtung",* innerhalb des Gemeindegebiets C02-arme Energie bereitzustellen.

Das beauftragte Planungsbüro beruft sich in der Potenzialanalyse vom 29.03.2023 sowie in den Begründungen zur Änderung des 4. Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 2 auf das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 einen Anteil von 80 % erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch zu erreichen. Auch das sogenannte „Osterpaket" sowie insbesondere § 2 EEG werden bemüht, um zu betonen, dass die geplante Solarfreiflächenanlage im „überragenden öffentlichen Interesse" liege – und damit Vorrang vor nahezu allen anderen Belangen habe:

§ 2 EEG 2023 - Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien „*Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden."*

Planungsbüro, Vorhabenträger, Verpächter und Gemeindevertretung gehen offenbar davon aus, dass das EEG sämtliche Abwägungserfordernisse überwiege und dem Vorhaben damit rechtlich nichts entgegenstünde. Diese Annahme greift in dieser Absolutheit zu kurz.

§ 2 EEG ist kein Freibrief - die Abwägungspflicht nach § 1 Abs. 6 BauGB bleibt bestehen, denn die Bauleitplanung ist und bleibt ein Abwägungsprozess nach§ 1 Abs. 6 BauGB.

Der § 2 EEG stellt den Ausbau erneuerbarer Energien unter ein überragendes öffentliches Interesse - jedoch nicht pauschal und unbegrenzt. Vielmehr gilt er im Rahmen eines einzelfallbezogenen, sorgfältigen Abwägungsprozesses nach § 1 Abs. 6 BauGB. Das EEG enthält keine Planungsanweisung, sondern eine Gewichtungsvorgabe für die Abwägung.

Das bedeutet konkret:

- Das überragende öffentliche Interesse verändert die Gewichtung, hebt aber andere Belange nicht auf.
- Auch bei Vorhaben im Sinne des EEG gilt der Grundsatz der Abwägungsgerechtigkeit: Sind andere Schutzgüter - z. B. Artenschutz, Denkmalschutz oder Landschaftsbild - besonders stark betroffen, kann ein Vorhaben trotz EEG-Vorrang unzulässig sein.
- Bei Flächen mit mehrfachen, erheblichen Konflikten ist eine pauschale Durchsetzung des EEG-Interesses nicht rechtmäßig.

Das Plangebiet weist eine Vielzahl erheblicher Konfliktlagen auf.

Die Fläche „Brekels-Hohenkamp" liegt in einem besonders schutzwürdigen Bereich, der laut Erlass „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich" (09.09.2024) mehrfach als Fläche „mit erhöhtem Abwägungs- und Prüfungsbedarf einzustufen ist. Das Gebiet ist weder konfliktarm noch privilegiert. Zu den schwerwiegenden Belangen zählen (vgl. auch Kapitel 1):

- Artenschutzrechtliche Anforderungen nach § 44 ff BNatSchG durch regelmäßig nachgewiesene Brut- und Rastvorkommen geschützter Art.en, u. a. Kranich, Seeadler, Feldlerche, Rebhuhn, Rotbauchunke, Kammmolch, Ringelnatter, Waldeidechse, Fischotter, Fledermäuse, Eichenbock und der Nachtkerzenschwärmer.
- Lage im Naturpark Holsteinische Schweiz gem. § 27 Bundesnaturschutzgesetz i. V. m. § 16 Landesnaturschutzgesetz
- Gebiet mit landesweiter Bedeutung als Rast- und Nahrungsfläche für Zug- und Rastvögel oder Brutgebiete - u. a. Kraniche, Adler und Gänse - (Artenschutzrechtliche Prüfung gern. § 44 ff BNatSchG)
- Geologisch und geomorphologisch schützenswerte Formationen, die das Landschaftsbild und die Naturraumeinheit prägen (Geotope, die sich durch ihre besondere erdgeschichtliche Bedeutung, Seltenheit, Eigenart, Form oder Schönheit auszeichnen)
- landwirtschaftlich genutzte Fläche mit hoher Ertragsfähigkeit - in Zeiten der Ernährungssicherung von wachsender Relevanz
- Bereiche mit einem baulich und siedlungsstrukturell wenig vorbelastetem Landschaftsbild: Unzerschnittenes, landschaftsästhetisch hochwertiges Gebiet, bislang ohne technische Vorprägung

- Kulturdenkmale und Schutzzonen gem. § 2 Abs. 2 und 3 Landes-Denkmalschutzgesetz: Kulturdenkmale wie die Landarbeiterkaten im Denkmalensemble „Brekels" sowie Flächen mit hohem archäologischem Potential
- Flächen zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft im Sinne von § 1 Abs. 4 BNatSchG (insbesondere historisch gewachsene Kulturlandschaften mit ihren historisch überlieferten Landschaftselementen, wie z. B. Knicks, Beet- und Gruppenstrukturen sowie strukturreiche Agrarlandschaften)
- Schutz- und Pufferbereiche zu Flächen mit fachrechtlicher Ausschlusswirkung, wie z. B. Waldflächen, Naturschutzgebiete, Schwerpunktbereiche des Schutzgebiets und Biotopverbundssystems SH gern. § 20 BNatSchG i. V. m. § 12 LNatSchG: Unmittelbare Nähe zu Flächen mit fachrechtlicher Ausschlusswirkung, insbesondere zum Wald und zum schutzwürdigen Kossautal auf der anderen Straßenseite

Der Erlass vom 09.09.2024 fordert, bei solchen Flächen die betroffenen Belange nachvollziehbar, verhältnismäßig und konfliktbewusst in die Abwägung einzubeziehen. Eine bloße Bezugnahme auf § 2 EEG ersetzt diese differenzierte Abwägung nicht.

Fehlende Alternativenprüfung - Potenziale für Dachflächen unberücksichtigt

§ 4 EEG 2023 verweist auf den angestrebten Ausbaupfad:

"Dabei soll für die Steigerung der installierten Leistung (von Solaranlagen, Anm. der Verfasserin) *nach Satz 1 Nummer 3 ein Zubau von Solaranlagen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand mindestens im Umfang, des Zubaus von Freiflächenanlagen und Solaranlagen auf, an oder in einer baulichen Anlage, die weder* Gebäude *noch Lärmschutzwand ist, angestrebt werden."*

Das bedeutet: Mindestens 50 % der installierten PV-Leistung sollen auf Gebäuden oder vergleichbaren Strukturen entstehen. Wenn - wie hier- keine konfliktarmen Freiflächen zur Verfügung stehen, sollte die Gemeinde im Rahmen des Bauleitverfahrens prüfen, ob und wie sie ihren Beitrag zur Energiewende über Dachflächen oder andere versiegelte Flächen leisten kann.

Eine solche Alternativenprüfung gehört zwingend zur Abwägung. Sie fehlt im aktuellen Verfahren und sollte nachgeholt werden.

Fazit:

Angesichts der Vielzahl gravierender Konfliktlagen - insbesondere der Lage im Naturpark, der artenschutzrechtlichen Relevanz sowie der denkmalrechtlichen Schutzgüter - kann das „überragende öffentliche Interesse" an der PV-Freiflächenanlage nicht ohne Weiteres überwiegen. Ohne nachvollziehbare Abwägung und Prüfung der Alternativen ist das Verfahren rechtlich angreifbar - insbesondere im Hinblick auf die Grundsätze der Abwägungsgerechtigkeit (§ 1 Abs. 7 BauGB) und den Schutz gesetzlich geschützter Arten (§ 44 BNatSchG).

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch. Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B.

Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

41.2.2 Kritik an der "Gemeindeweiten Potentialanalyse zur Feststellung geeigneter Flächen für Solarfreiflächenanlagen"

Das Planungsbüro Ostholstein, […], hat im Auftrag der Gemeinde Grebin eine "Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen" ausgearbeitet.

Bei der Suche nach geeigneten Flächen wurden aus der gesamten Gemeinde Grebin, die ca. 2.410 Hektar umfasst, lediglich vier Flächen in die Betrachtung einbezogen (siehe Potentialanalyse des PLOH in den Fassungen vom 06.07.2022 und 29.03.2023). Als geeignet wurde am Schluss lediglich eine Fläche befunden, nämlich „Brekels-Hohenkamp". Alternative Flächen, die nicht weniger für eine SFA geeignet wären – und davon gibt es gern. Regionalplan 2000, der zum Zeitpunkt der Potentialanalyse gültig war, durchaus noch weitere als nur die vier geprüften Flächen - sind in die Prüfung nicht einbezogen worden.

Unter anderen gibt es laut Regionalplan Flächen direkt um die Ortschaft Grebin, zwischen Grebin und Malente, Flächen an der Grenze zu Rantzau und an der 8430 die raumordnerisch für eine PV-Nutzung geeignet sein könnten, da sie nicht als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für Natur, Erholung oder Wasserwirtschaft ausgewiesen sind (siehe Abb. Ausschnitt Regionalplan).

Um die Konflikte mit dem Naturschutz, dem denkmalgeschützten Ensemble "Brekels" und den privaten Belangen der Anwohner und Anwohnerinnen in Brekels zu vermeiden, hätte man beispielsweise auch auf andere Flächen südlich zwischen Brekels und Schönweide zurückgreifen können. Diese hätten mehr Distanz zum Adlerhorst, zum Brutgebiet der Kraniche und Lerchen und zu dem denkmalgeschützten Ensemble. Es erschließt sich mir nicht, aus welchen Gründen diese. Flächen in die Betrachtung nicht eingegangen sind, in der Potentialanalyse gibt es dafür keine Begründung. Ob schon ich auch diese Flächen für nicht geeignet halte, macht es doch deutlich, dass hier keine hinreichende Prüfung von Standortalternativen - wie im BauGB und in der Fortschreibung des LEP 2021 gefordert - stattgefunden hat

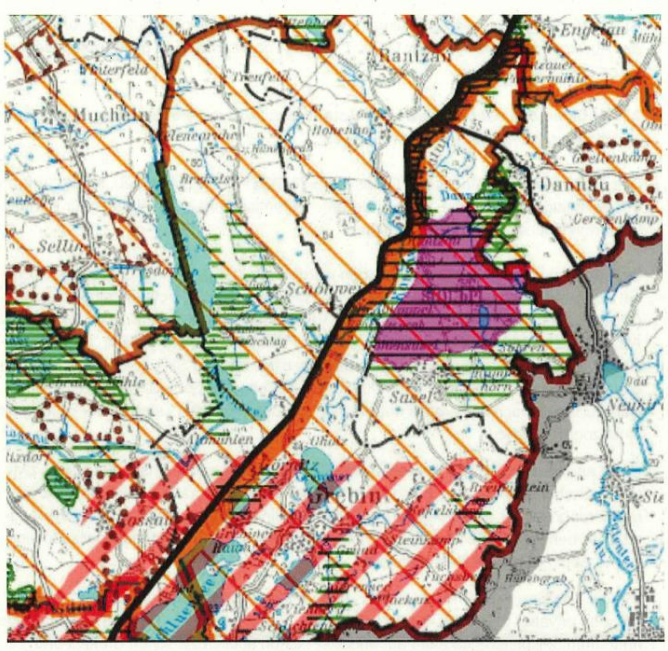


Abb.: Ausschnitt aus dem Regionalplan 2000 Planungsraum III

Gemäß der raumordnerischen Vorgaben (Verwaltungsvorschrift des MILIG vom 01.09.2021 und Erlass vom 09.09.2024) soll die Inanspruchnahme von·bisher unbelasteten Landschaftsteilen vermieden und stattdessen auf die Nutzung vorbelasteter Flächen mit vorhandener Infrastruktur zurückgegriffen werden.

Auf diese Verwaltungsvorschrift weisen sowohl das Landesplanungsamt am 07.11.2022: *"Nach Ziffer 4.5.2 Abs.2 LEP-Fortschreibung 2021 soll die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenflächenanlagen möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft. zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig auf vorbelastete Bereiche ausgerichtet werden. Die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen soll nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 vermieden werden."* als auch die Untere Naturschutzbehörde, sowie der Kreis Plön am 30.11.2022 in ihren Stellungnahmen an das Amt Großer Pläner See hin:

"Daher sollen Solarparks möglichst auf vorbelasteten Landschaftsteilen errichtet werden. Die Potentialanalyse wäre insgesamt hinsichtlich der Konzentration auf bereits vorbelastete Flächen zu überarbeiten."

Eine ausreichende Prüfung alternativer Standorte ist aus meiner Sicht bis heute nicht geschehen. Die Begründung des Planungsbüros, dass es in der gesamten Gemeinde keine vorbelasteten Flächen gibt, ist für eine Alternativenprüfung zum Standort nicht ausreichend, denn es gibt möglicherweise Flächen, die nicht derartig viele Abwägungs- und Prüfungstatbestände aufweisen.

Die Landesplanungsbehörde kritisiert daher auch in ihrer Stellungnahme zur Potentialanalyse (07.11.2022), dass z. B. der Verlauf der Bundesstraße B 430 nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP 2021 zu den vorbelasteten Bereichen gehört, aber in die Planung nicht eingeflossen ist und fordert, die Prioritätensetzung des Landesentwicklungsplanes 2021 im Konzept zu berücksichtigen:

"Als Vorbelastung des Landschaftsbildes ist der Abschnitt der Bahnlinie Kiel-Lübeck in der Untersuchung berücksichtigt worden. Nicht eingeflossen ist jedoch der Verlauf der Bundesstraße B 430, obwohl nach Ziffer 4.5.2 Abs. 2 LEP 2021 die Bereiche entlang von Bundesstraßen ebenfalls zu den vorbelasteten Bereichen gehört. Aus Sicht der Landesplanung ist es erforderlich, diese Prioritätensetzung des LEP 2021 im Konzept zu berücksichtigen. Ggf. ist darzulegen, warum diese Flächen nicht für eine

Freiflächen-Solarnutzung in Frage kommen und daher weitere Gemeindebereiche untersucht wurden. Für die untersuchten vier Teilflächen ist zunächst festzuhalten, dass sie mit Blick auf den LEP 2021 nicht vorrangig für die Entwicklung von Photovoltaikanlagen in Betracht kommen."

Diese Vorgaben und Empfehlungen sehe ich in der Potentialanalyse nicht berücksichtigt. Beispielsweise ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die Ackerfläche auf der anderen Seite der B430, an der Kreuzung Schönweide/Sasel, die direkt an einen Truppenübungsplatz angrenzt nicht in die Potentialanalyse aufgenommen wurde. Auf der gegenüberliegenden Seite steht ein überdimensionaler Güllebehälter. Wir haben es hier also mit einer deutlich vorbelasteten Fläche zu tun. Nur weil die EEG-Förderung hier nicht greift (Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2, S. 6), kann das kein Ausschlusskriterium für diese Flächen sein. Die Flächen um Brekels herum sind dagegen unbelastet (s.o.) und die notwendige Infrastruktur, u. a. zum Abtransport des Stroms, ist nicht vorhanden. Die Fläche "Hohenkamp" fällt also nicht unter die „geeigneten Suchräume".

Die Landesplanungsbehörde weist in ihrer Stellungnahme zur Potentialanalyse (07.11.2022) darauf hin, dass für die Fläche "Brekels Hohenkamp" in "der Potentialanalyse durch das Planungsbüro zwar eine "sehr gute Eignung" festgestellt wurde, dass aber auch für diese Fläche keine vorrangige Entwicklung in Betracht kommt, da keine Vorbelastungen in der näheren Umgebung identifiziert wurden. Die Landesplanungsbehörde schreibt außerdem, dass eine Photovoltaiknutzung nur auf konfliktarmen Flächen stattfinden soll.

Diese Kritik der Landesplanungsbehörde wurde von der Gemeindevertretung schlicht ignoriert, sie ist in die Abwägung nicht eingeflossen und wurde von den Gemeindevertretern an keiner Stelle öffentlich diskutiert.

Eine gleichwertige Prüfung alternativer Optionen mit ggf. geringerer Eingriffsintensität in die Umwelt und in die Belange von Anliegern hat also nicht stattgefunden.

An, dieser Stelle möchte ich auch erneut auf den unglücklichen Umstand hinweisen, dass die Gemeinde das o. a. Planungsbüro zwar beauftragt hat, finanziert wurde die Potenzialanalyse jedoch durch den Vorhabenträger, Blue Elephant Energy AG (BEE), dessen wirtschaftliche Interessen mit dem Ergebnis der Analyse durchgesetzt werden. Damit gerät die Gemeindevertretung in den Verdacht, einseitig die Interessen des Investors zu vertreten. Inzwischen hat das Planungsbüro auch noch den Auftrag für die weitere Planung vom Investor bekommen.

Insofern handelt es sich hier aus meiner Sicht nicht um eine unabhängige "gemeindeweite" Potentialfeststellung für geeignete Flächen. Vielmehr handelt es sich hier um eine einseitige Analyse und Festlegung, die nicht mit den Anforderungen des § 1 Abs. 7 BauGB in Einklang steht, denn gemäß Abwägungsgebot sind alle relevanten Belange gleichwertig zu berücksichtigen und objektiv zu gewichten. Die Abwägung ist zu dokumentieren.

Ich stelle daher infrage, dass im Verfahren zur Auswahl der SFA-Fläche in Grebin:

- eine sachgerechte und dokumentierte Abwägung gern. §1 BauGB erfolgt ist,
- alle möglicherweise geeigneten Flächen in die Abwägung einbezogen und nach einem objektiven Kriterienkatalog zur Auswahl der Fläche herangezogen wurden.

Ich komme daher zu folgendem Schluss: Eine gleichwertige Prüfung alternativer Standorte mit ggf. geringerer Eingriffsintensität in die Umwelt oder in die Belange von Anliegern ist sachlich geboten, hat aber nicht stattgefunden: Hierbei handelt es sich um einen wesentlichen Verfahrensfehler.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der Regionalplan trifft keine direkten Aussagen zu Eignungsflächen von PV-Freiflächenanlagen. Die Ermittlung von Eignungsflächen unterliegt der Planungshoheit der Gemeinde. Dabei sind die Kriterien des PV-Erlasses zu berücksichtigen. Dies ist der Gemeinde mit ihrem PV-Konzept von 2023 nachgekommen. In im Zuge dieses Konzeptes wurde die gesamte Gemeindefläche untersucht.

Große Abschnitte entlang der B 430 sind Waldflächen, die somit schon für die PV-Nutzung ausgeschlossen sind. Die restlichen Flächen entlang der B 430 liegen entweder in Schutzgebieten, die nach Landesentwicklung nicht für die Entwicklung von PV-Freiflächenanlagen geeignet sind. Hier würden Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Oder die Flächen liegen in Schutzgebieten, die auch abwägungsrelevant (weiche Faktoren) sind. In diesem Fall kann diesen Schutzgebieten eine höhere Wertigkeit als dem Naturpark zugeordnet werden.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Der Geltungsbereich ist ebenfalls nicht EEG-förderfähig.

Es besteht eine kommunale Planungshoheit. Dass die Planungskosten von einem Investor übernommen werden, entspricht der üblichen Praxis.

41.2.3 Berücksichtigung der Stellungnahmen von Behörden und Umweltverbänden

In den Beschlussempfehlungen des Planungsbüros OH (16.04.2025) zu den im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB zu dem Bebauungsplan Nr. 2 und der 4. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Grebin eingegangenen Stellungnahmen finden sich die Stellungnahmen verschiedener Institutionen, die in die Abwägung einfließen sollten. Dies ist aus meiner Sicht aber nur unzureichend bis gar nicht erfolgt (siehe auch 2.2).

<u>Stellungnahme der Landesplanungsbehörde des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes SH vom 12.03.2024</u>

Die Landesplanungsbehörde schreibt: *"Nach der Potentialstudie gehört die jetzt zur Planung vorgelegte Fläche zu den Eignungsbereichen im Außenbereich. Auch aus landesplanerischer Sicht sind nach der Karte des Regionalplanes keine einer Photovoltaikanlage entgegenstehenden Belange erkennbar. Gleichwohl handelt es sich aus landesplanerischer Sicht aufgrund der unbelasteten Landschaft weiter um keine für Photovoltaikanlagen vorrangig in Anspruch zu nehmende Fläche. Ich verweise an dieser Stelle auch auf die kritische Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön vom 04.03.2024."*

Die Beschlussempfehlung des Planungsbüros lautet: *"Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen."* Sie fließt aber in die Abwägung nicht mit ein und wurde auch zu

keiner Zeit von der Gemeinde kritisch diskutiert. Im Bauleitverfahren wird diese kritische Aussage nicht in die Abwägung aufgenommen.

Obwohl die Landesplanungsbehörde dem Projekt keine raumordnerischen Ziele aus dem LEP entgegenstellen kann, bedeutet dies keineswegs eine konfliktfreie Eignung der Fläche. Vielmehr verweist die Behörde selbst auf die kritische Lage und bestätigt damit die Notwendigkeit, Belange wie Artenschutz, Denkmalschutz, landschaftliches Erleben, landwirtschaftliche Bodenqualität und kulturelles Erbe eigenständig im Rahmen der Bauleitplanung zu würdigen und zu gewichten.

Die raumordnerische Einschätzung ersetzt keine fachgutachterliche Bewertung der Umweltauswirkungen, keine juristische Prüfung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände (§ 44 BNatSchG) und keine planerische Abwägungspflicht nach § 1 Abs. 7 BauGB.

Gerade dort, wo ein Projekt nicht ausgeschlossen ist, aber zahlreiche Konflikte aufweist, kommt es auf die Qualität und Tiefe der kommunalen Abwägung an - und auf den Mut, kritische Vorhaben auch abzulehnen, wenn die Summe der Konflikte die Verträglichkeit übersteigt.

Stellungnahme der UNB

Die UNB verweist auf ihre deutlich kritische Stellungnahme vom 30.11.2022 und schreibt: *"Trotz der dort* (in der Stellungnahme vom 30.11.2022, Anm. Verfasser) *erhobenen Bedenken wird die Planung der Gemeinde weiter betrieben."*

"Mit dieser Planung wird die Zerschneidung und die Zersiedlung von bisher unbelasteten Lebens- und Naturräumen weiter vorangetrieben und damit unsere Lebensgrundlagen für Menschen, Tourismus. und Natur weiter erheblich beeinträchtigt. Diese Planung widerspricht den Zielen und Grundsätzen des Bundes- und Landesnaturschutzgesetzes."

Auch auf das Problem, fruchtbares Ackerland in Industriefläche zu verwandeln geht die UNB kritisch ein:

"Der ländliche Raum hat neben der Erhaltung von großflächigen Lebensräumen für Natur und Landschaft auch die immense Bedeutung von Erzeugung landwirtschaftlicher Nahrungsmittel. Bei den Flächen handelt es sich nach der Reichsbodenschätzung um sandige Lehme mit einer Bodenpunktzahl von 54/52 bis 58/55. *Sie sind für die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit als guteinzustufen."*

Vorwurf und Kritik werden in der Gemeinde nicht diskutiert und finden in der Abwägung der Bauleitplanung keinerlei Berücksichtigung. Bezugnehmend auf den B-Plan weist die UNB auf die Herkulesstauden hin, die sich bereits seit Jahren am nördlichen Rand der Ackerfläche ausbreiten. Sie äußert die Befürchtung, dass die Pflanze sich im Bereich des Planungsgebiets und Umgebung weiter ausbreiten könnte. Die Sorge trage ich im Übrigen auch, da die Herkulesstaude sich bereits an den Straßenrändern, im gegenüberliegenden Landschaftsschutzgebiet und in den Gärten der Siedlung ausbreitet.

Hier lautet die Antwort des Planungsbüros: *"Durch die vorgesehene Mahd wird eine Ausbreitung erschwert. Eine Ausbreitung der Herkulesstaude ist nicht vollumfänglich zu verhindern."*

Diese Antwort ist unbefriedigend und berücksichtigt nicht hinreichend das öffentliche Interesse sowie das Interesse der Anlieger. Das Problem taucht in der Bauleitplanung nicht auf und muss nachbearbeitet werden.

Hier liegt auch ein persönliches Interesse von mir:

Die Herkulesstaude breitet sich durch Aussaat vom Feldrand bereits seit Jahren immer invasiver bei mir im Garten aus, obwohl ich die Staude bekämpfe. Sollte der Vorhabenträger eine Verbreitung nicht verhindern, fordere ich, dass die Staude auf Kosten des Vorhabenträgers jährlich durch Ausstechen von meinem Grundstück entfernt wird.

Stellungnahme der Denkmalschutzbehörden

Die Stellungnahmen der Unteren Denkmalbehörde und des Landesamtes für Denkmalpflege fehlen. Erstaunlicherweise steht dennoch in der Beschlussempfehlung *"Die Stellungnahme wird berücksichtigt".* Ich frage mich, welche Stellungnahme hier gemeint ist. In der Bauleitplanung findet der Denkmalschutz der unter Denkmalschutz stehenden Sachgemeinschaft Brekels keinerlei Erwähnung und ist in die Abwägung nicht mit eingeflossen (siehe Kapitel 1.5). Das ist ein Verfahrensfehler.

Stellungnahme der Jagdbehörde

Die Jagdbehörde gibt fachliche Empfehlungen und regt gleichzeitig verschiedene Ausgleichsmaßnahmen zur Biotopgestaltung an.

- Laut Jagdbehörde sollten *„derartig große* PV-Anlagen" Wildkorridore enthalten, die mindestens 20 Meter breit sind, da sie sonst von den Tieren kaum oder gar nicht angenommen werden. Der mittig liegende Knickwall muss aus Sicht der Behörde in südlicher und nördlicher Richtung 25 m Abstandsflächen erhalten.

Beide Vorgaben finden in der Planung keinerlei Berücksichtigung. Der Knickwall wird eingezäunt und die Tiere müssen um die 50 Hektar große Anlage herumwandern. Am Knick nördlich der Anlage sowie zwischen Straße und Anlage sind nur 3 m breite Streifen geplant. Daher sind selbst für das Umwandern der geplanten Anlage die Bedingungen für das Wild voraussichtlich nicht annehmbar und sehr gefährlich.

- Nach Aussage der Jagdbehörde erfordern *"derartig große Anlagen"* zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen möglichst unmittelbar vor Ort.

Von den Vorschlägen wird in der Beschlussempfehlung zunächst alles abgelehnt, aber in die Bauleitplanung immerhin ein 600 qm Flachgewässer aufgenommen, was zu begrüßen ist. Dennoch sollte auch über weitere Maßnahmen nachgedacht werden, die die Behörde vorgeschlagen hat. Ich fordere, die Ausgestaltung des Flachwasser-Biotops mit den Naturschutzverbänden abzustimmen.

- Die Jagdbehörde ist der Meinung, dass der 30 m breite Rand zum Wald auf 50 m erweitert werden sollte, da "die eingezäunte PV-Anlage einen enormen Flächenverlust - und damit auch Äsungsverlust – bedeutet“.

Das Planungsbüro hält den 30 m Abstand für ausreichend und lehnt "weitere Maßnahmen" ab.

- Der Abstand zur Gemeindestraße Schönweide-Brekels sollte laut Jagdbehörde ebenfalls mind. 30 m betragen, da "ziehende Arten ansonsten vom Zaun der PV-Anlage direkt wieder auf diese Straße zurückgedrängt" werden, wodurch es zu vermehrten Wildunfällen kommen kann. Die Jagdbehörde verweist hier ausdrücklich auch auf den Fischotter, da der westlich angrenzende Langbrücks Diek ein Nahrungsbiotop des seltenen Fischotters ist.

Das Planungsbüro und die Gemeinde halten jedoch den Abstand von 3 m vom Zaun der Anlage zur Straße für ausreichend. Da hier nicht nur Tiere zu Tode kommen können, sondern auch eine Gefährdung von Verkehrsteilnehmern vorliegt, fordern wir die Umsetzung des Vorschlags der Jagdbehörde.

- Laut Jagdbehörde sollte der Abstand zum nördlichen Knick gleichfalls 30 m betragen.

Auch diese Empfehlung wird abgelehnt: *"Es ist aus planerischer Sicht nicht nachvollziehbar, warum im nördlichen Bereich eine Sukzessionsfläche geschaffen werden soll."* Es geht hier jedoch nicht um die planerische Sicht, sondern um einen Korridor für das Wild, das das Planungsbüro offensichtlich nicht im Blick hat.

- Die Jagdbehörde wünscht sich auch im südlichen Bereich einen 30 m Abstand zum Knickwall in Ost-West-Richtung, um den Wilddruck auf den Knick zu verringern.

Obwohl die Gemeinde sich wegen des Wildverbisses eine Einzäunung des mittleren Knickwalls gewünscht hat, um diesen vor dem Wild zu schützen, wird der Abstand zum südlichen Knickwall abgelehnt: *"Es ist aus planerischer Sicht nicht nachvollziehbar, warum ein 30 m breiter Abstand zum südlichen Knick eingehalten werden soll. Es wird ein Abstand von 3 m gemäß Knickerlass eingehalten."* Auch hier wird deutlich, dass es keinesfalls um eine Aufwertung der Ackerfläche geht, sondern lediglich die unumgehbaren Forderungen hinsichtlich des Naturschutzes - gerade so - eingehalten werden.

- Die Jagdbehörde empfiehlt, dass das kleine zentrale Biotop im nördlichen Bereich, eine ehemalige Mergelkuhle, die fast ganzjährig Wasser führt, genutzt werden soll, um eine dauerhafte Besiedlung durch Vögel wie Kraniche und den Eisvogel sowie Insekten zu sichern und zu verbessern. Dafür wird ein Abstand zur Anlage von 15 m empfohlen.

Ein Abstand von 15 m würde aus meiner Sicht auch deshalb Sinn machen, damit die Großvögel eine Anlauffläche zum Auffliegen haben. Aber auch dieser Vorschlag wird abgelehnt. Ein Schutzabstand von 3 m wird für ausreichend gehalten.

- Zum Schluss empfiehlt die Jagdbehörde, *"dass auf den zum Teil devastierten Knickwällen heimische Sträucher und Wildobst im Einzelschutz angepflanzt"* werden.

Hierzu lautet die lapidare Antwort: *"Falls erforderlich werden die vorhandenen Knicks als Sichtschutz ergänzend bepflanzt."* Diese Antwort ist inakzeptabel. Der mittlere Steinwall hat fast gar keinen Bewuchs mehr und muss nachgepflanzt werden. Hier könnte der Vorschlag der Jagdbehörde aufgenommen werden.

Die Empfehlungen und Vorschläge der Behörde stoßen auf keinerlei Interesse der Gemeinde und werden auf vom Planungsbüro abgelehnt. Das verwundert uns, denn in Gemeindevertretersitzungen wurde damit geworben, dass mit der SFA zusätzliche Biotope geschaffen und die intensiv genutzte Ackerflächen mit der Anlage massiv aufgewertet werden sollten. Dies Ergebnis zeigt aus meiner Sicht, dass es bei der Anlage in erster Linie um monetäre Ziele geht und nicht - wie uns von Vorhabenträger und Planungsbüro sowie Gemeindevertretung wiederholt suggeriert wurde - um eine Aufwertung der Fläche.

Es verstößt meines Erachtens außerdem gegen das Abwägungsgebot, dass die Interessen der Jagdbehörde zum Schutz der Tiere im Plangebiet und in der·Umgebung der geplanten Anlage in der Bauleitplanung nicht hinreichend berücksichtigt wurden.

Ich fordere, die Empfehlungen und Vorschläge der Jagdbehörde vollumfänglich umzusetzen. In folgenden Punkten erweitere ich die Forderungen: Der Abstand zum Wald muss 400 m betragen und der Abstand zur nördlichen Siedlungsgrenze 500 m.

Berücksichtigung der Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft (AG) der nach § 29 BNatSchG beteiligten Naturschutzverbände in SH

Die in der AG-29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände verweisen in ihrer Stellungnahme vom 01.03.2024 auf die§§ 2 (4) und 2a (2) des BauGB sowie auf die in

Anlage 1 des BauGB festgelegten Standards und stellen klare Forderungen. Mit Ausnahme einer externen Ausgleichsfläche für die acht Lerchenpaare fanden die Forderungen leider keine Zustimmung beim Planungsbüro. Es wird auf die gängige Praxis der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung verwiesen. Darüber hinaus seien keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Bezüglich des Hinweises auf den Artenschutz werden lediglich die Lerchen aufgegriffen, alle anderen Vögel, wie Rebhühner werden außen vorgelassen.

Außerdem verweisen die Naturschutzverbände auf die Empfehlungen des Landesjagdverbandes SH aus dem Jahr 2022 (https://ljv-sh.de/wp-content/uploads/LJV SH_ Solarenergie-wildtierfreundlich-planen.pdf).

In dieser Broschüre sind deutliche Worte des Landesjagdverbandes über Solarfreiflächenanlagen zu finden:

"Es ist schlichtweg unnötig, dass schlecht geplante Solarparks unsere Landschaft verschandeln und wertvollen Boden zu einer wertlosen „Industriebrache" degradieren. Leider ist es einfacher, Solarparks schlecht zu planen, als diese ganzheitlich zu optimieren. Deshalb ist es wichtig, dass sich alle Projektbeteiligten mit der ökologischen Aufwertung von Solarparks auseinandersetzen und ihre Möglichkeiten nutzen, die Planung und den Betrieb von Solarparks positiv zu beeinflussen. Unsere Gesellschaft sollte einfach keine schlecht geplanten Solarparks mehr hinnehmen."

Das finde ich auch. Ich fordere daher, bei der Planung der nach Vorgabe der Gemeinde „naturverträglichen" SFA eine Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, eine Berücksichtigung der Empfehlungen der AG 29 sowie eine Prüfung durch die AG 29, ob innerhalb der Anlage hinreichend Habitate und Ausgleichsflächen geplant sind und ob die Ausgestaltung und Umsetzung der Biotope und Ausgleichsflächen den erforderlichen Standards entsprechen. Außerdem sind die Biotope und Ausgleichsflächen möglichst vor den Bauarbeiten mindestens aber parallel dazu zu schaffen. Ansonsten ist zu befürchten, dass manche Tierarten, denen das Habitat genommen wird, komplett vergrämt werden und auch nicht zurückkommen.

Ein Monitoring nebst Veröffentlichung der Ergebnisse wie von der AG 29 gefordert sehe ich als unbedingt erforderlich an.

<u>Berücksichtigung der NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen</u>

Die Gemeindevertretung Grebin hat am 29.03.2023 beschlossen, dass in der Planung der SFA "Hohenkamp" die NABU-Kriterien für naturverträgliche Solarfreiflächenanlagen zu berücksichtigen sind.

Wir zitieren aus der Niederschrift zur o. a. Sitzung:

"GV'in Rieper und GV Scholz teilen mit, dass bei dem Bebauungsplan der Naturschutz nicht außer Acht gelassen werden sollte und dass diese Kriterien im Beschluss mit aufgenommen werden sollten. Herr Nagel vom Planungsbüro antwortet, dass es sich hierbei um einheitliche Standards handelt, die mit der Gemeinde und dem Vorhabenträger abgestimmt werden. Es gibt einen Vorhabenbebauungsplan und einen Durchführungsvertrag, in dem die Verpflichtungen festgehalten werden. BGM Schuch teilt hierzu mit,· dass es sich hier um einen Grundsatzbeschluss handelt und dass dieser noch keine Details zur Bebauung enthält. Nach kurzer Diskussion wird der Beschluss um Punkt 7 ergänzt und beschlossen.

7. Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen des NABU sollen bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan berücksichtigt werden."

Bereits bei der Einwohnerversammlung am 09.11.2021, als erstmalig eine SFA-Planung in Grebin durch den Investor BEE und dem Verwalter des Grafen von

Westphalen als Verpächter vorgestellt wurde, wurde kommuniziert, dass sich der Investor am NABU-Standard orientieren wird.

Am 18.12.2023 fand ein Gespräch zwischen der Gutsverwaltung Rixdorf, dem Investor Blue Elephant Energy AG (BEE) und den beiden direkten Anliegern in Brekels statt. Bei diesem Treffen äußerte Herr Quast als Vertreter von BEE auf Nachfrage, dass die Gemeinde in den städtebaulichen Vertrag geschrieben habe, dass die NABU-Kriterien eingehalten werden müssen und dass der Investor sich verpflichtet, sich an die NABU-Kriterien zu halten.

Die Vorgabe der Gemeinde und die Selbstverpflichtung von BEE hinsichtlich der NABU-Kriterien werden im aktuellen Planungsstand in wesentlichen Aspekten nicht erfüllt bzw. eingehalten und es gibt keine Begründungen der Gemeinde oder des Planungsbüros für diese Abweichungen.

Auf Nachfrage einer Anwohnerin bei der Gemeindevertretersitzung vom 14.05.2025 wurde von einem Gemeindevertreter erwidert, dass es sich bei den NABU-Kriterien nur um Empfehlungen handeln würde, die man ja nicht alle einhalten müsse. Das sehen wir anders. Die Gemeindevertretung hat sich mit ihrem Beschluss an die NABU-Kriterien gebunden, auch wenn diese keine gesetzlichen Vorgaben sind. Die Aussage, dass man sich nicht daranhalten müsse, widerspricht dem eigenen Beschluss und ist rechtlich kritisch zu bewerten. Ein Beschluss der Gemeindevertretung hat eine Bindungswirkung und kann nicht ohne Begründung einfach geändert werden. Eine Nichtbeachtung der verbindlichen Beschlüsse gefährdet die Rechtmäßigkeit und das Vertrauen in das kommunale Verwaltungshandeln.

Die Abweichung vom Beschluss stellt möglicherweise eine Verletzung der kommunalen Selbstbindung (§ 16, § 55 KVG SH) dar. Eine Änderung der Vorgabe müsste demnach mit einem - begründeten - neuen Beschluss entschieden und schriftlich festgehalten werden.

An dieser Stelle möchte ich zum besseren Verständnis noch erläutern, in welcher Hinsicht sich das Planungsbüro nicht an die Vorgaben gehalten hat:

Bereits bei der Standortwahl und der Einbindung von Umweltbehörden und -verbänden wurden die NABU-Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen ignoriert:

"Aus Naturschutzsicht sollten dabei bevorzugt Flächen mit hoher Vorbelastung und geringer naturschutzfachlicher Bedeutung gewählt werden. Eine Zerschneidung der Landschaft sollte vermieden werden." (NABU und BSW, Gemeinsames Papier – Kriterien für naturverträgliche Photovoltaikanlagen, 2021). So sieht es auch die Untere Naturschutzbehörde (siehe oben).

"Eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen und frühzeitige Abstimmung des Planungsbüros mit der zuständigen Naturschutzbehörde schaffen Planungs- und Rechtssicherheit." (NABU und BSW, Gemeinsames Papier - Kriterien für naturverträgliche Photovoltaikanlagen, 2021)

Die Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde und des Landesplanungsamtes wurden zwar eingeholt, fanden bei der Planung aber kaum Berücksichtigung. Zum Beispiel schreibt das Landesplanungsamt in seiner Stellungnahme vom (12.03.2024): *"Gleichwohl handelt es sich aus landesplanerischer Sicht aufgrund der unbelasteten Landschaft weiter um keine für Photovoltaikanlagen vorrangig in Anspruch zu nehmende Fläche. Ich verweise an dieser Stelle auch auf die kritische Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön vom 04.03.2024."*

Das Planungsbüro teilte in der GVS vom 14.05.2025 lediglich mit, *"das Landesplanungsamt hat zugestimmt"* was nur bedingt korrekt ist (siehe Kap. 3).

"Örtliche Naturschutzverbände sollten bereits in einem frühen Stadium in die Planung einbezogen und deren Kenntnisse und Hinweise bei der Planung berücksichtigt werden." (NABU und BSW, Gemeinsames Papier - Kriterien für naturverträgliche Photovoltaikanlagen, 2021)

Örtliche Umweltverbände und der Jagdverband wurden zwar einbezogen, aber die Hinweise und Empfehlungen ausdrücklich nicht berücksichtigt. Gemäß § 1 Abs. 6 BauGB sind Umweltbelange bei der Planung zu berücksichtigen, auch hier hat die Gemeinde zu prüfen.

Der NABU schreibt hinsichtlich der PV auf aktuell landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen, dass es für eine naturverträgliche Ausgestaltung der Flächen *"unbedingt erforderlich ist, dass der Erhalt der Arten und Ökosysteme bei der Gestaltung und Anlage der Flächen im Vordergrund steht."* (NABU, Tina Mieritz, Der naturverträgliche Ausbau der Photovoltaik, 04/2021, S. 12-13). Diese übergeordnete Forderung des NABU ist durch den massiven Eingriff in den Artenschutz - nicht zuletzt durch das Vertreiben von 8 Lerchenpaaren - bereits nicht erfüllt. Der NABU (NABU, Tina Mieritz, Der naturverträgliche Ausbau der Photovoltaik, 04/2021) sieht für die naturverträgliche Planung und Gestaltung neben der Standortauswahl u. a. folgende Kriterien vor, die sich in der Planung der SFA "Hohenkamp" nicht wiederfinden:

- Ein begleitendes Naturschutz-Monitoring sollte im Bebauungsplan festgelegt werden (S. 17).
- Querungsmöglichkeiten für Großsäuger, die mindestens 50 Meter breit sind und nicht direkt an der Straße enden (S. 18)
- ausreichend breite und besonnte Streifen zwischen den Modulreihen, Mindestabstand drei Meter, als ökologisch optimale PV-FFA mindestens sechs Meter (S. 18),
- der Anteil der überschirmten Grundfläche darf 50 % der Gesamtfläche der Anlage nicht überschreiten (S. 19)
- Der Gesamtversiegelungsgrad einer PV-FFA darf inklusive aller Gebäudeteile fünf Prozent der Fläche nicht überschreiten und
- innerhalb der Einzäunung der Anlage sollen in der Regel breite Grünstreifen mit entweder mittel- bis hochwüchsigen Staudensäumen von mindestens drei Metern Breite oder naturnah gestalteten Hecken von mindestens sechs Metern vorgesehen werden (S. 19).

Auch die NABU-Empfehlungen aus der konkreten Stellungnahme des NABU zur geplanten SFA werden nur unzureichend berücksichtigt.

Der NABU schreibt in seiner Stellungnahme vom 04.03.2024, dass er dem Projekt zwar nicht ablehnend gegenübersteht, aber auch nicht bedenkenlos zustimmen kann. Er sieht in der Planung *"längst nicht alle naturschutzfachlichen Anforderungen als erfüllt an".* U. a. wird bemängelt, dass die Module zu dicht stehen, wodurch das Gelände weitgehend beschattet wird, so dass der prognostizierte Blütenreichtum sich nicht einstellen wird. Ein Abstand von 2,50 m zwischen den Modulreihen sei zu gering, um ein blüten- und insektenreiches Extensivgrünland zu realisieren. In den Unterlagen des Bauleitverfahrens wird nun ein Abstand von "ca. 3 m" angegeben. Diese vage Angabe bedeutet, dass später auch wieder auf die 2,50 m zurück geplant werden kann. Damit bin ich nicht einverstanden und fordere einen Abstand von mindestens 6 Metern zwischen den Modulreihen, wie in den NABU-Kriterien angegeben. Dies muss konkret und verbindlich in der Bauleitplanung verankert werden.

Außerdem fehlen in der Bauleitplanung die Angaben zur Versiegelungsfläche, die ggf. die o. a. 5 % überschreiten könnte. Diese Angaben müssen nachgeholt werden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht nach aktuellem Wissensstand abgewogen. Die Begründung wurde entsprechend dem Wissensstand ergänzt. Die Gemeinde hält an der erfolgten Beschlussempfehlung fest.

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

Hinweis zur Herkulesstaude: Es ist nicht die Aufgabe der Bauleitplanung, die weitere Ausbreitung von der Herkulesstaude in Privatgärten zu verhindern.

Die Kriterien für naturverträgliche Photovoltaik-Freiflächenanlagen von 2021 wurden entsprechend des Standortes erfüllt. // @ VHT: zwei Punkte sind nochmal abzustimmen (Netzanschluss, Langzeitmonitoring)

Die Begründung wird um eine Überprüfung der Kriterien ergänzt.

41.2.4 Beteiligung und Berücksichtigung der Belange der Anwohnerinnen und Anwohner in Brekels

In der Einwohnerversammlung vom 09.11.2021 in Schönweide, die vom Vorhabenträger als "frühzeitige öffentliche Beteiligung" kommuniziert wird, wurden vom Investor Blue Elephant Energy AG (BEE) und dem Verwalter des Grafen von Westphalen als Landeigentümer die beiden Gebiete "Züchterhof" und "Grellenkamp", als potenzielle Standorte für eine geplante Solarfreiflächenanlage vorgestellt. Bereits zu diesem Zeitpunkt haben wir Anwohner und Anwohnerinnen aus Brekels deutlich die Ablehnung einer solchen Anlage in der unmittelbaren Nähe von Brekels und Schönweide kommuniziert.

Diese beiden o. a. Flächen werden in der späteren Potentialanalyse nicht mehr in die Prüfung einbezogen. In der Gemeindevertretersitzung am 16.03.2022 wurde lediglich mitgeteilt, „die bisher angedachten Flächen" seien "nicht mehr relevant". Die nun zur Planung vorgesehene Fläche "Brekels-Hohenkamp" war in der Einwohnerversammlung überhaupt kein Thema - eine frühzeitige Beteiligung der Anwohnerschaft zu dieser Fläche fand nicht statt. Der Amtsvorsteher des Amtes Großer Plöner See bestätigte dies in einer E-Mail: „Die Bekanntmachung ist noch nicht erfolgt und somit auch noch keine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit."

Dies führt zu einem Verstoß gegen die Beteiligungsvorschriften des BauGB, insbesondere gegen § 3 Abs. 1 (frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung) sowie § 4 Abs. 1 (Öffentliche Auslegung des Planentwurfs). Gemäß den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) ist eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung verpflichtend (§ 3 Abs. 1 BauGB). Diese soll gewährleisten, dass die Öffentlichkeit frühzeitig über die Planungen informiert wird und ihre Belange angemessen einbringen kann. Die Unterlassung oder mangelhafte Durchführung dieser Beteiligung stellt einen Verfahrensfehler dar, der die Rechtmäßigkeit des gesamten Bauleitplanverfahrens infrage stellen kann.

Am 20.09.2023 beschloss die Gemeindevertretung, dass der Vorhabenträger vor der Entwurfsplanung die direkten Anwohner und die Gemeindevertretung mit dem Versuch einer einvernehmlichen Lösung einbindet. Am 06.11.2023 erhielten wir direkten Anlieger (Brekels 2 und 4) eine Einladung zu einem Gespräch mit dem Investor und dem Grundstückseigentümer. Die übrigen Haushalte in Brekels (1, 3, 5, 6 und 7) wurden nicht einbezogen. Das Gespräch fand am 18.12.2023 auf Gut Rixdorf statt - ohne Beteiligung des Bürgermeisters oder eines Vertreters. Zwar war der Austausch freundlich, jedoch wurde der mehrfach geäußerte Wunsch, die aktuelle Planung vorgestellt zu bekommen, abgelehnt- obwohl dies laut Einladung explizit angekündigt war. Von einer echten Beteiligung oder Verhandlungsbereitschaft konnte keine Rede sein. Auf Bitten der Anwohnerinnen in der Gemeindevertretersitzung am 21.02.2024 wurde beschlossen, ein weiteres Treffen mit allen Betroffenen zu ermöglichen. Doch dieses Treffen hat bis heute trotz mehrfacher Nachfrage durch mich nicht stattgefunden - und ist offenbar auch nicht mehr geplant.

Die privaten Belange der Anwohnerinnen und Anwohner der Siedlung Brekels sind also in der Abwägung nicht hinreichend berücksichtigt worden; obwohl die Anwohner in verschiedenen Gemeindevertretersitzungen (GVS) ihre Befürchtungen und Wünsche der Beteiligung mitgeteilt haben. Sie sind weder in die Potentialanalyse noch ins Bauleitverfahren aufgenommen worden. Auch die Wünsche und Sorgen, die wir direkten AnliegerInnen im Gespräch mit dem Investor·und dem Verpächter geäußert und in einem Protokoll festgehalten haben, das wir dem Verpächter und dem Investor zur Verfügung gestellt und der Gemeindevertretung angeboten haben, wurden nicht dokumentiert.

Die Berücksichtigung der Belange der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner ist gemäß§ 1 Abs. 6 BauGB bei der Abwägung zwingend vorgeschrieben. Die einseitige Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen der Investoren unter Vernachlässigung der Belange der Bürgerinnen und Bürger ist rechtswidrig und beeinträchtigt die Verfahrensgerechtigkeit erheblich.

Als betroffene Anwohnerin in unmittelbarer Nachbarschaft zur geplanten Anlage möchte ich meine persönliche Betroffenheit betonen:

Als direkt betroffene Anliegerin sehe ich durch das geplante Vorhaben nicht nur mein denkmalgeschütztes Eigentum gefährdet, sondern auch meine Lebensqualität, meinen gewachsenen Lebensraum sowie das soziale Gefüge und die kulturelle Identität des Ortes.

Ich habe mich bewusst für ein Leben in Brekels entschieden - für ein naturnahes, entschleunigtes Lebensumfeld inmitten einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft und in einem dörflichen Zusammenhang. Die landschaftliche Qualität, die Ruhe, die Natur und das gewachsene soziale Gefüge in Brekels waren zentrale Gründe für meine Wohnortwahl. Für mich ist dies nicht nur ein Wohnort, sondern ein persönlich gewählter Lebensraum mit hoher emotionaler und identitätsstiftender Bedeutung. Die weiten, offenen Blicke über Felder, die Stille der Umgebung, die nächtliche Dunkelheit und der Sternenhimmel, der Klang der Vogelstimmen und der unmittelbare Kontakt zur Natur sind für mich essenziell. Sie prägen meinen Alltag, mein Zuhause und meine tiefe Verbundenheit mit diesem Ort.

Mit der geplanten Anlage droht eine großflächige Industrialisierung der unmittelbaren Umgebung. Die visuelle Dominanz der Module, das Verschwinden gewohnter Horizonte, die technische Umgestaltung der Landschaft und die zu erwartende Dauerbeschallung während der Bauphase und ggf. auch im Betrieb der Anlage, bedeuten für mich einen gravierenden Eingriff in meine Lebensrealität. Der Charakter meines Gartens als Rückzugsort, als Biotop und lebendiger Lebensraum würde in seiner Qualität und Funktion wesentlich beeinträchtigt.

Hinzu kommt die zu erwartende Veränderung des sozialen Gefüges. Brekels ist geprägt von nachbarschaftlichem Zusammenhalt, gewachsener Vertrautheit und einer

gemeinsamen Verantwortung für das gemeinschaftliche Umfeld. Die Errichtung und der Betrieb einer großtechnischen Anlage verändern nicht nur die räumliche Struktur, sondern wirken auch auf das Miteinander der Menschen: Die Identifikation mit dem Ort, das Gefühl von Heimat und Zugehörigkeit geraten unter Druck, wenn sich das gewohnte Umfeld in eine technische Infrastrukturzone verwandelt. Die soziale Dimension dieser Veränderung wird bislang kaum berücksichtigt, ist jedoch für das langfristige Wohl der Dorfgemeinschaft von erheblicher Bedeutung. Wer die Wahl hat, zieht nicht neben einen Solarpark - das zeigt sich bereits heute: Ehemalige Nachbarn und Freunde von mir haben ihre Immobilie nach Bekanntwerden der Pläne verkauft. Weitere Abwanderung und eine Veränderung des sozialen Gefüges sind zu erwarten, sollte die Anlage realisiert werden. Die Menschen leben hier nicht trotz, sondern wegen der landschaftlichen Gegebenheiten, der Stille und der natürlichen Umgebung - all das droht nun verloren zu gehen.

Ich empfinde das Vorhaben nicht als bloße Veränderung der Umgebung, sondern als Bedrohung eines über viele Jahre aufgebauten Lebensortes - eines kulturell, ökologisch und sozial bedeutsamen Raumes. Die Belastung, die mit dem drohenden Verlust dieses vertrauten, behutsam aufgebauten Lebensumfelds einhergeht, ist nicht zu unterschätzen.

Ich rechne außerdem mit einem erheblichen Wertverlust meiner Immobilie (30-50 %), wie er bei ähnlichen Vorhaben dokumentiert wurde. Der Verlust an Wert meiner Immobilie betrifft nicht nur meine wirtschaftlichen Interessen, sondern auch meine Lebensgrundlage und Altersvorsorge. Damit ist mein persönliches Sicherheits- und Lebensfundament bedroht.

Aus Sicht vieler Anwohnerinnen und Anwohner wird im bisherigen Verfahren einseitig den monetären Interessen des Investors und des Grundstückseigentümers sowie den finanziellen Interessen der Gemeindevertretung gefolgt - auf Kosten der Lebensqualität, der Landschaft, der Tiere und der betroffenen Menschen vor Ort. Im Umgang mit den besonderen öffentlichen Belangen und Prüfungserfordernissen (s. Kapitel 1), den Stellungnahmen von Behörden, Naturschutz- und Jagdverbänden und den Bedürfnissen und Einwänden von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist bei mir der Eindruck entstanden, dass hier einseitig die wirtschaftlichen Interessen des Investors und des Grundstückseigentümers verfolgt werden.

Ich fordere daher, dass auch die menschliche Perspektive - die der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner - in der Abwägung angemessen gewichtet wird. Der Schutz von Landschaft, kulturellem Erbe, Lebensqualität und sozialer Stabilität darf nicht dem alleinigen Interesse an technischer Nutzung und finanziellen Interessen untergeordnet werden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird …

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt. Es sind keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und

unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).

41.2.5 Abwägungsfaktor Nutzen für die Gemeinde

Zu einer sachgemäßen Abwägung gehört auch und nicht zuletzt, dass geprüft wird, welchen tatsächlichen Wert respektive Nutzen, eine solche Anlage für die Gemeinde und ihre Mitglieder hat und daher muss eine Kosten-Nutzen-Analyse z. B. auch in finanzieller bzw. wirtschaftlicher Hinsicht aufgestellt werden. Eine solche Analyse, d. h. ein Abwägen der Konflikte und landschaftlichen wie landwirtschaftlichen Verluste, Verluste der Artenvielfalt, des Tourismus und persönlicher Lebensräume sowie weitere nachteilige Folgen, die eine solche Anlage für die Gemeinde mit sich bringt, im Vergleich zum wirtschaftlichen Nutzen, liegt nicht vor.

Das Argument der Aufwertung einer bisher intensiv genutzten Fläche kann hier nicht gelten. Die Fläche hat bereits eine sehr große Artenvielfalt und die weiteren Vorzüge sind in Kapitel 1 hinreichend beschrieben. Eine Aufwertung findet schon deshalb nicht statt, weil hier Arten wie Lerchen, Rebhühner und Wachteln vertrieben werden und auf der anderen Seite die Gestaltung der Anlage (geringe Abstände der Modulreihen, fehlende Querungskorridore etc.) keine Erhöhung der Bio-Diversität erzielen kann (siehe Kapitel 2, Stellungnahmen UNB, Jagdbehörde, NABU und AG 29). Und dass eine Aufwertung der Fläche im Grunde auch nicht wirklich ein Anliegen der Gemeinde ist, zeigt die Äußerung des Bürgermeisters in der Sitzung vom 14.05.2025, der auf die Verschuldung der Gemeinde hinweist und das Projekt damit begründet:

" ... deshalb das Projekt, auch wenn's keiner wirklich schön findet."

Schauen wir also auf den monetären Nutzen. Mit Gewerbesteuer ist mindestens in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu rechnen. Aber auch darüber hinaus wird es Abschreibungsmöglichkeiten - wie z. B. Reparaturen, Austausch von Modulen, Trafos, Batteriespeicher - geben, die die Gewerbesteuer reduzieren.

Bleibt die Ertragsbeteiligung. In der aktuellen Potentialanalyse vom 29.03.2023, wie sie im Bauleitverfahren veröffentlicht ist, schreibt das Planungsbüro: *"Besonders zu begrüßen ist, dass durch das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor" (dort Art. 2) ab dem 01.01.2023 die in § 6 EEG geregelte finanzielle Beteiligung der Kommunen mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde bei Windenergieanlagen und Solar-Freiflächenanlagen verbindlicher ausgestaltet wird."*

Dies suggeriert, dass es sich um eine gesetzlich garantierte Zahlung handelt und die Gemeinde verbindlich 0,2 et pro Kilowattstunde ausgezahlt bekommt.

Tatsächlich sieht § 6 EEG lediglich vor, dass der Betreiber einer Freiflächen-Photovoltaikanlage der betroffenen Gemeinde freiwillig eine Zahlung von bis zu 0,2 Cent pro eingespeister Kilowattstunde Strom anbieten darf. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.

Auch ist die Höhe nicht verbindlich festgelegt - sie hängt vollständig vom Angebot des Vorhabenträgers und der Verhandlungsbereitschaft der Gemeinde ab.

Kerninhalt§ 6 EEG:

- Betreiber von Freiflächen-Solaranlagen oder Windkraftanlagen dürfen den angrenzenden Gemeinden eine jährliche Zahlung von bis zu 0,2 Cent pro eingespeister Kilowattstunde anbieten.
- Diese Zahlung ist steuerfrei für die Gemeinden und zusätzlich zu möglichen Pachtzahlungen an kommunale Flächeninhaber.
- Die Zahlung muss vertraglich geregelt und freiwillig von beiden Seiten akzeptiert werden. Es gibt keinen Zwang, weder für den Betreiber noch für die Gemeinde.
- Geregelt ist auch, dass die Zahlung nicht auf Fördermittel angerechnet wird (sie bleibt also „obendrauf").
- Maximale Höhe: Sie darf die tatsächlich eingespeiste Strommenge (netto) x 0,2 ct/kWh nicht überschreiten.

Der Investor hat mehrfach geäußert, dass die Gemeinde bis zu 0,2 et pro kWh erhalten soll. Das ist eine sehr vage Aussage und bedeutet, dass der finanzielle Gewinn für die Gemeinde ungewiss ist und im schlechtesten Fall, z. B. bei Minus-Strompreisen, wie sie in letzter Zeit immer wieder einmal aufgetaucht sind, oder bei zeitweiliger Abschaltung der Anlage aufgrund zu hoher Netzbelastung, sogar komplett ausfallen könnte.

Die Gemeindevertretung hätte durchaus bessere Konditionen für ihre Gemeinde aushandeln können.

Die Solarparks im Naturpark Holsteinische Schweiz werden sich aus meiner Sicht negativ auf den Tourismus auswirken. Die Region bzw. die Menschen in dieser Region leben vorwiegend vom Tourismus und von der Landwirtschaft, nicht von der Industrie. Von der Solarfreiflächenanlage würden sie wirtschaftlich nicht profitieren, sondern stattdessen Einbußen in den Einnahmen durch Tourismus und eigene Solaranlagen auf Dächern (die im Falle von Netzüberlastung vorrangig abgeschaltet würden) erfahren. Kleine Landwirte können es sich nicht mehr leisten, Acker- und Grünflächen zu pachten, weil die Pachtpreise in die Höhe getrieben werden.

Ich fordere eine Kosten-Nutzen-Analyse, die den konkreten Nutzen für die Gemeinde den Kosten, wie Verlust an landwirtschaftlicher Fläche, Eingriff in unberührte Landschaft, Verlust einzelner Tierarten etc. gegenüber stellt.

Im Umgang mit den Stellungnahmen von Behörden, anderen Gemeinden, Naturschutz- und Jagdverbänden und den Bedürfnissen und Einwänden von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie einer Kosten-Nutzen-Analyse ist bei mir der Eindruck entstanden, dass hier einseitig die wirtschaftlichen Interessen des Investors und des Grundstückseigentümers verfolgt werden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird …

// Gewinnbeteiligung Gemeinde?

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen

bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

41.3 Mangelhafte interkommunale Abstimmung gemäß § 2 Baugesetzbuch

Im Rahmen der laufenden Bauleitplanung zur Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage in der Gemeinde Grebin weise ich auf einen weiteren gravierenden Verfahrensmangel hin, nämlich die nicht oder mangelhaft erfolgte interkommunale Abstimmung gemäß§ 2 Abs. 2 BauGB, gemäß Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Entwurf 2021 sowie gemäß Erlass "Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich" vom 09.09.2024.

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Entwurf 2021 sollen Planungen zu Solar-Freiflächenanlagen möglichst Gemeindegrenzen übergreifend abgestimmt werden, um räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen zu vermeiden (siehe Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde, vom 07.11.2022).

Gemäß § 2 Abs. 2 BauGB umfasst eine interkommunale Abstimmung insbesondere:

- die frühzeitige, transparente Information benachbarter Gemeinden über konkrete Planungsabsichten,
- eine dokumentierte Einladung zur aktiven Mitwirkung,
- die Berücksichtigung räumlicher Auswirkungen über Gemeindegrenzen hinweg, und
- eine fachliche Rückkopplung zur Entwicklung alternativer Standortoptionen.

Ausweislich der Unterlagen wurde jedoch vom Planungsbüro lediglich eine passive, formale Beteiligung der angrenzenden Gemeinden organisiert, nicht aber eine aktive Abstimmung im Sinne des Gesetzes.

Die Nachbargemeinde Rantzau, hat sich eindeutig gegen Solarfreiflächenanlagen auf Ackerflächen ausgesprochen hat, ohne dass dies in der Potentialanalyse, in der Abwägung oder in der Bauleitplanung eine erkennbare Rolle gespielt hätte.

Die Gemeinde Mucheln plant eine 70 Hektar-Anlage, was ggf. zu der räumlichen Überlastung führen könnte, die vermieden werden soll.

Die Gemeinde Lehmkuhlen plant eine 24 Hektar-Anlage; taucht in den Stellungnahmen jedoch nicht auf.

Die Gemeinde Lebrade plant eine ca. 12 Hektar-Anlage.

Die Gemeinde Lammershagen hat sich überhaupt nicht beteiligt. Auch in der Beschlussempfehlung vom 16.04.2025 findet sich hierzu kein Nachweis. Nachgefragt wurde offensichtlich nicht. Sie hat aber jüngst eine Stellungnahme zur geplanten SFA in Lebrade abgegeben und kommuniziert, dass sie selbst eine Anlage planen.

Die Stellungnahmen der Gemeinden wurden eingeholt, aber sie wurden offensichtlich weder diskutiert noch in irgendeiner Form berücksichtigt.

Die Anzahl der geplanten Solarparks - auch in Dannau soll eine Anlage geplant sein - macht deutlich, dass wir es hier mit einer zu vermeidenden Agglomeration von PV-Freiflächen auf kleinem Raum zu tun haben, da ein abgestimmtes Konzept fehlt.

Hinzu kommt, dass die Stellungnahmen der Gemeinden vor dem 20.09.2023 eingeholt wurden Zu diesem Zeitpunkt ging es lediglich um eine Fläche von 25 Hektar, d. h. die Stellungnahmen für den Beschluss sind veraltet und beziehen sich auf eine viel kleinere Fläche, denn am 20.09.2023 wurde der Aufstellungsbeschluss zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde nach Antrag des Investors durch die GV geändert und die SFA auf eine Fläche von über 50 Hektar erweitert. Es hätten also

nach dieser Verdoppelung der Fläche neue Stellungnahmen eingeholt und Gespräche geführt werden müssen.

Insgesamt fehlt also nach wie vor ein gemeindeübergreifendes Konzept, wie es oben gefordert wird.

Die Anforderungen wurden im vorliegenden Verfahren nicht erfüllt. Die Gemeinde ist hier ihrer Pflicht nicht nachgekommen.

Ich fordere, dass die Abstimmung - im oben beschriebenen Prozedere - vor der Fortsetzung irgendeiner Planung und dem Fällen von gemeindeinternen Beschlüssen, aber nach einem Gesamtkonzept für den Naturpark - nachgeholt wird. Dies ist im Falle der Solar-Freiflächen-Anlage in Grebin von besonderer Bedeutung, da es sich um die Planung einer Anlage im Naturpark handelt (siehe auch Punkt 1.1).

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das PV-Konzept wurde mit den Nachbargemeinden abgestimmt. Es wurden keine Raumnutzungskonflikte von den Nachbargemeinden zu bedenken gegeben. Auch die Landesplanung sieht hier keine besonders starken Raumnutzungskonflikte, dementsprechend wird auf ein Raumordnungsverfahren verzichtet. Eine Gemeinde, die keine Stellungnahme abgibt bzw. keine weitere Abstimmung fordert, „verzichtet […] auf die Geltendmachung ihrer eigenen Planungsinteressen." (PV-Erlass SH, 2024)

Im Rahmen der Bauleitplanung, parallel zur frühzeitigen Beteiligung, wurden die Nachbargemeinden gemäß § 2 (2) BauGB durchgeführt. Im Rahmen dieser Beteiligung haben keine Nachbargemeinden eine Stellungnahme abgegeben. Eine erneute Beteiligung der Nachbargemeinden aufgrund der Vergrößerung der Fläche, wurde nicht für erforderlich gehalten, da die Auswirkungen auf die Nachbargemeinden nicht erheblich zunehmen.

41.4 Kritik am Beschluss der Gemeindevertretung zur Änderung des 4. Flächennutzungsplanes

Auf Grundlage der Beschlussempfehlungen des Planungsbüros OH und einer Präsentation des Investors BEE wurde in der GVS am 14.05.25 der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans gefasst. Mein Eindruck war, dass die anwesenden GemeindevertreterInnen mangelnde Kenntnisse der finalen Potentialanalyse, der Beschlussempfehlungen und des Planungskonzeptes hatten und ihren Beschluss lediglich auf Grundlage des Kurzvortrags von […] vom Planungsbüro OH und der Präsentation von BEE fassen konnten. Mein Eindruck verfestigte sich durch die Aussagen von […]: "Sie haben es noch nicht gelesen" und einer Gemeindevertreterin: "Für uns Gemeindevertreter ist es so, als müssten wir über etwas abstimmen, was wir nicht kennen. Wir sind nicht informiert worden."

[…] hatte außerdem keine Präsentation vorbereitet, da die Pläne für die Beamer-Darstellung zu groß seien. Der Vortrag war sehr einseitig und aus meiner Sicht auch tendenziös. Beispiele für die einseitige Darstellung durch […], der damit die Gemeindevertretung möglicherweise in eine erwünschte Richtung beeinflusst hat, zitieren wir hier:

- *"Es gab eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit"* - Eine frühzeitige Beteiligung hat nicht stattgefunden (siehe Kap. 2.4)
- *"Die Landesplanung hat zugestimmt."* Diese Aussage ist so nicht ganz richtig. Wenn die Landesplanungsbehörde mitteilt, dass der geplanten PV-Freiflächenanlage „keine raumordnerischen Ziele entgegenstehen", meint sie damit: Im Landesentwicklungsplan (LEP SH 2021) und ggf. im Regionalplan gibt es

keine verbindlichen Ausschluss- oder Vorranggebiete, die die Nutzung dieser Fläche für PV-Anlagen formal untersagen würden. Das heißt jedoch nicht, dass der Standort konfliktfrei oder geeignet ist.

Die Landesplanung beurteilt primär:

- Formale raumordnerische Festlegungen (z. B. Vorranggebiete, Ausschlussflächen, Mindestabstände),
- landesweite Steuerungsziele wie Siedlungsentwicklung, Infrastruktur, Rohstoffsicherung usw.

Nicht im Zentrum ihrer Prüfung stehen:

- Artenschutz,
- Denkmalschutz,
- landschaftsästhetische Aspekte,
- faunistische Einzelgutachten,
- oder die kommunale Bauleitplanung im Detail.

Fazit: Eine „raumbedeutsame Zielaussage" fehlt - aber: das Projekt kann dennoch schwerwiegende Schutzgüter verletzen, die auf kommunaler oder fachrechtlicher Ebene relevant sind. Es fehlte das Ernstnehmen und die öffentliche Diskussion dieser Stellungnahme in der Gemeindevertretung

- *"Das Wild kann außen herumlaufen".* Die Jagdbehörde hat in ihrer Stellungnahme eindeutige Empfehlungen für mind. 20 Meter breite Wildkorridore gemacht, da Wildkorridore von geringerer Breite kaum angenommen werden. Solche Korridore sind in der Planung nicht vorgesehen. Der Abstand zur Gemeindestraße Schönweide - Brekels sollte mind. 30 Meter betragen, damit das Wild nicht auf die Straße geführt wird. Auch das ist in der Planung nicht vorgesehen. Das hätte das Planungsbüro übernehmen oder zumindest begründen und zur Diskussion stellen müssen, zumal es sich hier auch um eine Richtlinie des NABU für den Bau von SFA handelt, zu deren Einhaltung sich die Gemeindevertretung, der Planer und der Investor verpflichtet haben. Übrigens haben auch der örtliche NABU und die AG der nach § 29 BNatSchG beteiligten Naturschutzverbände in SH in ihren Stellungnahmen einen Wildkorridor empfohlen.
- *"Die Anzahl von Feldlerchen steigt an."* Diese Aussage ist schlichtweg falsch (siehe Kapitel 1)
- *"Die Verschaltung unter den Modulen hat durchaus etwas Gutes".* Der NABU schreibt in seiner Stellungnahme, dass er dem Projekt zwar nicht ablehnend gegenübersteht, aber auch nicht bedenkenlos zustimmen kann. Der NABU sieht in der Planung "längst nicht alle naturschutzfachlichen Anforderungen als erfüllt an". Das hat […] der GV leider verschwiegen. Der NABU bemängelt zum Beispiel, dass die Module zu dicht stehen, wodurch das Gelände weitgehend beschattet wird, so dass der prognostizierte Blütenreichtum sich nicht einstellen wird. Ein Abstand von 2,50 m zwischen den Modulreihen sei zu gering, um ein blüten- und insektenreiches Extensivgrünland zu realisieren.

Für die schwerwiegende Entscheidung der Änderung des Flächennutzungsplanes für eine SFA in dieser Größe in einem sensiblen Gebiet, das in neun Aspekten mit erheblichem öffentlichem Interesse besonderen Prüfungsanforderungen unterliegt, sind meines Erachtens eine differenziertere Darstellung und eine bessere Information und solide Sachkenntnis der Stimmberechtigten notwendig. Auch die unterschiedlichen Sichtweisen, Interessen und Belange hätten kritisch gegenübergestellt und externe Sachverständige angehört werden müssen, zumindest aber die Einwände und Hinweise der Stellungnahmen hätten Berücksichtigung finden müssen.

Aus diesem Grund stelle ich bereits den Beschluss der Gemeindevertretung und damit die Grundlage für die 4. Flächennutzungsplanänderung in Frage.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt. Es sind keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit eingegangen.

Die Landesplanung prüft raumordnerische Belange. Der Planung stehen keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Es werden entsprechend des gegenwärtigen Wissensstands nicht behauptet, dass keine Belange betroffen sind. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter wurden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

41.5 Erschließung: Planung des Umspannwerks und Handlungsbedarf im Bauleitverfahren

Beim Gespräch am 18.12.2023 mit der Gutsverwaltung Rixdorf, dem Investor Blue Elephant Energy AG (BEE) und den beiden direkten Anliegern wurde den Anliegern auf Nachfrage vom Investor mitgeteilt, dass ein Umspannwerk in 5 - 6 km Entfernung von der Siedlung Brekels auf dem Trenter Berg gebaut werden solle. Bei der Gemeindevertretersitzung am 14.05.2025 erfuhren wir beiläufig bei der Präsentation des Investors, dass das Umspannwerk etwa 1 km nördlich von der Solar-Freiflächen-Anlage entstehen soll.

Dieses Umspannwerk wurde weder bei der Projektpräsentation im November 2021 noch in der Potentialanalyse vorgestellt. Es ist auch nicht Bestandteil des Bauleitverfahrens.

Nach § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB ist ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig, wenn die ausreichende Erschließung gesichert ist. Hierzu gehört aus meiner Sicht auch das Umspannwerk. Es ist also zu prüfen, inwieweit die Bauleitplanung hier korrekt ist.

Da das Umspannwerk nach unserer Auffassung ein integraler Bestandteil der Gesamtanlage ist, muss es in der Regel auch im gleichen Bauleitverfahren behandelt werden. Eine getrennte Behandlung ist nur unter engen Voraussetzungen zulässig und bedarf besonderer Begründungen.

Ich sehe in diesem Verfahren wegen der fehlenden Erschließung und dem Umspannwerk, dass nicht im Bauleitverfahren behandelt wird, gravierende Mängel, weshalb es ausgesetzt und entsprechend ergänzt werden muss.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Umspannwerk dient der öffentlichen Versorgung und ist daher ein privilegiertes Vorhaben im Außenbereich. Hier ist die Bauleitplanung nicht das richtige Planungsinstrument und daher auch nicht Bestandteil der vorliegenden Bauleitplanung. Die Gemeinde geht davon aus, dass die Erschließung des Vorhabens gesichert ist.

41.6 Mögliche Auswirkungen und Folgen eines Solarparks in Brekels-Hohenkamp

41.6.1 Brandschutz

Verschiedene Komponenten einer Photovoltaikanlage sind aufgrund ihres Polymeranteils brennbar. Der Anteil an Polymeren in kristallinen Glas-Folie Dickschichtmodulen (c-Si) liegt bei 5 - 10 %. Entsprechend sind dies massemäßig ca. 600 - 1.200 g/m^2. Dieser Anteil wird überwiegend durch das Einbettungsmaterial (EVA-Einbettungsfolie) und die Rückseitenfolie (PET/PVF) getragen. Daneben werden noch diverse Kleber und Dichtmaterialien verbaut sowie Isoliermaterialien in Anschlussdosen, Anschlusskabeln und Steckverbindern.

Bei einer angenommenen Modulfläche von 50 m² (ca. 38 Standardmodule, ca. 9 kWp) kommen so bis zu 60 kg Polymere allein aus den Modulen zusammen. Weitere Polymere sind in Strangleitungen, in Anschlusskästen oder Wechselrichtern enthalten. Da in der Bauleitplanung keine genauen Angaben zur tatsächlichen Modulfläche und Anzahl der Module gemacht worden sind, kann hier nur geschätzt werden, dass es sich bei 50 Hektar um ca. 30 - 50 Tonnen Kunststoff handeln wird.

Polymere erzeugen eine hohe Verbrennungswärme, die nach einer Veröffentlichung des VDS z. B. bei Polyethylen (PE) in etwa dem Wert von Heizöl entspricht (PE: 46 MJ/kg > Heizöl: 43 MJ/kg).

PV- Module sind unabhängig ihrer Technologie und Bauart brennbar und können im Falle eines Vollbrandes selbständig weiterbrennen. Binnen weniger Minuten können brennende Materialien (Folien, geschmolzenes Glas) abtropfen und die Vegetation in Brand setzen. Je nach Beanspruchung können Glasscheiben ebenfalls bereits nach einigen Minuten zersplittern.

Hinzu kommen Brennbarkeit und Explosionsgefahr der Batteriespeicher und Trafostationen, die in der Bauleitplanung nicht genau beschrieben werden. In der Planzeichnung ist ein dunkles Rechteck zu erkennen, das einen Batteriespeicher darstellen könnte, in direkter Nähe der Reetdachkate Brekels 1.

Gemäß Erlass "Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich" (09.09.2024) sind die Anforderungen an den Brandschutz der Solaranlage nach § 15 der Landesbauordnung *"bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen"* um einer Brandausweitung vorzubeugen. Die Vorgaben des Erlasses - z. B. hinsichtlich der Ausweisung der Baufelder und der Einhaltung erforderlicher Mindestabstände und notwendige Brandgassen - finden sich in der Bauleitplanung nur rudimentär wieder und müssen nachgearbeitet werden. Auch die geforderte Beteiligung der örtlichen Feuerwehren und Brandschutzdienststellen ist aus der Bauleitplanung nicht ersichtlich. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass der Feuerschutz in der Gemeinde Grebin durch die *"Freiwilligen Feuerwehren"* gewährleistet ist. Die Frage, die sich mir stellt, ist, ob die Freiwilligen Feuerwehren den Brand einer solchen Anlage allein bewältigen können.

Da sich die Anlage in einem Wasserschutz- und gleichzeitig Trinkwassergebiet (allein in Brekels gibt es vier Trinkwasserbrunnen, darunter ein dezentrales kleines Wasserwerk) befindet, gelten zusätzliche Anforderungen, um im Brandfall eine Kontamination von Boden und Grundwasser durch Schadstoffe aus den defekten Modulen (wie Cadmium und Blei) und aus den Löschmitteln im Löschwasser zu verhindern.

Der Erlass schreibt vor, dass die entsprechenden Unterlagen mit der Antragstellung einzureichen sind. Ich kann nicht nachvollziehen, ob das stattgefunden hat, da in den Planungsunterlagen die Brandschutzunterlagen nicht enthalten sind. Die Planung ist in dieser Hinsicht fehlerhaft.

Nicht zuletzt, da sich die Anlage in nur 30 Metern Abstand zu einem Wald und in 100 m Abstand zu einer großen Reetdachkate befindet. Bei einem Brand können zudem

Atemgifte entstehen, die die Bevölkerung in Brekels und vermutlich auch in Schönweide gefährden kann.

Meine persönlichen Belange:

Wie ich bereits oben beim Thema Denkmalschutz geschrieben habe, sehe ich auch meine historischen Gebäude und mein Grundstück sowie meine Versorgung mit Trinkwasser als gefährdet an. Auch ich habe eine Brunnenanlage mit einem Trinkwasserbrunnen in etwa 100 m Entfernung zum Plangebiet. Es muss gewährleistet sein, dass durch die Anlage beim Brand keine Schadstoffe ins Grundwasser gelangen. Außerdem möchte ich nicht durch die beim Brand entweichenden Atemgifte gesundheitliche Schäden erlangen.

Ich fordere daher:

- einen Abstand von 500 m von der Siedlungsgrenze,
- eine mit den Brandschutzdienststellen und örtlichen Feuerwehren gemeinsam erarbeitete Risikoanalyse mit entsprechendem Einsatzplan, die in die Bauleitplanung aufgenommen werden müssen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Plangebiet liegt in keinen Trinkwassergewinnungs- oder Trinkwasserschutzgebieten.

Die Lage der Batteriespeicher ist dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu entnehmen.

Bei einer sachgemäßen Planung, Installation und Wartung sind PV-Freiflächenanlagen sicher und ermöglichen generell einen effektiven abwehrenden Brandschutz. Das Risiko eines Brandereignisses ergibt sich hauptsächlich durch die elektrische Spannung. Die gesamte elektrische Anlage ist gemäß den technischen Bestimmungen für Elektroanlagen in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

Aufgrund der umfassenden normativen Regelungen und Vorgaben für Großbatteriespeicher wird davon ausgegangen, dass es sich um relativ sicherere Anlagen handelt. Vielmehr gilt es, die Speicheranlagen vor externen Brandereignissen zu schützen. Bei der Errichtung der Anlagen sind die aktuell gültigen Normen sowie Anwendungs- und Errichtungsregeln zu beachten und umzusetzen. Die während des Betriebes immer wiederkehrenden vorgegebenen Prüfungen/technischen Inspektionen werden als wichtige Bausteine zur Minimierung der Brandentstehungsgefahr angesehen.

Zudem werden durch den Abstand von 100 m zwischen Wohngebäude und PV-Anlage die rechtlichen Vorgaben zum Mindestabstand von Gebäuden mit weicher Bedachung mehr als doppelt so viel überschritten. Die aktuelle Landesbauordnung sieht für Weichdächer einen besonderen Mindestabstand zu anderen Gebäuden vor (24 m zum nächsten Gebäude mit Weichdach und 15 m zum nächsten Gebäude mit Hartdach). Der 30 m-Waldabstand dient bereits u.a. zur Sicherung im Brandfall.

Es ist keine zentrale Wasserversorgung vorhanden. Daher wird, um ein Löschwasser von 96 m³ bereitzustellen, ein Löschwasserkissen vorgesehen. Die Lage des Löschwasserkissens ist dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu entnehmen. Die Löschwasserversorgung wird im Durchführungsvertrag gesichert. Die detaillierten Maßnahmen und Pläne werden im Rahmen des Baugenehmigungsantrages dargestellt.

Die Festsetzung der Baufenster ermöglicht die Einhaltung der erforderlichen Mindestabstände und notwendigen Brandgassen.

Für die Auswirkungen auf die Anwohnenden im Brandfall gelten auch bei PV-Freiflächenanlagen die anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien.

41.6.2 Lärmbelastung durch technische Komponenten der Anlage

In der Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 2 steht auf Seite 19 unter der Überschrift "Vermeidung von Emissionen ... !": *"Nicht betroffen, da keine erheblichen Emissionen zu erwarten sind."* Hier ist die Bauleitplanung zu beanstanden, denn die betroffenen Belange anhand der Vorgaben des § 1 (6) Nr. 7 BauGB wurden nicht hinreichend berücksichtigt.

Im Rahmen des vorliegenden Bebauungsplans wird nicht berücksichtigt, dass Photovoltaik-Freiflächenanlagen - entgegen landläufiger Annahme - durchaus relevante Lärmemissionen verursachen können, die sich störend auf Menschen und Tiere und deren Gesundheit auswirken können.

Auch wenn Solarmodule selbst geräuschlos arbeiten, entstehen hörbare Emissionen durch:

- Wechselrichter, die bei hoher Sonneneinstrahlung tieffrequent summen oder brummen (insbesondere bei 120 Hz und harmonischen Obertönen) und elektromagnetische Felder erzeugen,
- Transformatoren, die ein dauerhaftes elektromagnetisches Summen erzeugen und niederfrequente Vibrationen, die durch magnetische Kräfte und den Betrieb der Wicklungen entstehen,
- sowie Lüfter und Kühlsysteme**,** die - insbesondere im Sommer – deutlich wahrnehmbar sind.

Diese Geräuschquellen sind besonders in ländlich geprägten, sehr ruhigen Gegenden wie in Brekels besonders relevant, da bereits geringe Schallpegel durch den niedrigen Umgebungslärm deutlich störend wirken können. Zudem wirkt der offene Landschaftsraum schallverstärkend, besonders bei ruhiger Wetterlage. Gerade hochfrequente Töne oder niederfrequente Vibrationen können für empfindliche Menschen, Tiere oder Kinder belastend sein - selbst wenn sie unterhalb der offiziellen Grenzwerte liegen.

Niederfrequente Vibrationen und elektromagnetische Felder können, je nach Intensität und Dauer, auch Stress bei Wildtieren verursachen und ihr Verhalten beeinflussen. Besonders empfindliche Arten wie Fledermäuse könnten durch starke elektromagnetische Felder oder Vibrationen gestört werden, was sich auf ihre Orientierung, Jagd oder Fortpflanzung auswirken kann. Daher sollte eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, um mögliche Auswirkungen auf die Tierwelt, insbesondere auf empfindliche Arten wie die vor Ort registrierten zum Teil gefährdeten Fledermausarten.

In vergleichbaren Fällen in Deutschland wurden Lärmquellen von Solarparks noch in mehreren hundert Metern Entfernung als störend empfunden - insbesondere nachts, wenn Transformatoren weiterarbeiten oder Batteriespeicher installiert sind.

Wechselrichter- und Trafo-Geräusche wurden noch in mehr als 200 m Entfernung als dauerhaft störend empfunden. Bewohner beschrieben das Geräusch etwa „wie einen Bienenschwarm im Garten" (Erfahrungsbericht eines Anwohners (2024) https://www.reddit.com/r/DeutschePhotovoltaik/comments/1 jghzzx/)

Ich zitiere aus einem Beitrag des mdr, welche Erfahrungen mit dem Solarpark Alttrebbin in Brandenburg gemacht worden sind:

"Einen Solarpark in der Form und Größe würden wir nicht mehr bauen", sagt Helge Suhr vom Bau"." und Ordnungsamt Barnim Oderbruch. Das war für die Bauleitplanung des Solarparks Alttrebbin zuständig, der Anfang 2022 ans Netz ging. "Da wurde der Park teils zu dicht bis auf wenige hundert Meter an die einzelnen losen Höfe ran ge*baut", zieht Suhr Bilanz. Bei neuen Solarparks solle auf mehr Abstand zu bewohnten Häusern geachtet werden. Nach der Bauphase mit dem Rammen der Halterungen für die PV-Module gab es für die Anwohner weitere Beeinträchtigungen. "Die*

Wechselrichter sind sehr große Trafostationen und deren Lüftertische liefen sehr laut." Auch nachts. "Da musste technisch nachgebessert werden", sagt Suhr. Die Lüfter würden jetzt nur noch am Tag laufen und brummten deutlich leiser. (https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/solar-park-witznitzfolgen-umwelt-tiere-100.html)

Die Lärmemissionen können Anwohner und Tiere, wie z. B. Brutvögel (siehe auch Kapitel 1) in der Umgebung stören. Hinzu kommt der Lärm durch das in 1 km Entfernung geplante Umspannwerk, das im Bauleitverfahren keine Erwähnung findet, aber über mehrere Kilometer Entfernung noch zu hören sein wird.

Hier ein Zitat aus dem Artikel "Solarpark Witznitz brummt zu laut: Die Leute sind runter mit den Nerven" der Leipziger Volkszeitung:

"Thomas Woidak sieht nicht aus wie einer, der sich leicht aus der Ruhe bringen lässt. Und schon gar nicht wie einer, der wegen einer schlaflosen Nacht die Pferde scheu macht. Doch der Berufsfeuerwehrmann schläft seit Monaten schlecht. Der Grund: Ein tiefes Brummen. Mal mehr, mal weniger laut. ,,Anfangs konnte ich es nicht richtig orten", erzählt Woidak. Und er ist nicht der einzige, den das monotone Geräusch nachts wachhält.".

Der Lärm kommt vom Umspannwerk Witznitz und ist noch in mehreren Kilometern Entfernung zu hören. *,,Warum das Umspannwerk so laut ist, wissen wir nicht, das war so nicht abzusehen." sagt der technische Leiter Pielmaier. Wie eine Lösung konkret aussehen könnte, kann Pielmaier noch nicht sagen. Der Schall müsse so nah wie möglich am Umspannwerk abgefangen werden. Nur: Ganz so schnell wird das nicht passieren. „Wir sind bemüht, noch in diesem Jahr eine Lösung zu finden." Auch das Landratsamt bestätigt bisher 69 Beschwerden, aber ebenso laufende und weitere geplante Messungen und die Suche nach Lösungen für das Umspannwerk."*

Auf der Seite /https://www.lvz.de/lokales/leipzig-lk/markkleeberg/solarpark-witznitz-brummt-zu-laut-die-leute-sind-runter-mit-den-nervenHV3GG4BHW5AINHEOS2C7IJQBQY.html kann man sich eine Video-Datei anschauen, die das Brummen sehr schön zeigt.

Das Beispiel zeigt, dass im Vorfeld solche Konflikte verhindert, werden müssen, denn im Anschluss Lösungen zu finden gestaltet sich schwierig oder gar völlig unrealistisch.

Daher fordere ich - auch aus erheblicher persönlicher Betroffenheit - für alle Teile der geplanten SFA inklusive des dafür notwendigen Umspannwerkes:

- ein unabhängiges Lärmgutachten, das sowohl die Fauna als auch die Menschen in der Umgebung in die Betrachtung einbezieht
- eine vollständige akustische Prüfung der Anlage im Rahmen des Verfahrens gemäß TA Lärm (Tag- und Nachtwerte),
- inkl. niederfrequenter Schall- und Infraschallprüfung
- die Berücksichtigung des tatsächlichen Umgebungslärmpegels vor Ort,
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung hinsichtlich des Artenschutzrechts gem. BNatSchG
- die offen gelegte Positionierung von Wechselrichtern, Batteriespeichern und Trafos,
- sowie die Prüfung und ggf. Planung von Schallschutzmaßnahmen (z. B. lärmarmer Technik, Abstand zur Wohnbebauung, Lärmschutzwälle).

Anschließend muss neu bewertet werden, welche Mindestabstände von Solarpark und Umspannwerk zu Wohnbebauung und Brutgebieten einzuhalten sind.

Solange diese Aspekte nicht belastbar geklärt sind, lehne ich das Vorhaben auch aus immissionsschutzrechtlicher Sicht ab.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird …

Im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung ist kein Umspannwerk geplant. Auswirkungen, von Planung, die außerhalb des Geltungsbereiches liegen, sind in der Bauleitplanung nicht zu überprüfen. Dies erfolgt im Rahmen des entsprechenden Verfahrens für die Planung des Umspannwerkes.

Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.

Von den PV-Modulen sind keine Emissionen zu erwarten. Von Wechselrichtern und Batteriespeicher sind Emissionen zu erwarten. Diese sind aber in einiger Entfernung zu Siedlungsbereichen. Erhebliche Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse sowie auf die Tierwelt wird nicht gesehen.

41.6.3 Lichtemissionen und Blendwirkungen

Ebenso wie die Lärmemissionen, wurden die Lichtemissionen und Blendwirkungen in der Bauleitplanung nicht berücksichtigt Dazu zählen a) die Blendwirkungen durch Sonneneinstrahlung tagsüber und b) die Lichtemissionen durch Beleuchtung der Anlage bei Dunkelheit.

Weder zur Blendwirkung noch zur Beleuchtung liegen Konzepte oder Gutachten in der Bauleitplanung vor. Die Darstellung des Lichtkonzepts und ein Gutachten zur Blendwirkung müssen für die Bauleitplanung also nachgeholt werden. Vorab möchte ich zu einer etwaigen Blendwirkung und nächtlichen Beleuchtung der Anlage folgendes vorbringen.

41.6.3.1 Blendwirkungen

Blendwirkungen beziehen sich auf die visuelle Beeinträchtigung durch die Solarparks, insbesondere wenn sie in der Nähe von Siedlungen, Straßen oder Naturlandschaften gebaut werden. Die reflektierende Oberfläche der Solarmodule kann bei Sonnenlicht blendend wirken, was für Anwohnerinnen und Anwohner oder Verkehrsteilnehmer störend sein kann. Diese Blendung kann die Sicht beeinträchtigen und im schlimmsten Fall zu Sicherheitsrisiken führen. Dies gilt besonders für die Winterzeit, wenn der Bewuchs der Knicks kein Laub trägt oder wenn alle zehn Jahre die Knicks auf den Stock gesetzt werden.

Potenzielle Blendwirkungen:

1. Reflexion und Blendung durch Solarmodule:
   - Die Oberfläche der Solarmodule kann Sonnenlicht reflektieren. Bei den vorliegenden Maßen und dem Neigungswinkel besteht die Möglichkeit, dass Sonnenstrahlen in Richtung der Straße und der Siedlung reflektiert werden.
   - Aufgrund der geringen Entfernung (nur 3 Meter) zur Straße ist die Wahrscheinlichkeit, dass Reflexionen direkt auf die Fahrbahn oder Passanten treffen, erhöht. Besonders in den Morgen- und Abendstunden, wenn die Sonne niedrig steht, könnten Reflexionen in Richtung der Straße auftreten und dort Blendung verursachen.
2. Sichtbarkeit und direkte Blendung:
   - Die Module sind relativ niedrig (3,50 m hoch), was die potenzielle Blendung in unmittelbarer Nähe erhöhen könnte.
   - Die Nähe zur Straße bedeutet, dass Fahrzeuge und Fußgänger möglicherweise direkt in die Reflexionsstrahlen der Module schauen, was zu Beeinträchtigungen und Sicherheitsrisiken führen kann.
3. Sonneneinstrahlung und Reflexionswinkel:

- Bei Sonnenstand im Osten oder Westen, insbesondere in den frühen Morgen- oder späten Nachmittagsstunden, könnten die Reflexionen in Richtung der Straße gelenkt werden.
- Die Neigung der Module (20 Grad) beeinflusst die Richtung der Reflexionen. Eine gezielte Ausrichtung kann helfen, Blendung in sensible Richtungen zu minimieren.

Blendwirkungen, also Reflexionen und Blendung durch die Solarmodule, können auch für Tiere eine Rolle spielen, insbesondere für Vögel, Insekten und andere Wildtiere in der Umgebung. Hier einige mögliche Auswirkungen:

1. Verwirrung und Orientierungslosigkeit:
   Tiere, vor allem Vögel und Insekten, orientieren sich oft an natürlichen Lichtquellen wie der Sonne oder dem Himmel. Reflektierende Flächen können sie verwirren oder ablenken, was dazu führen kann, dass sie in die Anlage fliegen oder sich in der Nähe aufhalten, was potenziell gefährlich ist.
2. Vermeidung der Anlage:
   Manche Tiere könnten die reflektierenden Flächen meiden, was ihre Bewegungsmuster beeinflussen kann. Das kann zu Störungen im natürlichen Verhalten führen, insbesondere wenn die Anlage in einem sensiblen Lebensraum liegt.
3. Störung des Brut- und Ruheverhaltens:
   Besonders bei nachtaktiven Tieren oder bei Tieren, die in der Dämmerung aktiv sind, könnten helle Reflexionen oder Blendungen das Ruhe- oder Brutverhalten stören. Das kann Stress verursachen oder die Fortpflanzung beeinträchtigen.
4. Gefahr durch erhöhte Lichtreflexionen:
   In einigen Fällen könnten reflektierende Flächen auch Raubtiere anlocken oder die Sicht auf Beutetiere verändern, was das ökologische Gleichgewicht beeinflussen kann.

Risikoerhöhung durch den geringen Abstand der Modulreihen

Der Abstand zwischen den Modulreihen beträgt nur 2,50 Meter, was potenziell das Risiko von Blendwirkungen und negativen Auswirkungen auf die Tierwelt erhöht. Der enge Abstand führt dazu, dass die reflektierenden Flächen der Module in ihrer Gesamtheit intensiver Sonnenlicht in Richtung der umliegenden Lebensräume und Verkehrswege werfen können. Dies kann die Sichtbarkeit und Orientierung von Tieren, insbesondere Vögeln und anderen Wildtieren, erheblich beeinträchtigen. Die verstärkten Reflexionen können zu Verwirrung, Fluchtverhalten oder sogar zu Kollisionen führen, was die lokale Tierwelt erheblich stören kann. Hier bewegen wir und im § 44 BNatSchG.

Zudem steigt durch die geringe Distanz die Wahrscheinlichkeit, dass Reflexionen in Richtung der Straße und sensibler Lebensräume gelenkt werden, wodurch Blendung und Störungen verstärkt werden. Besonders in der Nähe von Naturschutzgebieten oder Lebensräumen geschützter Tierarten ist dies problematisch, da es das natürliche Verhalten der Tiere beeinträchtigen und Stress verursachen kann. Auch kann eine Störung des Schutzgebietes auf der gegenüberliegenden Straßenseite eintreten.

Darüber hinaus kann die erhöhte Reflexionstätigkeit durch den engen Abstand auch die Gefahr erhöhen, dass Tiere durch die reflektierenden Flächen irritiert werden oder diese meiden, was zu einer Störung ihrer Bewegungsmuster führt.

Fazit: Der geringe Abstand von nur 2,50 Metern zwischen den Modulreihen erhöht das Risiko von Blendwirkungen und deren negative Auswirkungen auf die Tierwelt erheblich.

In der Bauleitplanung fehlt eine Prüfung zur Blendwirkung. Daher fordere ich ein unabhängiges Gutachten zur Blendwirkung der Anlage auf Menschen, Tiere und Landschaftsbild. Das Gutachten sollte auch Maßnahmen enthalten, die bei der Planung der Anlage berücksichtigt werden müssen, um Blendwirkungen und damit Risiken für

Menschen, Tiere und Pflanzen sowie die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und das denkmalgeschützte Ensemble "Brekels" zu minimieren.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird …

// Blendgutachten

// vllt kann GfN auch nochmal etwas dazu sagen?

41.6.3.2 Auswirkungen von Lichtemissionen auf Tiere, Menschen und Pflanzen

Die Lichtverschmutzung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und gilt als eine der Hauptgefahren für die Biodiversität. Sie stört vor allem nachtaktive Tiere, indem sie deren biologische Uhr sowie ihr Bewegungs-, Nahrungs- und Fortpflanzungsverhalten beeinflusst (siehe auch Kapitel. 1). Folgende Beispiele veranschaulichen mögliche Auswirkungen von künstlichem Licht:

- Eine einzige Straßenleuchte kann in einer Sommernacht den Tod von rund 150 Insekten verursachen.
- Zugvögel kreisen bis zur Erschöpfung in den Lichtdomen, die sich bei Nebel über den Siedlungen bilden. Andere Vögel können mit den Fenstern von beleuchteten Gebäuden kollidieren.
- Fledermäuse fliegen später zur Jagd aus und verpassen so das vermehrte Beuteangebot während der Dämmerung. Zudem meiden manche von ihnen beleuchtete Gebiete und sind daher u. U. gezwungen, Umwege zu fliegen, um ihre Jagdgebiete zu erreichen, was sie ermüdet und ihnen weniger Zeit für die Beutejagd lässt.
- Kröten und Haselmäuse sind ihren Fressfeinden stärker ausgesetzt, was ihnen die Nahrungssuche erschwert.
- Bei Pflanzen kann künstliches Licht beispielsweise die Photosynthese und die Blütezeit beeinflussen.
- Die Melatoninproduktion von Fischen in Seen und Flüssen kann beeinträchtigt werden.

Auch wenn in vielen Anträgen steht, dass es „nur Sicherheitsbeleuchtung" oder „keine dauerhafte Beleuchtung" gebe, zeigen die Erfahrungen:

- Bewegungsmelder, Sicherheitsleuchten oder Infrarot-Scheinwerfer werden häufig installiert, z.B. für Videoüberwachung oder Zugangskontrollen.
- Diese Beleuchtung kann nachtaktive Tiere (z. B. Fledermäuse, Insekten, Amphibien) erheblich stören.
- Vor allem in der Offenlandschaft wirkt auch minimale Lichtverschmutzung stark: Sie verändert Raumnutzung, Orientierung und Fortpflanzungsverhalten vieler Arten.
- Es kann zu einer ökologischen Barrierewirkung kommen, besonders bei Amphibien und Fledermäusen, die lichtscheu sind.
- Für Menschen in dunkel geprägten ländlichen Räumen bedeutet das eine massive Veränderung der Nachtruhe und Landschaftswahrnehmung.

Ich fordere daher - auch aus eigener Betroffenheit - ein vollständiges Verbot nächtlicher Beleuchtung (einschließlich Bewegungsmeldern).

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme ist bereits berücksichtigt.

Es wird auf die Festsetzung Nr. 4 (1) verwiesen: Eine Beleuchtung der Photovoltaikanlage ist nicht zulässig.

41.6.4 Auswirkungen auf das regionale Klima

Studien an Wüstenstandorten deuten darauf hin, dass das regionale Klima sich durch Solarfreiflächenanlagen verändern kann.

Barron-Gafford et al. haben 2016 in einer Studie einen PV-Heat-Island-Effekt (PVHIEffekt) durch einen Solarpark nachgewiesen. Die Temperaturmessungen an dem Solarpark in der Wüste lagen um bis zu 3,5 Grad Celsius höher als in der bebauungsfreien Wüste. Nachts verzögerte sich die Abkühlung deutlich. Die gemessenen Temperaturen am Solarpark waren sogar ganzjährig höher als in der unbebauten Wüste.

Eine Feldstudie in der Mojave Wüste von Devitt et al. (2022) zeigte 5-8°C·höhere Temperaturen noch bis zu 300 m vom Solarpark entfernt. Besonders betroffen war auch hier die Nachtabkühlung. Der Effekt nahm mit Windstille und fehlender Verdunstung zu. Die Bodenfeuchtigkeit unterhalb und nahe der PV-Anlagen war deutlich reduziert, was zu Pflanzenstress und weniger Bodenleben führte. Der Schatten der Module verändert die Evapotranspiration. Eine reduzierte Bodenfeuchtigkeit kann zu einer Barrierewirkung für Amphibien führen.

Mit einer Temperaturveränderung im Bereich über 300 m wären auch der angrenzende Wald, das Landschaftsschutzgebiet auf der gegenüberliegenden Straßenseite und die angrenzenden Grundstücke der Anwohner und Anwohnerinnen in Brekels betroffen.

Selbst MoveOn-Energy, der Betreiber des 500 Hektar großen Solarparks Witznitz in Sachsen, lässt in einem mdr-Beitrag verlauten, dass die Temperaturen unter den Modulen nachts um bis zu fünf Grad höher sein können als in der Umgebung. Am Tag dagegen können die Temperaturen unter den Modulen durch deren Schattenwirkung um bis zu fünf Grad niedriger ausfallen. Bisher sei aber nicht abschließend geklärt, ob und wie durch große Solarparks die Böden unter den Modulen und in umliegenden Gebieten erwärmt werden. "Zu den Aspekten Wärme und Strahlung fehlt jedoch Forschung. Die kommt aber, wenn mehr Solaranlagen gebaut werden", sagt Tomas Brückmann, Sprecher der Sächsischen Stiftung Natur und Umwelt (https://reportage.mdr.de/energiewende-energiepark-witznitz)

Solarpaneele verändern die Albedo. Die Albedo beschreibt, wie viel Sonnenlicht von der Erdoberfläche reflektiert wird. Solarpaneele sind dunkler und absorbieren mehr Sonnenenergie, die Oberfläche wird wärmer. Diese Erwärmung kann die Luftzirkulation verändern, da warme Luft aufsteigt und dadurch Konvektion entsteht. Eine Voraussetzung für Wolkenbildung und Niederschläge. Großflächige Solarparks können Luftströmungen umlenken, indem sie lokal den Luftdruck und die Temperaturverhältnisse ändern.

Das kann zu neuen oder verstärkten Windbewegungen führen, die feuchtere Luftmassen heranführen, z. B. vom Meer. An Wüstenstandorten bewertet man es als positiven Effekt von Photovoltaik-Anlagen, dass sie zu mehr Niederschlägen führen. Was ggf. in der Sahara ein erwünschter Faktor sein könnte, könnte sich in unserer Region durchaus negativ auswirken und ggf. das Risiko von Starkregenfällen erhöhen.

Computersimulationen unterstützen diese Erfahrungen (Li, Yan et al., 2018. „Climate Model Shows Large-Scale Wind and Solar Farms in the Sahara Increase Rain and Vegetation" Science, Volume 361, Issue 6406, Seiten 1019-1022).

Photovoltaik-Freiflächenanlagen (SFA) können also tief in das lokale Kleinklima eingreifen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist dabei die sogenannte Evapotranspiration - also die natürliche Wasserverdunstung über Boden und Pflanzen. In natürlichen Wiesen, Feldern oder Gehölzsäumen verdunstet Wasser aus dem Boden, und Pflanzen geben über ihre Blätter Wasserdampf an die Luft ab. Dieser Prozess wirkt wie eine natürliche Klimaanlage: Er kühlt die Umgebung, stabilisiert die Luftfeuchtigkeit und unterstützt lokale Niederschlagskreisläufe.

In einem großflächigen Solarpark wird diese „atmende Landschaft" jedoch weitgehend unterbrochen. Unter den Modulen verdunstet kaum noch Wasser, weil der Boden dauerhaft verschattet, oft verdichtet und schlecht durchfeuchtet ist. Pflanzen sind durch das Lichtdefizit und Trockenheit geschwächt oder fehlen ganz, die Transpiration entfällt. Dadurch kommt es zur Aufheizung des Bodens und der Luft, sinkender Luftfeuchtigkeit und zu einer Veränderung des Wasserhaushalts, was sich negativ auf viele Pflanzen- und Tierarten auswirken kann. Diese Veränderungen beschränken sich nicht auf das direkte Anlagengelände, sondern können sich auch auf angrenzende Wiesen, Feuchtgebiete oder Waldränder ausweiten und sensible Arten wie Laubfrösche, Rotbauchunken, Insekten oder Brutvögel bedrohen.

Inzwischen weiß man also, dass sich nicht nur Windkraftanlagen, die u. a. den Wind reduzieren, sondern auch Solarparks auf das regionale Klima auswirken können.

Eine regionale Klima-Veränderung kann zu Schäden an Häusern und Grundstücken führen sowie zu einer mangelnden Trinkwasserversorgung durch Absenkung des Grundwasserspiegels. Auch die Nutzung der Grundstücke kann dadurch eingeschränkt werden. Hier liegt auch eine besondere persönliche Betroffenheit.

Ich fordere, dass ein fachliches Gutachten erstellt wird, dass die regionale Situation und aktuelle Studien berücksichtigt. Außerdem haben regelmäßige Monitoring-Maßnahmen zu Mikroklimaveränderungen, Evapotranspiration und Wasserhalt zu erfolgen. Zusätzlich fordere ich, dass der Betreiber oder der Verpächter für Schäden, die auf regionale Klima- und/oder Wetterveränderungen zurückzuführen sind, aufkommen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

PV-Module erwärmen sich während des Betriebes, aber die Temperaturen sind in der Regel nicht signifikant höher als die anderer Objekte, die der direkten Sonne ausgesetzt sind. Die Anlagenüberwachung von PVA beinhaltet üblicherweise die Modultemperatur und zusätzlich auch oft die Umgebungstemperatur. PV-Module werden demnach nicht ungewöhnlich warm und auch dunkle Steine, Asphalt oder andere künstliche Oberflächen erreichen bei direkter Sonneneinstrahlung ähnliche, teils auch höhere Temperaturen.

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

Die Effekte sind nur lokal (einige Meter) zu beobachten und haben keine erheblichen Auswirkungen auf das regionale Klima.

41.6.5 Auswirkungen auf die Bodenqualität

Solar-Freiflächen-Anlagen gelten oft als „bodenverträglich", da die Modulflächen nicht komplett versiegelt sind. Diese Aussage ist nur eingeschränkt gültig. Sie hängt maßgeblich von der Ausgestaltung der Anlage ab.

Durch Errichtung von Photovoltaikanlagen entzieht man dem betroffenen Areal die Sonneneinstrahlung und verhindert die flächenmäßig gleichmäßige Vernässung durch Niederschlag. Dadurch entstehen Probleme. Besonders bei Anlagen in Hanglagen, wie die Fläche "Brekels-Hohenkamp", und auf lehmigem Boden kommt es zu massiven Eingriffen in den natürlichen Wasserhaushalt und zu Erosionen.

Jede Pflanze und jedes Lebewesen braucht zwingend Sonnenlicht, im Schatten von Solarfeldern geht jede Artenvielfalt verloren. Die Zersetzung von organischem Material (Humusbildung) durch Sonnenlicht ist gestört und durch Zentralisierung des ablaufenden Regenwassers auf nur kleine Bereiche verändert sich das gesamte Gefüge der Bodenstruktur in nicht planbarem Ausmaß.

Das zentrierte Regenwasser auf kleine Bereiche fließt schneller ab (zu vergleichen mit einem Fluss, der Hochwasser führt) und verändert damit auch den wichtigen Zugang zum Grundwassernetzwerk und das Wasser wird in nicht vorhersehbare Bereiche umgelenkt.

Somit wird nicht nur an der Oberfläche der bebauten Gebiete das Gefüge und Zusammenspiel von Lebewesen und Pflanzen verändert, auch in den tieferen Bodenschichten werden die Wechselwirkungen von Mikro Organismen, Zersetzungsprozessen und Kleinstlebewesen grundlegend manipuliert.

Auf kurze Zeit gesehen kann die Natur solche Eingriffe verkraften, auf lange Sicht über Jahre hinweg dagegen verändert sich das Gesamtgefüge der bebauten Bodenfläche und aus fruchtbaren Ackerflächen mit hohen Bodenwerten werden so über Jahre ausgemergelte Bodenflächen, die nach dem Abbau der PV-Anlagen wiederum Jahrzehnte benötigen, um sich zu regenerieren.

<u>Zusammengefasst treten folgende Probleme auf:</u>

Gestörter Wasserabfluss & Erosionsgefahr

- Regenwasser, das früher gleichmäßig vom Boden aufgenommen und gespeichert wurde, trifft nun auf geneigte, wasserabweisende Modulflächen.
- Es fließt konzentriert an den Unterkanten der Module ab, bildet kleine Rinnsale, die sich bei Starkregen zu Erosionsgräben entwickeln können.
- Besonders bei lehmigen, schwer durchlässigen Böden kann das zu Bodenabtrag, Verschlämmung und Verlust fruchtbarer Humusschichten führen.
- Erdrutsche bei Hanglage

Reduzierte Infiltration - mehr Oberflächenwasser

- Die verschattete Bodenfläche unter den Modulen ist oft vegetationsarm (die "Aushagerung" der Vegetation ist auch bei der vorliegenden Anlage geplant), verdichtet oder wird regelmäßig gemäht- die Wasserspeicherkapazität sinkt.
- Das Wasser versickert schlechter, der Anteil von Oberflächenabfluss nimmt zu mit Folgen für umliegende Wege, Gewässer und Fruchtbiotope.
- Die glatten Moduloberflächen führen zu konzentrierter Ableitung des Niederschlags entlang der Modulreihen. Wenn die Auffang- und Versickerungsmulden nicht exakt geplant und gepflegt sind, entstehen sog. linienhafte Erosionsrinnen, vor allem bei Starkregen. Diese wirken bis in angrenzende Bereiche hinein - was z.B. an der Mojave-Studie (Devitt et al. 2022) deutlich wurde.

Folgen für den angrenzenden Naturraum

- Am Standort "Hohenkamp" liegt ein Wechsel aus Ackerterrassen, Senken, Waldrand und Feuchtstellen vor. Diese kleinteilige Topografie ist besonders anfällig
- für Erosion und Vernässung.
- Feuchtlebensräume von Laubfrosch, Unke, Ringelnatter oder Kammmolch können durch abgeleitetes, nährstoffreiches Wasser überdüngt oder verschlammt werden.
- Nach Starkregenereignissen kann es zum Wegschwemmen von Feinboden und lokalen Überschwemmungen kommen, insbesondere, wenn die Anlage über Entwässerungsgräben in benachbarte Flächen ableitet.
- Am Standort liegt eine Erdrutschgefahr durch die Hanglage vor
- Erdrutsche durch die Hanglage können auf Nachbarflächen geraten und dort großen Schaden anrichten

Das durch große Solarmodule ablaufende Niederschlagswasser muss also sinnvoll abgeführt werden, um nicht die Bodenerosion zu fördern und ggf. Schäden, wie Erdrutsche durch Starkregenereignisse herbeizuführen.

Durch das Rammen der Zinkpfosten kommt es zu lokalen Bodenverdichtungen im unmittelbaren Umfeld. Diese beeinträchtigen die Bodenstruktur in tieferen Schichten und fördern Stauwassereffekte, da die vertikale Wasserbewegung unterbrochen wird. Wurzelräume von Pflanzen, die tief graben werden beeinträchtigt und die Wurzeln der alten Eichen beschädigt.

Auch wenn die Versiegelung im rechtlichen Sinn nicht vollflächig ist, kommt es durch Verdichtung, Erosion und Veränderung der Bodenchemie (u. a. durch Zink-, Blei und Cadmium-Auswaschung, Mikroplastik aus Kabelisolierungen) zu einem langfristigen Funktionsverlust des Bodens. Die Regeneration dauert Jahrzehnte, falls sie überhaupt vollständig möglich ist. Bodenerosion, Wasserabfluss und Versiegelung sind unterschätzte Risiken eines Solarparks.

Diese Aspekte fehlen im vorliegenden Bebauungsplan vollständig und sind nachzuarbeiten. Ich fordere unabhängige fachliche Gutachten.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Auch hier wird auf folgendes hingewiesen:

Die Überschirmung der Bodenfläche durch die Module führt nicht zu einer Versiegelung des Bodens, bei der Bodenfunktionen und Lebensräume verändert, aber nicht zerstört werden. Als wesentlicher Wirkfaktor ist die erhöhte Heterogenität des Niederschlagwassereintrags unter den Modulen anzuführen. Mit Aufstellung der Modulreihen ist als Folge von einer etwas ungleichmäßigen (streifenförmigen) Verteilung von Niederschlägen auszugehen. Die jeweils „überdachte“ Fläche erhält im Vergleich zur gegenwärtigen Situation weniger Niederschlag, während entlang des unteren Randes der Module mehr Niederschlag auf den Boden abgeleitet wird. Da Niederschlagswasser nachsickert, werden die unteren Bodenschichten durch die Kapillarkräfte des Bodens jedoch weiter mit Wasser versorgt. Die unterhalb der Photovoltaikanlage sich entwickelnde Grasnarbe bedingt darüber hinaus eine gute Schutzfunktion gegen Erosion durch ablaufendes Niederschlagswasser. Ein weiterer Wirkfaktor ist die Verschattung der Bodenfläche. Da durch die Sonnenbewegung nicht alle Flächen dauerhaft und gleichmäßig beschattet werden und die Module aufgeständert sind, so dass Streulicht einfällt, werden die Auswirkungen ähnlich denen einer Bepflanzung mit Bäumen sein. Insgesamt übernimmt der Boden auch zukünftig unterhalb der Module Funktionen als Lebensraum sowie Speicher-, Filter- und Pufferfunktionen. Es entsteht eine schattentolerantere, jedoch kaum weniger produktive Vegetation (weniger Licht aber auch weniger Hitze- und Trockenheitsstress).

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern.

Zwischen den Modulen selbst sind Ritzen, wodurch das Regenwasser nicht nur über die Modulunterkante abfließt.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind. Ein verändertes Abflussverhalten ist also dahingehend festzustellen, dass es künftig nach Starkregenereignissen nicht mehr zu verstärkten Wassereinträgen von den benachbarten Ackerschlägen kommt, die ggf. mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln belastet sind.

Es wird durch die Planung in keine Baumscheiben eingegriffen.

41.6.6 Schadstoffemissionen

41.6.6.1 Schadstoffeinträge in den Boden und in die Luft durch PV-Paneele

In PV-Modulen sind diverse toxische Stoffe verbaut.

"Bei den am meisten verbreiteten Solarmodulen auf Siliziumbasis (ca. 90 %) ist der Halbleiter nur mit wenigen Fremdatomen dotiert. Kontakte und Lötstellen enthalten jedoch meist Silber, Zinn und größere Mengen Blei (bei einer durchschnittlichen Modulfläche von 3000 m² pro ha sind 20-25 kglha anzusetzen). Bei Dünnschicht Solarmodulen wird v. a. schwer lösliches Cadmiumtellurid (CdTe) und geringe Mengen Cadmium su/fid (CdS) als Halbleiter verwendet; trotz der nur wenige µm dünnen Halbleiterschicht ergeben sich pro ha 18 - 26 kg Cadmium. Halbleiterschicht, Kontakte und Verbindungsbänder sind bei handelsüblichen Solarmodulen folienlaminiert und von einer Frontglasscheibe sowie bei den CdTe-Modulen üblicherweise zusätzlich von einer Rückglasscheibe umgeben." (Ebert, T. und Müller, Ch., 2011)

Der Anteil des hochgiftigen und krebsauslösenden Cadmiums entspricht pro m² in etwa dem Inhalt einer kleineren Batterie. Das Einatmen von cadmiumhaltigem Staub schädigt Lunge, Leber und Nieren sowie das Zentralnervensystem. Es löst Calcium aus den Knochen und führt zu deren Abbau. Weiterhin schädigt es das Immunsystem und führt zu Unfruchtbarkeit und psychischen Störungen.

Die Europäische Union hat den Gebrauch von Giftstoffen in Elektronikprodukten zwar eingeschränkt - allerdings gilt für Solarzellen eine Ausnahmebestimmung. Somit dürfen hochtoxische Stoffe wie das Cadmiumtellurid und Bleiverbindungen weiterhin verbaut werden (siehe auch: RoHS-Richtlinie, „Restriction of the use of certain Hazardous Substances in electrical and electronic Equipment").

In gebundener Form besteht zwar keine Gefahr. Dennoch belegt eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums über die „Schadstofffreisetzung aus Photovoltaik-Modulen", dass die hochgiftigen Stoffe wie Cadmium und Blei wasserlöslich sind, sobald die Oberfläche der Module angegriffen, porös oder zerstört ist. Entgegen früheren Annahmen zeigt das Ergebnis, dass Schadstoffe wie Blei und Cadmium aus den Bruchstücken von Solarmodulen durch Regenwasser vollständig herausgewaschen werden können! Allen Wartungsbeteuerungen zum Trotz darf diese potenzielle Gefahr nicht kleingeredet werden. Insbesondere dann nicht, wenn man an die lange Bestandszeit von bis zu 30 Jahren denkt, in der die Module möglichen Beschädigungen durch Witterung, Hagelschlag und Stürmen ausgesetzt sind, eine Brandgefahr durch

technische Defekte nie ganz ausgeschlossen werden kann und Betreiberfirmen durchaus auch mal geschlossen werden oder Insolvenz anmelden.

Weltweit gab es in den vergangenen Jahren durchaus Probleme mit Lichtbogen- und Brandrisiken, die in einem solchen Fall erhebliche gesundheitliche Folgewirkungen mit sich trugen. Das in Solarzellen häufig verbaute Cadmiumtellurid (CdTe), eine kristalline Verbindung als wichtiger Bandlückenhalbleiter, ist stark gesundheitsschädlich. Frei gesetzter Staub (z. B. durch Brand) führt beim Einatmen zu Schäden an Lunge, Leber und Niere von Mensch und Tier.

Das Wuppertal Institut für Klima-Umwelt und Energie untersuchte und stellte in der Studie Non-Toxic-Solar-Alliance fest, dass Photovoltaik Module auf Cadmiumtellurid Basis eine Bedrohung für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen darstellt.

Ich fordere daher - auch aus erheblichem persönlichen Interesse - dass in diesem sensiblen Gebiet, das gleichzeitig Wasserschutz- und Trinkwassergebiet ist

- ein fachliches unabhängiges Gutachten erstellt wird, mit klaren Vorgaben zur Verhinderung von Schadstoffemissionen,
- ausschließlich Module verbaut werden, die frei von Cadmium und Blei sind
- die Anlage regelmäßig auf defekte Module geprüft und diese umgehend entfernt werden
- der Vorhabenträger und/oder der Verpächter für Schäden aufkommen, die durch Schadstoffemissionen entstehen, z. B. bei Verunreinigung des Trinkwassers, der Böden oder der Luft.

Dies muss in der Bauleitplanung konkret festgehalten werden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Plangebiet liegt in keinen Trinkwassergewinnungs- oder Trinkwasserschutzgebieten.

PV-Module können potenziell Schadstoffe wie Blei und Cadmium enthalten. Diese Stoffe können unter bestimmten Bedingungen, wie z.B. bei Beschädigung oder unsachgemäßer Entsorgung, in die Umwelt gelangen. Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

Im Rahmen der Bauleitplanung geht die Gemeinde davon aus, dass eine sachgemäße Wartung unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien durchgeführt wird.

41.6.6.2 Schadstoffeinträge in den Boden durch Reinigung der Module

Eine Reinigung der Module ist nicht geplant. Es ist aber bereits mittelfristig mit Ablagerungen zu rechnen, die der Regen nicht abwäscht.

"Noch immer liest man in den Photovoltaik Foren, oder den Hilfeseiten von Elektrobetrieben, dass Photovoltaik Anlagen über 30° *Dachneigung keinerlei Reinigung brauchen. Fachlich ist das grundsätzlich falsch und in der Praxis einfach zu widerlegen. An jedem Photovoltaikstandort in Stadt und Land, auf dem privaten Wohnhaus oder am Gewerbebetrieb - jede Photovoltaikanlage verschmutzt im Laufe der Zeit. Flache Anlagen, steile, sehr steile und sogar die senkrechten Fassadenanlagen - alle verschmutzen und müssen früher oder später gereinigt werden."* (https://solarreinigung.com/verschmutzung-photovoltaikanlagen/)

Die geplante Anlage hat nur eine Neigung von 20°, hier ist also eine Verschmutzung noch wahrscheinlicher.

Es muss gewährleistet sein, dass es keine Ausnahmegenehmigung für die Reinigung der Anlage gibt, um eine Kontaminierung des Bodens zu verhindern. Nicht zuletzt da es sich um ein Wasserschutzgebiet und Trinkwassergebiet handelt.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Plangebiet liegt in keinen Trinkwassergewinnungs- oder Trinkwasserschutzgebieten.

Eine spezielle Reinigung der Module ist in der Regel nicht erforderlich und erfolgt daher meistens über den natürlichen Niederschlag. Auf chemische Reinigungsmittel, chemische Unkrautbeseitigung und Düngung wird verzichtet.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Freisetzung von Schadstoffen aus PV-Modulen in der Regel unter normalen Betriebsbedingungen nicht zu erwarten ist.

41.6.6.3 Schadstoffeinträge in den Boden durch Korrosion der verzinkten Pfosten

Die Module sollen auf feuerverzinkten Pfosten, die direkt ins Erdreich gerammt werden, befestigt werden.

Zink ist ein Schwermetall, das bei Regen und Bodenkontakt aus der Oberfläche gelöst werden kann. Der Prozess heißt "Korrosionsauswaschung" oder "Zinkverlagerung". Gelöste Zinkionen gelangen in den Oberboden (0-30 cm), das Sickerwasser und im schlimmsten Fall in das Grundwasser. Da die Bevölkerung in Brekels mit eigenen Trinkwasserbrunnen und einem dezentralen kleinen Wasserwerk versorgt wird sind solche Einträge unbedingt zu vermeiden.

Pro Jahr kann ein einzelner Pfosten (je nach Klima, Boden, Zinkschicht) 1-5 g Zink abgeben. Insbesondere, wenn beim Rammvorgang in den Boden die Zinkschicht bereits beschädigt wurde.

Bei 1.500-2.500 Pfosten pro 10 Hektar <3rgibt das hochgerechnet auf 50 Hektar etwa 7,5-62,5 kg Zink jährlich, die in die Umwelt abgegeben werden.

Zink ist in niedrigen Dosen ein Spurenelement, wird aber in höheren Konzentrationen toxisch für Bodenorganismen (Regenwürmer, Mikroorganismen, für Pflanzenwurzeln (Wachstumshemmung, Zellschäden), für Amphibien und Fische (z. 8. in temporären Wasseransammlungen) und natürlich für den Menschen.

Bei sandigem Lehmboden mit Mergel, wie in Grebin, ist die Wasserleitfähigkeit relativ hoch, was bedeutet: Schnellerer Stofftransport in tiefere Bodenschichten.

Rammpfosten können Risse im verdichteten Mergelboden verursachen:

Dies beschleunigt die vertikale Schadstoffverlagerung und damit die Kontamination tieferer Zonen (Huang et al. 2017. „Fate of zinc from galvanized steel in soils".)

Das bedeutet, dass durchaus die Gefahr besteht, dass das Grundwasser kontaminiert werden.

Ich fordere daher auch aus erheblichem eigenen Interesse:

- Unabhängige Bodengutachten mit Zink-Bilanzierung
- jährliche Trinkwasserprüfung auf Schadstoffe auf Kosten des Vorhabenträgers
- Bauüberwachung durch Bodenschutzbehörde
- ggf. Verzicht auf verzinkte Pfosten
- dass der Vorhabenträger und/oder der Verpächter für Schäden aufkommen, die durch Schadstoffemissionen entstehen, z. B. bei Verunreinigung des Trinkwassers und der Böden

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

// verzinkte Pfosten?

Aufgrund des geringen Versiegelungsgrades und dem Verzicht von Düngemitteln und Pestiziden wird nicht davon ausgegangen, dass die Planung erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser hat.

41.6.6.4 Schadstoffeinträge in den Boden durch Pflege der Vegetation

Es fehlt ein Konzept zur Pflege der Biotope, z. B. im Hinblick auf Verbuschung. Selbst auf Magerböden wachsen Pionierpflanzen wie Beifuß, Goldrute und vor allem Brombeeren. Im Planungsgebiet breitet sich auch die Herkulesstaude invasiv auch in die Umgebung aus.

Ob tatsächlich Tiere zur Beweidung eingesetzt werden, scheint offen zu bleiben.

Wir haben die Befürchtung, dass Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz von Herbiziden geschaffen werden, was zu Schadstoffeinträgen in Luft, Boden und Grundwasser führen würde. Dies hat Einfluss auf die Bio-Diversität und die Gesundheit von Menschen und Tieren in der Umgebung.

Wir fordern daher den Ausschluss des Einsatzes von Herbiziden auf der gesamten Anlage.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wurde bereits berücksichtigt.

Es ist ein Extensivgrünland vorgesehen. Die Verwendung von Schädlings- oder Unkrautvernichtungsmitteln sowie sonstigen Bioziden ist nicht zulässig. Für die Details wird auf den Umweltbericht verwiesen.

41.6.6.5 Elektrische und magnetische Felder

PV-Anlagen erzeugen statische und wechselnde elektrische und magnetische Felder. Die Strahlenschutzkommission beschreibt in einer Studie, Verdachte und Hinweise auf Gesundheitsbeeinträchtigungen in diesem Zusammenhang wie Krebserkrankungen, Beeinträchtigungen des Herz-Gefäßsystems sowie Erkrankungen des Nervensystems. Aus diesem Grund gibt es eine Abstandsempfehlung von PV-Anlagen was den Daueraufenthalt anbelangt. Es ist nicht geklärt, wie sich die elektromagnetischen Felder und die veränderten klimatischen Bedingungen auf die Bio-Diversität, auf die in der Umgebung lebenden Menschen und auch auf die alten Eichen auswirken.

Ich fordere daher einen Abstand von 500 m zur Siedlungsgrenze in Brekels zu den Brutgebieten von Adler und Kranichen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden und keine weiteren Abstände erfordert.

41.6.6.6 Schadstoffe bei der Entsorgung

Beim Einsatz von Solarlösungen zur Energiegewinnung sollte Nachhaltigkeit der Produkte ein wichtiger Aspekt sein, von ihrer Herstellung über die Nutzung bis hin zur

Entsorgung. Schon die Produktion von Photovoltaik-Modulen kann bedenklich sein, da sehr viel Energie benötigt wird, Chemikalien zum Einsatz kommen und nach wie vor Schwermetalle eingesetzt werden.

Dies kann weitreichende Auswirkungen haben, denn besonders die giftigen Schwermetalle Blei und Cadmium werden in PV-Modulen noch immer in signifikanten Mengen verbaut: *„Aus der installierten Leistung und dem leistungsbezogenen Gewicht können wir abschätzen, dass die Photovoltaik bis zum Jahr 2016 etwa 11.000 Tonnen an Blei und etwa 800 Tonnen an Cadmium verbreitet hat."* [ISWA und ipv 2017]

Weltweit sind nach Angaben der Uni Stuttgart mehr als 17 Millionen Tonnen an Modulen installiert. Die Nutzungsdauer werde heute auf 20 bis 25 Jahre geschätzt. Zwar gibt es Recyclingverfahren auch seitens der Hersteller. Die Wissenschaftler sehen aber die Gefahr, dass kaputte oder weniger ertragreiche Module unsachgemäß entsorgt werden könnten, etwa nach weiterer Verwendung in Entwicklungsländern, wo sie anschließend auf illegalen Müllkippen landen.

Auch wenn es gesetzliche Entsorgungsvorschriften gibt, so landen aktuell noch große Mengen an alten Solarmodulen auf den Deponien und werden nicht einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt. Aus einem Mangel an ökonomisch sinnvollen Verwertungsprozessen resultiert ein Defizit entsprechender industrieller Prozesse in der Abfallwirtschaft. Das Trennen der einzelnen Wertstoffe durch Aufbereitungssysteme wird zusätzlich erschwert, weil komplexe Verbundmaterialien fest miteinander verschmolzen sind. Bei PV-Modulen auf Misch- oder Erddeponien kann Regen und Verwitterung zur Auswaschung der Schwermetalle führen. Auch wenn Deponien umfangreiche Schutzmaßnahmen haben, können nachweislich giftige Stoffe ungeschützt in die Umwelt abgegeben werden, mit all ihren negativen Konsequenzen für Umwelt und Mensch.

Laut baden-württembergischem Umweltministerium ist eine Deponierung der Photovoltaikmodule grundsätzlich nicht zulässig. Sollten sie im Ausnahmefall - etwa nach einem Brand - doch auf einer Deponie landen, könnte das die Gefahr einer Auswaschung erhöhen. Allerdings seien die speziellen Deponien für Brandschutt besonders abgedichtet.

Ich fordere daher einen konkreten Plan für sachgemäßen Rückbau und Entsorgung, auch für den Fall, dass das die Anlage wegen Beschädigung, Brand, mangelnder Rentabilität, gesetzlicher Vorgaben, politischer Entscheidungen o.ä. frühzeitig abgebaut wird oder der Investor

- die Anlage weiterverkauft,
- Insolvenz anmeldet,
- oder aus anderen Gründen nicht für den Rückbau und die Entsorgung der Anlage aufkommen kann oder will damit nicht der Steuerzahler für diese Kosten aufkommen muss, wie das aktuell beim Rückbau der Kernkraftwerke der Fall ist.

Der Rückbau hat aus Naturschutz- und Artenschutzrechtlichen Gründen entsprechend sensibel und kontrolliert in enger Abstimmung mit den Naturschutzverbänden stattzufinden.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Entsorgung der Baumaterialien ist nicht bebauungsplanrelevant.

Im Rahmen der Bauleitplanung geht die Gemeinde davon aus das die Entsorgung unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Normen und Richtlinien erfolgt.

// vertragliche Absicherung Rückbauverpflichtung

41.7 Bauarbeiten

In der Bauleitplanung fehlen konkrete Angaben zur Durchführung der Bauarbeiten.

Es ist zu gewährleisten, dass die Beeinträchtigungen der Natur und der Anwohnerinnen und Anwohner in Brekels so gering wie möglich gehalten werden.

Die geplante Baustellenzufahrt befindet sich zu dicht an der Siedlung Brekels. Sie ist weiter südlich anzulegen.

Außerdem sind Schäden an der Gemeindestraße und dem alten Baumbestand zu vermeiden, genauso wie Schäden an der Bebauung in Brekels. Hierfür fehlt ebenfalls die konkrete Planung.

Die konkrete Planung ist nachzureichen.

In den Angaben zu den Bauzeiten wird beschrieben, dass alle Bautätigkeiten *"außerhalb der Brutzeit {15.12. bis 30.09. des Folgejahres) stattfinden"* müssen. Gleichzeitig wird die Option eingeräumt, die Bauzeitenregelung - noch dazu ohne Genehmigung - zu umgehen, *"sofern aus belegbaren Gründen die Einhaltung der Bauzeilenregelungen nicht möglich ist".*

Wir sehen es als völlig unrealistisch an, dass die Anlage in dem Zeitraum 01.10. - 14.12.26 - also innerhalb von 2,5 Monaten - fertig gestellt werden kann. Daher ist es vorprogrammiert, dass die Bauzeiten nicht eingehalten werden.

Bauarbeiten außerhalb des Zeitraums vom 01.10. bis 14.12. halten wir in Anbetracht der sensiblen Brutvogelgebiete im Hinblick auf den Artenschutz für ausgeschlossen. Die Folgen von Bauarbeiten während der Brut- und Aufzuchtzeiten wären mit großer Wahrscheinlichkeit verheerend, im schlimmsten Fall würde es zur Aufgabe der Brut, dauerhafter Vergrämung und Todesfällen geschützter Arten kommen. Dies betrifft § 44 BNatSchG.

Ich fordere daher die verbindliche Einhaltung der Bauzeitenregelung ohne Zulassung von Ausnahmen.

41.7.1 Einrammen von Zinkpfosten in den Boden

<u>Mechanische Auswirkungen auf den Boden</u>

- Das Einrammen von mehreren Tausend Pfosten in den Boden erzeugt lokale Verdichtungen und Verschiebungen im Bodengefüge.
- In lockerem oder heterogenem Boden können Rammvibrationen zu Setzungen oder Lockerungen an benachbarten Bodenstellen führen.
- Je nach Bodenart können Rammungen Bodenverschiebungen über mehrere Meter bewirken.

<u>Risiken für benachbarte Bauwerke</u>

- Häuser mit Feldsteinfundamenten sind besonders empfindlich gegenüber Bodenerschütterungen und -verschiebungen.
- Vibrationen und Setzungen können zu Rissen in Mauern, Fugen oder Fundamenten führen, vor allem wenn die Fundamente alt sind oder keine durchgehende Tiefgründung besitzen.
- Schäden können sich verzögert zeigen, besonders bei wiederholtem oder intensivem Rammen.

<u>Einfluss auf Grundwasser und Bodenstabilität</u>

- Das Einrammen von Pfosten kann den Boden lokal verändern und gegebenenfalls die Bodenwasserverhältnisse beeinflussen (z. B. Verdichtung von wasserdurchlässigen Schichten).
- Eine veränderte Bodenstabilität kann wiederum die Tragfähigkeit von Fundamenten beeinflussen.

Schall- und Erschütterungsbelastung während der Bauphase

- Das Einrammen von mehreren Tausend Pfosten verursacht eine erhebliche Lärm- und Vibrationsbelastung vermutlich über mehrere Tage.
- Dies kann die Gesundheit der Menschen und Tiere im Umfeld gefährden.
- Tiere, wie Kraniche, die ganzjährig dort ansässig sind, könnten dauerhaft ihre Brutgebiete verlassen.
- Das Einrammen kann auch empfindliche Bausubstanz in der Nachbarschaft gefährden.

Ich fordere daher auch aus einem erheblichen persönlichen Interesse:

- Ein unabhängiges Lärm-Gutachten, das die Lärmbelastung während der Bauphase darstellt und prüft, wie sich der Lärm während der Bauphase in der erlaubten Zeit vom 01.10. bis zum 15.12. auf die ganzjährig dort ansässigen Kraniche und andere Vögel und Säugetiere und auf die Gesundheit der Menschen auswirken kann. Außerdem sollten aus dem Gutachten Maßnahmen der Lärmreduktion hervorgehen.
- Da mit massivem Lärm durch die Einrammarbeiten zu rechnen ist, sollten täglich begrenzte Zeiten festgelegt werden, an denen diese Arbeiten stattfinden. Es gibt Kinder in Brekels, die durch massiven, andauernden Lärm krank werden können.
- Ein unabhängiges geotechnisches Gutachten mit der Durchführung einer detaillierten geotechnischen Untersuchung, die die Auswirkungen des Einrammens auf den Boden und die denkmalgeschützten Wohngebäude mit den empfindlichen Feldsteinfundamenten prüft.
- Die Prüfung von Alternativen zum Einrammen der Zinkpfosten, wie z. B. den Einsatz von schonenderen Montagesystemen, beispielsweise Schraubfundamente.
- Die Einrichtung einer Bauüberwachung zur Dokumentation von Erschütterungen und zur frühzeitigen Erkennung möglicher Gebäudeschäden in der Nachbarschaft.
- Die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Schadensvermeidung und -behebung im Falle von Bauwerkschäden.

41.7.2 Verkehrstechnische Beeinträchtigungen

Es ist zu gewährleisten, dass die Straße zwischen Brekels und Schönweide befahrbar bleibt und nicht für die Dauer der Bauarbeiten gesperrt wird. Es ist mit erheblichen Verschmutzungen der Straße durch Erdboden und einem Staubaufkommen zu rechnen.

Dies stellt eine Verkehrsgefährdung dar. Die Straße ist daher täglich nach den Bauarbeiten zu reinigen und bei starker Verschmutzung auch häufiger.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Angaben zur Durchführung der Bauarbeiten ist nicht bebauungsplanrelevant.

Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.

Es wird bezüglich der Bauzeitenregelung/ Bauzeitenausschlussfristen auf den Umweltbericht verwiesen: „Sofern aus belegbaren Gründen die Einhaltung der Bauzeitenregelungen nicht möglich ist, sind der UNB spätestens vier Wochen vor Beginn der Bauzeitenausschlussfrist zum einen die betriebsbedingten Gründe durch den Antragsteller darzulegen, zum anderen ist durch eine Umweltbaubegleitung fachlich darzustellen, wie Besatzkontrollen und Vergrämungsmaßnahmen durchzuführen sind." Die Entscheidung, ob die Ausschlussfrist unbeachtet bleibt, trifft somit die Untere Naturschutzbehörde.

Alle Beeinträchtigungen während der Bauphase artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter wurden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und falls erforderlich vollständig ausgeglichen.

// vertragliche Regelung zu Arbeitszeiten denkbar?

41.8 Vertrag zwischen Gemeinde und BEE

Zum Schluss möchte ich einen Hinweis zum Vertrag zwischen dem Investor und der Gemeinde geben. Ein solcher Vertrag sollte nicht ohne fachanwaltliche Beratung unterzeichnet werden. Wir halten es für zwingend erforderlich, den Vertrag von einer erfahrenen Kanzlei prüfen zu lassen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken gehen sonst zulasten der Gemeinde.

Insbesondere Absatz 7 des Vertrags muss geprüft werden:

"Ausgenommen von dem Ausschluss (von Ersatzansprüchen, Anm. der Verfasserin) sind Aufwendungen, welche von der Gemeinde arglistig veranlasst, worden sind sowie Schadensersatzansprüche wegen einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung oder wegen einer Schädigung von Leben, Körper oder Gesundheit."

Eine grob fahrlässige Pflichtverletzung durch Gemeindevertreter kann durch Unachtsamkeit oder mangelnde fachliche Kompetenz schnell erreicht werden. Dadurch könnten Rechtsansprüche erwachsen, die die Gemeinde nicht tragen kann.

Außerdem muss im Vertrag geregelt sein, dass der Vorhabenträger und an zweiter Stelle der Verpächter für alle Schäden, die durch die Anlage, die Bauarbeiten und den Betrieb der Anlage entstehen, aufkommen werden.

Um finanzielle Schäden von der Gemeinde abzuwenden, empfehle ich, dass die Gemeinde einen unabhängigen Fachanwalt einschaltet, um den Vertrag prüfen zu lassen.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird ein Durchführungsvertrag geschlossen. Dieser wird im Auftrag der Gemeinde durch einen Fachanwalt erarbeitet.

Die Haftung für Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb von PV-Freiflächenanlagen entstehen, kann je nach den spezifischen Umständen und den geltenden Gesetzen variieren.

41.9 Schlussbemerkung:

Ich halte den Standort "Brekels-Hohenkamp" für völlig ungeeignet und wünschen mir, dass zunächst auf Flächen zurückgegriffen wird, die tatsächlich durch eine Solarfreiflächenanlage eine Aufwertung erfahren würden und vorbelastete und artenschutzrechtlich unsensible Gebiete betreffen. Außerdem sollten zunächst möglichst alle geeigneten Dachflächen mit PV-Anlagen ausgestattet werden.

Die nationale PV-Strategie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (Solar Package 1, BMWK, 2023/24) legt ein langfristiges Ziel fest: Bis 2030 sollen bundesweit etwa 215 Gigawatt installierte Photovoltaik-Leistung erreicht werden, davon sollen rund 50 % auf Dächern und 50 % auf dem Boden installiert werden (bmwkenergiewende.debmwk-energiewende.de). Auch wenn dieses Ziel nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, unterstreicht es die politische Bedeutung und planerische Priorisierung der Dachflächen-PV - vor allem im Bewusstsein, dass landwirtschaftliche und naturnahe Freiflächen geschützt bleiben sollen. Nach einer Langzeitstudie des Fraunhofer-IOSB-AST sind es gerade die Dachflächenanlagen mit erhöhtem Eigenverbrauch, die zu einer sinkenden Netzlast beitragen.

Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht enttäuschend, dass in der Gemeindepotentialanalyse keine umfassende Prüfung des vorhandenen Dachflächenpotenzials stattfand - obwohl laut Empfehlung zunächst Dachflächen ausgeschöpft werden sollten, bevor Freiflächen genutzt werden. Stattdessen haben Eigentümer, die ihre Dachflächen mit Photovoltaikanlagen bestückt haben, das Nachsehen, da Freiflächen-Anlagen Vorrang vor Dachflächen-Anlagen haben. Die Schleswig-Holstein Netz AG hat die Eigentümer von großen Dachflächen-PV-Anlagen bereits schriftlich darüber informiert, dass im Falle einer Überlast durch den Solarpark ihre Anlage abgeschaltet wird.

Für eine positive C02-Bilanz würde es sich außerdem anbieten, mehr Flächen wieder aufzuforsten und die intensive auf extensive Landwirtschaft umzustellen, da Studien zeigen, dass auf ökologisch bewirtschafteten Böden ein höherer Humus-Gehalt und damit eine bessere Kohlenstoff-Bindung erzeugt wird (AGRAVIS, 2021). Auch damit hat die Gemeinde sich bisher nicht befasst.

Es ist mein großer Wunsch, dass die Gemeinde sich u. a. mit den Naturschutzverbänden, der Jagdbehörde, der Unteren Naturschutzbehörde und dem Naturparkverein zusammensetzt und ein gemeinsames Konzept entwickelt, für eine nachhaltige, naturverträgliche Umsetzung erneuerbarer Energien in der Gemeinde und die Sicherung der Grundversorgung mit Strom, Wasser, Wärme und Nahrungsmitteln, bevor sie Flächen für Solarparks und Windräder zur Verfügung stellt. Ich wünsche mir außerdem ein Gesamtkonzept Erneuerbare Energien von der Landesplanungsbehörde in Kooperation mit dem Naturparkverein, den Gemeinden und den Naturschutzverbänden.

Ich bitte um Berücksichtigung sämtlicher dargestellten Hinweise, Argumente und Forderungspunkte.

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen zu den allgemeinen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen. Die Gemeinde ist im Übrigen nicht gehalten, eigene wissenschaftliche Erhebungen durchzuführen. Es wird dabei auf § 2 (4) Satz 3 verwiesen: „Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessenerweise verlangt werden kann."

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen

bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

42 Anregung 28 – vom 08.08.2025

Als Bürger der Gemeinde Grebin wohnhaft im OT Treufeld, Nahe Brekels, möchte ich hiermit meine Bedenken gegen die geplante Errichtung eines Solarparks in Brekels Hohenkamp vorbringen meine wesentlichen Bedenken sind:

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes

Die vorgesehene Fläche liegt in der typischen Kulturlandschaft Holsteinische Schweiz, mit ihren Feldern, Hügeln, Wäldern, Seen, alte Eichen und Knicks. Der massive Eingriff durch hunderte Solarpaneele zerstört das gewachsene Ökosystem dauerhaft.

Verlust von wertvollen Agrarflächen

Die Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. In Zeiten von zunehmender Nahrungssicherung, sollte die Versiegelung der Flächen definitiv nicht stattfinden.

Eingriff in die Natur und den Artenschutz

Die Anlage soll direkt neben einem Seeadler- und Kranichbrutgebiet entstehen, was deren Lebensraum zerrstören würde. Die naturschutzrechtlichen Anforderungen fordere ich durch ein umfassendes Umweltgutachten genauestens zu prüfen.

Gesundheitliche Probleme durch Dauerlärm und schädlicher Strahlung

Da ich in unmittelbarer Nähe des geplanten Umpannwerkes wohne und gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden können, werde ich in einem solchen Fall nicht vor einer Klage zurückschrecken.

Ich fordere Sie auf alles genauestens zu prüfen und alternativen, wie die Überbauung von Straßen, bereits versiegelten Flächen oder großer Gebäude, in Betracht zu ziehen, als dieses Vorhaben umzusetzen und Lebensräume, Ackerflächen für Nahrungsmittel mutwillig zu zerstören.

Ich würde mich über eine Bürgerveranstaltung zum Austausch sehr freuen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen. Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12. bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Umweltbericht sowie auf den Artenschutzbericht verwiesen.

Ein Umspannwerk ist nicht Teil dieser Bauleitplanung. Dementsprechend sind die ggf. entstehenden Auswirkungen hier nicht darzustellen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch. Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft. Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§ 2 EEG).

43 Anregung 29 – vom 08.08.2025

Als Anwohner/in bzw. Bürger/in von Grebin möchten wir hiermit unsere Bedenken gegen die geplante Errichtung eines Solarparks auf der Fläche Brekels "Hohenkamp" vorbringen.

Wir sprechen uns ausdrücklich nicht gegen die Energiewende oder den Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen aus, sondern fordern eine sorgfältige und verantwortungsvolle Planung, die ökologische, soziale und regionale Interessen berücksichtigt.

Unsere wesentlichen Bedenken sind:

1. Beeinträchtigung des Landschaftsbilds

   Die vorgesehene Fläche liegt in einem landschaftlich besonders reizvollen Gebiet, das zur Naherholung dient. Der massive Eingriff durch hunderte Solarpaneele zerstört das gewachsene Erscheinungsbild und beeinträchtigt das Ortsbild dauerhaft.

2. Verlust von wertvollen Agrarflächen

   Die Fläche wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. In Zeiten von zunehmender Ernährungssicherung und Flächenkonkurrenz sollte die Versiegelung oder Umnutzung von Ackerland kritisch hinterfragt werden.

3. Eingriffe in die Natur und den Artenschutz

   Nach unserem Kenntnisstand gibt es auf bzw. nahe der Fläche Lebensräume für geschützte Tierarten, u. a. [z. B. Feldlerche, Rebhuhn, Haselmaus]. Es ist fraglich, ob die naturschutzrechtlichen Anforderungen hinreichend geprüft wurden. Wir erwarten ein umfassendes Umweltgutachten und ggf. die Prüfung alternativer Standorte.

4. Mangelnde Bürgerbeteiligung und Intransparenz

   Die Öffentlichkeit wurde über das Vorhaben nur unzureichend informiert. Eine echte Beteiligung und Diskussion über Alternativen scheinen nicht stattgefunden zu haben. Gerade bei Eingriffen dieser Größenordnung erwarten wir mehr Transparenz und Mitsprache.

5. Fehlende Prüfung alternativer Flächen

   Wir regen an, versiegelte Flächen wie ehemalige Gewerbeflächen, Parkplätze, Dächer öffentlicher Gebäude oder Randflächen von Verkehrswegen für Solarenergie zu nutzen, bevor wertvolle Grünflächen geopfert werden.

6. Einbußen bei der Einspeisung der eigenen PV-Anlage

   Die Errichtung des Solarparks wird voraussichtlich zu erheblichen Einbußen bei der Einspeisung meiner eigenen Photovoltaikanlage führen. Die Nähe zu einem großen Solarpark kann die Effizienz und die Erträge meiner Anlage negativ beeinflussen, was zu finanziellen Nachteilen für mich führt.

7. Gesundheitliche Bedenken

   Es bestehen Bedenken hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen, die durch die Errichtung des Solarparks entstehen könnten. Die Veränderung der Landschaft und die damit verbundenen Bauarbeiten könnten Lärm- und Luftverschmutzung verursachen, die sich negativ auf die Lebensqualität der Anwohner auswirken. Es gibt Bedenken hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Auswirkungen durch die Errichtung eines Solarparks, insbesondere in Bezug auf elektromagnetische Felder und die visuelle Beeinträchtigung. Anwohner könnten sich durch die Nähe zu großen Solaranlagen unwohl fühlen.

8. Immobilienwertverlust

Die Nähe zu einem Solarpark könnte den Wert unsere Immobilien erheblich mindern. Potenzielle Käufer könnten durch die Sichtbarkeit und die damit verbundenen Bedenken von einer Kaufentscheidung absehen, was zu einem langfristigen Wertverlust führen könnte.

9. Lebensqualität in einem Naherholungsgebiet

   Die Holsteinische Schweiz ist ein geschätztes Naherholungsgebiet, das sowohl für die Anwohner als auch für Touristen von großer Bedeutung ist. Die Errichtung eines Solarparks würde die natürliche Schönheit und die Ruhe dieses Gebiets beeinträchtigen, was die Lebensqualität der Anwohner erheblich mindern würde.

Fazit:

Wir erwarten daher, das Vorhaben in der geplanten Form zu überdenken, weitere Prüfungen vorzunehmen und Alternativen ernsthaft zu berücksichtigen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

1. *Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen. Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.*
2. *Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.*

   Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

   12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von

erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

3. *Es wurde bereits ein Artenschutzgutachten erstellt. Dieses ist Bestandteil der Planunterlagen. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter wurden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen.*

4. *Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt, es wurde ortsüblich bekanntgemacht. Es sind keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit eingegangen.*

5. *Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.*

   In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen ausschließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

   Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

   Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

   Die Ermittlung von Eignungsflächen unterliegt der Planungshoheit der Gemeinde. Dabei sind die Kriterien des PV-Erlasses zu berücksichtigen. Dies ist der Gemeinde mit ihrem PV-Konzept von 2023 nachgekommen. In im Zuge dieses Konzeptes wurde die gesamte Gemeindefläche untersucht.

   Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§ 2 EEG).

6. *In Zeiten hoher Sonneneinstrahlung kann es tatsächlich vorkommen, dass überschüssiger Strom nicht genutzt wird und in einigen Fällen sogar abgeleitet werden muss. Dies wird oft durch Marktmechanismen geregelt. Um diese Vorkommnisse zu reduzieren, sind Batteriespeicher innerhalb der Anlage geplant. Insgesamt setzt*

die Gemeinde aber mit der Errichtung einer PV-Freiflächenanlagen die Ziele der Bundesregierung um.

7. *Im Rahmen der Bauleitplanung wird davon ausgegangen, dass die Auswirkungen in der Bauphase sich im Rahmen der gesetzlichen Regelungen bewegen. Das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie die Auswirkungen während der Bauphase ist zu dulden. Gleichzeitig gilt die Sorgfaltspflicht durch Investor und Bauunternehmen, dass die Arbeiten so auszuführen, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die Nachbarn entstehen.*

   In der Betriebsphase ist durch erforderliche Wartungsarbeiten mit keiner signifikanten Zunahme des Verkehrsaufkommens zu rechnen.

   Die durch die PV-Anlage erzeugten elektromagnetischen Felder sind so gering, dass sie als unbedenklich angesehen werden.

   // Blendgutachten

   // Von den PV-Modulen sind keine Emissionen zu erwarten. Von Wechselrichtern und Batteriespeicher sind Emissionen zu erwarten. Diese sind aber in einiger Entfernung zu Siedlungsbereichen. Erhebliche Auswirkungen auf gesunde Wohnverhältnisse sowie auf die Tierwelt wird nicht gesehen.

8. *Dem Aspekt der Grundstückswertminderung kommt grundsätzlich nicht die Bedeutung eines eigenen „Abwägungspostens“ zu (BVerwG; Beschl. v. 02.08.1993, 4 NB 25.93, Juris). Die Auswirkungen eines Bebauungsplans auf den Verkehrswert mögen zwar zum Abwägungsmaterial gehören, soweit sie das überplante Grundstück selbst betreffen. Etwas anderes gilt jedoch für nur mittelbare Auswirkungen auf den Verkehrswert, vor allem, wenn sie – wie hier - Grundstücke außerhalb des Geltungsbereichs des angegriffenen Bebauungsplans betreffen sollen. Für diese ist die Wesentlichkeit von Auswirkungen einer Planung grundsätzlich nicht nach dem Umfang einer möglichen Verkehrswertminderung zu beurteilen, sondern nach dem Grad der faktischen und unmittelbaren, sozusagen "in natura" gegebenen Beeinträchtigung, die durch den angegriffenen Bebauungsplan zugelassen wird. Der Verkehrswert ist insoweit und in Bezug auf diese Beeinträchtigungen nur ein Indikator. Der Grundstücksmarkt berücksichtigt sehr viel mehr Umstände, als sie von der planenden Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Belange berücksichtigt werden können oder müssen. In die planerische Abwägung sind potentielle Wertveränderungen von Grundstücken nicht einzustellen, sondern nur die Auswirkungen, die konkret von der geplanten baulichen Nutzung ausgehen (vgl. BVerwG, Beschl. v. 09.02.1995, 4 NB 17.94, NVwZ 1995, 895 [bei Juris Tz. 12, 13 und das OVG Schleswig im Urteil vom 22.10.2009 - 1 KN 15/08 – Juris, Tz. 45). Zudem ist zu bedenken, dass nach der Rechtsprechung jeder Grundstückseigentümer grundsätzlich damit rechnen muss, dass seine Aussicht durch Bautätigkeit auf Nachbargrundstücken beschränkt wird (vgl. exemplarisch das Sächs. OVG im Urteil vom 15.05.2018 – 1 C 13/17 mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung des BVerwG).*

9. *Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.*

   Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

44 Anregung 30 (Rechtsanwalt) – vom 07.08.2025

[…], 24329 Grebin, Deutschland, hat uns mit der Wahrnehmung seiner rechtlichen Interessen beauftragt.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung des 2. Bebauungsplans“ („B-Plan“) sowie 4. Änderung des Flächennutzungsplans („FNP“) vom 04.07.2025 bis einschließlich 08.08.2025 im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB machen wir namens und im Auftrag unseres Mandanten folgende Einwendungen geltend:

I.

Der Bebauungsplan ist sowohl formell als auch materiell rechtswidrig.

44.1 Formelle Rechtswidrigkeit

Die Bauleitplanung ist formell rechtswidrig, da das Abwägungsmaterial nach § 2 Abs. 3 BauGB nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet wurde.

Nach § 2 Abs. 3 BauGB müssen bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind (Abwägungsmaterial), ermittelt und bewertet werden. Dies ist vorliegend nicht geschehen. Es handelt sich dabei um einen Verfahrensfehler, welcher nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 BauGB auch beachtlich ist.

a) Der Begriff „Ermitteln“ setzt den Vorgang der Informationsgewinnung, also der Sammlung der vom Plan berührten Belange voraus (Uechtritz, BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.02.2025, § 2 Rn. 60). Relevant im Sinne der Norm sind dabei alle Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind. Zu ermitteln sind daher alle Belange, die nach Lage der Dinge in die Abwägungsentscheidung eingestellt werden müssen (BVerwGE 34, 301, 309 = BeckRS 1696, 30426362). Es muss nur eine „generelle Abwägungsbeachtlichkeit“ vorliegen, der Belang muss also inhaltlich einen bodenrechtlichen Bezug aufweisen, generell schutzwürdig und mehr als abstrakt geringwertig sein (vgl. BVerwGE 59, 87, 99 = NJW 1980, 1061). Es ist dabei eine Orientierung an § 1 Abs. 6 BauGB möglich, welcher in Nr. 5 u.a. die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes **(dazu nachfolgend aa))** und in Nr. 7 die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nennt, was auch eng mit der Wahl des Standortes zusammenhängt **(dazu nachfolgend bb))**. Als weiterer Belang kommt insbesondere die interkommunale Abstimmung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB in Betracht **(dazu nachfolgend cc)).**

Der Begriff des Bewertens ist weit und damit dahingehend zu verstehen, dass hier alle Anforderungen zu subsumieren sind, die nach der bisherigen Rechtsprechung den Abwägungsvorgang betreffen – also das Ermitteln und die Gewichtung der Belange im Vorfeld der eigentlichen Abwägungsentscheidung (so: BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.02.2025, Rn. 64).

44.1.1 aa) Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes, Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB).

Die Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes, Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes wurden nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

(1) Auch die Belange der Abs. 6 Nr. 5 haben bei der Aufstellung der Bauleitpläne eine *zweifache Funktion.* Zunächst müssen die erfassten Interessen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen berücksichtigt werden. Das heißt insbesondere bei Planungen, die sich in räumlichem Zusammenhang mit Denkmälern, und sonstiger erhaltenswerter Ortsteile, Straßen und Plätze befinden, hat die Gemeinde auf diese Gesichtspunkte in besonderer Weise zu achten (instruktiv VGH München FHOeffR 34 Nr. 7061 Ls., wo eine weitere Bebauung eines Hanges an Belangen einer Kirchenburg scheiterte; vgl. auch VGH Mannheim FHOeffR 32 Nr. 7222 Ls. – Traglufthalle in der Nähe eines denkmalgeschützten Ortskerns; sehr weitgehend BayVerfGH NVwZ 2008, 1234). Die Belange nach Abs. 6 Nr. 5 können aber auch zur Rechtfertigung einer planerischen Entscheidung beitragen, insbesondere wenn Festsetzungen getroffen werden, die dem Erhalt und dem Schutz von Denkmälern oder erhaltenswerter Ortsteile dienen sollen (BVerwG BeckRS 2007, 20777). Dabei ist allerdings zu beachten, dass es der Gemeinde verwehrt ist, im Gewande der Bauleitplanung ausschließlich Denkmalschutz zu betreiben (BVerwG NVwZ 2001, 1043). (*Dirberger* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 1 Rn. 98).

Die Belange des *Denkmalschutzes und der Denkmalpflege* werden von Abs. 1 Nr. 5 ausdrücklich um die Belange der erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung ergänzt. Daraus folgt, dass nicht nur die Einzeldenkmäler und Ensembles, die nach den landesrechtlichen Denkmalschutzgesetzen geschützt werden, einbezogen sind, sondern darüber hinaus auch alle sonstigen erhaltungswürdigen baulichen Anlagen und Mehrheiten von Bauten. Entscheidend ist ihre jeweilige städtebauliche Bedeutung. Dabei ist auch auf die Möglichkeit hinzuweisen, über § 172 durch Bebauungsplan auf den Erhalt von baulichen Anlagen hinzuwirken, die allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild, die Stadtgestalt oder das Landschaftsbild prägen oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind. (*Dirberger* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 1 Rn. 98.2)

Der Schutz des *Orts- und Landschaftsbilds* zielt in erster Linie auf die ästhetisch-optische Komponente, nicht auf den funktionalen Aspekt ab, der – in Bezug auf Natur und Landschaft – jedoch über Abs. 6 Nr. 7a einbezogen werden kann. Was den Belang des Ortsbildes angeht, muss auch insoweit die bauordnungsrechtlich relevante Gestaltung abgetrennt werden von dem bauplanungsrechtlich zu schützenden Ortsbild im engeren Sinne (vgl. BVerwG NVwZ 2000, 1169). (*Dirberger* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 1 Rn. 98.3)

(2) Hier ist zunächst insbesondere der Aspekt des Schutzes des Landschaftsbildes relevant.

Hierzu heißt es in dem Entwurf der Begründung des B-Planes auf S. 12 Abs. 1 lediglich:

> „*Mögliche nachteilige Auswirkungen auf das Landschaftsbild werden durch Höhen- und Flächenbegrenzungen der beabsichtigten Nutzungen und den Erhalt bzw. die Ergänzung umliegender Gehölzstrukturen gemindert*."

Zudem ist auch der Belang des Denkmalschutzes bzw. der Denkmalpflege betroffen. Der Planungsbereich grenzt an die gesetzlich geschützten Landarbeiterkaten des Wohnplatzes Brekels. Wir verweisen auf einen Denkmallistenauszug, beigefügt als **Anlage 1.**

Aufgrund der erhöhten Lage des Planbereiches im Verhältnis zu diesem Wohnplatz, und der zu erwartenden Verdichtung infolge der Anbringung der Solaranlagen, dürfte die Gefahr erheblicher Überschwemmungen dieses Wohnbereiches, zumindest bei Starkregenereignissen, bestehen. Denn es steht zu erwarten, dass

Niederschlagswasser nicht lediglich im verdichteten Planbereich versickern wird, sondern durch das Höhengefälle in größeren Mengen auch in den Bereich des Wohnplatzes geleitet werden wird.

Der Entwurf der Begründung des B-Planes enthält hierzu keinerlei Angaben. Jegliche denkmalbezogenen Erwägungen betreffen mögliche Eingriffe in archäologische Denkmale, namentlich Grabhügel und Megalithgräber.

(3) Die Gemeinde hat demnach die relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

(a) Hinsichtlich des Schutzes des Landschaftsbildes hat sie zugrunde gelegt, dass „Mögliche" nachteilige Auswirkungen *„durch Höhen- und Flächenbegrenzungen der beabsichtigten Nutzungen und den Erhalt bzw. die Ergänzung umliegender Gehölzstrukturen gemindert"* würden. Erstens verkennt die Gemeinde damit das Gewicht der nachteiligen Auswirkungen, wenn diese lediglich als „möglich" bezeichnet werden – angesichts der Größe der Planungsfläche liegen angesichts der Größe des geplanten Solarparks von ca. 47 Hektar unzweifelhaft erhebliche nachteilige Auswirkungen vor. Es ist nicht erkennbar bzw. bedacht worden, wie die Höhenbegrenzungen diese nachteiligen Auswirkungen mindern sollen. Dass eine Minderung durch die Flächenbegrenzung eintreten soll, ist angesichts der Größe der geplanten Anlage von ca. 47 Hektar nicht nachvollziehbar. Die relevanten Belange wurden daher weder ordnungsgemäß ermittelt, noch ordnungsgemäß bewertet.

(b) Hinsichtlich des Denkmalschutzes betreffend die genannten Backsteinkaten hat die Gemeinde keinerlei Erwägungen angestellt. Insoweit hat die Gemeinde die relevanten Belange schon nicht ordnungsgemäß ermittelt.

(4) Im Ergebnis wurden die insofern relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird …

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

// Begrenzung Höhe nochmal argumentieren

Das anfallende Regenwasser verbleibt weiterhin auf der Fläche und kann dort flächenhaft versickern. Zwischen den Modulen selbst sind Ritzen, wodurch das Regenwasser nicht nur über die Modulunterkante abfließt. Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entwickelt sich eine dauerhafte Vegetationsdecke. Diese ist aufgrund guter Wasserversorgung besonders wüchsig an den Modulunterkanten und verhindert, dass es auch bei Starkregenereignissen zu starken Ausschwemmungen kommt - im Gegensatz zu den offenen Böden der Maisäcker, die einer Erosion durch Wasser und Wind zumeist schutzlos ausgesetzt sind. Ein verändertes Abflussverhalten ist also dahingehend festzustellen, dass es künftig nach Starkregenereignissen nicht mehr zu verstärkten Wassereinträgen von den benachbarten Ackerschlägen kommt, die ggf. mit Dünger und Pflanzenschutzmitteln belastet sind.

Im Rahmen des laufenden Verfahrens gab es zwischen Landesamt für Denkmalpflege und Vorhabenträger Abstimmungsgespräche. Es wird zudem auf die aktuelle Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege SH vom 31.07.2025 verwiesen: „Auf Basis der erfolgten Vorabstimmung erfolgte die Vergrößerung des Abstandes zwischen Ortslage und den Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie eine umfangreiche Abpflanzung

als Sichtschutz entlang des Plangebietes hin zum öffentlichen Raum. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung des § 11 DSchG SH i.V. mit § 2 EEG werden denkmalpflegerische Bedenken zurückgestellt, unter der Voraussetzung, dass die Vorgabe, im Bereich des vorgesehenen Tores für die Zuwegung im Nordwesten die Öffnung desselbigen nach Errichtung und somit Beendigung der Baustellentätigkeiten so klein wie möglich und nur so groß wie nötig belassen und der restliche, derzeit unbepflanzte Bereich eine entsprechende Abpflanzung erhält." Dieser Voraussetzung wird entsprochen.

Es wird auf die Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes SH vom 02.02.2024 verwiesen: „Wir stimmen der vorliegenden Planung unter folgenden Auflagen zu: Vor dem Beginn von Erdarbeiten in Bereichen, wo tiefere Bodeneingriffe (ca. 30 cm Tiefe oder mehr) oder der Abtrag von Mutterboden durchgeführt werden sollen (z.B. für Kabelgräben, Konverterstationen, Wegetrassen u.ä.), muss die Planfläche durch das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein untersucht und vorhandene Denkmale geborgen und dokumentiert werden. Darüber hinaus ist auf den gesamten überplanten Flächen grundsätzlich auf eine möglichst eingriffsarme Bauweise (z.B. keine Planierarbeiten) und während des Baus nach Möglichkeit auf das Einhalten fester Fahrgassen zu achten, um die Bodenbelastung so gering wie möglich zu halten. […] Erdarbeiten an diesen Stellen bedürfen gem. § 12 Abs. 2 S. 6 DSchG SH 2015 der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein.

Nach Abwägung der Belange des Verursachers mit denen des Denkmalschutzes stehen aus unserer Sicht an dieser Stelle keine Gründe des Denkmalschutzes einer Genehmigung entgegen. Sie ist daher gem. § 13 Abs. 2 DSchG SH zu erteilen."

Der Stellungnahme der Fachbehörde wird entsprochen.

Die Grabhügel und Megalithgräber, die als Denkmal aufgenommen werden, liegen im angrenzenden Waldgebiet. Sichtbeziehungen sind nicht zu erwarten.

Die Begründung wird ergänzt.

44.1.2 bb) Belange der Wahl des Standortes, insbesondere im Hinblick auf Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Auch ist die Wahl des Standortes, insbesondere im Hinblick auf Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu beanstanden. Die entsprechenden Belange wurden nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

(1) Die durch das EAGBau 2004 umstrukturierte und ausdifferenzierte Regelung der Abs. 6 Nr. 7 fasst die in der Bauleitplanung zu beachtenden Umweltbelange zusammen. Die Vorschrift kann deshalb als *„Check-Liste"* für die gem. § 2 Abs. 4 durchzuführende Umweltprüfung angesehen werden. Dadurch wird es der Gemeinde ermöglicht zu erkennen, ob sie tatsächlich alle Belange des Umweltschutzes in den Blick genommen und in den Umweltbericht aufgenommen hat. Dabei ist zu beachten, dass nicht nur ökologische Aspekte im engeren Sinn erfasst werden, sondern auch die umweltbezogenen Auswirkungen einer Planung auf den Menschen oder auf Sachgüter; dadurch wird der umfassende Umweltbegriff der SUP-RL aufgegriffen und umgesetzt. Auf der anderen Seite sind eben nicht alle erdenklichen Umweltbelange für die Abwägung von Bedeutung, sondern nur jene, die iSd Abs. 6 Nr. 7 zu berücksichtigen sind (vgl. Busse/Dirnberger/Pröbstl/Schmid, Die neue Umweltprüfung in der Bauleitplanung, 2013, 15). (*Dirberger* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 1 Rn. 102)

Nr. 7 muss im Kontext mit Abs. 5 und § 1a gesehen werden und bildet mit diesen Bestimmungen die Basis für die Beurteilung der Umweltauswirkungen von Bauleitplänen. Von besonderer Bedeutung sind insoweit die Bodenschutzklausel des § 1a Abs. 2

und die Eingriffsregelung des § 1a Abs. 3 sowie die Abarbeitung der Europäischen Flora-Fauna-Habitat-RL und der Europäischen Vogelschutz-RL in § 1a Abs. 4 (*Dirberger* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 1 Rn. 103)

(2) Im Hinblick auf den Planungsstand verweisen wir auf die standortbezogenen Darstellungen in dem derzeitigen Entwurf der Begründung des B-Planes, insbesondere auf S. 6 unter der Überschrift „*Standortkonzept*“:

„*Im Gemeindegebiet sind keine großflächigen versiegelten Bereiche oder andere Konversionsflächen vorhanden. In der Gemeinde Grebin verlaufen zwei übergeordnete Verkehrsachsen: Die Bahntrasse Lübeck – Kiel und die B 430, die aber hinsichtlich des EEG nicht förderfähig ist. Die Bahntrasse liegt etwa zu 60 % in von harten Faktoren betroffenen Flächen. Die weiteren 40 % sind zwar von harten Faktoren nicht betroffen, liegen aber direkt nördlich des Behler Sees und damit in einem hochwertigen Landschaftsraum.*

Bei dem Trassenverlauf der B 430 kann man aus Sicht der Gemeinden in diesem Fall nicht von einer vorbelasteten Fläche ausgehen. Die Flächen entlang der Trasse sind hauptsächlich von übergeordneten landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Ausweisungen geprägt. Weite Teile der B 430 berühren Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft, Schwerpunktbereiche des landesweiten Biotopverbundsystems sowie Wald- und Siedlungsflächen. In der Gesamtbewertung erscheint es der Gemeinde daher nicht sinnvoll entlang der B 430 planerische Prioritäten für die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen zu setzen. Daher wird auf ein vertiefendes Standortkonzept entlang übergeordneter Verkehrsachsen verzichtet.“

Es wird auch weiterhin auf den daran anschließenden Text unter der Überschrift „*3 Gemeindeweite Potentialanalyse zur Eignung für PV-Freiflächenanlagen*“ auf S. 6 ff. verwiesen.

(3) Die Gemeinde hat demnach die relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet, insbesondere, was die Wahl des Standortes anbelangt.

(a) Wir verweisen zunächst auszugsweise auf die Stellungnahme der Landesplanungsbehörde des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein vom 12.03.2024, die wir uns zu Eigen machen:

„*Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich aus der am 17.12.2021 in Kraft getretenen Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 vom 25.11.2021 (LEP-VO 2021, GVOBl. Schl.-H. S. 1409) sowie dem Regionalplan III (Amtsbl. Schl.-H. 2001, Seite 49).*

Nach Ziffer 4.5.2 Abs.2 LEP-Fortschreibung 2021 soll die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenflächenanlagen möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig auf vorbelastete Bereiche ausgerichtet werden.

Die Inanspruchnahme von bisher unbelasteten Landschaftsteilen soll nach Ziffer 4.5.2 Abs. 3 LEP-Fortschreibung 2021 vermieden werden. Bei der Entwicklung von Solar-Freiflächenanlagen sollen längere bandartige Strukturen vermieden werden. Einzelne und benachbarte Anlagen sollen eine Gesamtlänge von 1.000 Metern nicht überschreiten.

Raumbedeutsame Solar-Freiflächenanlagen dürfen nicht - In Vorranggebieten für den Naturschutz und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft,

- *In Regionalen Grünzügen und Grünzäsuren sowie*

- *In Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung und Kernbereichen für Tourismus und/Erholung (dies gilt nicht für vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen, insbesondere an Autobahnen, Bahntrassen und Gewerbegebieten, ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen) errichtet werden.*

Nach Ziffer 4.5.2 Abs. 4 LEP-Entwurf 2021 sollen Planungen zu Solar-Freiflächenanlagen möglichst Gemeindegrenzen übergreifend abgestimmt werden, um räumliche Überlastungen durch zu große Agglomerationen von Solar-Freiflächenanlagen zu vermeiden."

(b) Wir verweisen zudem auszugsweise auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön vom 04.03.2024, die wir uns zu Eigen machen:

„*Grundsätzlich wird auch seitens des Naturschutzes und der Landschaftspflege die Schaffung und Bereitstellung von Flächen für alternative Energiequellen begrüßt. Dieses kann aber nicht zu Lasten vorhandener guter Lebensräume gehen, die dann für die Menschen und die Natur unwiederbringlich, für einen nicht vorhersehbaren Zeitraum, verloren gehen. In vielen Gemeinden u. Gebieten im Kreis Plön sind aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht die geeigneten Standorte für diese Anlagen vorhanden, die im gemeinsamen Erlass „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich (Entwurf)" des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein vom 01.09.2021 als Prioritätenflächen angedacht sind. Viele Gemeinden wie z.B. auch Grebin sind stark ländlich und touristisch geprägt und profitieren von ihren noch schönen natürlichen Landschaften. Sie müssen von großflächigen Photovoltaikanlage freigehalten werden. Aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestehen gegen eine Ausweisung von Photovoltaikfläche in der Gemeinde Grebin grundsätzliche Bedenken. Die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung geeigneten Flächen liegen hier nicht vor. Der Gemeinde Grebin hat einen Landschaftsplan der im April 1993 beschlossen wurde. Gemäß § 11 Abs. 2 BNatSchG sind Landschaftspläne aufzustellen, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist. Insbesondere, weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Gemäß § 11 Abs. 4 sind zum Landschaftspläne alle 10 Jahre daraufhin zu prüfen, ob und in welchem Umfang mit Blick auf die in Absatz 2 Satz 1 genannten Kriterien eine Fortschreibung erforderlich ist. Diese Überarbeitung des Landschaftsplanes der Gemeinde wird aus der beabsichtigten Planung und den damit zu erwartenden wesentlichen Veränderungen für erforderlich gehalten.*

Die Freihaltung unbelasteter Landschaftsteile hat nach dem Erlass oberste Priorität und ist bei der Findung geeigneter Flächen viel mehr Gewicht beizumessen. Das Gemeindegebiet hat eine sehr gute Ausstattung von Landschaftselementen/ Biotopen wie Knicks, Teichen, Seen und Waldflächen, wie sie nicht mehr oft vorkommen. Zudem liegen große Flächen in Vorranggebieten für den Naturschutz wie z.B. in der Hauptbiotopverbundachse, wie in der Potenzialanalyse richtig dargestellt.

Der ländliche Raum hat neben der Erhaltung von großflächigen Lebensräumen für die Natur und Landschaft auch die immense Bedeutung von Erzeugung landwirtschaftlicher Nahrungsmittel. Bei den Flächen handelt es sich nach der Reichsbodenschätzung um sandige-Lehme mit einer Bodenpunktzahl von 54/52 bis 58/55. Sie sind für die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit als gut einzustufen. Die Inanspruchnahme dieser Flächen erfordert ein besonderes Abwägungs- und Prüferfordernis. Gerade in Schleswig-Holstein sind die klimatischen Bedingungen gegenüber anderen Gebieten Deutschlands trotz den immer stärker spürbaren Klimaveränderungen noch gut und sichern damit noch stabile Erträge und unsere Nahrungsgrundlage.

Diese Flächen sollten daher nicht in Anspruch genommen werden für die Photovoltaikanlagen. Die Gemeinde Grebin liegt im Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung in der „Holsteinischen Schweiz“. Die Holsteinische Schweiz ist mit der besonderen Seenplatte und einem ständigen Wechseln von Seen, Grünlandniederungen, Ackerflächen, Knicks und Wäldern einer der abwechslungsreichsten Teile Schleswig-Holsteins. Entsprechend hoch ist die Attraktivität dieses Naturraumes für den Fremdenverkehr und die Erholung.

Ihre Flächen liegen grade deswegen auch seit Jahrzehnten im Naturpark Holsteinische Schweiz, welches immer als ein besonderes touristisches Ziel in Schleswig-Holstein beworben wird. Die Gemeinde Grebin wird von einigen Seen geprägt und große Teile liegen im Landschaftsschutzgebiet. Sie besitzt überwiegend Flächen mit einem besonderen Abwägungs- u. Prüfungserfordernis. Die Bahntrasse im Süden der Gemeinde kann aufgrund der besonderen Lage unmittelbar an den Seen und somit FFH-Gebieten ausgeschlossen werden. Der derzeitige Trend, dass jede Gemeinde großflächige Anlagen ausweist, wird die Landschaften und unsere Lebensräume wie z.B. Wanderouten für Tiere im erheblichen und nicht wieder umkehrbaren Maße beeinträchtigen und zerschneiden. In diesem Fall z.B. Wild, welches von dem nordöstlich angrenzen Wald in Richtung Rixdorfer Tannen wechseln möchte. Die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind im § 1 Abs. 1 bis 6 Bundesnaturschutzgesetz verankert und durch diese Planungen massiv betroffen. Auch wenn mit dem vorgelegten Gutachten versucht wird, dieses zu steuern, so werden doch großflächige weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume weiter zerschnitten. Nicht nur Verkehrswege und Energieleitungen auch Anlagen der erneuerbaren Energien sollen landschaftsgerecht geführt, gestaltet und so gebündelt werden, dass Zerschneidungen und die Inanspruchnahme der Landschaft sowie Beeinträchtigungen des Naturhaushalts vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden. Eine über 800 m lange Fläche, die sich von der Gemeindestraße nach Osten ins Land erstreckt, führt dabei zu einer weiteren erheblichen Zerschneidung von Lebensräumen. Zudem ist die Gemeindestraße keine „Bundesstraße“ von überregionaler Bedeutung. Die angedachte Fläche liegt auch nicht in räumlicher Nähe eines Nah- oder Fernwärmenetzes oder Städten und Industrieanlagen. Der dort Produzierte Strom muss erst weit transportiert werden.“

(c) Die Gemeinde hat demnach die relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

Zunächst liegt hier aufgrund der unbelasteten Landschaft keine für Photovoltaikanlagen vorrangig in Anspruch zu nehmende Fläche vor. Zu Recht weist die Stellungnahme Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Plön vom 04.03.2024 insoweit darauf hin, dass die Errichtung von Photovoltaikflächen in der Gemeinde Grebin grundsätzliche Bedenken begegnet, da die nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung geeigneten Flächen hier nicht vorliegen. Dem widerspricht die Ausweisung der als geeignet bezeichneten Planungsfläche im nordöstlichen Gemeindegebiet. Es ist nicht erkennbar, dass die vorbezeichneten Belange in ausreichender Weise ermittelt wurden. Jedenfalls aber wurden sie nicht in ausreichender Weise bewertet.

Denn die Planung läuft darauf hinaus, dass die laut gemeindeweiter Potentialanalyse schlicht als am wenigsten ungeeignete Fläche als geeignete Fläche ausgewiesen wird, obschon es sich ausdrücklich nicht um eine vorbelastete Fläche handelt. Ist aber in der gesamten Gemeinde keine vorbelastete Fläche vorhanden, dann ist schlicht keine geeignete Fläche vorhanden. Auch stellt sich insofern die Frage, warum die gemeindeweite Potentialanalyse nur vier Flächen geprüft hat, obwohl es laut Regionalplan noch weitere potentiell geeignete Flächen gegeben hätte, wie bspw. die Ackerfläche an der B430 bei Sasel. Insofern ist schon nicht ersichtlich, dass die maßgeblichen Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt worden wären.

(4) Im Ergebnis wurden die insofern relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen ausschließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Der Regionalplan trifft keine direkten Aussagen zu Eignungsflächen von PV-Freiflächenanlagen. Die Ermittlung von Eignungsflächen unterliegt der Planungshoheit der Gemeinde. Dabei sind die Kriterien des PV-Erlasses zu berücksichtigen. Dies ist der Gemeinde mit ihrem PV-Konzept von 2023 nachgekommen. In im Zuge dieses Konzeptes wurde die gesamte Gemeindefläche untersucht.

Große Abschnitte entlang der B 430 sind Waldflächen, die somit schon für die PV-Nutzung ausgeschlossen sind. Die restlichen Flächen entlang der B 430 liegen entweder in Schutzgebieten, die nach Landesentwicklung nicht für die Entwicklung von PV-Freiflächenanlagen geeignet sind. Hier würden Ziele der Raumordnung entgegenstehen. Oder die Flächen liegen in Schutzgebieten, die auch abwägungsrelevant (weiche Faktoren) sind. In diesem Fall kann diesen Schutzgebieten eine höhere Wertigkeit als dem Naturpark zugeordnet werden.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

44.1.3 cc) Belange der interkommunalen Abstimmung, § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB

Auch ist unter diversen Gesichtspunkten zu beanstanden, dass die Belange der interkommunalen Abstimmung nicht ausreichend berücksichtigt wurden, § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB.

(1) Abs. 2 S. 1 gebietet, die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Dem entspricht es, wenn zwei Gemeinden ein gemeindegebietsübergreifendes Wohngebiet dergestalt festsetzen, dass jede Gemeinde Festsetzungen nur für ihr eigenes Gebiet trifft, der Planung aber eine einheitliche, auf das gesamte Baugebiet bezogene Abwägungsentscheidung zugrunde liegt (OVG Lüneburg BeckRS 2022, 35366). Abs. 2 S. 2, der durch das EAGBau hinzugefügt wurde, hebt zwei Belange, die im Rahmen dieser Abstimmung zu beachten sind, besonders hervor:

- die durch Ziele der Raumordnung zugewiesenen Funktionen sowie
- die Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche.

Die Bestimmung gilt für alle Bauleitpläne, also auch für vorhabenbezogene Bebauungspläne iSd § 12 (OVG Bautzen SächsVBl. 1994, 180; BVerwG NVwZ 1995, 266). (*Uechtritz* in Spannowsky/Uechtritz, BeckOK BauGB, 65. Edition, Stand 01.05.2025, § 2 Rn. 18) […] Da sich aus Abs. 2 aber auch Anforderungen an den Abstimmungs-/Abwägungs*vorgang* ergeben, muss die planende Gemeinde die möglichen Auswirkungen ihrer Planung auf die Nachbargemeinde sorgfältig ermitteln und bewerten (VGH Mannheim VBlBW 2008, 218 (221 f.) = BeckRS 2007, 27396; s. auch OVG Koblenz BauR 2009, 1693 (1694) = BeckRS 2009, 34628; dieses betont, dass ein Verstoß gegen das aus Abs. 2 abzuleitende Gebot, die Auswirkungen der Planung zu ermitteln, zugleich einen Verstoß gegen Abs. 3 indiziert; ebenso OVG Lüneburg ZfBR 2015, 65; VGH München KommJur 2022, 140: Verkennung, dass ein Ansiedlungsvorhaben einen zentralen Versorgungsbereich beeinträchtigt). Die Nachbargemeinde, die unmittelbare Beeinträchtigungen gewichtiger Art geltend macht, ist nicht gehalten, dies (etwa durch Vorlage von Gutachten) zu belegen. Vielmehr ist es im Rahmen der Planaufstellung eine Rechtspflicht der planenden Gemeinde, sich in geeigneter Weise Kenntnis über die konkreten Auswirkungen der von ihr planerisch ermöglichten Vorhaben auf die benachbarten Gemeinden zu verschaffen, um so deren Belange mit dem nötigen Gewicht in ihre Abwägung einstellen zu können (OVG Weimar NVwZ-RR 2006, 14; ähnlich auch OVG Koblenz NVwZ-RR 2001, 638; OVG Lüneburg ZfBR 2015,65 (68)). Fraglich erscheint, ob die planende Gemeinde berücksichtigen muss, inwieweit die negativen Auswirkungen ihrer Planungen von den Nachbargemeinden durch eigene Maßnahmen ausgeglichen oder gemildert werden können (sehr streng in diesem Sinne OVG Koblenz NVwZ-RR 2001, 638; s. auch OVG Lüneburg BeckRS 2000, 21919; BeckRS 2002, 21232). Auch insoweit erscheint eine Orientierung an den allgemeinen Anforderungen des Abwägungsgebots sachgerecht: Rechtswidrig handelt die planende Gemeinde nur, aber auch stets dann, wenn sie Belange der Nachbargemeinden nicht ermittelt und bewertet, die für sie erkennbar sind oder zumindest erkennbar hätten sein müssen (vgl. zB OVG Lüneburg ZfBR 2015, ZFBR 65). Will daher eine Nachbargemeinde eine besondere Schutzbedürftigkeit geltend machen, die von der planenden Gemeinde eine erhöhte Rücksichtnahme erfordern soll, so ist sie regelmäßig gehalten, diese Belange im Rahmen der interkommunalen Abstimmung geltend zu machen. Im Regelfall wird eine planende Gemeinde ohne entsprechende Hinweise von Nachbargemeinden kaum beurteilen können, ob und inwieweit die Nachbargemeinde negative Auswirkungen ausgleichen kann.

(2) Ausführungen zu diesen Belangen finden sich in dem derzeitigen Entwurf der Begründung des B-Planes unter der Überschrift „3*.1 Gemeindeübergreifende Abstimmung*“ auf S. 9 f.:

„*Angesichts der eng gesteckten Gemeindegebietsgrenzen in Schleswig-Holstein kommt in der Planung dem interkommunalen Abstimmungsgebot (§2 Abs. 2 BauGB) im Bereich der Freiflächenphotovoltaik besonderer Bedeutung zu. Die Planungen benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen. Dabei muss sichergestellt werden, dass gemeindeübergreifende Ziele der Raumordnung und andere Vorgaben (Landschaftsbild, Belange des Tourismus und der Erholung, etc.) gewahrt werden und zudem nicht eine Gemeinde die Planungshoheit der Nachbargemeinden einengt.*

Mit Datum vom 12.09.2022 wurden alle Nachbargemeinden angeschrieben, Ihnen der Entwurf des Konzeptes übermittelt und um eine Stellungnahme bzw. Zustimmung gebeten.

Die Gemeinde Mucheln hat mit Datum vom 06.10.22 eine Stellungnahme abgegeben: Die eigenen Planungsüberlegungen werden darin dargelegt. Die Gemeinde Mucheln stimmt der Planung der Gemeinde ausdrücklich zu.

Die Gemeinde Lebrade hat mit Datum vom 17.10.22 eine Stellungnahme abgegeben und stimmt der Planung der Gemeinde ausdrücklich zu.

Die Gemeinde Malente hat mit Datum vom 10.10.22 eine Stellungnahme abgegeben und bringt keine Anregungen vor.

Die Gemeinde Rantzau hat mit Datum vom 17.10.22 eine Stellungnahme abgegeben und stellt fest, dass keine Raumnutzungskonflikte gesehen werden.

Die Gemeinde Lammershagen und die Stadt Plön haben keine Stellungnahme abgegeben.

Im Januar 2024 wurde die nachbarschaftliche Abstimmung des PV-Konzeptes aufgrund der längeren Zeitspanne wiederholt. Die Nachbargemeinden teilten keine Bedenken mit. Der landesplanerische Grundsatz ist damit berücksichtigt. Gegen Ziele der Raumordnung wird nicht verstoßen.“

Zudem verweisen wir auf die Gesamtheit der im Rahmen der vertiefenden Abstimmung mit den Nachbargemeinden und der Planungsanzeige eingegangenen Stellungnahmen aufgrund des Anschreibens vom 22.09.2022, die wir beifügen als **Anlage 2.**

Insbesondere verweisen wir insoweit auf die Stellungnahme der Gemeinde Rantzau vom 17.10.2022 auf S. 12 (Anlage 2).

Weiterhin fügen wir die Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen vom 16.04.2025 bei als **Anlage 3.**

(3) Hier wurde die Stellungnahme der Gemeinde Rantzau in dem derzeitigen Entwurf der Begründung des B-Planes bewusst verkürzt wiedergegeben, soweit nur darauf abgehoben wird, dass festgestellt würde, dass keine Raumnutzungskonflikte gesehen werden würden. Denn in dieser Stellungnahme heißt es insbesondere auch:

„*Die Gemeinde Rantzau begrüßt die Aufstellung des informellen Planungskonzeptes der Gemeinde Grebin „Gemeindeweite Potenzialanalyse zur Eignung für PV-Freiflächenanlagen" nicht. Die Gemeinde Rantzau weist auf die sehr raren landwirtschaftlichen Flächen hin, welche zum Anbau von Nahrungsmitteln notwendig sind. Die Gemeinde Rantzau verweist hier auf die Weltweite Hungersnot bzw. die Weltweite Ernährungsunsicherheit, welche in 2021 den Höchststand erreichte*.“

Diese Belange wurden in keiner erkennbaren Weise bewertet, so dass es an einer ordnungsgemäßen Bewertung fehlt.

(4) Zudem ist nicht nachvollziehbar, warum lediglich interkommunale Stellungnahmen angefordert wurden, anstatt eine interkommunale Abstimmung dahingehend anzustoßen, nach einem geeigneteren Standort außerhalb der Gemeinde Grebin zu suchen. Wie bereits ausgeführt, begegnet die Planung von Photovoltaikanlagen im gesamten Gemeindegebiet erheblichen Bedenken.

(5) Im Ergebnis wurden die insofern relevanten Belange nicht ordnungsgemäß ermittelt und bewertet.

b) Der formelle Fehler der falschen Ermittlung und Bewertung der abwägungsrelevanten Belange ist auch nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 BauGB beachtlich. Danach ist eine Verletzung von Verfahrensvorschriften beachtlich, wenn entgegen § 2 Abs. 3 die von der Planung berührten Belange, die der Gemeinde bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, in wesentlichen Punkten unzutreffend ermittelt oder bewertet worden sind und wenn der Mangel offensichtlich und auf das Ergebnis des Verfahrens von Einfluss gewesen ist.

So liegt es hier: Der Gemeinde waren die vorstehenden – wesentlichen – Belange bekannt, sie hat sie aber nicht ausreichend ermittelt und bewertet. Der Mangel ist dabei auch offensichtlich und hat das das Ergebnis des Verfahrens beeinflusst.

Beschlussempfehlung

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das PV-Konzept wurde mit den Nachbargemeinden abgestimmt. Der PV-Erlass SH gibt keine konkreten Vorgaben zu Art und Umfang dieser gemeindeübergreifenden Abstimmung. Der Gemeinde ist es somit freigegeben, wie eine Abstimmung des PV-Konzeptes mit den Nachbargemeinden von statten gehen soll. Mit dieser Abstimmung soll die Planungshoheit der Nachbargemeinden nicht eingeengt werden.

Die aufgeführte Stellungnahme der Gemeinde Rantzau weist allgemein auf den Umstand hin, dass mit landwirtschaftlichen Flächen schonend umgegangen werden soll. Eine Abwägung zum Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen wurde im Rahmen der Begründung vorgenommen. Es wird auf Kapitel 3 „Bodenbewertung / landwirtschaftliche Flächen“ der Begründung mit Stand vom 15.05.2025 verwiesen.

Raumnutzungskonflikte bezogen auf das PV-Konzept der Gemeinde wurden von den Nachbargemeinden keine zu bedenken gegeben.

Das beschlossene PV-Konzept ist Bestandteil der Planunterlagen. Im Rahmen der Bauleitplanung wurden, wie gesetzlich vorgeschrieben, die Nachbargemeinden beteiligt. In diesem Bauleitplanverfahren wurden keine Stellungnahmen von Nachbargemeinden eingereicht.

44.2 Materielle Rechtswidrigkeit

Die Bauleitplanung ist auch materiell rechtswidrig. Es ist keine ordnungsgemäße Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB erfolgt. Es liegt vielmehr ein Abwägungsdefizit vor, da zwischen den in die Abwägung einzustellenden Belangen insgesamt kein angemessener Ausgleich hergestellt wird. Der Abwägungsmangel ist nach § 214 Abs. 3 S. 3 BauGB auch beachtlich.

a) Das Gebot gerechter Abwägung ist verletzt, wenn eine (sachgerechte) Abwägung überhaupt nicht stattfindet. Es ist zudem verletzt, wenn in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss. Es ist ferner verletzt, wenn die Bedeutung der betroffenen privaten Belange verkannt oder wenn der Ausgleich, zwischen den von der Planung berührten, öffentlichen Belangen in einer Weise vorgenommen wird, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht. Gemeinhin werden diese Abwägungsfehler als

Abwägungsausfall, Abwägungsdefizit, Abwägungsfehleinschätzung und Abwägungsdisproportionalität bezeichnet (vgl. zu alledem: Dirnberger, BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.11.2024, § 1 Rn. 136). Der Vorgang des Abwägens lässt sich daher in drei Schritte untergliedern, wobei die Gemeinde bei jedem dieser Schritte Fehler machen kann. Die Gemeinde muss die gegenwärtigen Belange ermitteln, diese in ihrer jeweiligen Betroffenheit gewichten und schließlich miteinander zum Ausgleich zu bringen (vgl.: Dirnberger, BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.11.2024, § 1 Rn. 138).

Vorliegend wurden auf allen drei Stufen Fehler begangen.

(1) Zunächst ist festzustellen, dass Mängel, die die verfahrensbezogenen Elemente des Ermittelns und Bewertens der von der Planung berührten Belange betreffen und deshalb von Abs. 1 S. Nr. 1 erfasst werden nicht als Mängel der Abwägung geltend gemacht werden können (Battis/Krautzberger/Löhr, Baugesetzbuch, 15. Auflage 2022, § 214 Rn. 20). Die Abwägungsfehler sollen – gleichwohl schon verfahrensbezogene Elemente des Ermittelns und Bewertens dargestellt wurden – aus Gründen der Vollständigkeit auch an dieser Stelle aufgeführt werden.

(2) Die Belange wurden schon nicht richtig ermittelt. Der Gemeinde scheint bei Aufstellung der Bauleitplanung nicht bewusst gewesen zu sein, welche Auswirkungen die Errichtung der Photovoltaikanlage am geplanten Standort auf die Belange der Umwelt und der Anwohner hat. Durch die Planung werden – wie vorstehend dargestellt - Belange der Erhaltung des Landschaftsbildes, des Denkmalschutzes, der Umwelt und der interkommunalen Abstimmung wesentlich berührt. Das geplante Baugebiet wird gravierende Folgen für diese Angelegenheiten haben.

Hinsichtlich der Mängel der Ermittlung kann an dieser Stelle auf die vorstehend unter 1. dargelegten Ausführungen verwiesen werden.

(3) Die Belange wurden auch nicht richtig gewichtet. Es ist dabei festzustellen, welche Wertigkeit die betroffenen Belange und Interessen im konkreten Fall besitzen (Dirnberger, BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.11.2024, § 1 Rn. 161).

Insofern kann an dieser Stelle auf die vorstehend unter 1. dargelegten Ausführungen verwiesen werden.

(4) Auch der Ausgleich der Belange miteinander weist Fehler auf. Es liegt ein Fall der Abwägungsdisproportionalität vor. Die Gemeinde hat in dem Geflecht unterschiedlichster, sich teilweise ergänzender und verstärkender, aber oft auch völlig gegenläufiger Interessen keine sachgerechte Entscheidung darüber getroffen, welche Nutzung die Planfläche aufnehmen soll. Es wurde gerade keine verhältnismäßige Planung beschlossen (vgl. Dirnberger, BeckOK BauGB, Spannowsky/Uechtritz, 65. Edition, Stand 01.11.2024, § 1 Rn. 176).

Die Planung ist vielmehr unverhältnismäßig.

Sie verfolgt das grundsätzlich legitime Ziel der Schaffung neuer Quellen regenerativer Energien, zur Sicherung der Ziele des sog. „Osterpakets“, namentlich des Ziels den Strombedarf im Jahr 2023 zu 80% aus regenerativen Quellen zu decken.

Jedoch hat die Planung gerade an dem anvisierten Standort massive negative Auswirkungen unter anderem auf das Landschaftsbild, die Umwelt, die Anwohner und den Denkmalschutz (auch unter dem Gesichtspunkt des Hochwasserschutzes). Der Standort ist schlicht völlig ungeeignet, schon, da in der gesamten Gemeinde Grebin nach derzeitigem (allerdings aus den vorstehend genannten Gründen nicht ausreichend ermitteltem) Sachstand keine geeigneten Standorte für die Errichtung einer derart großen Photovoltaik-Anlage zur Verfügung stehen. Die derzeitig noch offene, naturnahe Landschaft wird nachhaltig verunstaltet bzw. geht verloren, der ertragsreiche Boden geht für die Landwirtschaft endgültig verloren, der Boden wird verdichtet. All diese – hinlänglich

geschilderten – Folgen überwiegen die Vorteile der geplanten Maßnahme. Es wurde gerade keine gerechte, ausgewogene Abwägung der verschiedenen Interessen vorgenommen, sondern vielmehr berücksichtigt die Planung die negativen Auswirkungen und die Interessen der Betroffenen Personen kaum bis gar nicht. Die angebotenen Lösungen sind insbesondere an dem gewählten Standort schlicht nicht brauchbar und müssen daher insbesondere hinsichtlich der Wahl des Standortes überarbeitet werden. Andere Punkte wurden bisher noch gar nicht berücksichtigt, obwohl sie Abwägungsrelevanz haben.

b) Die Abwägungsmängel sind nach § 214 Abs. 3 S. 3 BauGB auch beachtlich, da sie offensichtlich sind und auf das Abwägungsergebnis Einfluss hatten.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden sachgerecht abgewogen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt. Es sind keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit eingegangen.

II.

Es liegen sowohl formelle (Verfahrens-)Fehler als auch materielle Fehler vor, welche beachtlich sind. Die Bauleitung ist damit rechtswidrig.

III.

Sollten die vorgebrachten Einwendungen nicht berücksichtigt werden, wird unser Mandant einen Eilantrag gegen den Bebauungsplan und den Flächennutzungsplan nach § 47 Abs. 6 VwGO erheben.

Ein solcher Antrag gegen die Bauleitplanung ist zulässig, insbesondere statthaft nach § 47 Abs. 6 i.V.m. Abs. 1 Nr. 1 VwGO und auch begründet, da die einstweilige Anordnung in diesem Fall zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus anderen wichtigen Gründen dringend geboten ist.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Anlage:

- Vollmacht *(aus Datenschutzgründen hier nicht angefügt)*
- Anlage 1 – Denkmallistenauszug
- Anlage 2 – Stellungnahmen Stand 30.11.2022
- Anlage 3 – Beschlussempfehlungen zu Stellungnahmen Stand 16.04.2025

Anlage 1 – Denkmallistenauszug

SH Schleswig-Holstein Landesamt für Denkmalpflege

Denkmallistenauszug

Kreis	Gemeinde	Straße	Hausnr.
Plön	Grebin	Brekels	1-5

Bezeichnung	Gutskaten Brekels
Objektnummer	50285
Denkmalwert	geschichtlich , Kulturlandschaft prägend
Schutzumfang	Kate mit Speicher (Brekels 1), Doppelkate mit nördlichem und südlichem Nebengebäude (Brekels 2-4), Doppelkate mit nördlichem und südlichem Nebengebäude (Brekels 3-5)
Denkmaltyp	Sachgesamtheit

Beschreibung

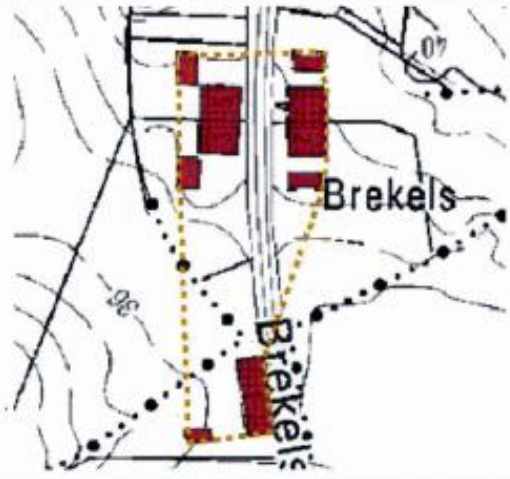
Gutskaten Grebin; um 1800 u. 1894; Gruppe von drei ehem. Gutskaten mit Nebengebäuden, südlich Fachwerkkate von um 1800 und zwei baugleiche, sich gegenüberliegende Backstein-Doppelkaten von 1894.

Fachwerkkate lang gestreckter, eingeschossiger Fachwerkbau mit reetgedecktem Walmdach, Fachwerk mit einfacher Riegellage und Diagonalstreben, ein Fachwerknebengebäude (Speicher), eingeschossig mit Reetdach.

Doppelkaten eingeschossige Backsteinbauten mit flachen Satteldächern, schlichter zeittypischer Gliederung, sowie im Innern mittigen Trennwänden und ursprünglich vier Wohneinheiten, jeweils zwei Nebengebäude eingeschossige Backsteinbauten mit Satteldächern.

Katen ursprünglich zum ehemaligen Meierhof Helenenruhe des Gutes Schönweide gehörig. Das Inschriftwappen aus Sandstein an den jüngeren Katen zeigt neben der Jahreszahl das Wappen und die Initialen der Familie von Hollen, die zwischen 1813 und 1986 das Gut Schönweide besaßen.
Sehr anschaulich überlieferte Vorstadtsituation aus auf einander bezogenen Katen mit beigestellten Wirtschaftsgebäuden.

Lageplan (1:2.000)



Foto



Anlage 2 – Stellungnahmen Stand 30.11.2022

(hier noch einzufügen)

Anlage 3 – Beschlussempfehlungen zu Stellungnahmen Stand 16.04.2025

(hier noch einzufügen)

45 Anregung 31 – vom 04.08.2025

Dies ist weniger eine Stellungnahme zur Planung eines Solarparks in der Gemeinde Grebin, vielmehr eine Stellungnahme zu dem Bau eines Solarparks auf einer Ackerfläche, zudem in einem Naturpark!

Wertvolle Ackerfläche zu Industriefläche umzuwandeln, obwohl längst sinnvolle Alternativen entwickelt wurden, empfinde ich geradezu als sittenlos. Noch mehr, da es sich um Flächen in einem Naturpark handelt.

Ich denke, dass Sie in Person ein Fachmann sind und daher möchte ich weder die Alternativen für mögliche Photovoltaikanlagen auf bereits versiegelten Flächen, etc. auflisten, noch die hinlänglich bekannten Nachteile von Solarparks auf Ackerflächen, dem damit regionalen, menschengemachten Absinken des Grundwasserspiegels, etc.... .

Ich bin erstaunt, dass überhaupt eine Planung in so einer zu beschützenden Landschaft erwogen wird. Mir ist bekannt, dass sich mittlerweile mehr Geld verdienen lässt mit einem subventionierten Solarpark auf Ackerflächen, als beispielsweise dem dortigen Anbau von Getreide, aber, dass Geld allein nicht glücklich macht, ist vermutlich noch bekannter.

Es geht um das Wohl aller, oder?
Menschen, Tiere, Pflanzen...

Es geht um weise Entscheidungen, um Demut, um Dankbarkeit, um ein Miteinander und ein Füreinander, um ein "Vor-der-eigenen- Haustür-kehren", letztlich um eine bessere Welt!

Puh, […], Sie haben eine Aufgabe.

Seien Sie gesegnet mit dem "richtigen" Tun.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Die Ausführungen zu den allgemeinen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen. Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen

Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

46 Anregung 32 – vom 11.08.2025

Ich bin gegen einen Solarpark in 24329 Grebin Bebauungsplan Nr 2 der Gemeinde Grebin.

Wir benötigen hier nicht die Energie. Es sind genügend Private Anlagen vorhanden.

Ich durfte meine kleine Anlage nicht ausbauen, weil zu viel Energie vorhanden ist, und nun soll ein Solarpark in ein Naturschutzgebiet gebaut werden. Das passt nicht zusammen. Dächer belegen, Parkplätze überdachen meinetwegen Autobahnen, aber keine Ackerflächen, die uns ernähren sollen. Wo der Bussard seine Mäuse fängt, wo der Seeadler sich seine Nahrung holt, wo der Storch beim Dreschen spazieren geht und sich ernährt. Da gehört kein Solar hin.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Naturschutzgebietes.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch. Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft. Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Der Bebauungsplan dient der Förderung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Er ermöglicht einen schnellen großflächigeren Ausbau als die Dachflächen der Gemeindegebäude von erneuerbaren Energien. Das Planungsziel der Herstellung einer PV-Freiflächenanlage liegt zusätzlich im überragenden öffentlichen Interesse (§ 2 EEG).

Die Ausführungen zu den allgemeinen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen. Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe

keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

47 Anregung 33 – vom 02.08.2025

Als Flüchtlingskind bin ich in Angeln aufgewachsen. Da meine ältere Tochter jetzt dort lebt, bin ich öfter in die alte Heimat gefahren und hatte jedesmal ein anheimelndes Gefühl, wenn ich die Landschaft meiner Kindheit sah. Das war regelmäßig schlagartig vorbei, wenn ich an dem Solarpark auf dem Weg zu meiner Tochter vorbeikam. Es weiden dort keine Tiere, es gibt überhaupt nur wenig Vegetation. Es ist kalte, windige Technik!

Im Naturpark Holsteinische Schweiz suchen viele Gäste Erholung von dem Lebenskampf in "grauer Städte Mauern". Auch an diese Menschen denken wir, wenn die Ortsansässigen ihre Landschaft behalten wollen! Und an alle Lebewesen, die ihren Lebensraum durch einen Solarpark verlieren würden, wie an zahlreiche Pflanzen, deren Lebensraum immer knapper wird. Vom Insektensterben wird viel geredet. Hier ist eine Möglichkeit zu handeln!

Naturschutzpark bedeutet: die Natur soll geschützt werden! Bitte handeln Sie entsprechend!

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen zu den allgemeinen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen. Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Es wird auf die Begründung und das Artenschutzgutachten verwiesen.

Durch die Entwicklung von Extensivgrünland entsteht im Vergleich zum Intensivacker ein nutzbarer Lebensraum für Insekten.

48 Anregung 34 – vom 31.07.2025

Ich möchte gerne eine Stellungnahme zu dem geplanten Solarpark in der Gemeinde Grebin abgeben.

Ich bin dagegen, da die Flächen lieber für Getreide genutzt werden sollte, damit unser Brot nicht noch teurer wird.

Lieber sollten schon verdichtete Flächen, wie Parkplätze von Einkaufszentren mit Solar überdacht werden. Auch Hallendächer könnten genutzt werden. Auch müssen wir unsere Natur erhalten, um unsere Umwelt nicht noch mehr zu schädigen.

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen zu den allgemeinen Betrachtungen, der befürchteten Naturzerstörung und nachteiligen Auswirkungen auf den Menschen werden allesamt zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen. Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien. Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

49 Anregung 35 – vom 28.07.2025

Hiermit wende ich mich an Sie im Blick auf das o.g. Vorhaben.

Als Bürgerin von Grebin möchte ich mich deutlich gegen eine Bebauung dieser Art wenden. Ganz konkret haben wir uns entschieden in den Naturpark "Holsteinische Schweiz" zu ziehen, um nicht derlei Vorhaben ausgeliefert zu sein.

Wenn eine Region als 'Naturpark' ernannt wird, sollte dieser ein Schonraum für Menschen und Tiere und Pflanzen weiterhin sein, in welchem die Natur nicht von Solartechnik eingeschränkt wird.

Insbesondere handelt es sich bei den Planflächen um einen wertvollen Lebensraum für Seeadler, Kraniche und Lerchen. Somit schließe ich mich der Position der "Bürgerinitiative Grebin - Für eine naturverträgliche Energiewende im Naturpark Holsteinische Schweiz" in allen Punkten der Informationsbroschüre an, die Ihnen sicherlich bekannt ist.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter wurden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und werden vollständig ausgeglichen.

// hat jemand diesen Flyer/Broschüre?

50 Anregung 36 – vom 28.07.2025

Ein Projekt dieser Größenordnung ist ein massiver Einschnitt in das Ökosystem der Gemeinde, wir leben in einem Naturschutzgebiet wo unter anderem noch Seeadler und Kraniche wieder heimisch sind!

Die Anwohner der Gemeinde nicht mit einzubeziehen, zeigt einem mit welchen Methoden solche Planungen vollzogen werden!

Hier gibt es nur zwei Gewinner den Investor und den Landeigentümer, der Naturschutz gehört eindeutig nicht dazu!

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Naturschutzgebietes.

Es wurde ein Artenschutzbericht erstellt. Hierbei wurden u. a. die Auswirkungen auf Kraniche und Seeadler untersucht. Es ist eine Horstschutzzone in der Zeit vom 16.12.

bis 31.07. von 100 m bei Wartungsarbeiten und anderen Tätigkeiten in der PV-Anlage einzuhalten. Für detaillierte Ausführungen wird auf den Umweltbericht und den Artenschutzbericht verwiesen

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde in der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung bereits über die Planung berichtet, sowie die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme geboten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde vom xxx bis xxx durchgeführt. Es sind keine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit eingegangen.

51 Anregung 37 – vom 28.07.2025

Mit großer Sorge haben wir von den Plänen zur Errichtung eines Solarparks auf dem Gebiet der Gemeinde Grebin erfahren. Wir möchten hiermit ausdrücklich gegen dieses Vorhaben protestieren.

Die geplante Fläche umfasst wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen, die seit Generationen zur regionalen Versorgung beitragen und ein bedeutender Bestandteil unserer Kulturlandschaft sind. Durch die Versiegelung und Umnutzung dieser Böden würde nicht nur ein ökologisch sensibles Gleichgewicht gestört, sondern auch die lokale Landwirtschaft langfristig geschädigt.

Zudem sehen wir in diesem Projekt primär kommerzielle Interessen, die auf Kosten der Natur und unserer gemeinschaftlichen Lebensqualität durchgesetzt werden sollen.

Solarenergie ist grundsätzlich begrüßenswert – doch ihre Umsetzung darf nicht dazu führen, dass intakte Landschaften und natürliche Lebensräume zerstört werden.

Wir fordern daher die verantwortlichen Stellen auf, den geplanten Solarpark kritisch zu überdenken und alternative Flächen in Betracht zu ziehen, etwa bereits versiegelte oder brachliegende Areale, die keinen so hohen ökologischen und landwirtschaftlichen Wert besitzen.

Im Interesse der Umwelt, des Gemeinwohls und der nachhaltigen Entwicklung bitten wir Sie, von der Umsetzung dieses Projekts in der vorgesehenen Form abzusehen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Es wird auf die Ausführung zur Ertragsfähigkeit auf die Begründung verwiesen: Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen. Es wird zudem auf das überragende öffentliche Interesse gemäß § 2 EEG verwiesen. Unter genauer Betrachtung in einem detaillierteren Maßstab lässt sich erkennen, dass das Plangebiet mit einer mittleren und hohen Ertragsfähigkeit bewertet wurde.

Da der Boden innerhalb des Sondergebietes und der Grünflächen nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet wird und keine Düngeeintragungen mehr erfolgen, hat die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage positive Auswirkungen auf den vorsorgenden Bodenschutz. Des Weiteren kann ein vollständiger Rückbau nach Ende der Nutzungsdauer relativ schnell und einfach erfolgen. Daher wird weiterhin die Planung einer PV-Freiflächenanlage auf diesen Flächen verfolgt.

12 % der landwirtschaftlichen Flächen wird für den Anbau von Energiepflanzen genutzt (Statistischen Bundesamt 2019). Vergleicht man die Flächeninanspruchnahme von PV-Freiflächenanlagen zur Bioenergie, stellt man fest, dass die Flächeneffizient der Stromerzeugung aus Anbaubiomasse um ein Vielfaches geringer ist als bei PV-Freiflächenanlagen. So könnte der Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen

verringert werden und Flächen für andere Nutzungen, zum Beispiel für eine umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion oder für Naturschutzmaßnahmen, freigestellt werden. Zudem ist auf PV-Freiflächen der Eintrag von Bioziden und Dünger deutlich geringer als beim Anbau der meisten Energiepflanzen. Insgesamt muss darauf geachtet werden, dass mit landwirtschaftlich genutzten Flächen sparsam umgegangen wird. Daher wird auf eine kompakte und flächensparende Anordnung der Module geachtet. Damit wird der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und dem Schutz landwirtschaftlicher Flächen Rechnung getragen.

Die Gemeinde Grebin verfolgt das Ziel, die Erzeugung erneuerbarer Energien mittels Photovoltaikanlagen weiter zu fördern. Photovoltaik-Freiflächenanlagen leisten einen Beitrag zum sorgsamen Umgang mit der Umwelt und bieten eine nachhaltige Energieversorgung. Zur Standortfindung geeigneter Flächen größeren Umfangs führte die Gemeinde Grebin im Vorfelde ein PV-Gemeindekonzept noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01.09.2021 zur Planung großflächiger Photovoltaikanlagen im Außenbereich (PV-Erlass) durch.

In diesem Zuge wurden noch auf Grundlage des alten gemeinsamen Beratungserlass vom 01.09.2021 Ausschlusskriterien (harte Faktoren) definiert, die die Umnutzung einer Fläche für PV-Freiflächenanlagen ausschließen oder dem Vorhaben stark entgegenstehen. Des Weiteren wurden Abwägungsflächen (weiche Faktoren) definiert und herausgearbeitet. Für eine genaue Auflistung aller Kriterien wird auf das PV-Konzept verwiesen.

Die Flächen werden mit Hilfe der Betrachtung der unterschiedlichen Parameter auf ihr Potential hin überprüft. Belange (z. B. Artenschutz, kleinräumige Strukturen), die auf Ebene des PV-Konzeptes noch nicht geprüft werden konnten, wurden im Rahmen der Begründung und des Umweltberichtes betrachtet. Seit dem 09.09.2024 ist der Erlass „Grundzüge zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich“, Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur in Kraft. Dadurch haben sich Änderungen in der Einschätzung von bestimmten harten und weichen Faktoren ergeben. Diese wurden im Rahmen der Bauleitplanung bei Betroffenheit ergänzend geprüft.

Die Planung liegt innerhalb einer Eignungsfläche.

Die Nutzung der regenerativen Energie leistet einen wesentlichen Beitrag zu einer auch in der Zukunft lebenswerten Umwelt. Dies hat der Gesetzgeber erkannt und mit dem § 2 EEG die Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen und ihm überragendes öffentliches Interesse zugewiesen. Klimatische Veränderungen durch Temperaturanstieg der Anlage sind allenfalls lokal begrenzt, treten wie bei anderen befestigten Flächen (Asphaltstraßen) auf und können auch in der Summe keine nachteiligen globalen Auswirkungen entfalten. Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Konkrete Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind durch den Betrieb der Anlage nicht zu erwarten. Beeinträchtigungen bestehen allenfalls während der Bauphase und sind bei Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu Baulärm etc. nicht signifikant.

52 Anregung 38 – vom 08.08.2025

Es ist kaum nachvollziehbar, wie es möglich sein kann, dass in einer der landschaftlich schönsten und ökologisch wertvollsten Fläche der Holsteinischen Schweiz ein Solarpark entstehen soll.

Gerade das Mosaik aus Alleen von Kastanien und uralten Eichen, kleinen Waldbereichen, Heckenstrukturen, denkmalgeschützten, kleinen Siedlungsbereichen, einer weiten, landwirtschaftlich ungenutzten Wiesenniederung, großen Weiden zu Pferdehaltung und Hochstaudenfluren eingebettet in die typische holsteinische Landschaft bieten einen optischen Eindruck, deretwegen vor allem Fahrradtouristen in unsere Region kommen. In dieser Form der Ursprünglichkeit gibt es nur wenig Flächen, die der Kreis Plön vorweisen kann. Ein Solarpark würde mit einem Schlag das Gesamtgefüge zerstören und sowohl für Touristen als auch Einheimische absolut abwerten.

Ökologisch handelt es sich um einen Bereich, in dessen unmittelbarer Nähe zum Solarpark Seeadler und Kraniche brüten. Die Kraniche führen auf den zum Solarpark vorgeschlagenen Flächen regelmäßig ihre Jungen oder suchen diese zu Nahrungssuche auf. Im Winter überfliegen regelmäßig die hochbedrohten Kornweihen das Areal, um ihren kleinen Schlafplatz in der unmittelbar angrenzenden Seggenniederung zu erreichen – der einzige mir bekannte – wenn auch kleine – Schlafplatz im Kreis Plön.

In unmittelbarer Nähe zu dem Solarpark brüten Neuntöter, Gartenrotschwanz, Blau – und Schwarzkehlchen, gelegentlich Braunkehlchen und Rohrweihe, Schilfrohrsänger, Wasserralle, in manchen Jahren rufen Wachtelkönige aus der Niederung. Die im Frühjahr regelmäßig in der Niederung stattfindenden Überschwemmungen führen zu Rastvorkommen bedrohter durchziehender Watvögel wie Bekassinen, Waldwasserläufer, Bruchwasserläufer und Zwergschnepfe. Bekassinen rasten vor allem im April mit bis zu 30 Exemplaren. Das Vorkommen all dieser Arten zeigt, wie intakt das Gesamtgefüge der Biozönose dort ist.

Es ist dringend angebracht, den Standort des Solarparks zu überdenken, um den Naturpark „Holsteinische Schweiz“ nicht durch ein weiteres, hässliches Bauwerk abzuwerten und in Kauf zu nehmen, dass hochbedrohte Vogelarten aus der Region verschwinden.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zurückgewiesen.

Der PV-Erlass von Schleswig-Holstein fordert eine geschlossene Umpflanzung der Fläche. Diesem kommt die Planung nach. Bestehende Gehölzstrukturen werden erhalten und ergänzt. Im Osten grenzt zudem eine Waldfläche an, die Sichtbeziehungen verhindert. Es handelt sich zudem um eine kompakte Anordnung ohne bandartige Entwicklung. Daher wird insgesamt nicht davon ausgegangen, dass erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild entstehen.

Das Aussehen der Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder verändert. Es wird darauf hingewiesen, dass es keinen Anspruch auf die Unveränderbarkeit der Umgebung gibt.

Solarfreiflächenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen und zur Bekämpfung des Klimawandels. In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige Energiequellen zu fördern, sollte die Errichtung solcher Anlagen nicht automatisch als Widerspruch zu den Zielen des Naturparks betrachtet werden. Es wird zudem auf § 2 des EEG verwiesen, in dem der Ausbau erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht.

Zudem müssen Naturparke relevante gesellschaftliche Entwicklungen und Trends berücksichtigen. Dazu zählen auch die aktuellen Rahmenbedingungen „Klimawandel und -strategie“ und somit der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Fläche wird komplett eingegrünt, somit werden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild minimiert. Bezogen auf die Gesamtgröße des Naturparks (75.300 ha) ist die Größe des Plangebiet (46 ha) im Vergleich gering. Erhebliche Auswirkungen werden daher nicht gesehen.

Alle Beeinträchtigungen artenschutz- und naturschutzfachlicher Schutzgüter werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften ermittelt und vollständig ausgeglichen. Es wird auf die Begründung und den Artenschutzbericht verwiesen.